



# Landtag von Baden-Württemberg

56. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 4. Dezember 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Mittagspause: 12:46 bis 14:00 Uhr

Schluss: 18:00 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	3947	Minister Helmut Rau . . . . .	3967
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Marcel Schwehr. . . . .	3947	Abg. Dr. Frank Mentrup SPD . . . . .	3970
Begrüßung des Präsidenten des Salzburger Landtags, Herrn Johann Holztrattner. . . . .	3947	3. Aktuelle Debatte – <b>Studierendenrekord in Baden-Württemberg – Erfolgreiche Hochschulpolitik für Europas Innovationsregion Nummer 1</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	3974
Umstellung der Tagesordnung . . . . .	3947, 3984	Abg. Dr. Klaus Schüle CDU . . . . .	3974
Begrüßung des Präsidenten des Regionalrats von Sizilien, Herrn Francesco Cascio, und seiner Delegation. . . . .	3968	Abg. Johannes Stober SPD . . . . .	3975, 3981
Ausscheiden des Rechnungshofpräsidenten Martin Frank. . . . .	4025	Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	3977, 3981
1. <b>Regierungserklärung durch die Staatsrätin für demographischen Wandel und für Senioren zum Bericht über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ (Drucksache 14/3021) und Aussprache</b> . . . . .	3947	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP . . . . .	3978, 3983
Staatsrätin Dr. Claudia Hübner . . . . .	3947	Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . .	3979
Abg. Katrin Altpeter SPD . . . . .	3953	4. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 14/3680	
Abg. Werner Raab CDU. . . . .	3955	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE – <b>Staatliche Anerkennung von sozialpädagogisch-erzieherischen Studiengängen an der Hochschule Esslingen</b> . . . . .	3984
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	3957	Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE. . . . .	3984
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP . . . . .	3959	Staatssekretär Dr. Dietrich Birk . . . . .	3984
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP (zur Geschäftsordnung) . . . . .	3962	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Paul Locherer CDU – <b>Milchfonds zur Unterstützung der Milchproduktion</b> . . . . .	3984
Beschluss . . . . .	3962	Abg. Paul Locherer CDU . . . . .	3984
2. Aktuelle Debatte – <b>Ist die Werkrealschule eine Lösung für die Probleme an den Hauptschulen des Landes?</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE und von der Fraktion der SPD . . . . .	3962	Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch. . . . .	3985, 3986, 3987, 3988
Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	3962, 3969	Abg. Alfred Winkler SPD. . . . .	3986
Abg. Norbert Zeller SPD . . . . .	3963	Abg. Karl Traub CDU. . . . .	3986
Abg. Volker Schebesta CDU . . . . .	3964, 3972	Abg. Jürgen Walter GRÜNE. . . . .	3987, 3988
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . .	3966, 3973	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	3987
		4.3 Mündliche Anfrage der Abg. Rita Haller-Haid SPD – <b>Baumaßnahmen L 372 Rottenburg Sülchenknoten</b> . . . . .	3988
		Abg. Rita Haller-Haid SPD . . . . .	3988, 3989
		Staatssekretär Rudolf Köberle . . . . .	3988, 3989

4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – <b>Verdacht der Benachteiligung von Gemeinden mit Bürgermeistern ohne Parteimitgliedschaft in der CDU</b> . . . . .	3989	7. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – <b>Brauchtum und Heimatpflege in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/965. . . . .	3993
Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .	3989	Abg. Christa Vosschulte CDU . . . . .	3993
Staatssekretär Rudolf Köberle . . . . .	3990	Abg. Fritz Buschle SPD. . . . .	3995
Abg. Christoph Bayer SPD. . . . .	3990	Abg. Jürgen Walter GRÜNE . . . . .	3997
Abg. Bärtl Mielich GRÜNE . . . . .	3990	Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP. . . . .	3999
Abg. Thomas Blenke CDU. . . . .	3990	Staatssekretär Georg Wacker . . . . .	4000
4.5 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – <b>Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen den Anschlusspunkten Titisee-Neustadt und Donaueschingen</b> . . . . .	3990	8. a) Beschlussempfehlungen und Berichte des Finanzausschusses zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008 – <b>Denkschrift 2008 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006</b> – Drucksachen 14/2950, 14/3401 bis 14/3426 und 14/3501 bis 14/3526	
Abg. Gustav-Adolf Haas SPD . . . . .	3990, 3991	b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 19. September 2008 – <b>Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2006 durch den Landtag</b> – Drucksachen 14/3286, 14/3629	
Staatssekretär Rudolf Köberle . . . . .	3990, 3991	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 7. Dezember 2007 – <b>Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006</b> – Drucksachen 14/1216, 14/3630. . . . .	4015
4.6 Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – <b>Auswahlverfahren für die Aufnahme in berufliche Gymnasien</b> . . . . .	3991	Abg. Ursula Lazarus CDU . . . . .	4015
Abg. Gunter Kaufmann SPD . . . . .	3991, 3992	Abg. Ingo Rust SPD. . . . .	4016
Staatssekretär Georg Wacker . . . . .	3991, 3992	Abg. Eugen Schlachter GRÜNE . . . . .	4018
Abg. Norbert Zeller SPD . . . . .	3992	Abg. Michael Theurer FDP/DVP. . . . .	4020
Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE . . . . .	3992	Minister Willi Stächele. . . . .	4021
5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zum präventiven Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg (Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg)</b> – Drucksache 14/3587 . . . . .	4002	Beschluss . . . . .	4022
Ministerin Dr. Monika Stolz . . . . .	4002	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. November 2008 – <b>Ergebnisbericht 2008</b> – Drucksachen 14/3532, 14/3631. . . . .	4023
Abg. Andrea Krueger CDU . . . . .	4003	Abg. Klaus Herrmann CDU. . . . .	4023
Abg. Marianne Wonnay SPD. . . . .	4004	Abg. Ingo Rust SPD. . . . .	4023
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE. . . . .	4005	Abg. Eugen Schlachter GRÜNE . . . . .	4024
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP. . . . .	4006	Abg. Michael Theurer FDP/DVP. . . . .	4024
Beschluss . . . . .	4007	Beschluss . . . . .	4025
6. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes</b> – Drucksache 14/3659		10. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. August 2008 – <b>Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2009 bis 2012</b> – Drucksachen 14/3158, 14/3632 . . . . .	4025
b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – <b>Finanzierung der Kleinkindbetreuung</b> – Drucksache 14/2302		Beschluss . . . . .	4025
c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – <b>Übertragung der Aufsicht über Kindertageseinrichtungen auf die Stadt- und Landkreise?</b> – Drucksache 14/2654 . . . . .	4007		
Ministerin Dr. Monika Stolz . . . . .	4007		
Abg. Wilfried Klenk CDU . . . . .	4009		
Abg. Marianne Wonnay SPD. . . . .	4010		
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE. . . . .	4011		
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP. . . . .	4013		
Beschluss . . . . .	4014		

- |  |   |
|--|---|
| <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 31. Oktober 2008 – <b>Karlsruhe, Verkauf von landeseigenen Erbbaugrundstücken an die Hardtwaldsiedlung Karlsruhe eG</b> – Drucksachen 14/ 3492, 14/3633 ..... 4025</p> <p>Beschluss ..... 4025</p>   | <p><b>hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 24) – Steuerprüfungen bei den Veranlagungsstellen der Finanzämter</b> – Drucksachen 14/3290, 14/3638..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p>   |
| <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Juni 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Nr. 20) – Landesbibliotheken Karlsruhe und Stuttgart</b> – Drucksachen 14/2933, 14/3634 ..... 4025</p> <p>Beschluss ..... 4026</p>   | <p>17. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. September 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 7) – Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“</b> – Drucksachen 14/3287, 14/3639 ..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p>                |
| <p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Oktober 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 29. Oktober 2004 zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude</b> – Drucksachen 14/3464, 14/3635 ..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p>   | <p>18. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. September 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 17) – Allgemeines Entlastungskontingent an öffentlichen Realschulen</b> – Drucksachen 14/3288, 14/3640..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p> |
| <p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. August 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 27) – Wahrnehmung der Lehre an den Universitäten</b> – Drucksachen 14/3171, 14/3636..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p>  | <p>19. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 3. November 2008 – <b>Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen</b> – Drucksachen 14/3474, 14/3670 ..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p>  |
| <p>15. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Juni 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 30) – Organisation und Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung bei der Universität Karlsruhe</b> – Drucksachen 14/2935, 14/3637 ..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p> | <p>20. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. November 2008 – <b>Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zwölften Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)</b> – Drucksachen 14/3560, 14/3691..... 4026</p> <p>Beschluss ..... 4026</p>  |
| <p>16. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. September 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;</b></p>  | <p>21. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit und Soziales vom 16. Oktober 2008 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ausdehnung der Mutterschutzzeiten</b> – Drucksachen 14/3350, 14/3643 ..... 4027</p> <p>Beschluss ..... 4027</p>   |

22. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2008 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Vorgehen zur Versicherungsproblematik deutscher Handwerksunternehmen in Frankreich</b> – Drucksachen 14/3460, 14/3662 ...	4027	24. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/3644, 14/3645, 14/3646, 14/3647, 14/3648, 14/3649 .....	4027
Beschluss .....	4027	Beschluss .....	4027
23. Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. Oktober 2008 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt</b> – Drucksachen 14/3349, 14/3663 .....	4027	25. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/3575 .....	4027
Beschluss .....	4027	Beschluss .....	4027
		Nächste Sitzung .....	4027

## Protokoll

über die 56. Sitzung vom 4. Dezember 2008

Beginn: 9:31 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 56. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Vogt sowie den Herren Abg. Sckerl, Staiger und Stratthaus erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Ministerpräsident Oettinger, Herr Minister Dr. Reinhart und Herr Staatssekretär Fleischer entschuldigt.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Schwehr hat heute Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Kollege, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Präsidenten des Salzburger Landtags, Herrn Johann Holztrattner. Herr Präsident Holztrattner wird vom Direktor des Salzburger Landtags, Herrn Hofrat Dr. Karl Edtstadler, begleitet.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Landtagspräsident Holztrattner stattet heute dem Landtag von Baden-Württemberg seinen Abschiedsbesuch ab, da er in Kürze sein Amt niederlegen wird.

Herr Kollege Holztrattner und Herr Dr. Edtstadler, ich darf Sie im Landtag von Baden-Württemberg sehr herzlich willkommen heißen und Ihnen einen informativen und angenehmen Aufenthalt in unserer Landeshauptstadt wünschen.

Ihnen, Herr Präsident Holztrattner, danke ich für die stets gute Zusammenarbeit und wünsche ich für die Zukunft alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf eine Umstellung der Tagesordnung verständigt. Tagesordnungspunkt 7 soll nach der Fragestunde aufgerufen werden. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Regierungserklärung durch die Staatsrätin für demographischen Wandel und für Senioren zum Bericht über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ (Drucksache 14/3021) und Aussprache**

Das Präsidium hat für die Aussprache über die Regierungserklärung eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich darf Ihnen, Frau Staatsrätin, das Wort erteilen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oben ein Hofrat, hier eine Staatsrätin!)

**Staatsrätin für demographischen Wandel und für Senioren Dr. Claudia Hübner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist für die Zukunft gerüstet, denn der Landtag hat schon früh – im Frühjahr 2004 – mit der Einsetzung der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ eine entscheidende Weiche gestellt. Dies ist damals mit fraktionsübergreifender Mehrheit geschehen.

Aufgabe der Kommission war es, Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren, um – ich zitiere aus dem Einsetzungsbeschluss –

*insbesondere ... ein solidarisches Zusammenleben der Generationen zu sichern, familienfreundliche Bedingungen – vor allem im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – herzustellen, die Zukunftschancen der jungen Generation und die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zu sichern sowie für eine ausgewogene Entwicklung aller Landesteile zu sorgen.*

Jedes einzelne dieser Ziele, aber auch die Summe dieser Ziele sind seit Langem Inhalt der Politik der Landesregierung. Dass sie seinerzeit nicht nur von den Regierungsfractionen, sondern von allen Fraktionen des Hauses als Messlatte für die Arbeit der Enquetekommission formuliert und getragen wurden, unterstreicht einmal mehr die umfassende gesellschaftliche Bedeutung dieser Ziele. Es zeigt aber vor allem eines: dass wir als Landesregierung mit unserer Politik auf dem richtigen Weg, auf einem guten Weg für alle Generationen sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Guten Morgen, Herr Scheffold! Beim „richtigen Weg“ ist er aufgewacht!)



(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Die Kommission hat nach einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Thema umfangreiche Empfehlungen für die Landespolitik formuliert. Für diese Arbeit möchte ich allen, die mitgewirkt haben, den Dank der Landesregierung aussprechen: den Abgeordneten, den externen Sachverständigen, den Beratern und allen, die sonst noch hieran beteiligt waren.

(Beifall des Abg. Rudolf Köberle CDU)

Dieser Dank gilt natürlich auch allen Fraktionen dieses Hauses.

Die Arbeit der Kommission sollte natürlich keine Arbeit für die Schublade werden. Vielmehr hat die Landesregierung die Empfehlungen umfassend aufgegriffen. Sie sind nach knapp drei Jahren bereits in weiten Teilen umgesetzt, nicht völlig, aber vieles ist auf einem guten Weg. Mein herzlicher Dank gilt daher auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, gerade hinsichtlich der Umsetzung dieser Empfehlungen.

Zudem haben wir auf weitere Partner gesetzt. Es sind so viele Institutionen und so viele Engagierte, die sich unserem Weg, den demografischen Wandel positiv zu gestalten, angeschlossen haben. Stellvertretend, aber durchaus auch hervorgehoben möchte ich den Landesseniorenrat nennen, mit dem ich von Anfang an vertrauensvoll und gern zusammengearbeitet habe. Ich sehe, Herr Hörrmann, dass Sie heute hier sind und die Debatte verfolgen. Herzlich willkommen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das gilt in gleicher Weise auch für unsere Partner im „Bündnis für die Jugend“. Ohne das Zusammenwirken vieler, ohne die Anregungen, die da zusammengekommen sind, insbesondere auch die durchaus konstruktive Kritik, könnten wir die demografischen Herausforderungen nicht so erfolgreich anpacken, wie wir es tun.

Vor allem eines zählt: Wir haben die Entwicklungen früh erkannt, und wir haben die Herausforderung angenommen. Keine Vogel-Strauß-Politik: Wir stecken nicht den Kopf in den Sand, sondern wir begreifen den demografischen Wandel als eine Chance für Baden-Württemberg, nicht als Risiko.

Es würde den zeitlichen Rahmen des heutigen Tags sprengen, meine Damen und Herren, wenn ich jetzt detailliert die Umsetzung der immerhin fast 300 Empfehlungen darlegen würde. Ich habe Ihnen ja auch im Namen der Landesregierung einen sehr ausführlichen Bericht mit 184 Seiten zukommen lassen. Ich hoffe, Sie haben ihn alle gelesen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wir schon!)

Insofern möchte ich mich jetzt in meiner Bilanzierung, in meiner Rechenschaftslegung am heutigen Tag auf wesentliche Schwerpunkte beschränken und einen Rahmen für die Zukunft abstecken.

Also:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt „also“?)

Wo stehen wir im Jahr 2008?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und wo wollen wir hin?)

Wie ist die Lage? Wo steht Baden-Württemberg? Vor allem ist die Frage wichtig, meine Damen und Herren: Was kommt bei den Menschen an? Wie geht es den Menschen? Wie begegnen wir alldem?

Es ist klar: Bei einem solch wolkigen, abstrakten, vielschichtigen Thema haben die Menschen schon einen Anspruch und erwarten von uns zu Recht klare, wertorientierte Antworten. Diese Antworten haben wir auch gegeben, und wir geben sie weiterhin.

Erste Frage: Wie steht es um Baden-Württemberg im demografischen Wettbewerb? Hier gibt es viele Themen, meine Damen und Herren. Es gibt Ereignisse, die uns tagesaktuell auf Trab halten – wir hatten gestern die Finanzdebatte –, die kurzfristig Aufmerksamkeit erfordern, sozusagen eine Akutambulanz. Und es gibt Themen, die Dauerbrenner sind, Themen, für die wir einen langen Atem,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Langer Atem!)

Durchhaltevermögen und, ich muss sagen, auch immer wieder neue Motivation benötigen. Demografie gehört schon zu den Dauerbrennerthemen – Marathon statt Sprint.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Hinzu kommt, dass wir heute Weichenstellungen formulieren müssen für Wirkungen, die wir in der nächsten und übernächsten Legislaturperiode erwarten. Es gibt nichts, was weniger legislaturperiodentauglich ist als Demografie. Aber wie beim Marathon kommt es hier darauf an, die richtigen Strategien zu entwickeln und die Ziellinie rechtzeitig zu erreichen.

Immer wieder wird über die Frage diskutiert: Was ist nun der Befund: Überalterung, Unterjüngung? Nein, meine Damen und Herren, wir wachsen hinein in eine Gesellschaft des langen Lebens, nicht mehr und nicht weniger. Das ist keine Heimsuchung. Dass es in Baden-Württemberg immer mehr ältere Menschen gibt, ist vielmehr eine erfreuliche Entwicklung. Die Älteren gehören zu uns, die Älteren gehören in die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir dürfen nie müde werden, das zu betonen.

Wir haben auch alle Potenziale dafür. Die Analysen sind gemacht. Jetzt kommt es auf das Handeln an, auf das Umsetzen zugunsten aller Generationen.

Wir brauchen uns, was den Wettbewerb angeht, nichts vorzumachen. Wir stehen im Wettbewerb, international und national, europaweit und deutschlandweit. Ich behaupte, meine Damen und Herren: In diesem Wettbewerb stehen wir gut da, weil wir früher, tatkräftiger und entschlossener begonnen haben und weil wir treffsicher und zielgerichtet gearbeitet haben.

Also: Nicht sich treiben lassen! In der Summe steht Baden-Württemberg

(Abg. Claus Schmiedel SPD: „Gut da“! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Sehr gut da“!)

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

im Hinblick auf den demografischen Wandel besser da als viele andere. Das ist kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis aktiver Politik.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Beim Thema „Demografischer Wandel“ geht es um Wettbewerb, aber es geht in allererster Linie um Menschen.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Hinter den oft trockenen statistischen Zahlen stehen Menschen, stehen Schicksale, für die wir verantwortlich sind. Das sollten wir nicht vergessen.

Ich möchte jetzt die Antworten skizzieren, die wir im Hinblick auf den demografischen Wandel entwickelt haben. Manches davon hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zur Halbzeitbilanz bereits angesprochen.

Wir haben mit der Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht, das, behaupte ich, in Deutschland seinesgleichen sucht. Ich nenne folgende Schwerpunkte: Kinderbetreuung, Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Wir werden die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2013 bis zu einer Versorgungsquote von 34 % ausbauen. Das Land wird seine Beteiligung an den Betriebskosten schrittweise erhöhen, und wir werden hierfür bis 2014 einen Betrag in Höhe von 175 Millionen € in die Hand nehmen. Der gemeinsame Weg von Land und Kommunen beim Ausbau der Kleinkindbetreuung ist alternativlos.

Genauso wichtig ist uns aber auch eine Stärkung der Tagespflege und die Unterstützung der betrieblichen Kinderbetreuung. Meine Damen und Herren, Investitionen in die Betreuung von Kindern sind die besten Investitionen überhaupt. Sie kommen den Eltern zugute, sie kommen den Kindern zugute, und im Falle der betrieblichen Kinderbetreuung kommen sie nicht zuletzt auch den Betrieben zugute.

Nächster Punkt: Qualitätsoffensive Bildung. Die politische Vorrangstellung von Bildung und Betreuung haben wir bis ins nächste Jahrzehnt hinein festgeschrieben. Dies alles geschieht, um unseren Kindern eine hervorragende Chance für die Zukunft zu geben.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Insoweit gewinnt das Haus „Kinderland“ Baden-Württemberg in seiner Architektur, in seiner Konstruktion immer mehr Realität.

(Beifall der Abg. Günther-Martin Pauli und Marcel Schwehr CDU)

Hieran schließt sich der Hochschulbereich an. Wir haben den Hochschulpakt 2012 geschlossen, und dieser Pakt ist auch notwendig, um die Lücke bei den Fachkräften zu schließen, die auf uns zukommen wird. Auch da ist es leicht, sich zurückzulehnen und auf die Hochschulerverfolge zu verweisen.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Hochschulerverfolge aber fallen nicht vom Himmel,

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Wer hätte das gedacht!)

und sie kommen auch nicht von jetzt auf nachher. Wir investieren, damit unsere Hochschulen weiter ganz vorn mitspielen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Die Ergebnisse der Exzellenzinitiative sprechen für sich, und sie sprechen für uns.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das soll uns erst einmal einer nachmachen.

(Beifall der Abg. Andrea Krueger CDU)

Ich leite jetzt zum Thema Forschung über. Auch bei der Forschung zum demografischen Wandel waren wir, meine Damen und Herren,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: „Spitze“!)

bereits früh exzellent aufgestellt. Ich erinnere an den Lehrstuhl von Frau Professor Ursula Lehr, ich erinnere an Herrn Professor Börsch-Supan, ich erinnere an das Netzwerk Altersforschung in Heidelberg, betreut von Herrn Professor Kruse, sowie an Herrn Professor Raffelhüschen. All das sind Namen von Exzellenzen, die bundesweit Gewicht haben. Auch damit beweisen wir, dass wir im Wettbewerb bestehen.

Dritter Schwerpunkt: Pflege, Gesundheit, Menschen mit Behinderungen. Wir haben eine Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich Engagierte in der Pflege gestartet, die im Pflege-Weiterentwicklungsgesetz auch aufgegriffen wurde.

Wir stärken – und damit komme ich zu einem Punkt, der mir sehr am Herzen liegt – auch die Palliativversorgung, das Schmerzmanagement im ambulanten und im häuslichen Bereich. Bei uns ist vielleicht die Erkenntnis noch zu wenig angekommen, dass es, wo Heilung nicht mehr möglich ist, um die Linderung von Schmerzen geht. Es geht mir darum, dass wir im ambulanten, im häuslichen Bereich eine verbesserte Betreuung durch die Hausärzte ermöglichen,

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

dass wir verhindern, dass – wie es so oft der Fall ist – pflegende Angehörige, die im Akutfall überfordert sind, in ihrer Verzweiflung den Notarzt rufen. Damit würde nämlich ein Kreislauf auf den Weg gebracht: Der Patient kommt ins Krankenhaus, und er stirbt, angeschlossen an Apparate, im Krankenhaus. Hier haben wir Nachholbedarf. In Deutschland werden im internationalen Vergleich nur etwa ein Zehntel so viele Schmerzmittel verschrieben wie in anderen Ländern. Das hat etwas mit unserer Vergangenheit zu tun; aber wir müssen hier nachbessern, wir müssen den Patienten und deren Angehörigen helfen.

Wir sagen auch den Hospizdiensten ausdrücklich weitere Unterstützung zu. Auch für diesen Bereich darf ich feststellen, dass wir bundesweit die höchste Versorgungsdichte haben. Unsere Pflegeheimförderstrategie wird ebenfalls fortgesetzt.

Ich habe vorhin angesprochen, dass Baden-Württemberg in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft im Wettbewerb steht.

(Unruhe)

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Auch zu diesem Schwerpunkt der Empfehlungen nenne ich Ihnen einige Fakten: Die Beschäftigungsquote Älterer ist bundesweit bei uns am höchsten und liegt übrigens heute schon über dem Ziel der Lissabon-Strategie. Die Beschäftigung Älterer ist einer der wesentlichsten Faktoren für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Frauenerwerbsquote ist in Baden-Württemberg ebenfalls relativ hoch. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist nur in Bayern noch etwas geringer als in Baden-Württemberg.

Es bleibt unser erklärtes Ziel, die Erwerbstätigenquote auszubauen. Wo aber sind die Potenziale, wenn wir weniger werden, wenn die Relation von Erwerbstätigen zu Nichterwerbstätigen geringer wird? Die Potenziale liegen bei den Frauen, bei den Älteren und bei den Migranten. Da müssen wir nachbessern, weil die Lage ansonsten dahin gehend Sprengstoff birgt, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr Nichterwerbstätige versorgen müssen.

Wir haben mit diesen Themen bei uns selbst angefangen. Man hat ja Vorbildfunktion, man soll sich an die eigene Nase fassen, also die eigene Landesverwaltung betrachten. Wir haben Vorbildfunktion. Ich habe dafür gesorgt, dass, nachdem zwei andere Ministerien bereits zertifiziert sind, auch das Staatsministerium das Zertifikat im Rahmen des Audits „Beruf und Familie“ bekommt. Das ist ein Baustein. Das bleibt auf der Tagesordnung. Ich werde das auch im Sinne der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ immer wieder aufrufen und ansprechen, damit auch die anderen Ministerien mit gutem Beispiel vorangehen.

(Unruhe)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Einrichtung des Kompetenzzentrums Beruf und Familie bei der Familienforschung des Statistischen Landesamts. Das Modellprojekt „Studi mit Kids“ ist mir ebenfalls ganz wichtig. Denn, meine Damen und Herren, wenn man im Land unterwegs ist, wird einem sehr deutlich, dass es nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, sondern dass es auch um die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung und um die Vereinbarkeit von Familie und Pflege geht. Vielleicht ist die Unizeit sogar eine ganz gute Zeit, um ein Ja zur Familie zu ermöglichen.

(Unruhe)

Meine Eltern hätten mir das nie geraten. Da hieß es: Das hat alles seine Ordnung, Erstes Staatsexamen, Zweites Staatsexamen, Eheschließung, Wohnung, Doktorarbeit usw. Dann will man auch noch eine Weile im Beruf arbeiten. Ich weiß gar nicht, ob dieses Ordnungsmuster unbedingt richtig ist.

Bei jungen Akademikerinnen liegt das Alter bei der Geburt des ersten Kindes bei Mitte 30. Wenn aber erst um Mitte 30 das erste Kind geboren wird, dann kommt ein zweites, drittes oder gar viertes Kind vermutlich nicht mehr. Insofern halte ich es für ganz entscheidend, dass wir damit beginnen, schon während der Ausbildungszeit Angebote an den Universitäten und an den Hochschulen zu machen, um jungen Paaren das Ja zur Familie, das Ja zum Kind zu ermöglichen. Vielleicht müssen wir uns insoweit einfach einmal von überholten, verkrusteten Vorstellungen lösen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

All das sind Wegmarken der demografischen Zukunftsfähigkeit.

Ich möchte einen fünften Schwerpunkt ansprechen. Das sind innerhalb der Empfehlungen der Enquetekommission der Gesamtbereich „Wohnungsbau, Verkehr sowie Landes- und Regionalplanung“ und der Bereich Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, vielleicht hat es sich schon herumgesprochen: Ich habe dem Statistischen Landesamt einen Arbeitsauftrag gegeben, aus dem der Demografie-Spiegel geworden ist. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das damit den Kommunen ein umfassendes Informationssystem für die Analyse liefert: Wo stehe ich? Wo steht Großbottwar? Wo steht Heidelberg? Wo steht Aalen? Dieser Online-Dienst des Statistischen Landesamts liefert bis hinunter zum kleinsten Dorf oder Weiler mit 300 Einwohnern umfangliche Daten zu sechs Themenfeldern, die demografierelevant sind.

In aller Bescheidenheit: Dieser Service hat bundesweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Das ist unsere Idee, die auch Nachahmer findet, und das soll uns erst einmal jemand nachmachen.

Ein weiteres Handlungsfeld ist das Gesamthema „Mobilität, Verkehr“. Wir berücksichtigen jetzt auch dort demografische Gesichtspunkte, und ich freue mich, dass Herr Staatssekretär Köberle dabei behilflich war, dass bei der Fortschreibung des Generalverkehrsplans demografische Aspekte mit einfließen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Um Gottes willen!)

Im Übrigen – ich weiß nicht, wer von Ihnen es wahrgenommen hat – haben wir den diesjährigen Landesseniorentag, den wir im letzten Jahr beschlossen haben und der dieses Jahr zum zweiten Mal stattgefunden hat, auch dem Thema „Mobilität und Sicherheit“ gewidmet. Wir haben mit den Partnern eine große Veranstaltung „Habt acht im Verkehr“ durchgeführt, weil, meine Damen und Herren – auch das ist zwar keine „Zeitbombe“, aber doch etwas ganz Wesentliches –, ein Großteil der 75-Jährigen bis 90-Jährigen den Führerschein haben und zumeist auch am Steuer sitzen. Insofern müssen wir das Thema „Mobilität und Sicherheit im Verkehr“ im Lichte einer alternden Gesellschaft ernst nehmen.

Gesellschaft, bürgerschaftliches Engagement: Wir haben das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit. Daneben haben wir das Projekt des Landesseniorenrats „Langlebigkeit verpflichtet“ mit gefördert.

Ich bin in der Stiftung Kinderland beteiligt und habe dort angeregt und auch durchgesetzt – es wurde aufgenommen –, dass wir eine neue Förderlinie entwickelt haben: „Neue Generationennetzwerke für Familien“. Dort wird jetzt jedes Jahr immerhin eine Fördersumme von 1 Million € ganz konkret eingesetzt.

Integration, Migranten – ich habe es vorhin angesprochen –: Der Integrationsplan für Baden-Württemberg ist ein Meilenstein im Umgang mit Mitbürgern, die ausländische Wurzeln haben. Meine Damen und Herren, da gibt es kein Vertun: Diese Menschen sind Teil der demografischen Zukunftsfähigkeit



(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Baden-Württembergs. Wir setzen auf diese Menschen, und wir brauchen sie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Jetzt komme ich zum Schwerpunkt „Öffentliche Haushalte“. Wir hatten ja gestern eine spannende Diskussion dazu. Erstmals seit 36 Jahren gehen wir nicht zur Bank, machen wir keine neuen Schulden. Meine Damen und Herren, wir tilgen, wir zahlen Schulden in dreistelliger Millionenhöhe zurück zugunsten unserer Kinder und Enkelkinder,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, ob das noch wahr wird?)

um deren Handlungsfähigkeit zu ermöglichen und zu erhalten.

Ein Beitrag dazu ist, dass wir einen Pensionsfonds mit 500 Millionen € pro Jahr eingerichtet haben. Dies ist ein Beitrag dazu, dass Pensionen finanzierbar sind und dass wir Zusagen an zukünftige Pensionäre einhalten können.

Keiner kann auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Deswegen sehe ich es auch mit Blick auf die ganze Steuerdebatte, die jetzt geführt wird, als absolute Pflichtaufgabe unserer Generation an, zugunsten unserer Kinder und Enkelkinder eine seriöse Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung zu betreiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Das waren jetzt in einer Art Zusammenfassung die wesentlichsten Gesichtspunkte.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir mit diesem Bündel von Maßnahmen gut aufgestellt sind, dass wir zukunftsfähig sind. Dass diese Einschätzung keine Selbsttäuschung ist, dass wir uns dies nicht nur einbilden, sondern dass andere diese Einschätzung teilen, können Sie nachlesen. Das wird uns auch bescheinigt.

Es gibt eine vergleichsweise neue Studie des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, die Studie „Demographic Risk Map“.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gut, dass unsere Kinder schon ab der ersten Klasse Englisch lernen!)

In dieser Studie nimmt sich speziell Baden-Württemberg hervorragend aus. Wir suhlen uns aber nicht in Selbstzufriedenheit. Vielmehr wollen wir natürlich weiter. Wir müssen die Entwicklung weiter beobachten; die Entwicklung geht ja weiter.

Für die Weiterentwicklung, für das, was vor uns liegt, noch einmal einige Aspekte: Kinderfreundlichkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, qualifizierte Fachkräfte, damit wir unsere Wirtschaftskraft erhalten, Etablierung eines neuen Altersbildes – dazu sage ich nachher noch etwas –, Anpassung der Infrastrukturen und Haushaltskonsolidierung. Diese Punkte sind das wesentliche Gerüst unserer Gesamtstrategie im Hinblick auf die demografische Entwicklung.

Wie geht es weiter? Ich nenne in gebotener Kürze künftige Schwerpunkte:

Die Bertelsmann Stiftung hat ein Programm,

(Unruhe)

das den Namen trägt: „Alle Kids sind VIPs“. Dieser Name gefällt mir sehr gut. Schade, dass er nicht uns eingefallen ist,

(Abg. Rudolf Köberle CDU: Wir sprechen Deutsch!)

aber wir können dieses Motto durchaus zum Programm erheben. Ich will Ihnen nur ein Beispiel dafür nennen, dass das bisher nicht so ist.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Unruhe)

„Alle Kids sind VIPs“, very important persons, sehr wichtige Menschen für uns.

Ich habe letzte Woche einen Beschluss des Hamburger Oberlandesgerichts in der Zeitung gelesen.

(Anhaltende Unruhe)

Da ging es um eine Klage von Nachbarn wegen Kinderlärms unter dem Gesichtspunkt des Immissionsschutzes. In Hamburg wurde eine Kindertagesstätte wegen eines Verstoßes gegen das Immissionsschutzgesetz geschlossen. Meine Damen und Herren, da läuft etwas eklatant schief. Kinder sind uns willkommen, Kinder sind das Wichtigste, und Kinder stören nie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

In Hotels oder in Restaurants lese ich gelegentlich: „besonders familienfreundlich“. Das ist ja durchaus schön. Aber eigentlich ist das doch eine Selbstverständlichkeit, eigentlich muss man das doch nicht unbedingt als ein Nischenangebot anpreisen.

Kinder brauchen Liebe, brauchen Zeit. Sie brauchen nicht nur Geld. Sie brauchen Betreuung, und Kinder brauchen – das kommt mir manchmal zu kurz – Erziehung.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Wir müssen Zeit für unsere Kinder haben. Wir müssen uns Zeiträume schaffen, Zeit fürs Zuhören, für Spiele, für Geschichten. Wir müssen Zeit haben, die Welt zu erklären und die Welt zu entdecken, Zeit, um individuelle Bildungschancen zu fördern.

Deswegen: Bildung bleibt ein Schwerpunkt, meine Damen und Herren. Ich habe den Eindruck – das muss ich heute auch einmal so loswerden –, dass wir in Deutschland zu sehr dem Primat der Erstausbildung anhängen, dass wir Weiterbildungsmuffel sind.

(Unruhe)

Der Satz „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ist falsch, meine Damen und Herren. Wir brauchen eine Kultur des lebensbegleitenden Lernens.

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Boxenstopp beim Auftanken, Atemholen für Weiterbildung mit 35, 45 und 55 Jahren: Das tut gut und not. Es ist nicht in Ordnung, dass die Wirtschaft 90 % der Ausgaben für Weiterbildung in die unter 40-Jährigen investiert. Es lohnt sich auch noch, einen 58-Jährigen, einen 62-Jährigen weiterzubilden. Das ist einerseits eine Bringschuld der Wirtschaft, aber, meine Damen und Herren, es ist andererseits für die Älteren auch eine Holschuld. Man muss auch mitmachen wollen. Eine lebenslang lernende Gesellschaft – davon bin ich überzeugt – hat eine bessere Zukunftsfähigkeit als eine lernfaule.

Ich komme jetzt noch zum Thema „Bild des Alters“. Unser Bild vom Alter: Selbstbild, Spiegel und Außenansicht. Ich darf hierzu den Brockhaus aus dem Jahre 1884 zitieren.

(Zuruf von der SPD: Ganz schön alt!)

– Ganz schön alt, ja. Darin steht:

*Der Mann tritt gemeinhin im Alter von 45 bis 60 Jahren ins Greisenalter.*

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Heiterkeit  
– Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Dann sind wir ja hier Greise!)

– Da wird's hier auch schon bei manchen im Saal eng. Charmanterweise wird hinzugefügt, bei der Frau beginne es fünf Jahre früher.

(Heiterkeit)

Wir sollten heute einmal einen 40-Jährigen als Greis bezeichnen! Also, Alter ist auch nicht mehr das, was es einmal war.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Vielleicht noch eine Zahl dazu, meine Damen und Herren. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl der über 100-Jährigen verzweihundertsiebzigfach haben. Also, hundert wird jeder oder jede.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Darauf hoffe ich!)

– Ich hoffe es auch, Herr Noll. Aber es ist Neuland.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir beschreiten es gemeinsam!)

Deswegen sage ich: Schluss mit Anti-Aging. Wieso Anti-Aging? Reden wir doch einmal über Pro-Aging. Was mir übrigens sehr gut gefallen hat – ich konnte neulich leider nicht dabei sein –, war der Titel einer Veranstaltung der Grünen: „Entfalten statt Liften“.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Wir können ja auch machen, was wir wollen, wir werden die Sterberate nicht unter 100 % drücken. Wir brauchen ein positives Bild vom Alter, eines, das der heutigen Realität entspricht. Wir brauchen auch ein Bild von der Jugend, das von Vertrauen geprägt ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Als Letztes: Es darf auch nicht ab dem Erreichen des 60. Lebensjahrs eine Inkompetenzvermutung für das Alter geben.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Alle über 60-Jährigen!)

– Jetzt frage ich Herrn Noll nicht, wie alt er ist.

(Heiterkeit)

Sie wissen das, wir wissen das. Übrigens, der Altersdurchschnitt in der Landesregierung und in diesem Hohen Haus, unter den Abgeordneten des Landtags, ist um einiges höher als beim Durchschnitt der Bevölkerung, aber ich habe den Eindruck, dass Sie doch noch ganz rüstig sind.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Altersbild – noch ein Beispiel, meine Damen und Herren. In der „Bild“-Zeitung wurde vor einer Woche die Bremer Sozialsenatorin angesprochen. Sie hat in einem Prüfbericht für die Kassenärztlichen Vereinigungen vorgeworfen – Zitat –, das Durchschnittsalter der Beschäftigten sei mit 45 Jahren deutlich zu hoch, weil man mit Arbeitsunfähigkeiten zu rechnen habe. Wer als Sozialsenatorin zuständig ist und so agiert, der hat den Trend der Zeit verfehlt.

Wir wollen die Älteren in die Mitte unserer Gesellschaft holen. Das muss auch die Wirtschaft wissen. Wir haben dazu einen großen Kongress „Wirtschaftskraft Alter“ abgehalten. Die Senioren sind eine hochattraktive Verbraucher-, Kunden- und Käufergruppe, und es ist die einzige Gruppe, die noch wächst.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Man sollte sich nicht mit warmen Worten zufriedengeben!)

Es gilt einfach: Der wichtigste Kunde von morgen hat graues Haar. Darauf müssen wir uns als Exportland und auch im Servicebereich, in den Dienstleistungen einstellen.

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Der letzte Bereich der Schwerpunkte der Empfehlungen, die ich ansprechen möchte, ist das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“. Meine Damen und Herren, wir können es uns als Gesellschaft überhaupt nicht erlauben, auf den Einsatz der älteren Generation, auf die gewonnenen drei Jahrzehnte zu verzichten. Wir müssen vielmehr auf diese Generation zugehen und die Möglichkeiten in Anspruch nehmen. Wir brauchen die Älteren. Aber auch das ist – davon bin ich überzeugt – keine Einbahnstraße. Das erkenne ich immer wieder, wenn ich mit vielen im Land rede.

Wer eine Aufgabe hat, ist nicht alt. Wer eine Aufgabe hat, ist attraktiv für die Gemeinschaft. Wer eine Aufgabe hat, ist auch nicht einsam.

Zusammenfassend: Wir alle müssen prüfen, wo wir aktiv etwas für die Älteren tun können. Wir brauchen eine klare Leitidee. Die Leitidee kann eigentlich nur lauten: Alter ist eine Chance.

Ich glaube, wir alle gemeinsam haben mit alldem, was ich jetzt nur kurz ansprechen konnte, einen guten Grundstein gelegt. Wer die Erfolge, die wir seit dem Frühjahr 2004 auf diesem

(Staatsrätin Dr. Claudia Hübner)

Weg erreicht haben, negiert, wer sie in Abrede stellt, der handelt einfach unaufrichtig. Baden-Württemberg ist demografisch komfortabel aufgestellt. Ja! Aber wir können natürlich immer noch besser werden. Auch das ist keine Frage. Dafür, dass wir diese Chance auch weiterhin ergreifen, bleiben wir als Landesregierung am Ball, und dafür bin ich persönlich im Land unterwegs.

Abschließend:

(Beifall des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Ich glaube, es gibt nichts, was weniger für parteipolitisches Gezänk geeignet ist als gerade das Thema Demografie. Ich setze auf Ihre Weitsicht und auf Ihre konstruktive Mitarbeit. Ich lade Sie ein: Arbeiten Sie mit an der Zukunftsfähigkeit von Baden-Württemberg! Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft gestalten, damit unsere Kinder in einer Zukunft leben, die sie verdienen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** In der Aussprache erteile ich Frau Abg. Altpeter das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So, jetzt einmal zur Sache! – Abg. Christine Rudolf SPD: Jetzt einmal etwas Interessantes!)

**Abg. Katrin Altpeter SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines stimmt, Frau Staatsrätin: Wir haben in Baden-Württemberg die jüngste Bevölkerung und die höchste Lebenserwartung. Die entscheidende Frage aber – darum muss es heute gehen, wenn wir über die Konsequenzen des demografischen Wandels für die Landespolitik diskutieren – ist doch: Was tut die Landespolitik, um die Menschen in unserem Land bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen zu unterstützen?

Die Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind für die Menschen in diesem Land sehr konkret. Da wollen sie nichts über einen Demografie-Spiegel oder Ähnliches wissen. Da wollen sie wissen: Wie unterstützt die Landesregierung junge Familien dabei, Beruf und Familie zu vereinbaren?

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! Ganz konkret!)

Sie wollen wissen, wie ältere Menschen dabei unterstützt werden können, ihr Leben selbstbestimmt und in Würde so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu gestalten, ohne dabei zu vereinsamen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen auch wissen – und das immer nötiger –, welche Hilfen und Unterstützungen die Landesregierung Familien gibt, die mit großem Engagement ihre Eltern und ihre Großeltern pflegen.

(Beifall bei der SPD)

Den Eltern, die händeringend nach einem Betreuungsplatz für ihre Kinder suchen, hilft es wenig, wenn sich die Landesre-

gierung damit rühmt, dass wir die jüngste Bevölkerung aller Bundesländer haben. Die Eltern stellen sich vielmehr die Frage, warum wir beim Betreuungsangebot für Kleinkinder so lange bundesweit Schlusslicht waren und auch heute noch mit Ach und Krach nur einen Mittelfeldplatz belegen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Den Familien, die versuchen, für ihre pflegebedürftig werdenden Eltern Hilfe zu organisieren, nützt es wenig, wenn sie erfahren, dass in unserem Land die Lebenserwartung hoch ist. Diese Familien fragen sich vielmehr, warum es in anderen Bundesländern eine vom Land mitfinanzierte Beratungsinfrastruktur gibt und in Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wo lebt ihr denn? – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: In Baden-Württemberg! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie haben die Dimension der Aufgabe nicht verstanden!)

Wenn wir eine Antwort auf all diese Fragen suchen, dann kommen wir schnell zum entscheidenden politischen Problem: Die Landesregierung – das haben wir eben sehr anschaulich gehört – gestaltet nicht die Herausforderungen des demografischen Wandels, sondern sie reagiert bestenfalls; in den meisten Fällen beschreibt sie sie nur.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie entfaltet Statistik!)

Sie handeln erst dann, wenn Sie durch Dritte dazu gezwungen werden. So war es z. B. beim Ausbau des Kinderbetreuungsangebots, den die SPD auf Bundesebene durch die Einführung eines Rechtsanspruchs ab 2013 maßgeblich vorangebracht hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Die Folge dieser Politik des Abwartens, des Zögerns, des Zauderns und des Abschiebens der Verantwortung auf andere ist:

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Die Familien, aber auch die Kommunen im Land werden mit der Bewältigung des demografischen Wandels alleingelassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jeder Satz ein Treffer!)

Die Sozialministerin selbst hat in der letzten Woche erneut ein anschauliches Beispiel dafür geliefert. In ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder hat sie am 24. Oktober erklärt – ich darf zitieren –:

*Derzeit steht bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie die junge Familie mit Kindern im Fokus. „Nicht alle Beschäftigten haben Kinder, aber alle haben Eltern ... Wir müssen uns stärker bewusst werden, dass immer mehr Be-*

(Katrin Altpeter)

*schäftigte neben dem Beruf auch pflegebedürftige Angehörige betreuen müssen oder wollen.“*

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Da hat sie recht, die Frau Ministerin!)

Das ist wohl wahr, Frau Ministerin. Aber man fragt sich, warum dieselbe Ministerin und dieselbe Landesregierung durch ihre Blockadehaltung im Bund entscheidenden Anteil daran hatten, dass die Pläne, für pflegende Angehörige einen bezahlten Pflegeurlaub einzuführen, nicht verwirklicht werden konnten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja unglaublich! Blockade! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Auch an dieser Stelle erlaube ich mir, die von Ministerin Stolz im letzten Jahr angeführte Begründung für die Ablehnung des bezahlten Pflegeurlaubs zu zitieren:

*Es sollte jedem Einzelnen zumutbar und möglich sein, einen kurzfristigen Zeitbedarf zur Koordinierung der Pflege eines Angehörigen in den ersten Tagen nach Eintritt der Pflegesituation abzudecken – entweder mit noch vorhandenem bezahltem Resturlaub oder einem unbezahlten Urlaub bis zu zehn Arbeitstagen ...*

Mit anderen Worten: Geht es nach dem Willen der Landesregierung, sollen Familien die Pflege und die Erwerbsarbeit miteinander vereinbaren, aber bitte auf eigene Kosten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Enquetekommission „Demografischer Wandel“ hat vor drei Jahren einen umfangreichen Katalog von Handlungsempfehlungen vorgelegt. Bereits die Kommissionsarbeit hat sehr unter der Schwierigkeit gelitten, dass CDU und FDP/DVP konkrete landespolitische Handlungsempfehlungen zur Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels gescheut haben wie der Teufel das Weihwasser.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ja! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Mit beidem haben wir nichts zu tun!)

Das hat u. a. dazu geführt, dass sowohl der Landesseniorenrat als auch der Landesfamilienrat, der Landesjugendring und der Landesfrauenrat die Ergebnisse der Kommissionsarbeit völlig zu Recht wie folgt charakterisiert haben – ich darf zitieren –:

*Wir haben mehr Konkretes und Verbindliches erwartet, von der Kinderbetreuung bis zur Geriatrie.*

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Recht haben sie!)

Wenn wir uns nun den Umsetzungsbericht ansehen, müssen wir feststellen, dass die wenigen konkreten Handlungsempfehlungen, zu denen sich die Kommission dann mehrheitlich durchringen konnte, entweder ignoriert oder weiterhin verwässert wurden.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Ich möchte das an einigen Beispielen verdeutlichen. In einer Gesellschaft, in der immer weniger Kinder geboren werden und in der immer mehr Kinder aus Elternhäusern stammen, in denen wenig oder gar nicht Deutsch gesprochen wird, kommt der Sprachförderung eine immer größere Bedeutung zu.

(Abg. Norbert Zeller SPD und Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Die Enquetekommission hat deshalb in ihren Handlungsempfehlungen die Landesregierung aufgefordert, die Sprachförderung in Baden-Württemberg flächendeckend umzusetzen, und zwar vom ersten Kindergarten an.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Nun wäre nach drei Jahren die Frage zu stellen: Wie setzt die Landesregierung diesen klaren Handlungsauftrag denn eigentlich um? Da muss ich Ihnen sagen, die simple Antwort lautet: gar nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie bitte? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Sauerei! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Staatsrätin hat versagt! – Weitere Zurufe)

Eine flächendeckende Sprachförderung vom ersten Kindergarten an wird es in Baden-Württemberg nicht geben, obwohl sie dringend erforderlich ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist eine Diskriminierung der Erzieherinnen!)

Die Landesregierung ist nicht bereit, die erforderlichen 35 Millionen € für eine flächendeckende Sprachförderung zur Verfügung zu stellen. Sie kann aber sehr wohl fast 60 Millionen € zur Rettung eines Not leidenden Adelshauses mobilisieren.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Blanker Populismus, Kollegin! Sprechen Sie einmal mit Ihren eigenen Kollegen!)

Besser kann man überhaupt nicht veranschaulichen, welche Bedeutung die Gestaltung des demografischen Wandels für die Landesregierung hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wie gehen Sie mit historischem Erbe um? – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht alle Menschen haben Kinder, aber alle haben Eltern. Sehr geehrter Herr Noll, viele dieser Eltern sind im Alter auf Hilfen angewiesen. Bei der Frage, wie diese Hilfen organisiert werden können, lässt die Landesregierung die Familien allein

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und so etwas kommt aus dem Remstal! Ist ja unglaublich!)

und schiebt die Verantwortung auf die Kommunen und die Pflegekassen ab, obwohl das Land gemäß dem Landesgesetz eine Verantwortung für die Gestaltung des Vorfelds und des Umfelds von Pflege hat.



(Katrin Altpeter)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da nützt die Staatsrätin nichts!)

Das Vor- und Umfeld der Pflege ist für die Frage, wie ältere Menschen und ihre Angehörigen ihren Alltag gestalten können und wie sie mit beginnender Pflegebedürftigkeit umgehen können, oft wichtiger als die Leistungen der Pflegeversicherung.

Die Enquetekommission hat die Landesregierung deshalb zu Recht aufgefordert, ein mittel- und langfristiges Gesamtkonzept zur Umsetzung dieses Auftrags aus dem Landespflegegesetz vorzulegen, um Maßnahmen im Vor- und Umfeld der Pflege zu fördern. Ich möchte sagen: Das war einer der wenigen Fälle, wo man sich dank des Abg. Döring mehrheitlich zu einer konkreten Handlungsempfehlung durchringen konnte.

Was sagt nun der Bericht der Landesregierung zu dieser Empfehlung? Da wird auf den Landespflegeplan verwiesen, es wird darauf verwiesen, dass dieser weiter fortgeschrieben werden soll, und es wird darauf verwiesen, dass man in diesem Bereich Gelder eingespart habe. Was wir bezüglich des Vor- und des Umfelds von Pflege vorgetragen bekommen haben, war nichts anderes als eine Bilanz dessen, wie Hilfen abgebaut und zurückgefahren werden können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da hat die Staatsrätin schon wieder versagt!)

Ich muss sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: In einer Gesellschaft, die älter wird, und in einer Regierung, die sich eine Demografiebeauftragte leistet, wäre es eine gute Tat gewesen, wenigstens ein Handlungsfeld konkret anzugehen und den Menschen im Land Verbesserungen und Hilfen zuteil werden zu lassen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, der mich doch etwas verwundert hat. Frau Staatsrätin, in Ihrem Manuskript stand – Sie haben es in Ihrer Rede auch kurz erwähnt –, dass die Pflegeheimförderstrategie des Landes fortgeführt werden soll.

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Marianne Wonnay)

Das wäre ja nun ganz in unserem Sinne, aber es dürfte Ihnen doch sicher bekannt sein, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen beabsichtigen, im Jahr 2010 die Pflegeheimförderung einzustellen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was gilt denn jetzt? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wenn sich da nun ein Sinneswandel ergibt, würden wir uns freuen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei uns stehen die Heime schon leer! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Sie werden einen Platz finden! – Weitere Zurufe)

Ein paar klärende Worte wären sicherlich hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Pflegeheimförderung, im Vor- und Umfeld der Pflege, aber auch bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege gilt wie in allen anderen Zukunftsfragen des demografischen Wandels: Es braucht den politischen Mut und den politischen Willen zur Gestaltung. Dieser Landesregierung fehlt sowohl der Mut als auch der Wille.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie sind ganz schön frech!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Raab.

**Abg. Werner Raab** CDU: Herrn Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatsrätin, ich möchte mich zunächst für Ihre Feststellung bedanken –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wofür denn? Jetzt wird es aber peinlich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wofür denn? Für Plattitüden braucht man sich nicht zu bedanken!)

– Könnten Sie bitte warten, bis mein Satz zu Ende ist? – Auch wenn die Opposition hereinschreit, danke ich Ihnen herzlich für Ihre Feststellung, dass dieser Landtag überdurchschnittlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie von der Opposition haben offensichtlich nicht zugehört. Baden-Württemberg ist das Land, das sich zuerst und am intensivsten mit dem demografischen, das heißt mit dem gesellschaftlichen Wandel befasst hat.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Der Bundestag hat sich sage und schreibe drei Legislaturperioden lang, von 1992 bis 2002, in Enquetekommissionen mit diesem Thema beschäftigt, ohne dass die rot-grüne Bundesregierung seinerzeit erkennbare Konsequenzen gezogen hätte.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aha! – Zurufe von der SPD)

Nordrhein-Westfalen hatte Teilaspekte bearbeitet, aber es gab keine umfassende parlamentarische Aufarbeitung des Themas.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Hessen hat erst 2007 die Arbeit seiner Enquetekommission beendet. Das Saarland hat gar erst 2007 begonnen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ja wer regiert denn im Saarland? – Unruhe)

– Wer schreit, hat unrecht. – Aus den SPD-regierten Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die besonders stark betroffen sind, hört man wenig. Wenn man etwas vernommen hat, so war es die Diskussion im brandenburgischen Landtag, als es darum ging, ganze Dörfer zu schließen, um Menschen in stadtnähere Bereiche umzusiedeln.

(Werner Raab)

Anders bei uns. Das erste Institut für Gerontologie wurde bereits in den Achtzigerjahren an der Universität Heidelberg eingerichtet. Wie erwähnt, war Ursula Lehr die erste Leiterin des Zentrums für Altersforschung. Der Landtag von Baden-Württemberg hat bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode seine außerordentlich umfangreiche Arbeit in seinem 364 Seiten umfassenden, vorausschauenden Bericht der Enquetekommission veröffentlicht, der Grundlage für die weitere Arbeit des Hohen Hauses ist. Ministerpräsident Oettinger war allen seinen Kollegen im Bund voraus. Er hat dem Thema mit der Berufung von Frau Dr. Hübner Kabinettsrang gegeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ein richtiger Joker ist das aber nicht! – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜ-NE)

Nicht so in Rheinland-Pfalz. Die neuesten Zahlen auf der Homepage der Staatskanzlei von Herrn Beck – den müssten Sie kennen –

(Abg. Reinhold Gall SPD: In der Tat!)

stammen aus dem Jahr 2005. Seither war Fehlanzeige.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Elke Brunnemer CDU: Hört, hört!)

Dabei ist die demografische Entwicklung in der Wertigkeit der Aktualität und in ihren Auswirkungen auf die Menschen in unserem Land mit der Finanzkrise und dem Klimawandel vergleichbar. Das sind Themen, die zunächst zwar diskutiert werden, aber in ihrer vollen Auswirkung nicht den Stellenwert zugemessen erhalten, den sie zweifelsohne verdienen. Wichtig ist die Erkenntnis, dass es dabei um sich gegenseitig beeinflussende Wirkungen u. a. in der Wirtschaft, in der Sozial- und Bildungspolitik, im Hinblick auf die Integration und die Stabilisierung der Solidarsysteme geht.

Die CDU-Landtagsfraktion misst dem Thema ebenfalls große Bedeutung zu. Wir haben eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich ständig und aktuell mit diesem Thema befasst.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wow!)

Alle Ressorts der Landesregierung sind betroffen. Das zeigen die Ausführungen in der Drucksache 14/3021. In allen Ressorts wurden Initiativen ergriffen, die wir ausdrücklich begrüßen, und die Arbeit geht weiter.

Wichtig ist es mir in diesem Zusammenhang, das Thema in die Gesellschaft hineinzutragen. Wir sehen eine Chance, nicht nur die Belastungen beklagen zu müssen, sondern auch die Entwicklung zu unseren Gunsten nutzen zu können. Wenn auch manche Zahlen Sorgen bereiten: Ich freue mich darüber, dass der Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie und die Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie ohne Streit in der Öffentlichkeit einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, der einen Demografiefaktor beinhaltet. Das ist die Zukunftsfähigkeit, die ich mir wünsche.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Reinhold Gall SPD und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

Es geht gerade darum, kleinere und mittlere Unternehmen demografiefest zu machen. Ein neues Berufsbild „Demografieberater“ kann entstehen, der Firmen aufzeigt, wie sie auf Veränderungen am Markt reagieren müssen und wie sie ihre eigenen Strukturen auf die Zukunft ausrichten müssen.

Wir müssen die rückgängige Zahl von Schul- und Studienabgängern berücksichtigen und die Chancen nutzen, die 2012 durch die zwei Abiturjahrgänge aus G 9 und G 8 entstehen. Wer heute nicht ausbildet, wird morgen Schwierigkeiten haben, qualifizierten Nachwuchs zu bekommen.

Man glaubt es kaum, aber es gibt auch in Baden-Württemberg Geschäftsführer in Firmen, die die Berufsakademie noch nicht kennen, obwohl es ihren Firmen an Ingenieurwachstum mangelt. Zukunftsgerichtete Handwerker und Mittelständler haben längst Schulpartnerschaften und Kooperationen mit Haupt- und Realschulen als eine Win-win-Situation erkannt.

Jeder nicht besetzte Arbeitsplatz ist eine Einschränkung des Bruttosozialprodukts. Allein die fehlenden Ingenieure verringern das BSP um 3 % im Jahr. Wenn die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland bis zum Jahr 2030 um die prognostizierten 2,1 Millionen Menschen sinken wird, sinken unweigerlich auch die Wirtschaftskraft und die tragenden Stützen der Sozialsysteme in unserem Land. Dies sind Tatsachen, denen wir ins Auge sehen.

Aus diesem Grund ist das Thema „Demografischer Wandel“ auch ein Bildungsthema. Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Eröffnungsrede zum Berliner Forum im Oktober dieses Jahres ausgeführt:

*Unterschiede und Ungleichheiten in einer Gesellschaft sind historisch gesehen nichts Neues. ... Sie sind ... auch Ausdruck der Freiheit eines jeden von uns, ... Die Herstellung völliger Gleichheit ist weder möglich noch wünschenswert.*

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

*Unterschiede und Ungleichheiten machen die Vielfalt unserer Gesellschaft aus, und sie spornen zu Leistung und Anstrengung an.*

Aus dieser Erkenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, erwachsen unsere politische Verantwortung und die daraus abzuleitenden Aktivitäten. Die Bildungsinitiative ist auch ein wirksamer Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels in unserem Land.

Es ist schön, dass wir in Baden-Württemberg, statistisch gesehen, bundesweit die Jüngsten sind und am längsten leben. Es ist schön, dass das Durchschnittsalter in Baden-Württemberg mit 42 Jahren fast ein Jahr unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Es ist schön, dass in Baden-Württemberg die Mädchen damit rechnen können, 83 Jahre alt zu werden, und die Buben immerhin eine Lebenserwartung von 79 Jahren haben. Es ist schön, dass sich zwischen 1991 und 2007 rund 750 000 Menschen für Baden-Württemberg entschieden und Wohnung in unserem Land genommen haben. Das zeigt, die Menschen haben Zuversicht und sehen in Baden-Württemberg bessere Lebenschancen für sich und ihre Kinder. Dies alles macht die

(Werner Raab)

Herausforderungen insgesamt beherrschbarer und bestätigt die gute Politik, die in unserem Land gemacht wird.

Es ist unsere Pflicht, der kommenden Generation Handlungsspielräume zu ermöglichen. Die Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden hoffentlich den gewünschten Erfolg bringen, und die Geburtenrate wird hoffentlich den Tiefstand von 1,3 verlassen. Das wird in der kommenden Zeit eine interessante Beobachtung werden.

Dennoch müssen wir Menschen durch attraktive Angebote an Arbeits- und Studienplätzen anreizen, sich für Baden-Württemberg zu entscheiden. Alle politischen und konzeptionellen Aktivitäten, die zur Steigerung der Attraktivität unseres Landes beigetragen haben, verbinde ich mit der Tatsache, dass wir früher und ernsthafter als andere die demografische Entwicklung nicht nur beschreiben, sondern sie auch als konkrete Chance zur aktiven Gestaltung begreifen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Baden-Württemberg „Kinderland“ und Wachstumsland bleibt.

Mein Dank gilt allen – in den Kommunen, in den Verbänden, in den Kirchen, in der Wirtschaft –, die dazu beigetragen haben, mit engagierter und qualifizierter Arbeit die Aufgaben zu bewältigen. Ich möchte stellvertretend Ihnen, Frau Staatsrätin Dr. Hübner, für die Arbeit danken,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Noch einmal?)

die Sie und die Ministerien – und zwar alle Ministerien – geleistet haben und auch in Zukunft leisten.

Meine Damen und Herren, Frau Altpeter: Sie haben Fragen, wir haben die Antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann man von der Frau Staatsrätin nicht sagen! Von Ihnen vielleicht schon eher! Bleiben Sie an dem Thema dran! Das ist besser, als wenn das die Frau Staatsrätin macht! – Zurufe von der SPD und den Grünen)

In vielen Parametern der Politik haben wir die besten Voraussetzungen. Sie reden schlecht, was bundesweit als vorbildlich anerkannt ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir lassen die Kommunen nicht allein,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dazu brauchen Sie ja auch die Kommunen!)

sondern wir akzeptieren, dass sie diese Arbeit im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung klug, ideenreich und mit vielfältigen Angeboten ausgestalten. Das ist der Weg, auf dem wir uns befinden, und den werden wir konsequent und erfolgreich weitergehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Ausführungen von Frau Hübner, aber auch vom Herrn Kollegen Raab kam mir die Erinnerung, dass in Freiburg bei der Kommunalwahl vor einigen Jahren einmal eine Liste antrat, deren Abkürzung „NLB“ lautete. „NLB“ stand für „nett, lustig, beliebt“, und deren Wahlspruch war: „Alles wird gut, wir kennen den Weg.“

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Ich kann Ihnen aber verraten, dass diese Liste den Sprung in den Gemeinderat nicht geschafft hat, und ich finde das auch gut so; denn Selbstbeschwörung, Frau Hübner und auch Herr Raab, kann Handeln leider nicht ersetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir sind aber schon im Landtag drin!)

Lassen Sie mich kurz rekonstruieren: Wir haben in der letzten Legislaturperiode auf Initiative der Regierungsfractionen die Enquetekommission „Demografischer Wandel“ eingerichtet. Wir haben uns monatelang mit unterschiedlichen Handlungsfeldern beschäftigt. Wir haben um Empfehlungen gerungen. Wenn Sie, Frau Staatsrätin, jetzt behaupten, dass jedes einzelne dieser Ziele, aber auch die Summe dieser Ziele schon seit Langem Inhalt der Politik der Landesregierung seien, dann ist das einfach falsch! Die Enquete hat nicht nur bestätigt, was Sie als Landesregierung ohnehin schon tun, sondern sie hat auch einen umfangreichen Katalog dessen vorgelegt, was noch zu tun ist.

Bei der Umsetzung kommen diverse Probleme zusammen: Zum einen zählt nachhaltiges und ressortübergreifendes Denken nicht zu den Stärken dieser Landesregierung, zum Zweiten ist im Ringen um diese Empfehlungen leider oftmals nur der kleinste gemeinsame Nenner herausgekommen. Die Kollegin Altpeter hat gesagt, dass auch die Verbände kritisiert haben, die Empfehlungen seien leider oft sehr vage und wenig konkret. Und drittens kann nun wahrlich nicht die Rede davon sein, dass die Empfehlungen der Enquetekommission bereits alle umgesetzt wären.

Es gibt also keinen Grund, sich zurückzulehnen und zu behaupten, es sei alles schon erledigt. Vielmehr müssen wir bei vielem von dem, was die Landesregierung tut und was Sie, Frau Hübner, auch ausgeführt haben, konstatieren, dass es einfach zu kurz gedacht und zu kurz gesprungen ist.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Einfach zu sagen „Wir sind eine alternde Gesellschaft – na und?“ wird den Herausforderungen nicht gerecht. Denn klar ist: Wenn wir nicht handeln, werden die wenigen erwerbsfähigen jungen Menschen nicht in der Lage sein, die vielen Menschen im Rentenalter zu versorgen. Wenn wir nicht handeln, werden wir mit einer alternden Erwerbsbevölkerung an Innovationskraft und auch an Wertschöpfung verlieren. Wenn wir nicht handeln, wird sich Baden-Württemberg nicht als erfolgreicher Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb be-



(Edith Sitzmann)

haupten können. Herr Kollege Raab, dieser globale Wettbewerb mit den innovativsten Wirtschaftsregionen der Welt ist die Hürde, die wir nehmen müssen.

(Abg. Werner Raab CDU: Die werden wir nehmen!)

Wenn wir heute gestalten, dann kann es gut sein, dass der demografische Wandel eine Chance wird. Erst wenn nicht gehandelt wird, wird er tatsächlich zum Problem. Die wichtigen Handlungsfelder sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Thema Fachkräftemangel, dem wir offensiv begegnen müssen, aber auch eine an die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft angepasste Infrastruktur, um nur ein paar zu nennen.

Diese Beispiele zeigen, dass es nicht ausreicht, kurzfristig zu denken, in Legislaturperioden zu denken, in Eifersüchteleien zwischen einzelnen Ressorts zu verfallen. Vielmehr brauchen wir eine Politik der wirklich langen Horizonte. Wir brauchen eine neue Kultur der Beteiligung. Das ist etwas ganz anderes, als Gesetzentwürfe formal zur Anhörung freizugeben und dann nichts daran zu ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Wir brauchen eine klare Werteorientierung, die sowohl für die jungen und für die nachkommenden Generationen als auch für die Generation der Älteren Verantwortung übernimmt. Wir brauchen eine Werteorientierung, die den Jugendlichen und Kindern beste Startchancen ermöglicht sowie den Älteren, Alten und Hochbetagten ein selbstbestimmtes Altern in Würde erlaubt.

(Abg. Werner Raab CDU: Das ist doch Tatsache!)

Dafür können wir noch keine Ansätze erkennen. Deshalb gilt für uns auch hier: zu kurz gedacht und zu kurz gesprungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schließlich brauchen wir ein konsequent subsidiäres Denken. Insbesondere die Kommunen werden durch die demografischen Veränderungen auf unterschiedlichste Weise vor Herausforderungen gestellt. Das betrifft alle Bereiche: Schule, Verkehr, Gesundheit, Altenhilfe, Kindergärten, Infrastruktur, alles ist betroffen. Vor diesem Hintergrund reicht es nicht aus, einen Demografie-Spiegel anzuregen. Vielmehr geht es darum, die Kommunen bei diesen wichtigen Zukunftsaufgaben nicht allein zu lassen. Auch hier sind Sie zu kurz gesprungen, meine Damen und Herren.

(Abg. Werner Raab CDU: Der Demografie-Spiegel ist ein Handwerkszeug!)

Gerade bei der Kinderbetreuung zeigt sich, dass Sie die Kommunen bei wichtigen Zukunftsaufgaben nicht ausreichend unterstützen. Sie haben sich erst bewegt, als Sie auf Bundesebene von Frau von der Leyen dazu gezwungen wurden. Dann haben Sie in Bezug auf Ihre blamable Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren nachgelegt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau!)

Jetzt sind wir bei einer Betreuungsquote von annähernd 12 %. Die Hauptlast des Ausbaus haben aber noch immer die Kommunen zu schultern. Das ist zu kurz gedacht und zu kurz gesprungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in Baden-Württemberg noch immer ein Problem. Was bedeutet denn eine Betreuungsquote von 12 %? Das bedeutet, dass gerade einmal für jedes zehnte Kind ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht, womöglich halbtags oder auch nur stundenweise. Wenn viele Frauen in Minijobs und in Teilzeit arbeiten, dann zeigt dies, dass Angebot und Nachfrage bis heute nicht zusammenpassen.

(Abg. Werner Raab CDU: Das ist nicht bewiesen!)

Ich sage Ihnen, dass wir es uns nicht erlauben können, in Zukunft auf das Potenzial vieler gut ausgebildeter Frauen in diesem Land zu verzichten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kollege Raab hat gesagt, dass Bildungsthemen für den demografischen Wandel sehr wichtig sind. Da stimme ich Ihnen völlig zu. Ein solides Bildungsfundament ist die beste Armutsprävention, die wir leisten können. Das heißt aber auch, dass wir alle Kinder auf diesem Weg mitnehmen müssen, egal, aus welchem Elternhaus sie kommen und von welcher Kultur sie abstammen. Wir müssen ihnen die besten Startchancen geben.

In der „Stuttgarter Zeitung“ gab es in dieser Woche einen Artikel über den Schulleistungsvergleich der Länder.

(Die Rednerin hält einen Zeitungsartikel hoch.)

Darin wird deutlich, dass 19,2 % der 15-Jährigen in Baden-Württemberg zur Risikogruppe gehören, was mangelnde Lesekompetenz betrifft. Da müssen bei Ihnen doch alle Alarmglocken schrillen. Diese Ergebnisse können wir nicht hinnehmen. Wir brauchen umfassende Reformen in der Bildungspolitik. Auch hier agieren Sie nach dem Motto: zu kurz gedacht, zu kurz gesprungen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Fachkräftemangel ist schon heute für viele Unternehmen Realität. Er wird es in Zukunft bleiben, auch wenn wir jetzt vielleicht durch den Wirtschaftsabschwung eine kleine Delle in der Nachfrage haben. Aber der Fachkräftemangel bedeutet auch, dass wir wirklich Qualifizierung in großem Stil betreiben müssen. Es ist schon richtig, Frau Hübner: Die Deutschen sind Weiterbildungsmuffel. Aber richtig ist eben auch: Es ist nicht nur Aufgabe der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, für Qualifizierung zu sorgen, sondern auch das Land ist hier in der Pflicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)



(Edith Sitzmann)

Wir alle gemeinsam müssen dafür sorgen, dass das Qualifikationsniveau der gesamten Bevölkerung steigt. Wir haben vor gut einem Monat einen Antrag zum Thema „Erleichterte Anerkennung ausländischer Qualifikationen“ eingebracht. Nach Schätzungen leben 500 000 Akademikerinnen und Akademiker in unserem Land, deren ausländische Abschlüsse hier nicht anerkannt werden.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist ein Handlungsfeld der Landesregierung. Hier müssen Sie endlich etwas tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Das gilt auch für ganz konkrete Vorschläge, die die Enquete-Kommission gemacht hat. Wir haben ja Strukturen in der Weiterbildung, und das Einfachste wäre doch, diese vorhandenen Strukturen endlich zu vernetzen. Wir bräuchten regionale und vernetzte Lernberatungsstellen, die sich mit Personalentwicklung befassen, für alle Erwerbsfähigen, für Unternehmerinnen und Unternehmer. Auch da reicht es einfach nicht aus, nur die Homepage „Fortbildung“ zu verbessern. Zu kurz gedacht, zu kurz gesprungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich – die Frau Staatsrätin hat es gesagt –: Wir haben vor zwei Wochen einen Kongress mit dem Titel „Entfalten statt Liften – Perspektiven für das Leben über 60“ veranstaltet. Bei diesem Kongress hat sich gezeigt, dass wir eine grundlegende Korrektur des Altersbildes brauchen. Wir müssen generationenübergreifend denken. Wir müssen neue Wohnformen fördern. Wir müssen ein Altern in Würde ermöglichen und deshalb Pflege im häuslichen Umfeld unterstützen und die entsprechende Infrastruktur schaffen sowie Pflegezeit gewähren.

Die Kollegin Altpeter hat darauf hingewiesen, dass genau das vonseiten der Landesregierung nicht geschehen ist. Die Landesregierung hat sich vielmehr beim Heimrecht weiter am Leitbild des Heims orientiert und eben nicht an einem Leben im häuslichen Umfeld. Sie hat sich auch dagegen ausgesprochen, eine Pflegezeit zu gewähren.

(Abg. Werner Raab CDU: Wir haben neue Formen zugelassen!)

Auch hier, meine Damen und Herren: zu kurz gedacht und zu kurz gesprungen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Werner Raab CDU: Da müssen Sie das Gesetz ganz lesen!)

Bei der Enquetekommission ging es auch um den Schwerpunkt „Wohnungsbau, Verkehr, Landes- und Regionalplanung“. Wir haben damals – fraktionsübergreifend – beschlossen, dass wir dem Flächenverbrauch endlich etwas entgegenzusetzen müssen. Wir haben den Beschluss gefasst, dass Innen- vor Außenentwicklung die Handlungsmaxime ist. Wir haben – ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen – fraktionsübergreifend für die Einführung von handelbaren Flächenzertifikaten plädiert. Sie erinnern sich: Im Juli dieses Jahres haben

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, es beim Landesplanungsgesetz, bei dem es um das Thema Flächenverbrauch geht, doch tatsächlich geschafft, entgegen dem Beschluss der Enquetekommission einfach null Instrumente vorzuschlagen.

**Präsident Peter Straub:** Frau Abg. Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Nein, gestatte ich nicht.

(Abg. Werner Wölfl GRÜNE: Das wäre aber bestimmt lustig geworden!)

**Präsident Peter Straub:** Dann darf ich Sie bitten, Frau Abg. Sitzmann, zum Ende zu kommen.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Ich komme zum Schluss.

Deshalb lautet auch hier das Fazit der Grünen: zu kurz gedacht und zu kurz gesprungen.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Schließlich, meine Damen und Herren: Wir haben jetzt 363 Seiten Enquetebericht, 184 Seiten Zwischenbericht. Wir können sicherlich noch viel Papier produzieren; das ist ja bekanntlich geduldig. Aber wir appellieren an Sie: Denken Sie weiter, springen Sie weiter, damit der demografische Wandel tatsächlich eine Chance und keine Bedrohung ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der demografische Wandel als Chance für diese Gesellschaft: Ich glaube, es lohnt sich, wenn wir uns dieses Thema nach der Demografie-Enquete auch über die Tagespolitik hinaus immer wieder ins Bewusstsein rufen und historische Entwicklungen nicht außer Acht lassen. Denn nur derjenige, der weiß, woher er kommt, weiß, wohin er letztlich marschieren kann und will.

Ich will noch einmal die Historie der Demografie-Enquete aufgreifen. Der Name ist schon genannt worden: Walter Döring hat, wie Sie wissen, zusammen mit der FDP/DVP-Fraktion dafür gesorgt, dass die Demografie-Enquete im Landtag von Baden-Württemberg überhaupt zustande gekommen ist. Sofort waren alle Fraktionen dabei. Frau Altpeter – sie ist unverdächtig – nickt. Es war so.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Es war so!)

Uns von der FDP/DVP war es wichtig, am Ende nicht irgendwelche schönen Leitsprüche zu entwickeln, die in der Realität aber letztlich wenig Konkretes nach sich ziehen. Deswegen bin ich froh und dankbar, dass wir heute Gelegenheit haben, nach drei Jahren sozusagen ein erstes Zwischenfazit zu ziehen. Wie nicht anders zu erwarten, wird es vonseiten der Opposition als ungenügend, als nicht ausreichend dargestellt. Aber ich kann Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Dr. Ulrich Noll)

nur empfehlen – übrigens auch allen Interessierten; das kann man inzwischen alles über das Internet abrufen –, sich diese 184 Seiten des Berichts der Landesregierung einmal anzusehen.

Wenn ich jetzt in zehn Minuten versuchen sollte, einzelne Punkte herauszugreifen, dann weiß jeder: Das geht nicht. Wenn ich jetzt ein Thema herausgreife, sagt man womöglich, ein anderes Thema sei mir nicht so wichtig. Sehen Sie es mir deswegen bitte nach, wenn ich mich auf wenige Themen konzentriere.

Eines ist auf jeden Fall klar: das Bewusstsein, dass alle Politikbereiche und damit auch alle Ressorts ihre politischen Maßnahmen verstärkt an dem Thema „Demografischer Wandel“ auszurichten haben. Das findet – in diesem Konvolut, hätte ich fast gesagt – in diesem wichtigen Bericht beredeten Niederschlag. Da können Sie einmal nachschauen. Ich behaupte einmal: Unser Wirtschaftsminister und unser Justizminister finden sich darin doch relativ häufig wieder, wenn es darum geht, Handeln tatsächlich an diesen Richtlinien zu orientieren.

Hier war von der Landesplanung, der Regionalplanung, der Raumplanung, der Ausrichtung bestimmter Landesprogramme die Rede. Gerade das Wirtschaftsministerium z. B. zählt zu denjenigen, die deutlich gemacht haben, dass sie sich diesen Themen sehr früh gewidmet haben. Was ist denn z. B. im Zusammenhang mit dem Thema Landessanierungsprogramm der Hintergrund dafür, dass wir sagen: „Wir können jetzt auch Quartiersanierungen machen und damit die generationenübergreifende Gestaltung von Quartieren – nicht Entmischung, sondern Solidarität der Generationen – ganz konkret organisieren“?

Ich glaube also, es lohnt sich, nachzuschauen, wie viele gute Beispiele in konkrete Maßnahmen umgesetzt worden sind. Wir haben Mittel des Landes demografiegerecht gezielt für solche Maßnahmen eingesetzt.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das geht weiter. Denken Sie daran, welches Bild vom Alter bislang vorherrschte. Wir können alle hier wunderbar darüber philosophieren, dass dieses Bild wohl falsch ist. Aber, liebe Kollegin Sitzmann, Sie haben wörtlich gesagt: „Eine alternde Gesellschaft ist nicht mehr so innovativ.“

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Damit bekräftigen Sie genau dieses falsche Bild vom Altern und produzieren sozusagen Ängste,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

dass diese Gesellschaft, wenn sich die Alterszusammensetzung mehr zugunsten der Älteren verändert, nicht mehr innovativ sei.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist ein falsches Denken und ein falsches Altersbild.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man Innovation als etwas betrachtet, bei dem man schnell von einem Thema zu einem anderen hüpf, auf einen

Zug aufspringt, der gerade „in“ ist, dann schauen Sie sich einmal die Finanzmarktkrise an.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wer war es denn? Waren es nicht die jungen, smarten Manager, die uns mit immer neuen Finanzinnovationen in die Misere getrieben haben?

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das war die FDP!)

Das waren nicht die Grauhaarigen, sondern das waren die Jungen, Smarten. Innovation kann man so und so verstehen.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema „Demografischer Wandel“ wird in unserem Land sehr häufig fast angstbesetzt diskutiert. Wenn man es aber einmal in einen globalen Zusammenhang setzt und historisch betrachtet: Ich bin im Jahr 1946 geboren. In dieser Zeit lag die Bevölkerungszahl auf der Welt noch unter drei Milliarden. Inzwischen, in der vergleichsweise kurzen Zeit von 62 Lebensjahren, hat sich die Weltbevölkerung mehr als verdoppelt. Das heißt, während wir hier den Bevölkerungsrückgang beklagen, ist man in anderen Teilen der Welt an einem Punkt angelangt, wo man hofft, dass die Welt nicht mit so vielen Menschen bevölkert wird, dass sie gar nicht mehr ernährt werden können. Das heißt, wenn man es im globalen Zusammenhang sieht, ist der demografische Wandel – den wir vielleicht früher als andere erleben – doch keine Bedrohung, sondern eine Chance.

Das nächste Thema: Vor etwa 100 Jahren hatte man eine durchschnittliche Lebenserwartung von gut 40 Jahren. Vorhin ist ein entsprechender Artikel aus dem Brockhaus von 1884 zitiert worden, wonach das Greisenalter bereits mit 45 bis 60 Jahren beginne. Ich behaupte, wir leben nicht nur länger, sondern dadurch, dass wir ein sehr viel längeres Leben haben, sind auch die Biografien sehr viel bunter geworden. Auch da sorgt Demografie für ein bunteres Bild in unserer Gesellschaft und für buntere Biografien im Leben des Einzelnen. Es ist immer noch eine steigende Lebenserwartung zu konstatieren, und man kann den Jahren Leben hinzufügen.

Genau darum geht es, meine sehr geehrten Damen und Herren. Früher sahen Biografien häufig so aus: Kindheit, Jugend, Ausbildung und Beruf – und zwar immer der gleiche –, und nach dem Beruf konnte man sich nur noch ziemlich fertig und „abgeschafft“ auf das Ende vorbereiten. Das ist völlig verändert angesichts einer Verdopplung der Lebenszeit auf bis zu 100 Jahre.

Für mich ist die entscheidende politische Frage, wie wir diese Buntheit der Gesellschaft insgesamt, die Buntheit der einzelnen Lebensbiografien in diesem längeren Verlauf des Lebens an ihren Brüchen, an ihren Schnittstellen, an ihren Übergängen besser organisieren. Da ist Politik gefragt, und das betrifft alle Bereiche. Das beginnt mit der Geburt und nicht erst mit dem Kindergarten.

Dann die Frage: Können wir uns weiterhin – auch das zieht sich nahtlos durch alle Bereiche – erlauben, dass Jahreszahlen fallbeilartig entscheiden? Entsprechen die alten Raster noch der Realität? Da ist bei Kindern die Frage, ob man sie exakt

(Dr. Ulrich Noll)

mit sechs Jahren einschulen muss. Wir sind inzwischen weiter, indem wir in der Bildungspolitik flexiblere Übergänge, individuellere Übergänge schaffen. Ähnliches gilt beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf, und während des Berufslebens kommt es nicht unbedingt auf eine ungebrochene Berufsbiografie an, sondern wichtig ist es auch – wie haben Sie es genannt? –, den Boxenstopp einlegen zu können.

Ein ganz entscheidendes Thema ist der Übergang vom Beruf in die dritte Phase. Die Franzosen nennen es „troisième âge“. Dieser Begriff gefällt mir übrigens sehr gut.

(Heiterkeit)

– Warum lachen Sie? Baden-Württemberg hat zumindest im Badischen Französisch als erste Fremdsprache. Deswegen: Nicht nur „Kids als VIPs“, sondern „troisième âge“ für die Älteren – in dem ich mich befinde, wie Sie wissen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Auch da darf es nicht ausschließlich heißen: „Wir müssen länger arbeiten“, sondern es sollte darum gehen, länger aktiv bleiben zu dürfen, und zwar in einer dem Alter und der Leistungsfähigkeit gemäßen Form; das heißt, flexiblere Übergänge müssen möglich gemacht werden.

Über alle diese unterschiedlichen Stationen des Lebens hinweg hat für mich das Thema „Lebenslanges Lernen“ Priorität. Vielleicht erinnert sich jemand. Der Deutsche Skiverband hat einmal gesagt: „LLL – Langläufer leben länger.“ Ich würde sagen: Wer länger lebt, muss auch die drei anderen L – lebenslanges längeres Lernen – verinnerlichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist wirklich lohnend, einmal im Bericht der Landesregierung zu diesem Thema zu schauen, welche Vielfalt an unterschiedlichen Möglichkeiten geboten wird.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Bravo! – Unruhe)

– Ich habe das Gefühl, Sie lernen gerade untereinander. Wenn man sich untereinander austauscht, ist das informelles Lernen. Aber es wäre nett, wenn Sie noch ein bisschen zuhören könnten.

Grundsätzlich gilt natürlich der Spruch: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Das frühe Lernen ist insofern in der Tat Voraussetzung, weil im frühen Kindesalter – dem tragen wir jetzt Rechnung – die Plastizität des Gehirns gebildet und damit die Voraussetzung für lebenslanges Lernen geschaffen wird. Diese Chancen müssen ergriffen werden.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Angesichts der vielen Maßnahmen, die hier aufgelistet sind, frage ich mich manchmal – das sage ich ganz offen –: Wie schaffen wir es, das, was die Betriebe, was wir als Politik und als Verwaltung an Angeboten machen, in die Bevölkerung zu tragen? Es nützt nichts, ein breites Angebot zu haben, wenn keiner dieses kennt und nutzt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lehmann?

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Ich gestatte sie.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Herr Kollege Noll, kann ich Ihre euphorische Rede so interpretieren, dass die Landesregierung beabsichtigt, im Bereich der Weiterbildung mehr zu investieren und die Mittel im Haushalt zu erhöhen?

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Lieber Kollege Lehmann, ich vermute einmal, Sie haben auch nicht gelesen, was wir im Bereich Personalentwicklung in den einzelnen Ministerien hinsichtlich Fortbildung – da, wo wir selbst zuständig sind – tatsächlich schon heute tun.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich muss gestehen, dass ich selbst nicht alles kannte. Deswegen: Lesen Sie es einfach nach.

Im Übrigen ist das, wie es schon gesagt worden ist, nicht nur eine Bringschuld, sondern auch eine Holschuld,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

sodass jeder Einzelne natürlich bereit sein muss, sich zu engagieren.

Lassen Sie mich nur noch zu wenigen Themen – –

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ja, ich weiß. Die Sprechzeit geht zu Ende. – Das Thema Alter hätte natürlich eine ausführliche Diskussion verdient, aber nicht nur unter dem Motto „Betreuung, Pflege, Tod usw.“. Aber lassen Sie mich doch noch einen Satz zur Pflegeheimförderung sagen: Liebe Kollegin Altpeter, die Menschen werden im Alter nicht so sehr Investitionen in Beton, also in neue Bettenburgen, brauchen, sondern Investitionen in das menschliche Miteinander,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo!)

und deswegen ist es richtig, dass wir nicht weiter in Überangebote und Betonburgen investieren.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Aber die Staatsrätin hat gesagt, es wird weitergehen, Himmel noch mal! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die hat doch gesagt, so geht es weiter! Das waren doch ihre Aussagen, nicht unsere!)

Ich sage Ihnen zu, dass wir gemeinsam diese Gelder sinnvoll für die Menschen in diesem Land organisieren werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.



(Präsident Peter Straub)

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Herr Präsident, zur Geschäftsordnung!)

– Zur Geschäftsordnung.

**Abg. Dietmar Bachmann** FDP/DVP: Ich möchte gern eine persönliche Erklärung nach § 88 Abs. 2 der Geschäftsordnung zur sachlichen Richtigstellung einer Ausführung der Kollegin Sitzmann abgeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das kann er aber gar nicht!)

**Präsident Peter Straub:** Herr Kollege Bachmann, Sie könnten nur dann eine Erklärung abgeben, wenn Frau Sitzmann Sie persönlich angegriffen hätte. Das war aber nicht der Fall.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das hat sie nun wirklich nicht!)

Wenn Sie inhaltlich mit dem, was Frau Sitzmann gesagt hat, nicht einverstanden sind, ist das etwas anderes. Aber sie hat Sie nicht angegriffen, und deshalb können Sie hier keine persönliche Erklärung abgeben.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Dann muss die sachliche Richtigstellung an anderer Stelle erfolgen!)

Dann kommen wir zur weiteren Behandlung. Ich schlage vor, die Mitteilung der Landesregierung vom 27. Juli, Drucksache 14/3021, mit dem Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf Sie bitten, Ruhe zu halten.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Ist die Werkrealschule eine Lösung für die Probleme an den Hauptschulen des Landes? – beantragt von der Fraktion GRÜNE und von der Fraktion der SPD**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg schafft die Hauptschule ab, aber das dreigliedrige Schulsystem bleibt erhalten. Mit dieser paradoxen Aussage versucht die Landesregierung erneut verzweifelt, einen Weg aus der Krise des dreigliedrigen Schulsystems und vor allem aus einer Krise der Hauptschule zu finden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Landesregierung verzweifelt nie!)

Dabei liegt das letzte Stärkungsprogramm für die Hauptschule noch nicht einmal zwei Jahre zurück. Damals sollte ein Pra-

xiszug und ein Werkrealschulzug eingeführt werden. Dieses Programm ist bis jetzt noch nicht umgesetzt worden und ist schon jetzt nicht mehr das Papier wert, auf dem es steht. Es ist bereits Makulatur geworden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt soll die Werkrealschule, verbunden mit einer Werkrealschulempfehlung, die dramatischen Akzeptanzprobleme und das Imageproblem der Hauptschule lösen. Wie Kollege Schebesta und Frau Kollegin Arnold in der letzten Debatte gesagt haben, müssen vor allem die stigmatisierenden Begriffe weg. Meine Damen und Herren, mit dem Auswechseln von Türschildern können aber die Probleme der Hauptschule nicht gelöst werden. Das ist Etikettenschwindel pur.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schauen wir uns die Fakten an. Es gibt weiterhin eine verpflichtende Werkrealschulempfehlung und dann eine Realschulempfehlung und eine Gymnasialempfehlung. Schüler mit hohem Potenzial, aber herkunftsbedingten Lernschwächen werden auch weiterhin in die Werkrealschule einsortiert. Sie bleibt weiterhin die Schule mit einem hohen Migrantenanteil und einem hohen Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien.

Verschärft wird diese Situation dadurch, dass auch weiterhin Kinder aus dem Gymnasium und der Realschule nach unten in die Werkrealschule durchgereicht werden können, weil das die einzige Schulart ist, die den Hauptschulbildungsgang beinhaltet. Somit ändert sich an der realen bildungspolitischen Situation der Hauptschulen durch eine Änderung des Titels zunächst einmal gar nichts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schließlich noch eines dazu. Heute haben ein Drittel der Hauptschulen bereits eine Werkrealschule. Es gibt bereits 370 Werkrealschulen. Diese haben bislang überhaupt nichts am Imageproblem der Hauptschule geändert. Auch wenn Sie jetzt – das werden Sie natürlich gleich sagen – ein verändertes pädagogisches Konzept hierfür entwickeln – das wird ja neu gestaltet –, sage ich dazu: Wir haben bis jetzt in Baden-Württemberg pädagogisch hervorragend ausgestattete Hauptschulen. Sie haben selbst Beispiele genannt, Herr Minister Rau. Auch deren Schulleiter sagen: „Wir haben alles getan, um unsere Schüler und Schülerinnen erfolgreich zu fördern. Aber für die Zusammenführung von Schülern und Schülerinnen, die für einen guten Lernerfolg einfach auch eine größere Heterogenität brauchen, fordern wir, dass Schüler und Schülerinnen endlich länger gemeinsam lernen können.“

(Beifall bei den Grünen)

Wenn wir uns die neuen PISA-Ergebnisse anschauen, sehen wir, dass 53,4 % der Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen nur auf unterstem oder unter unterstem Kompetenzniveau eine Lesekompetenz entwickelt haben. Auf der anderen Seite sehen wir, dass Sachsen als Siegerland in der PISA-E-Studie

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 12 %!)



(Renate Rastätter)

in der dortigen Mittelschule nur 12,0 % Schüler auf unterstem Kompetenzniveau oder darunter hat.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 12,0 %! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 2 % Migranten!  
Das ist das Thema! Das steht da auch drin!)

Da wird doch klar, dass wir in den Hauptschulen ein gigantisches Problem haben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Natürlich!)

das nicht durch eine Umetikettierung dieser Schulart gelöst werden kann.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Sabine Fohler SPD)

Deshalb sage ich: Hören Sie endlich auf, in diesen dogmatischen Strukturen zu denken! Sie sitzen damit längst in einer selbst gebauten Falle. Diese Falle sieht so aus:

Sie haben den Realschulen eine Bestandsgarantie gegeben. Kollege Schebesta, Sie haben ja neulich gesagt: Die neue Werkrealschule darf keinen Druck auf die Realschule ausüben. Sie muss also hierarchisch darunter bleiben. Sie darf nicht mehr als eine „Realschule light“ sein, um das dreigliedrige Schulsystem nicht zu gefährden. Sie haben außerdem den kleinen Hauptschulen im ländlichen Raum eine Bestandsgarantie gegeben.

Die neuen Pläne werden jedoch das Sterben der kleinen Hauptschulen – der gut arbeitenden kleinen Hauptschulen – in einer dramatischen Weise beschleunigen. Denn wenn die Schüler und Schülerinnen jetzt eine Werkrealschulempfehlung bekommen, können sie selbstverständlich in eine entfernt liegende Werkrealschule gehen. Damit wird den kleinen Gemeinden jede Chance genommen, durch ein innovatives, integratives pädagogisches Konzept mit einem Realschulabschluss – 60 Anträge dazu liegen für entsprechende Modellversuche ja vor – auch im ländlichen Bereich ihre Schule zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Fazit, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen endlich weg von den dogmatischen Strukturen. Wir müssen von den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler ausgehen. Wir brauchen attraktive, integrative, wohnortnahe Schulen in Baden-Württemberg, und wir müssen endlich auch von anderen Bundesländern lernen, in denen pragmatische Lösungen für neue Qualitätsentwicklung und Schulstrukturentwicklung gefunden wurden. Dort wird uns vorgemacht, dass wir damit auch den Druck aus der Gesellschaft und aus den Schulen herausnehmen können.

Machen Sie deshalb endlich Nägel mit Köpfen und betreiben Sie keine weitere Nebelkerzenwerferei und Umetikettierung! Damit kommen wir in Baden-Württemberg nicht weiter.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rau, Sie haben ein Problem – ein Riesenproblem: Jeder fünfte 15-Jährige kann nicht richtig lesen und damit am gesellschaftlichen Leben nicht teilnehmen.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Die soziale Herkunft entscheidet noch immer über Schul- und Lebenskarriere.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Die Lehrer entscheiden!)

Den Hauptschulen laufen die Schülerinnen und Schüler davon – mit der Folge, dass wir inzwischen über 800 einzügige Schulen haben. Diese Schulen haben zum Teil nur 30 oder 40 Schülerinnen und Schüler. Der Finanzminister macht Druck. Sachsen zieht bei PISA locker an uns vorbei.

(Unruhe bei der CDU)

Baden-Württemberg ist nicht mehr auf dem Treppchen, meine Damen und Herren. Immer mehr fordern längeres gemeinsames Lernen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: „Immer mehr“!)

Jüngst, Herr Schebesta, waren es die evangelischen Kirchen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: In Baden und in Württemberg!)

Ich erspare es mir jetzt, die Liste vorzulesen. Sie haben ein Riesenproblem, Herr Rau. Was machen Sie? Als Apostel der Vielgliedrigkeit denken Sie nicht vom Kind aus,

(Zuruf von der CDU: Blödsinn!)

sondern schaffen eine zusätzliche Schulart: die Werkrealschule. Damit sind wir inzwischen viergliedrig; rechnet man das Sonderschulwesen dazu, sogar fünfgliedrig. Sie gehen genau den falschen Weg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie erschrecken auch die einzügigen Hauptschulen; über 800 sind es. Sie kriegen Ärger mit den eigenen Leuten, die natürlich merken, dass da vor Ort einiges brodelt – und das vor der Kommunalwahl im nächsten Jahr. Trickreich schaffen Sie nun die Hauptschulempfehlung ab, ohne die Hauptschulen abzuschaffen. Das nenne ich schlichtweg feige.

(Beifall bei der SPD)

Die Verlierer, meine Damen und Herren, sind die Schülerinnen und Schüler. Sie sind die eigentlichen Verlierer, ebenso wie die kleinen Hauptschulen.

Noch vor Kurzem führten Sie zur Rettung der Hauptschulen den sogenannten Praxiszug ein. Jetzt soll ein neues Firmen-

(Norbert Zeller)

schild her: Die Hauptschulen werden zur Werkrealschule. Der Praxiszug soll entfallen, und die Mittel sollen umgeschichtet werden. Ich frage mich: Was ist das denn für eine konfuse, stümperhafte Bildungspolitik, die Sie hier von sich geben? Das ist nicht durchdacht. Sie hüpfen von einem zum anderen, weil Sie nur der Getriebene sind und nicht mehr der Handelnde.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen, Herr Rau – das sage ich klipp und klar –, fehlt die entsprechende Perspektive.

Schon heute, meine Damen und Herren, ist jede zweizügige Hauptschule Werkrealschule – übrigens auch einige einzügige Hauptschulen –; jede dritte Hauptschule ist heute schon Werkrealschule.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Na also!)

Trotzdem ist die Akzeptanz der Hauptschulen, Herr Zimmermann – erkundigen Sie sich einmal –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr hoch!)

– vielleicht in Ihrer Vorstellung –, nach wie vor gering und wird weiter sinken.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nicht schlechtreden!)

– Nehmen Sie doch das Statistische Landesamt. Es hat klar und deutlich prognostiziert, dass die Schülerzahlen an den Hauptschulen in den nächsten Jahren um weitere 20 % zurückgehen werden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Keine Ahnung von der Realität! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich finde, der Schulleiter Roland Gärtner aus Flein in der Nähe von Heilbronn hat recht, wenn er Folgendes sagt:

*Bald ist die Werkrealschule der unterste Schultyp und muss mit demselben Stigma leben wie jetzt die Hauptschule.*

Das ist das Problem.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn wir sie ganz abschaffen, dann gilt das bald für die Realschule! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Deswegen ist Ihr Weg der falsche Weg.

Notwendig ist eine individuelle Förderung. Wir brauchen mehr Unterstützung; wir brauchen eine andere Lernkultur.

Alle Schülerinnen und Schüler brauchen mehr praktische Berufsorientierung, nicht nur Hauptschüler oder Werkrealschüler, sondern auch Realschüler und Gymnasiasten.

Wir brauchen ein einheitliches Konzept von der fünften bis zur zehnten Klasse.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einheitsbrei!)

Meine Damen und Herren, Sachsen hat es uns vorgemacht. Dort gibt es kleinere Klassen. Dort haben wir auch motivierte Lehrkräfte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ah! Das haben wir hier wohl nicht, oder was?)

Die Zweigliedrigkeit ist ein Erfolgskonzept. Ich frage mich: Wie muss es dann erst werden, wenn wir eine Schule für alle haben? Dann werden wir noch erfolgreicher sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen doch aus unseren Schulbesuchen – Herr Schebesta, Sie waren doch beispielsweise in Schleswig-Holstein, in Kisdorf, genauso dabei –, dass Schulen, die einen integrativen Stil haben, wesentlich erfolgreicher sind und dies erwiesenermaßen belegt haben. Zehn Bundesländer haben inzwischen die Hauptschule abgeschafft.

(Zuruf von der CDU: Sind die jetzt besser als wir? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Zehn Bundesländer haben eine andere Form gewählt.

Meine Damen und Herren, es stellt sich die Frage: Herr Rau, sind Sie nun der Totengräber der einzügigen Hauptschulen, oder sind Sie ein Etikettenschwindler? Ich komme zu dem Ergebnis: Sie sind beides.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Ulrich Lusche CDU: Sprechblasen, sonst nichts! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Setzen, Sechs! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie als Miesmacher sind der Totengräber!)

Deswegen sage ich Ihnen klipp und klar: Tun Sie endlich unseren Kindern etwas Gutes. Lassen Sie unsere Kinder endlich gemeinsam lernen, und lassen Sie den Schulen und den Schulträgern, die diesen Weg beschreiten wollen, endlich die Möglichkeit, das zu tun!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Ich erteile Herrn Abg. Schebesta das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So, jetzt kommt wieder Sachlichkeit in die Diskussion!)

**Abg. Volker Schebesta** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Eine Aktuelle Debatte wird ja von Fraktionen beantragt, weil sich die Fraktionen etwas von dieser Debatte versprechen. Dass sich Grüne und SPD heute Morgen von einer Aktuellen Debatte über das Thema Werkrealschule etwas versprechen, liegt an der Pressekonferenz von Herrn Dr. Noll und Ihnen, Frau Dr. Arnold, in der letzten Woche.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Auch Sie werden nicht so viel Sand in das Getriebe der Regierungsarbeit streuen, dass diese nicht erfolgreich gestaltet wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ojemine! Jetzt aber!)

(Volker Schebesta)

Die Opposition verspricht sich zu Unrecht von der Debatte heute Morgen etwas Positives.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Von deiner Rede haben wir uns nichts versprochen!)

Sie trauen sich abschließende Bewertungen, so wie Sie sie hier vorgetragen haben, auf der Grundlage von halbgenen Veröffentlichungen zu. Das ist ein wackliges Fundament.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das sind Erfahrungen mit der Regierung! – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Das zeigt sich auch darin, dass Sie in ein und derselben Rede zum Teil unterschiedliche Richtungen einschlagen. Zum einen lautet der Vorwurf oder die Feststellung – wie auch immer –, die Hauptschule werde abgeschafft, und auf der anderen Seite lautet die Aussage: Es ändert sich ja gar nichts. Dass das alles wacklig ist und dass es nicht auf der Grundlage eines tatsächlich vorgetragenen Konzepts beruht, wird daraus offensichtlich.

Wir setzen mit der Entwicklung des Konzepts einer neuen Werkrealschule die Ankündigung der Qualitätsoffensive Bildung vom letzten Sommer um, in der schon die Perspektive für zweizügige Hauptschulen in Richtung einer Werkrealschule aufgezeigt wurde. Wir schaffen die Hauptschule nicht ab, sondern wir geben den Hauptschulen die Möglichkeit, sich zu Werkrealschulen weiterzuentwickeln. Wir bilden keine Mittelschule wie Sachsen. Wir beziehen die Realschulen nicht mit ein. Deshalb ist dies eine Weiterentwicklung der Schulart Hauptschule; Hauptschule und Realschule arbeiten erfolgreich, mit unterschiedlicher öffentlicher Anerkennung.

Meine beiden Vorredner haben Sachsen angesprochen. Vor einiger Zeit habe ich an einer Veranstaltung teilgenommen, bei der, kurz nach der Veröffentlichung von PISA-E, der frühere Kultusminister und heutige sächsische Fraktionsvorsitzende Flath das Renommee von Sachsen – ich will es einmal so nennen – ausgeschlachtet hat, und das mit gutem Recht. Wären Sie dabei gewesen, so wäre es für Sie enttäuschend gewesen. Denn er hat deutlich gemacht, dass der Ausgangspunkt in Sachsen überhaupt keine pädagogische Überlegung zu der Frage, wie Schularten strukturiert sein sollen, gewesen ist, sondern dass Ausgangspunkt eine Entwicklung der Schülerzahlen war, die ganz anders als in Baden-Württemberg verläuft. Die Schülerzahlen in Sachsen waren um bis zu 50 % rückläufig, und zwar innerhalb kürzerer Zeit und nicht nur in einer Schulart.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Das also war der Ausgangspunkt. Flath hat von sich aus angesprochen, dass er natürlich um den Unterschied in der Schülerschaft weiß, dass nämlich in Sachsen die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund nur ein Zehntel der baden-württembergischen Zahl beträgt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Wenn Sie sagen, es werde nichts anderes auf den Weg gebracht, so kann dies nur auf dem wackligen Fundament halbgarer Informationen gesagt werden.

Was ist bisher Werkrealschule? Fünf Stunden Zusatzunterricht in den Klassen 8 und 9 und eine zehnte Klasse an einer Hauptschule. Dabei ist nicht mit einbezogen, was z. B. den Weg einer zweijährigen Berufsfachschule erfolgreich macht: berufliche Grundbildung, Orientierung an groben beruflichen Kategorien wie z. B. „gewerblich“ oder „kaufmännisch“. Dies werden wir in das neue Konzept der Werkrealschule mit einbeziehen. Vor allem aber ist dies nicht dasselbe wie bisher, weil von Klasse 5 an in einer Schulart von vornherein mit Förderangeboten entsprechend dem Lernstand und dem Bedarf der Schülerinnen und Schüler auf zwei Abschlüsse, nämlich den Hauptschulabschluss und einen mittleren Bildungsabschluss, vorbereitet wird.

Damit wollen wir diese Wege an einer Schule offenhalten, wie sie bisher schon über berufliche Schulen offen sind. Wir wollen den Eltern deutlich machen, dass schon bisher 50 % der Hauptschüler einen mittleren Bildungsabschluss machen, aber die Grundscholempfehlung eben genau deshalb nicht eine Prognose über den Abschluss ist, den ein Schüler machen wird, sondern eine Prognose über das richtige Lernumfeld, um einen möglichst hohen Abschluss zu erreichen. Das wollen wir auch mit dem Namen „Werkrealschule“ deutlich machen, nämlich als deutlichen Hinweis, dass auf diesem Weg der mittlere Bildungsabschluss möglich ist.

Herr Zeller, Sie haben es auch in Ihrer heutigen Rede angesprochen, und wir waren uns in der Vergangenheit bei all den Reden über unterschiedliche Positionen in der Frage der Schulstruktur doch in folgendem Punkt einig: Wir wollen mehr individuelle Förderung. Wir sagen „noch mehr“, Sie sagen es ohne „noch“ – ist ja egal. Die Konsequenz eines durchgängigen Konzepts von Werkrealschule wird sein, dass wir eben keine Aufteilung in fünf Stunden Praxiszug hier und fünf Stunden Vorbereitung auf die zehnte Klasse und den Werkrealschulabschluss dort haben.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Vielmehr formulieren wir damit deutlich die Erwartung an die Schulen, im Klassenverband – mit welcher äußeren oder inneren Differenzierung auch immer – dem jeweiligen Förderbedarf zu entsprechen, also den Weg zu noch mehr individueller Förderung aufzumachen. Dies sollten Sie auch einmal anerkennen.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Aber ich habe inzwischen bei Ihnen die Hoffnung aufgegeben, dass Sie über den langen Schatten springen können, den Ihre erfolglose Konfrontation mit der Bildungspolitik von Annette Schavan und Helmut Rau wirft.

(Beifall bei der CDU)

Land und Kommunen sind zwei wesentliche Partner derer, die für Schule und damit für die gute Schulbildung unserer Kinder verantwortlich sind. Schulträger von Hauptschulen brauchen angesichts des Rückgangs der Schülerzahlen eine Perspektive für Standortentscheidungen, die auch dem pädagogischen Anspruch gerecht werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Werkrealschule diese Perspektive sein kann. Erste Prämissen stehen. Gestalten wir das jetzt gemeinsam aus! Ich lade für die CDU-Landtagsfraktion im weiteren Prozess der Konkretisierung alle – von den Kommunen über die

(Volker Schebesta)

kommunalen Landesverbände als unsere Partner, alle am Schulleben Beteiligten und auch Sie von der Opposition – ein: Gestalten wir die Werkrealschule so, dass sie eine gute Lösung ist für eine gute Schulbildung der Kinder, für einen gelungenen Übergang in den Beruf und für Standortentscheidungen, die dies ermöglichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt aber! – Zuruf von der SPD: Jetzt kommt Sand ins Getriebe! Jetzt bröckelt's!)

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Zeller, hören Sie mir endlich mit Schleswig-Holstein auf. Wir haben es schon hundertmal gesagt: Die Bildungspolitik in diesem Land war eine rein politische Entscheidung. Wenn Sie sich einmal etwas näher darüber informieren würden,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das haben wir, im Gegensatz zu Ihnen!)

wüssten Sie: Die Lehrer sind dort nicht richtig darauf vorbereitet, das Ganze ist völlig unterfinanziert, und es gibt auch keine gescheiten Curricula für das, was dort läuft. Nein danke, das wollen wir in unserem Land nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Jörg Döpper CDU: Prima! – Abg. Norbert Zeller SPD: Absoluter Quatsch!)

Vornweg, meine Damen und Herren, eine klare Ansage: Uns, der FDP/DVP-Landtagsfraktion, der FDP insgesamt und auch mir persönlich ist die Hauptschule lieb und teuer. Wir wissen ganz genau, mit welch hohem persönlichen Einsatz dort eine hervorragende Arbeit geleistet und eine große Integrationsleistung vollbracht wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Aber wir kennen auch die Probleme. Die Probleme entstehen aber nicht in der Hauptschule selbst, sondern sie werden letztendlich aus unserer Gesellschaft an die Hauptschule herangetragen.

(Beifall der Abg. Jörg Döpper und Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! Sehr gut!)

Das ist das demografische Problem, das sind die ständig steigenden Ausbildungsanforderungen, und das ist natürlich auch die Problematik der sozialen und ethnischen Zusammensetzung.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und die Schlechterederei!)

Aber das kommt von außen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb haben wir uns in der FDP gerade in den letzten zwei Jahren intensiv mit dem Thema Hauptschule befasst – aber nicht wegen irgendeiner abstrakten Schulform, nicht wegen irgendeines abstrakten Schulsystems. Was uns umtreibt, ist die Sorge um die jungen Menschen, die in diese Schule gehen. Darum geht es uns. Wir müssen für diese jungen Menschen einen Bildungsgang vorhalten, der sie fit für die Zukunft macht. Das sind unsere Bemühungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Wir haben es immer gesagt: Unsere Bildungslandschaft ist nicht in Beton gegossen. Sie muss sich weiterentwickeln, so wie sich auch unsere Gesellschaft weiterentwickelt. Auch die Hauptschule muss und wird sich weiterentwickeln.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Sie muss mithalten! Das ist das Entscheidende!)

Ergebnis unserer intensiven Bemühungen um die Hauptschule ist der Antrag zur Weiterentwicklung der Hauptschule, den wir auf unserem Dreikönigstreffen 2008 beschlossen haben. Dort haben wir Folgendes festgehalten – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren –:

*In der globalisierten und hoch technisierten Wissensgesellschaft von heute geht es darum, methodisch unterschiedliche Lernwege zu eröffnen, die jedem Schüler vielfältige Lern- und Leistungschancen bieten, ohne ihn damit schon auf bestimmte Berufslaufbahnen und Lebenschancen festzulegen.*

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! Ohne ihn festzulegen!)

Wir wollen auch für Hauptschülerinnen und Hauptschüler die Erstellung von individuellen Entwicklungsplänen. Deshalb haben wir bei diesem Treffen auch beschlossen – ich darf weiter zitieren –,

*den Zugang zum Werkrealschulabschluss zu verbessern und die Zahl der Hauptschulen mit Werkrealschule zu erhöhen, damit möglichst viele Hauptschüler die Chance haben, einen mittleren Abschluss zu erlangen; ...*

Das ist Beschlusslage der FDP, und das setzen wir jetzt um.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es gibt in unserem Land eine Schule – es ist eine Hauptschule –,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Es gibt mehrere!)

in der niemand sitzen bleibt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Nicht nur eine!)

– Ja, das hoffe ich sehr. – Dort gibt es keine Schulabbrecher. An dieser Hauptschule machen heute schon 60 bis 70 % eines Jahrgangs den mittleren Bildungsabschluss.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist Amtzell!)

Es ist eine Hauptschule in Amtzell.



(Dr. Birgit Arnold)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: In Walddorfhäslach gibt es auch eine solche Schule!)

Dies geschieht auf der Grundlage des Hauptschulbildungsgangs, meine Damen und Herren. Wie schafft diese Schule das? Diese Schule schafft es auf der Grundlage des Hauptschulbildungsgangs durch eine individuelle Förderung und durch das Freihalten der Lernwege. Genau das ist es, was wir jetzt vorhaben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ja, genau! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Peter Straub:** Frau Abg. Dr. Arnold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Herr Zeller, Sie kennen meine Situation. Darf ich meine Ausführungen in Ruhe zu Ende bringen? Ich würde heute gern einmal ausdrücklich darlegen, worum es uns geht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich habe an dieser Stelle auch schon gesagt: Ich wünsche mir in unserem Land viel mehr Schulen wie die in Amtzell.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann lassen wir sie doch zu!)

Jetzt geht mein Wunsch in Erfüllung, weil wir jetzt auch die finanziellen Voraussetzungen dafür haben, diese erfolgreiche Schulpolitik weiterzuführen. Den Rest in der zweiten Runde.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau.

**Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Günther Oettinger hat in seiner Regierungserklärung zur Bildungspolitik angekündigt, dass wir eine Werkrealschule mit zwei Abschlüssen schaffen werden, die mindestens zweizügig sein wird und die als Ganztagschule ausgestaltet werden kann. In der Zwischenzeit haben umfangreiche Beratungen stattgefunden. Wir haben die Schulträger in Gestalt der kommunalen Landesverbände und die Spitzenverbände der Wirtschaft in diese Beratungen mit einbezogen. Unser Ziel ist es, am 15. Dezember im Kabinett einen Eckpunktebeschluss zu fassen, und daran wird auch weiterhin festgehalten.

Wir sind jetzt hier in der Situation, dass ich die heutige Debatte vor allem dazu nutzen sollte, Ihnen effektive Informationen zu geben. Denn das, was die Opposition, die diese Debatte ja beantragt hat, hier geboten hat, war ein Stochern im Nebel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die stochern auch ohne Nebel!)

Deshalb will ich Ihren offensichtlichen Informationsdefiziten ein bisschen abhelfen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Dann hat die Debatte ja schon einen Sinn gehabt!)

Es hat in der vergangenen Woche Spekulationen und Kommentierungen gegeben, die nicht auf der Kenntnis der bisher entwickelten Eckpunkte für eine neue Werkrealschule basieren. Deswegen will ich hier einige Dinge ausdrücklich feststellen.

Erstens: Die Werkrealschule, an deren Konzept wir mit Nachdruck arbeiten, wird aus der Hauptschule heraus entwickelt. Sie dient der Stärkung des Bildungskonzepts der Hauptschule

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

und vor allem der Stärkung der Chancen der Jugendlichen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Zweitens: Es bleibt bei der Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden, dass die Schulträger selbst über eine mögliche Zusammenlegung von Schulen entscheiden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist's richtig! Vor Ort!)

Drittens: Niemand hat die Absicht, eine Auflösung von Hauptschulen oder gar d e r Hauptschule zu erzwingen. Die Deutung des Kollegen Noll in diesem Zusammenhang war und ist irreführend.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! Da stochert der Noll im Nebel! So sieht's aus!)

Herr Präsident Kehle vom Gemeindetag hat in einem heute veröffentlichten dpa-Gespräch gesagt: „Die Initiative des Kultusministeriums verstehen wir nicht so, dass möglichst viele Schulen geschlossen werden müssen.“ Recht hat er. Vielen Dank, Herr Kehle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Viertens: Die Schulträger werden gebeten, sich intensiv mit den Chancen der Werkrealschule zu beschäftigen und zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen.

Fünftens: Die Schulträger sind dabei nicht unter Zeitdruck gesetzt. Sie können eine Umstellung ab dem Schuljahr 2010/2011, aber natürlich auch zu jedem späteren Zeitpunkt vornehmen.

Sechstens: Da das Konzept der Werkrealschule auf dem Bildungsplan der Hauptschule aufbaut, wird die völlige Durchlässigkeit zwischen den verbleibenden Hauptschulen und der neuen Werkrealschule sichergestellt.

Zu den Eckpunkten des Konzepts, auf denen wir im Auftrag des Ministerrats den Entwurf im Detail aufbauen wollen, möchte ich heute folgende Informationen geben:

Erstens: Die Werkrealschule wird eine sechsjährige Schule mit zwei Abschlüssen – dem Hauptschulabschluss nach der

(Minister Helmut Rau)

fünften und dem mittleren Bildungsabschluss nach der sechsten Klassenstufe – sein.

Zweitens: Der Bildungsplan baut auf dem Bildungsplan der Hauptschule auf und übernimmt spezifische Förderansätze wie die Stärkung der Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik in den Klassen 5 und 6, die Kompetenzanalyse in Klasse 7 und das Förderpaket SchuB in den Klassen 8 und 9. Ebenfalls in den Klassen 8 und 9 wird die Werkrealschule einen Differenzierungspool von insgesamt zehn Stunden erhalten, der zur Erkundung der Arbeitswelt genauso wie für die individuellen Fördermaßnahmen eingesetzt werden kann.

Drittens: Die Werkrealschule wird insgesamt als Profil eine starke berufliche Orientierung erhalten, weil es um die Zukunftschancen der jungen Menschen geht. Das wird durch Wahlpflichtfächer in den Klassen 8 und 9 unterstrichen, die wir derzeit unter den Arbeitstiteln „Natur und Technik“, „Wirtschaft und Informationstechnik“ und „Gesundheit und Soziales“ führen. In Klasse 10 soll eine verbindliche Kooperation mit der ersten Jahrgangsstufe der zweijährigen Berufsfachschule stattfinden.

Viertens: Jeder Schüler mit einer Grundschulempfehlung für jede der drei Schularten – auch künftig werden die Empfehlungen so formuliert sein – wird die Werkrealschule als Schule wählen können. Die Entscheidung, welcher Schulabschluss erreicht werden soll, kann bis zur Klassenstufe 9 offengehalten werden. Der Zugang zur zehnten Klasse erfolgt durch ein Versetzungszeugnis.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Fünftens: Der mittlere Bildungsabschluss wird nach den KMK-Standards vergeben. Die Jugendlichen erhalten einen zwar nicht gleichartigen, aber einen gleichwertigen Abschluss, der den Schlüssel zu weiteren Bildungsqualifikationen darstellen kann.

Sechstens: Alle Werkrealschulen, die nach diesem Konzept aufgebaut werden, haben die Option, Ganztagschulen zu werden.

Siebtens: Aus diesem gesamten pädagogischen Konzept wird deutlich, dass eine solche Schule mindestens zweizügig organisiert sein muss. Zweizügige Schulen sind sicher keine riesengroßen Schulen. Werkrealschule und Hauptschule werden auch künftig die häufigste Schulart der allgemeinen Schulen im Land sein.

Wir sind in Sachen „Aufstieg durch Bildung“ das erfolgreichste Land und werden dieses Konzept damit stärken und unseren Vorsprung, der im nationalen Bildungsbericht im Sommer dieses Jahres deutlich geworden ist, weiter ausbauen. Wir werden damit den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern viel individuelle Förderung und eine gezielte Begleitung auf dem Weg in den Beruf ermöglichen. Das halte ich für eine der zentralen Verpflichtungen, die sich uns stellen.

Die jüngste PISA-E-Studie hat deutlich gezeigt, dass in den unteren Leistungsbereichen nach wie vor ganz erheblicher Förderbedarf besteht. PISA-E hat auch gezeigt, dass die Gesamtschulen in Deutschland überhaupt keine Lösung dieses Problems anbieten können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Ich finde es geradezu erheitend, dass die Kollegin Rastätter und der Kollege Zeller hier zu glühenden Verehrern des gegliederten Schulsystems in Sachsen werden, nachdem sie doch vor wenigen Wochen hier Anträge vorgelegt haben,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ja!)

Einheitsschulen hier im Land einzuführen. Das ist schon sehr widersprüchlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Die Sachsen hatten ein Einheitsschulsystem, als es die DDR noch gab, und sie haben aus guten Gründen ein gegliedertes Schulwesen geschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Seitdem es keine Hauptschule mehr gibt, Herr Kollege! Der Satz muss zu Ende geführt werden!)

Deshalb ist auch die Fragestellung, unter die die Antragsteller diese Aktuelle Debatte gestellt haben, nicht zielführend. Ich habe schon oft genug betont, dass Strukturdebatten, wie Sie sie gern führen, uns einer Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir zweifellos stehen, keinen Schritt näher bringen.

Mit dem jetzt in Umrissen skizzierten Konzept der Werkrealschulen haben wir einen Erfolg versprechenden Ansatz gefunden. Die Rückmeldungen aus den Gesprächen der vergangenen Wochen bestätigen mich in dieser Einschätzung. Der Städte- tag hat in einem Rundschreiben an seine Mitgliedsstädte beispielsweise betont:

*... handelt die Regierung dadurch nachdrücklich zum Wohle der Hauptschülerinnen und Hauptschüler und beschreitet dabei in bislang nicht gekannter Weise innovative, neue Wege.*

Auch der Industrie- und Handelskammertag schreibt uns, dass er den eingeschlagenen Weg für richtig hält.

Wir haben in den kommenden Monaten noch ein Fülle von Details zu klären, bevor ich Sie im Sommer des nächsten Jahres hier im Landtag um Ihre Zustimmung zu einem entsprechenden Gesetzentwurf bitten werde. Aber schon jetzt ist klar: Mit diesem Ansatz schaffen wir die Voraussetzungen, um möglichst alle jungen Menschen in den Stand zu versetzen, nach ihrer Schulzeit in ein selbst verantwortetes Leben einzutreten. Das ist unsere oberste Verpflichtung, und der werden wir gerecht.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, inzwischen hat auf der Zuhörertribüne der Präsident des Regionalrats von Sizilien, Herr Francesco Cascio, mit einer Delegation Platz genommen. Die Gäste aus Sizilien halten sich bis

(Präsident Peter Straub)

morgen auf Einladung von Herrn Professor Würth in Baden-Württemberg auf.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sehr geehrter Herr Präsident Cascio, werte Gäste aus Sizilien, sehr geehrter Herr Professor Würth, ich darf Sie im Landtag von Baden-Württemberg sehr herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns, dass Sie auch den Landtag in Ihr Besuchsprogramm aufgenommen haben. Ich wünsche Ihnen, Herr Präsident Cascio, und Ihrer Delegation einen informativen und angenehmen Aufenthalt zunächst in unserer Landeshauptstadt und anschließend in Hohenlohe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Immerhin hat diese Debatte heute dazu geführt, dass wir die ersten Eckpunkte des neuen Konzepts erfahren haben, das Sie umsetzen wollen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt sind Sie begeistert!)

Ich finde, dass dies auch überfällig ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Fragen Sie doch nach!)

Denn die Empörung an den Schulen und vor allem bei den Schulleitern ist riesig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu Recht! – Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Ständig werden sie von den Regierungsfractionen mit unausgegorenen Informationen versorgt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Von wem denn? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Von Ihnen!)

Kein Mensch weiß vor Ort, was nun Sache ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Für uns als Oppositionsfractionen ist es auch wichtig, hier endlich zu erfahren, was Sie im Detail planen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Rastätter, Singular, nicht Plural „Oppositionsfractionen“!)

Herr Kultusminister Rau, Sie haben nun ausgeführt, dass es das zentrale Ziel ist, das Bildungskonzept des Hauptschulbildungsgangs in der Werkrealschule zu stärken. Selbstverständlich sind wir diejenigen, denen es ganz massiv darauf ankommt, dass gerade diese Schülerinnen und Schüler, die zum Teil hohe Potenziale und Begabungen mitbringen, besser gefördert werden. Das ist unser erklärtes Ziel. Wenn Sie in einer Werkrealschule die Förderkonzepte besser ausgestalten, werden wir in dieser Richtung Druck machen. Dies ist ganz klar. Aber ich stelle hier für meine Fraktion trotzdem ganz eindeutig klar:

(Abg. Volker Schebesta CDU: „Trotzdem“ hört sich schon gut an!)

Wir kommen nicht weiter, weil die Situation bestehen bleibt, dass durch die verpflichtende Werkrealschulempfehlung benachteiligte Schüler und Schülerinnen – Schüler mit Migrationshintergrund – an dieser Schule zusammengefasst werden. Diese Schule bleibt weiterhin das Sammelbecken für die Schüler und Schülerinnen, die einen großen Förderbedarf haben und die nach unten durchgereicht werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo durchgereicht werden? Wer wird durchgereicht? Es wird optimal gefördert, Frau Rastätter! – Abg. Ernst Behringer CDU: Frau Rastätter, da irren Sie sich!)

Das halte ich nicht für zukunftsfähig, auch wenn Sie jetzt noch mehr Investitionen in diesen Werkrealschulbildungsgang stecken.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine Zwischenfrage! – Unruhe)

**Präsident Peter Straub:** Frau Abg. Rastätter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Ja, gern.

**Präsident Peter Straub:** Bitte schön, Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Kollegin Rastätter, mir ist eines im Moment nicht klar. Sie sprechen von „Schüler durchreichen“. Aber in irgendeiner Schule müssen diese Schüler ja sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer wird durchgereicht? So ein Quatsch!)

Kollege Zeller sagte vorhin, es handle sich jetzt um eine Abwertung. Das wäre dann für jede Schule, in die diese Schüler gehen, eine Abwertung. Was verstehen Sie darunter?

(Zurufe der Abg. Norbert Zeller SPD und Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Ich verstehe darunter eines: Wenn Sie das Prinzip der individuellen und differenzierten Förderung wirklich ernst nehmen

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es ist doch egal, wie die Schule heißt!)

und unsere Lehrer und Lehrerinnen durch Ausbildung und Fortbildung dabei unterstützen, dann können Sie auch Schüler und Schülerinnen mit unterschiedlichen Lernausgangslagen individuell fördern.

(Zurufe von der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ergibt eine Schule, in der Kinder miteinander und voneinander lernen können und nicht mehr nach sozialer Sortierung getrennt werden müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Renate Rastätter)

Genau das verstehen wir darunter. Denn eine Schule, in der Schüler sitzen bleiben können, die Schüler nach unten durchreicht, die Schüler aussortiert,

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

ist kein zukunftsfähiges Modell. Deshalb müssen wir dieses gegliederte, selektive Schulsystem auch durch pragmatische Lösungen schrittweise überwinden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann erreicht jeder jeden Abschluss, ja?)

Noch ein Wort zu Sachsen, lieber Kollege Schebesta. Wir haben Thüringen besucht. Wir haben dort gesehen, dass in dem zweigliedrigen Schulsystem auch dadurch eine entlastendere Situation besteht, dass es keine Hauptschule gibt. Wir haben gesehen, dass die Mittelschule, die Regelschule in Thüringen, zunehmend integrativ ausgestaltet ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Reden Sie doch von Sachsen! Vorhin haben Sie von Sachsen geredet! Jetzt reden Sie von Thüringen!)

Wir haben gesehen, dass auch in den anderen Bundesländern pragmatische Lösungen dafür gefunden werden, wie man die soziale Trennung der Kinder überwinden kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit mehr Schulabbrechern! Sagen Sie das bitte dazu!)

Ich möchte auf das Beispiel Hamburg verweisen. Dort wird von CDU und Grünen ein neues Modell in die Wege geleitet. Es sieht eine sechsjährige Grundschule und zwei Säulen vor,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das Ergebnis warten wir einmal ab!)

die aber beide einen mittleren Bildungsabschluss mit Anschluss an die gymnasiale Oberstufe gewährleisten.

Wir sehen in Schleswig-Holstein, dass insbesondere die Gemeinschaftsschule

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

extrem stark nachgefragt wird. Es bestehen bereits 55 Anträge von kommunalen Schulträgern, die genau diese Gemeinschaftsschule als Schule für alle Kinder wünschen.

Wir sehen, dass auch in Rheinland-Pfalz – dieses Land hatte ja ohnehin schon die Gesamtschule und die Regionale Schule –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Überall mehr Schulversager als in Baden-Württemberg, überall! Mehr Schulabbrecher als in Baden-Württemberg, überall!)

neue Modelle geschaffen werden, die von diesem Schubladendenken, das bei Ihnen weiterhin dominiert, abkommen.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mehr Schulabbrecher, überall! – Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU – Unruhe)

Deshalb sage ich abschließend: Sie können sich mit diesem Vorstoß wahrscheinlich noch mit Mühe und Not über die Kommunalwahlen retten. Aber auch dieses neue Programm zur Stärkung der Hauptschule wird das gleiche Schicksal erleiden wie alle Stärkungsprogramme in den letzten Jahrzehnten.

Wir brauchen einen Bildungsaufbruch,

(Abg. Ernst Behringer CDU: Den machen wir doch!)

der die Qualitätsentwicklung mit einer Weiterentwicklung zugunsten einer innovativen Schulentwicklung zusammenbringt – für wohnortnahe gute Schulen im ländlichen Raum, für gute Angebote, für eine soziale Integration der Kinder

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen viele mit einem guten Abschluss!)

und für einen besseren Lernerfolg für alle Schüler und Schülerinnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup.

**Abg. Dr. Frank Mentrup SPD:** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich ausdrücklich bei Frau Dr. Arnold und Herrn Dr. Noll bedanken, denn das ist heute schon etwas ganz Besonderes. Eine Woche, bevor ein Maßnahmenpaket im Kabinett vorgestellt wird, haben wir die Möglichkeit – das ist das, was wir als Parlamentarier aller Fraktionen immer beschwören –, hier aktiv mitzureden und unsere Vorschläge so rechtzeitig einzubringen, dass es am Ende auch noch aufgenommen werden kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will auch gern den Ball von Herrn Schebesta aufnehmen und Ihnen jetzt einmal spiegeln, was Sie tun müssten, um zu erreichen, wovon Sie die ganze Zeit sprechen. Es geht um das Image der Hauptschule, und es geht darum, dass die Hauptschule ausblutet, weil aus demografischen Gründen, aber auch aus Gründen der Akzeptanz der Schülerrückgang dort deutlich höher ist als anderswo.

Wenn Sie dem jetzt mit einem Vorschlag begegnen wollen, gemäß dem es plötzlich möglich ist, dass die Menschen an derselben Schule einen Hauptschulabschluss und einen Werkrealsabschluss machen,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und Menschen, die bisher zum Teil unterschiedliche Empfehlungen bekommen haben, in einem neuen einheitlichen pädagogischen Konzept an derselben Schule unterrichtet werden sollen und dieser Schultyp gleichgestellt werden soll mit dem, was die Realschule heute schon bietet, dann weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, was an der Grundkonstruktion dieses neuen



(Dr. Frank Mentrup)

Schultyps wesentlich anders ist als das, was wir als Gemeinschaftsschule hier eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist aber höchstes Lob!  
– Abg. Peter Hofelich SPD: Die Regierung weicht zurück!)

– Ich komme noch zu den Unterschieden, Herr Dr. Noll. Sie haben gesagt, wir brauchten eine solche Schulstrukturdiskussion nicht. Was sollen wir mit einem vierten Schultyp? Aber genau den führen Sie doch jetzt ein, wenn Sie das zusätzlich im Schulgesetz verankern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Wenn er es ernst meint!)

Nein, Herr Dr. Noll, nein, Herr Rau! Wenn Sie den Rückgang bei den Schülerzahlen in einen Zuwachs umkehren wollen, dann müssen Sie die Strecke auch zu Ende denken. Dann müssen Sie den Abschluss dieser neuen Schule dem der bisherigen Realschule gleichwertig machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben wir doch!)

– Nein. – Aber dann dürfen Sie drei Dinge nicht tun:

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wissen Sie überhaupt, dass wir schon eine Realschule haben?)

Dann dürfen Sie keine Grundschulempfehlung dahin gehend machen, dass Sie die in der Grundschule ausgesprochene Verpflichtung zum Besuch der Hauptschule nur durch eine Verpflichtung zum Besuch der Werkrealschule ersetzen, sondern dann müssen Sie aus drei möglichen Wegen zwei mögliche machen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist doch schon einmal etwas!)

und können dann noch differenzieren zwischen einem eher praktischen und einem eher anderen Profil.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So verstehe ich das auch!)

Aber solange Sie sagen, einem Teil der Eltern sei freigestellt, ob sie ihre Kinder auf ein Gymnasium, eine Realschule oder eine Werkrealschule schicken, einem weiteren Teil der Eltern sei freigestellt, ob sie ihre Kinder auf eine Realschule oder Werkrealschule schicken, und einem dritten Teil der Eltern sei gar nichts freigestellt – für deren Kinder gibt es nur die Werkrealschule –, haben Sie in der Tat hier nur einen Etikettenschwindel betrieben. Das bringt niemanden von den Eltern dazu, diese Schule zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Den Werkrealschulabschluss anders zu konzipieren, aber dann mit der mittleren Reife gleichzustellen, auch das tun Sie nicht. Sie kündigen es an,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gleichwertig, wenn nicht gleichartig!)

aber wir wissen aus Informationen, dass z. B. der Werkrealschulabschluss das erste Jahr der Berufsfachschule ersetzen können soll. Wenn es eine richtige mittlere Reife wäre, würde es die komplette Berufsfachschule ersetzen. Sie müssen den Eltern beweisen, dass hier eine Gleichwertigkeit besteht. Das müssen Sie beim Einstieg, bei der Grundschulempfehlung, und beim Ausstieg, bei der Anschlussfähigkeit in die anderen Systeme, machen. Zu diesen beiden Punkten haben Sie hier noch nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie müssen auch darstellen, mit welchen Maßnahmen Sie dieses individuelle Fördern dann hinterlegen. Sie sprechen von zehn Wochenstunden Differenzierungsstunden in Klasse 8 und 9. Wir haben das schon einmal beim G 8 erlebt. Da haben Sie gesagt, wenn man das in Ganztagschulen machte, gäbe es sieben Stunden für acht Schuljahre dazu. Ich gehe einmal von fünf Wochenstunden aus. Gleichzeitig fallen aber die fünf Wochenstunden weg, die Sie bisher für den berufspraktischen Zug hatten.

Dann ist noch spannend, was Sie mit den bisherigen zusätzlichen Wochenstunden machen, die es für den Werkrealschulabschluss gab. Sind das vielleicht dieselben? Hier verlangen wir

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immer mit der Ruhe! Im Laufe des Tages! – Glocke des Präsidenten)

und erwarten die Eltern in der nächsten Woche eine klare Darstellung.

(Zuruf von der CDU: In der nächsten Woche?)

Im Moment ist das ein großes Jonglieren mit Zahlen, mit denen Sie noch nicht belegen, dass das wirklich zu einer Verbesserung führt.

Meine Damen und Herren, gehen Sie den Weg ganz. Sagen Sie: „Wir wollen zwei unterschiedliche Realschulen in diesem Land, der eine Weg ist etwas praktischer orientiert, der andere ist anders. Die Schüler haben an beiden Schulen auch die Möglichkeit, mit dem Hauptschulabschluss abzuschließen, und die Empfehlung für beide ist gleichwertig.“ Dann hätten Sie die Ankündigungen erfüllt, die Sie im Moment hier aufgestellt haben. Das wäre ein wirklich aktiver Beitrag, um den Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen aufzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt aber noch eine zweite Herausforderung, auf die Sie eingehen müssen. Auch dazu habe ich heute noch nichts gehört. 700 der 1 200 Schulstandorte sind in Gefahr. Schauen Sie sich einmal an, was das konkret bedeutet. Ich war auf einer Podiumsdiskussion in Waldshut-Tiengen. Da wurde dargestellt, dass es dort – dort gibt es ja so viele zipflige Ecken, die in die Schweiz hineinragen – über 20 Grund- und Hauptschulen mit Werkrealschulstufe gibt, von denen jetzt schon zwei Drittel nur noch einzügig sind. Was wollen Sie denn einer solchen einzügigen Grund- und Hauptschule mit Werkrealschulstufe im Moment anbieten? Sollen die Schüler aus dem einen Zipfel, der in die Schweiz hineinragt, in einen anderen

(Dr. Frank Mentrup)

Zipfel fahren, was eine Entfernung von 20 oder 30 km bedeutet, weil Sie sagen, das müsse zweizügig sein? Es muss aber auch in seiner Bedeutung noch unter der Realschule liegen. Wie wollen Sie denn dort zusätzliche Eltern aktivieren, die für ihre Kinder eine Realschulempfehlung haben, dann eine solche Werkrealschule zu akzeptieren?

(Beifall bei der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU:  
Wie wollen Sie dann eine Einheitsschule machen?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Mentrup, kommen Sie bitte zum Ende.

**Abg. Dr. Frank Mentrup SPD:** Hier brauchen Sie Antworten. Sich hier über die Kommunalwahl hinwegzumogeln wird Ihnen noch schwer auf die Füße fallen. Denn diese zwei Drittel aller Standorte wollen jetzt eine Antwort haben, aber die liefern Sie mit dem, was Sie bisher angekündigt haben, überhaupt nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wollen auf jeden Fall keine Basisschule! Das steht schon fest!)

Sie müssen auf die Situation der Kleinsthauptschulen eingehen. Sie müssen darstellen, wie Ihre Konzeption auch diesen Standorten eine Entwicklungsmöglichkeit bietet.

Das, was Sie im Moment tun, ist ja Folgendes: Sie lassen sie nicht nur aushungern, sondern Sie betreiben auch noch eine Art aktives Aushungern, indem Sie jetzt nur über eine Konzeption reden, die diese Probleme völlig ausblendet. Es gibt beispielsweise noch bestimmte zusätzliche Angebote, Herr Rau. Wir kennen das von der kleinen Hauptschule in Ilvesheim im Rhein-Neckar-Kreis. Die hatte bis jetzt eine Außenklasse einer Schule für Geistigbehinderte – schon seit zehn Jahren und länger –, und die Fortsetzung dieser Außenklasse ist jetzt zum neuen Schuljahr verboten worden. Das sind die Maßnahmen, die im Moment im Land erlebt werden. Das zu dem, wie Sie die kleinen Standorte stabilisieren.

Mit dem, was Sie hier vorgestellt haben, können Sie keine einzige Antwort geben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des  
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst Herrn Kultusminister Helmut Rau für die Vorbereitung der Umsetzung der neuen Werkrealschule sowie die Vorstellung eines ersten Rahmens danken und für die CDU-Fraktion festhalten, dass wir die von ihm hier vorgetragenen Eckpunkte unterstützen. Es war interessant, Frau Rastätter – zur SPD komme ich gleich –, dass Sie nach der Präsentation der Eckpunkte gar nicht mehr so richtig darauf eingegangen sind, sondern in die alte Strukturdebatte

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und in die Argumentationen, die wir an anderen Stellen mehrfach gehört haben, zurückgefallen sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Das macht aber für heute gar nichts, weil wir noch genug Gelegenheiten haben, um über die Einzelheiten zu diskutieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So machen wir das! Ja!)

Ich werde mich jetzt aber hier – angesichts der Zurückhaltung der Kollegen und der Presse gegenüber unseren immer ähnlich ablaufenden Strukturdebatten im Landtag – nicht näher dazu äußern. Vielleicht schaffen wir es auch einmal, dass wir nicht immer mit den gleichen Überschriften eine solche Debatte führen – z. B. über die Länderauswertung von PISA –, sondern wirklich einmal über die konkreten Dinge reden, die Handlungsbedarf ausmachen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber er hat doch eine neue Struktur vorgeschlagen! Was habt ihr denn gegen eine Strukturdebatte? – Unruhe)

– Das ist eben keine Strukturdebatte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch eine Struktur! – Unruhe)

Das ist eine Weiterentwicklung der Schulart Hauptschule.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch eine Struktur! Oder täusche ich mich?)

– Ja.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)

Aber das ist keine Debatte darüber, ob es richtig ist, in drei Schularten zu fördern, oder ob es richtig ist, in eine Einheitsschule zu gehen. Das ist doch die Strukturdebatte, die wir sonst führen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie kleben doch an der alten Strukturdebatte und nicht an der neuen Struktur!)

Jetzt zur SPD, Herr Schmiedel, wenn Sie schon so heftig werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wissen doch gar nicht, was sie wollen! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wenn zwei Redner von Ihnen hierher ans Pult kommen und der eine sagt, die Hauptschule würde nicht abgeschafft,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und der andere fragt: „Wo ist denn eigentlich noch der Unterschied zu unserer Gemeinschaftsschule?“,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

dann frage ich mich, was von dem, was hier am Pult vorgelesen worden ist, bei Ihnen eigentlich angekommen ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wollen doch eine Basisschule! – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Alfred Winkler SPD)

(Volker Schebesta)

Es gibt aber einen Unterschied, Herr Dr. Mentrup. Wir werden nämlich nicht von dem Weg abweichen – der richtig ist –, auch in dem Schulkonzept mit gegliedertem Schulwesen für unterschiedliche Förderbedarfe unterschiedliche Förderungen anzubieten. Davon werden wir nicht abweichen, weil wir davon überzeugt sind, dass das der richtige Weg ist. Das ist der Unterschied. Deshalb wird die Hauptschule nicht abgeschafft, sondern zur Werkrealschule umgestaltet. Diesen Weg werden wir gehen, und zwar nicht in der nächsten Woche, sondern in einem geordneten Prozess, in dem wir insbesondere auch die Interessen der kommunalen Schulträger mit einbeziehen. Deshalb müssen Sie sich noch ein bisschen länger gedulden als eine Woche.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kultusminister Rau hat die Eckpunkte, wie er sich die Umsetzung hin zu einer qualitativ neuen Werkrealschule denkt, ausführlich erläutert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Erläutert hat er nichts! – Gegenruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Sie haben die Erläuterungen nicht verstanden, aber er hat erläutert!)

Wir gehen diesen Weg mit. Für uns ist ganz besonders wichtig und sehr sinnvoll, dass der Praxiszug und der Werkrealschulzug letztendlich aufgehoben werden und wir jeder Schule diesen Zehnstundenpool zur individuellen Förderung zur Verfügung stellen können. Das ist für uns eine ganz wichtige Entwicklung.

Wir möchten aber von unserer Seite aus auch einen weiteren Vorschlag machen. Eines ist völlig richtig: Wir müssen vor allem auch die Eltern davon überzeugen, dass dieses Bildungsangebot, das wir hier weiterentwickeln wollen, ein Stück weit auch etwas qualitativ Weiterentwickeltes ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Qualitativ weiterentwickelt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Strukturell!)

Deshalb schlagen wir vor, dass wir schon in Klasse 5 damit anfangen,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

durch individuelle Lernzeiten, durch erweiterte Aufgabenstellungen einen möglichen Werkrealschulabschluss vorzubereiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es wurde ja schon zusammen unterrichtet, Frau Arnold! Haben Sie das mitbekommen?)

– Ja. Aber vielleicht können wir das noch etwas flexibler gestalten, damit wir im Grunde schon ab Klasse 5 ganz gezielt damit anfangen können, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Darüber reden wir noch in Ruhe! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Extern! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sind das jetzt Koalitionsverhandlungen am Plenartag?)

Außerdem wünschen wir uns auch hier – ich sage das ganz offen, weil es einfach erfolgreich ist; in Amtzell, unserem großen Vorbild, wird das gemacht – regelmäßige Elterngespräche immer nach zwei Jahren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gibt es an jeder Schule, nicht nur in Amtzell! – Abg. Elke Brunner CDU: Manche machen das jedes Jahr!)

– Ja, aber wir sollten auch ein Stück weit in diesem Konzept institutionalisieren, dass eine regelmäßige Beratung und Einbeziehung der Eltern erfolgt.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Im Schulgesetz festschreiben, oder wie?)

Eines macht mir große Sorgen, meine Damen und Herren. Wir beobachten in der Tat eine starke Verunsicherung, und zwar schon seitdem wir unsere Bildungsoffensive vorgestellt haben. Wir beobachten eine starke Verunsicherung bei den Bürgermeistern,

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es! Genau so ist es!)

bei den Schulleitern und bei den Eltern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Endlich spricht es einmal jemand aus dem Regierungslager aus! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zuhören!)

Es wird schon gefragt: Wie geht es hier weiter? Wie geht es vor allem mit den stabilen einzügigen Hauptschulen weiter?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch an dieser Stelle brauchen wir etwas mehr Flexibilität. Wir haben heute stabile – ich betone das Wort „stabile“ – einzügige Hauptschulen, die diesen Bildungsgang in Kooperation mit anderen Hauptschulen gemeinsam anbieten. Hier sollten wir uns die Flexibilität erhalten, damit diese einzügigen Hauptschulen diese Kooperation auch fortsetzen können, um die schulischen Standorte in der Fläche möglichst zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eine *Conditio sine qua non!*)

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Es ist völlig richtig, dass wir hier mit aller Sorgfalt vorgehen müssen. Wir müssen hier gründlich vorgehen. Ich möchte aber eines zu bedenken geben: Wir sollten das neue Konzept so zügig wie möglich erarbeiten, möglichst noch vor der Kommunalwahl im nächsten Jahr. Dann können wir mit diesem Konzept herausgehen, können es offensiv vertreten und können vor allem die Menschen an der Basis davon überzeugen, dass es nicht die Abschaffung einer Schulart, sondern deren Weiterentwick-



(Dr. Birgit Arnold)

lung beinhaltet, damit deren Kinder und Enkelkinder fit für die Zukunft werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: So machen wir es!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Studierendenrekord in Baden-Württemberg – Erfolgreiche Hochschulpolitik für Europas Innovationsregion Nummer 1 – beantragt von der Fraktion der CDU**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für diese Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt; darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an die festgelegten Redezeiten zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Oi!)

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle das Wort.

**Abg. Dr. Klaus Schüle** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte gibt uns heute die Möglichkeit, die Situation an unseren Hochschulen aktuell zu beleuchten. Der konkrete Anlass ist äußerst erfreulich: eine enorme Zunahme der Studienanfängerzahlen.

Das Statistische Landesamt hat vor wenigen Tagen festgestellt, dass sich die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger an unseren Hochschulen um 5 000 erhöht hat. Das ist eine Steigerung um 8 %.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel hier im Saal ist unerträglich. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie doch bitte hinaus. – Bitte, Herr Kollege Dr. Schüle.

**Abg. Dr. Klaus Schüle** CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – An den Hochschulen bedeutet das eine Steigerung um 8 %. Wir haben gestern – mit Ausnahme der Stimmen der Grünen – beschlossen, basierend auf den früheren Berufsakademien die duale Hochschule Baden-Württemberg zu gründen. Wenn wir die betreffenden Zahlen einbeziehen, ist im Vergleich zum vergangenen Jahr sogar eine Steigerung um 10 % festzustellen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir in Baden-Württemberg einen Rekord. Mit 267 000 Studierenden liegen wir

über dem Bundesdurchschnitt. Das ist ein Erfolg, über den wir uns gemeinsam freuen können; denn diese Entwicklung ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft unseres Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, es muss hier deutlich gesagt werden: Das ist zunächst einmal ein Erfolg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen, der Studierenden, des Mittelbaus, des Lehrkörpers und der Hochschulen insgesamt. Es ist aber auch eine Bestätigung und ein Erfolg unserer gemeinsamen Hochschulpolitik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, in den letzten drei Jahren haben die Grünen, hat Frau Kollegin Bauer das Thema Studierendenzahlen immer wieder zum Anlass genommen, uns eine falsche Weichenstellung in der Hochschulpolitik vorzuwerfen. Heute zeigen die Fakten, dass Sie falsch lagen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Von den Grünen wurde mehrfach behauptet – zuletzt am 26. Juni von dieser Stelle aus –, das Ausbauprogramm 2012 werde nicht umgesetzt. Das haben Sie der Regierung vorgeworfen – meinetwegen –, aber Sie haben es pauschal auch den Hochschulen vorgeworfen. Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil ist der Fall: Das Ausbauprogramm wird Punkt für Punkt umgesetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

16 000 zusätzliche Studienplätze – 5 000 wurden schon geschaffen. Vor zwei Wochen wurden weitere 3 600 Plätze beschlossen. Damit sind wir Ende 2009 bei 8 600 von diesen 16 000 Plätzen. Wir sind also nicht nur im Plan, sondern sogar ein Stück voraus. Das sollte heute auch einmal deutlich zum Ausdruck kommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Nächster Punkt, meine Kolleginnen und Kollegen: Studiengebühren.

(Zuruf von der SPD: Oh! – Abg. Alfred Winkler SPD: Ein Erfolgserlebnis!)

Die Grünen haben in den vergangenen Jahren, lieber Alfred Winkler, unter Bezugnahme auf die Studierendenzahlen immer wieder die These aufgestellt, Studiengebühren würden junge Menschen vom Studieren abhalten.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Tun sie auch!)

Auch hier liegen sie falsch. Denn wenn die These der Grünen stimmen würde, müssten wir in Baden-Württemberg unterdurchschnittliche Zuwachszahlen haben.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Haben wir ja auch!)

Aber genau das Gegenteil ist der Fall.



(Dr. Klaus Schüle)

(Zuruf von der SPD: Warum sind dann die Zahlen in Hessen stärker gestiegen?)

Im Bundesdurchschnitt sind es 7 % mehr Studierende, bei uns 8 %. Beziehen wir die Berufsakademien ein, haben wir 10 % Zuwachs zu verzeichnen. Das heißt, genau das Gegenteil ist der Fall.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Dr. Schüle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Dr. Klaus Schüle** CDU: Lieber nicht.

(Heiterkeit bei der CDU und des Abg. Alfred Winkler SPD)

Stattdessen haben die Studiengebühren zu einer erheblichen Qualitätssteigerung geführt. Konkret konnten damit eine personelle Aufstockung in der Lehre, bessere Betreuungsrelationen, kleinere Gruppen, modernere Bibliotheken und eine moderne Ausstattung erreicht werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der überdurchschnittliche Zuwachs an Studierenden in Baden-Württemberg hängt entscheidend mit der Qualitätssteigerung unserer Hochschulen zusammen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die gesamte Entwicklung ist kein Zufall, sondern ist das Ergebnis einer jahrelangen Vorarbeit. Mutig haben wir vor allen anderen die Weichen richtig gestellt, z. B. durch die Hochschulnovelle 2000 – neue Leitungsstrukturen, Hochschulräte – und durch das Landeshochschulgesetz 2005 – mehr Autonomie, Einführung von Studiengebühren, Verbesserung der Lehre und der Qualität, Solidarpakte, Berechenbarkeit in der Wissenschaftspolitik. Dies ist unersetzlich und ein Schlüssel für unseren Erfolg. Gestern ist leider ohne die Stimmen der Grünen das Gesetz zum Ausbau der Berufsakademien zur dualen Hochschule verabschiedet worden. Weitere Projekte – Universitätsklinikagesetz – befinden sich in Vorbereitung. Das ist der Kern unseres Erfolgs.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Das kann man nicht oft genug betonen!)

Liebe Frau Bauer, eines will ich Ihnen einmal in aller – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Deutlichkeit!)

– Nicht in aller Deutlichkeit, aber ich will es in aller Klarheit sagen, weil Sie von dieser Stelle aus in den letzten zwei bis drei Jahren immer wieder mit Blick auf unseren Minister Professor Dr. Frankenberg

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Den guten Minister!)

von Wortbruch

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unerhört!)

gesprachen haben und davon, dass Zusagen gerade beim Ausbauprogramm 2012 nicht eingehalten worden seien. Das Gegenteil ist der Fall. Deswegen sage ich heute: Hören Sie da-

mit auf! Wir haben einen super Wissenschaftsminister in Baden-Württemberg: Professor Dr. Peter Frankenberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf von der SPD: Autosuggestion! – Abg. Alfred Winkler SPD: Jetzt weiß ich, warum meine Frage nicht zugelassen wurde! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, zunächst sollte man sagen, dass wir in Baden-Württemberg auf unsere Hochschulen stolz sind, dass wir große Erfolge hatten

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Wow!)

und dass sich das auch in dem Erfolg von vier baden-württembergischen Universitäten bei der Exzellenzinitiative und zum Teil auch in Erfolgen bei anderen Förderrichtlinien dokumentiert hat. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir auf unsere Hochschullandschaft durchaus stolz sein können.

Als Karlsruher Abgeordneter nenne ich auch das geplante KIT, das Karlsruhe Institute of Technology, mit dem durch die Verbindung von einer klassischen Landesuniversität – der in Karlsruhe – mit einer Großforschungseinrichtung – dem Forschungszentrum Karlsruhe – modellhaft vorgegangen werden soll. In nächster Zeit werden wir dazu hoffentlich einen Gesetzentwurf der Landesregierung bekommen, sodass wir auch insoweit erfolgreich vorangehen können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Lassen Sie das „aber“ weg! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Ruhe, Herr Zimmermann!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich aber – das muss man durchaus ernsthaft fragen –, was diese Erfolge eigentlich mit der Politik der Landesregierung zu tun haben.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Die gute Grundlage!)

Ich wundere mich schon, dass man, wenn in Baden-Württemberg die Studienanfängerzahlen um 8 % steigen und der bundesweite Durchschnitt bei 6,7 % liegt, gleich einen solchen Popanz aufbaut.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Es sind 10 %, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Das halte ich wirklich für unangemessen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss Ihnen auch sagen, Herr Schüle: Für eine seriöse Betrachtung dieser Zahlen muss man auch in Relation setzen, wie viele zusätzliche Abiturientinnen und Abiturienten wir im letzten Jahr in Baden-Württemberg gehabt haben.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Ihr könnt alles kaputtreden, alles herunterreden! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Schönredner Pfisterer!)

(Johannes Stober)

– Wenn man sich so wie Sie, Herr Pfisterer, mit Teilwahrheiten begnügen will, dann kann man immer alles schönreden. Das ist eine Politik, das ist ein Stil, den wir nicht mitmachen werden, Herr Schüle und Herr Pfisterer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Um es entsprechend einschätzen zu können, habe ich mich bemüht, herauszubekommen, wie viele Schülerinnen und Schüler im Jahr 2008 zusätzlich die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Leider habe ich die Zahlen des Statistischen Landesamts nicht bekommen. Aber vor dem Hintergrund der Entwicklung der Schülerzahlen der Klasse 13 in den letzten beiden Jahren müssen wir davon ausgehen, dass es sich auch hier um eine Größenordnung von 8 bis 10 % handelt. Das heißt, dass wir wenigstens vom Negativtrend des letzten Jahres weg sind,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Noch nicht einmal das!)

als wir trotz einer Steigerung der Abiturientenzahlen um 5,5 % einen leichten Rückgang der Studierendenzahlen zu verzeichnen hatten. Wenn Sie den Umstand, dass wir in Baden-Württemberg möglicherweise jetzt wieder Mittelmaß sind, hier im Landtag von Baden-Württemberg schon als Erfolg bezeichnen, dann frage ich mich, was eigentlich unsere Ansprüche als Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben nicht den Anspruch, dass jeder studiert! Auch wer eine Ausbildung macht, ist qualifiziert!)

Weil Sie vorhin gesagt haben, das habe nichts mit den Studiengebühren zu tun, muss ich Ihnen sagen: Ich habe mir die Zahlen einmal genauer angeschaut, und ich frage mich, warum denn in Hessen, wo die Studiengebühren gerade abgeschafft worden sind, die Studierendenzahlen um 17,2 % gestiegen sind. Hat das denn nichts zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sachsen nicht vergessen!)

Ich frage mich noch etwas. Wir hatten im letzten Jahr die Situation, dass die Studiengebühren eingeführt wurden und ein erheblicher Zuwachs bei den Abiturientenzahlen zu verzeichnen war; mir liegen Zahlen über einen Zuwachs von 5,5 % vor. Dennoch hatten wir einen leichten Rückgang der Zahl der Studierenden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Trotzdem!)

Daher ist es, glaube ich, eindeutig. Das zeigt auch die Studie „Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten“, die uns Frau Schavan lange Zeit verschwiegen hat, eine relativ komplizierte und komplexe Studie – das muss man sagen –, die aber meines Erachtens eine Diskussion darüber lohnt, welche Auswirkungen Studiengebühren haben. Ich kann Ihnen versprechen: Sie können sich in diesem Landtag von Baden-Württemberg der Diskussion über die Auswirkungen von Studiengebühren nicht entziehen, solange Sie, wie gestern, unsere Anträge auf Abschaffung des Hochschulgebührengesetzes weiterhin ablehnen werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Minister Frankenberger wird es Ihnen nachher noch einmal erklären!)

Baden-Württemberg ist nicht Schlusslicht. Baden-Württemberg ist auch nicht führend. Es gehört, glaube ich, zur Ehrlichkeit dazu, das zu erwähnen. Wenn wir uns einmal einschlägige Statistiken auch des Statistischen Bundesamts anschauen, stellen wir fest: Bei der Studienberechtigtenquote, also beim Abiturientenanteil, liegt Baden-Württemberg mit Platz 7 im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. Immerhin auf Platz 4 liegen wir bei der Quote des Übergangs der Abiturientinnen und Abiturienten auf die Hochschulen. Aber in einem Bereich liegen wir am Ende, auf Platz 14 unter den 16 Bundesländern, nämlich wenn es um die Frage geht, wie viele Studienplätze wir eigentlich in Baden-Württemberg haben. Wir sind nämlich ein „Studierendenexportland“.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

In dieser Frage ist Export etwas Schlechtes, weil wir weniger Studienplätze anbieten, als wir Studierende haben. Während es andere Länder wie Rheinland-Pfalz und Hessen geschafft haben, durch einen Ausbau ihrer Hochschulen dieses Defizit zu bekämpfen und zu beheben, liegen wir mit einem Wanderungssaldo von minus 10 000 Studierenden immer noch hinten, auf Platz 14. Das ist, glaube ich, eines Landes wie Baden-Württemberg unwürdig,

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

das zu Recht auch den Anspruch hat, im Bereich der Wissenschaft führend in der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

Meine Redezeit zum ersten Teil geht an dieser Stelle zu Ende.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Time to say goodbye!)

Ich würde mich freuen, wenn Sie bereit wären, sich die Dinge etwas tiefer gehend anzuschauen, anstatt immer nur Lobeshymnen zu singen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Schönredner!)

Vielmehr sollten Sie sich mit bestimmten Fragen einmal detailliert auseinandersetzen.

Beim Thema „Hochschulpakt 2012“ sind wir grundsätzlich beieinander. Aber ich glaube, das verdient noch einmal eine vertiefte Debatte. Deswegen freue ich mich auf die Diskussion in der zweiten Runde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehr gut! Blattschuss, Johannes!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Bauer das Wort.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die stellt es einmal richtig!)

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 8 % Wachstum hat Kollege Schüle hier gerade als den großen Erfolg inszeniert. Mein ältester Sohn – er ist 13 Jahre alt und besucht die siebte Klasse – lernt gerade Prozentrechnen. Mein Sohn weiß sehr genau,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Es sind 10 %!)

dass 8 % von 50 000 4 000 sind, aber von 50 gerechnet nur 4. Den hätten Sie mit Ihrer Rechnung nicht beeindruckt.

Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen hier verstehen das auch: Wenn man die Wachstumsquote nur für dieses eine Jahr betrachtet, mag das gut klingen. Wenn man aber nur einen Schritt zurücktritt und die längerfristige Entwicklung betrachtet, dann weiß man – ich glaube, Herr Schüle ist Experte genug, um das zu wissen –:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der weiß es auch!)

Seit 2003 waren die baden-württembergischen Hochschulen auf Schrumpfkurs, was die Studienanfängerzahlen anging. Die Studienanfängerzahlen sind um ziemlich genau 8 % zurückgegangen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wie bundesweit! –  
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil die Chancen  
in anderen Berufen gestiegen sind!)

Was wir also in diesem Jahr erleben, ist ein erfreulicher Zuwachs, aber nicht mehr als das Ausgleichen der Lücke, die in den vergangenen Jahren entstanden ist. Das ist schon einmal besser als nichts. Aber das ist bestimmt kein Grund, hier in Selbstlob und in großes Schulterklopfen auszubrechen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das relativiert die Leistung des Ministers, den Herr Schüle zum „super Minister“ erklärt hat! Das muss man einmal festhalten! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Schmiedel, jetzt bin ich aber entsetzt!)

– Dazu kommen wir gleich.

Worum geht es denn bei der heutigen Debatte? In Bezug auf die Hochschulen wird viel über den Exzellenzwettbewerb geredet. Gleichzeitig findet aber ein zweiter Wettbewerb statt – was ich positiv finde –, nämlich ein Wachstumswettbewerb in der Frage: Schaffen wir es, schnell genug und genügend zusätzliche Studienplätze im Land einzurichten? Dieser Wettbewerb hat begonnen. Zum Glück werden seit Neuestem auch aussagekräftige Zahlen erhoben, sodass wir im Vergleich zwischen den Bundesländern gut evaluieren können. Wir diskutieren heute über die Frage: Wo steht Baden-Württemberg in diesem Wachstumswettbewerb der Hochschulen?

Gestern hat der Ministerpräsident in Bezug auf die LBBW etwas Bemerkenswertes gesagt:

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Einmal mehr!)

Objektiv steht die LBBW schlecht da, aber relativ gesehen steht sie ganz gut da.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist eine bemerkenswerte Differenzierung. Fragen wir doch einmal, was das für unsere Hochschulen bedeutet. Objektiv gesehen, auch bundesweit, existiert ein Riesengap – Kollege Stober hat es vorhin angedeutet – zwischen den seit Jahren wachsenden Schülerzahlen bzw. der Zahl der jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung auf der einen Seite – junge Menschen also, die das Recht auf ein Studium haben; diese Zahlen gehen seit Jahren kontinuierlich in die Höhe, sie sind seit 2003 bundesweit um 18 % gestiegen – und den im gleichen Zeitraum kontinuierlich sinkenden Studienanfängerzahlen auf der anderen Seite. Diese Schere geht also immer weiter auseinander. Wir stehen in Deutschland insgesamt objektiv nicht gut da; wir stehen schlecht da.

In Baden-Württemberg hatten wir die gleiche Entwicklung. In diesem Wintersemester wird in allen Bundesländern die gute Nachricht verkündet: So viele Studienanfänger gab es noch nie. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern so, wie es auch in Baden-Württemberg ist. Alle sagen jetzt: Wunderbar, wir haben mehr Studienanfänger denn je! Im Wesentlichen ist dieses Wachstum jedoch einfach auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Wir haben sehr geburtenstarke Abiturientenjahrgänge, die jetzt an die Hochschulen strömen. Das ist der eine Teil der Erklärung.

Der andere Teil ist: Wir haben verbesserte Raten des Übergangs auf weiterführende Schulen, sodass größere Jahrgangskohorten an die Hochschulen kommen. Zum Glück schlägt sich das jetzt endlich auch in einem Studierendenhoch nieder, und zwar über alle Bundesländer hinweg.

Wenn wir jedoch zwischen den Bundesländern vergleichen und fragen, wie Baden-Württemberg relativ abgeschnitten hat, dann bekommen wir als Ergebnis – ich addiere die Wachstumsrate von 8 % in diesem Jahr mit der Rate von 0,3 % im letzten Jahr –

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

eine Wachstumsrate von 8,3 %. Wenn Sie sich die entsprechenden Zahlen bundesweit einmal anschauen, dann sehen Sie, auf welchem Platz Baden-Württemberg landet.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Erst einmal die duale Hochschule einführen! Erst einmal die richtigen Prozentzahlen nehmen!)

Welcher Platz ist das?

(Zuruf von der SPD: Platz 14!)

– Es ist Platz 16. Bundesweit Schlusslicht beim Schaffen neuer Studienplätze ist Baden-Württemberg. Schlusslicht!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Zahlen können Sie nachlesen, ich habe sie oben auch schon an die Presse weitergegeben. Sie stammen vom Statistischen Bundesamt; ganz richtig.

(Zurufe von der SPD: Es ist nicht zu fassen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nur weil Sie gestern nicht mitgestimmt haben!)

Wir sind bundesweit Schlusslicht, was das Wachstum bei der Zahl der Studienplätze angeht; das galt für das letzte Jahr, und



(Theresia Bauer)

in diesem Jahr trifft das immer noch zu. Das bedeutet: Ein Wachstum bei der Zahl der Studienplätze muss her, es muss schneller kommen, und es muss nachhaltig sein. Wir haben keinen Grund, hier in Selbstlob auszubrechen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Aber auch nicht in Selbstmitleid! Das passt zu Ihnen: Selbstmitleid!)

Wir haben vielmehr allen Grund, schneller zu wachsen und mehr zu tun als bisher.

Kollege Schüle, Sie haben so schön mit einem Lob auf den Wissenschaftsminister geendet. Wissen Sie: Wenn ein Fußballverein

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wir sind Hoffenheim!)

mit einem solchen Tabellenplatz abschließt, dann ist der Trainer schneller ausgewechselt, als Sie gucken können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Abwegig! So eine dumme Rede!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

**Abg. Dietmar Bachmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine alte chinesische Weisheit besagt: „Wissen schafft Zukunft.“

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Was in China gilt, gilt erst recht in Baden-Württemberg. Der einzige Rohstoff, über den unser Land verfügt, ist das Wissen in den Köpfen der Menschen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Man wusste es: Es konnte nicht besser werden!)

Der Wohlstand unseres Landes gründet sich genau auf diesen Umstand.

Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler und Bastler, aber auch das Land der Dichter und Denker. Was wäre die Dichtkunst ohne Schiller, was wäre die Physik ohne Einstein, und was wäre die Ingenieurskunst ohne Daimler, Benz und Bosch?

(Abg. Ingo Rust SPD: Wo kommen Sie her?)

Was den Anteil der Forschungsausgaben am Bruttosozialprodukt betrifft und was die Zahl der Patentanmeldungen betrifft, so liegen wir ganz vorn, und bei der Arbeitslosigkeit liegen wir ganz hinten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Unsere Zahlen geben den Chinesen recht: Wissen schafft Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wissen schafft die Wissenschaft. Bei der Exzellenzinitiative haben unsere Universitäten bewiesen, dass wir bundesweit ganz vorn liegen. Um beim

Beispiel Fußball zu bleiben, liebe Kollegin Bauer: Wir spielen nicht nur in der ersten Liga, wir sind nicht nur beim Fußball Tabellenführer, sondern wir sind auch bei der Exzellenz der Universitäten mit Abstand Tabellenführer.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sind Sie Hoffenheim?)

Kollege Schüle hat schon darauf hingewiesen: Unsere bewährte duale Ausbildung haben wir gestern, als wir das System „duale Hochschule“ aus der Taufe gehoben haben, auch dem Namen nach auf den wissenschaftlichen Bereich übertragen. Das ist ein Erfolgsmodell, um das uns die halbe Welt beneidet. Immer wieder wird gefragt, wie wir unsere Betriebe mit so hervorragenden Fachleuten ausstatten können. Das ist ganz einfach: durch die duale Ausbildung, die jetzt auch im Hochschulbereich – mit dem richtigen Namen – zu neuen Ufern aufbricht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Unsere Hochschulen, unsere Fachhochschulen genießen internationale Anerkennung. Zu Recht führen sie im Amerikanischen den Titel Universität. Die Partneruniversitäten, die sie in anderen Staaten der Welt, in den USA haben – ich muss gar nicht alle aufzählen; Sie kennen sie selbst –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Das wäre einmal nett! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Das geht auf seine Redezeit!)

haben in ihren Ländern ein hervorragendes Renommee und kooperieren mit unseren Hochschulen. Wir sind im Hochschulbereich ganz vorn.

Die Qualität unserer Wissenschaft allein wird unsere Zukunft aber nicht sichern. Wir können unser Wohlstandsniveau nur halten, wenn auch die Quantität stimmt. Unsere hoch spezialisierten Betriebe benötigen eine hinreichende Zahl exzellenter Fachleute. Deshalb haben wir uns in Baden-Württemberg mit dem Hochschulpakt 2020 der Bundesregierung nicht zufriedengegeben. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, dass unser Programm „Hochschule 2012“ im Vergleich zu dem, was der Bund gibt, ein Vielfaches an Mitteln für neue Studienplätze bereitstellt.

Wir wollen und dürfen uns hier im Land nicht mit Billigstudienplätzen an Massenuniversitäten zufriedengeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wir setzen hier ganz bewusst auf Qualität, auf die teuren Studienplätze im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften. Denn das sind die Studiengänge, aus denen die Ingenieure kommen, die unsere Wirtschaft auch in den nächsten Jahrzehnten an der Spitze halten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Norbert Beck CDU)

Selbstverständlich vernachlässigen wir dabei nicht die Geisteswissenschaften. Auch dort gibt es viele Zukunftsthemen. Das ist im Land der Dichter und Denker selbstverständlich.



(Dietmar Bachmann)

Wenn ein Land an der Spitze bleiben will, wenn die Universitäten ganz vorn dabei sein sollen, müssen wir ihnen auch die Möglichkeiten geben, die notwendigen Anpassungsprozesse durchzuführen. Solche Anpassungsprozesse können dazu führen – wir haben das schon vor der Sommerpause hier debattiert –, dass vorübergehend auch einmal Einbrüche bei den Studierendenzahlen vorkommen. Auch wir haben damals gesagt, dass so etwas auf längere Zeit nicht hinnehmbar ist.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Naturgesetz!)

Mit sanfter Überzeugung hat Herr Professor Dr. Frankenberg mit seinem Ministerium dafür gesorgt, dass die Hochschulen im Wintersemester 2008/2009 Rekordzahlen abliefern: Baden-Württemberg hat die höchste Studienanfängerzahl seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ja! Das Saarland hat viel weniger!)

Wir als FDP/DVP-Fraktion gratulieren dem Minister ganz herzlich zu diesem Erfolg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Das Saarland hat viel weniger! Das stimmt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Wissenschaft liegt in Qualität und Quantität ganz vorn. Die Chinesen sagen: „Wissen schafft Zukunft.“ Wir sagen klipp und klar: Baden-Württemberg hat Zukunft, und das dank der Koalition in den Landesfarben Schwarz und Gelb.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg das Wort.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zahlen sind eindeutig und auch eindeutig positiv interpretiert worden. Allerdings kommen mir einige manchmal so vor, als würden sie sich darüber ärgern, wenn sie in einem Restaurant eine Suppe bekommen und kein Haar darin finden können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Werner Pfisterer CDU: Das war treffend! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Bei uns beiden gibt es wenig Haare! – Heiterkeit)

– Herr Theurer, wir haben damit weniger Probleme. Das ist richtig.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich auch nicht! – Abg. Alfred Winkler SPD: Ihre Voraussetzungen, kein Haar zu finden, sind größer als bei mir! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Winkler, schweigen Sie!)

Und bei Frau Bauer ist es kritisch. Das haben wir gehört.

Wir haben gestern in diesem Landtag die Berufsakademien zu Hochschulen gemacht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Unter Einbeziehung der Berufsakademien liegt die Steigerungsrate der Erstsemesterzahlen bei 10 %, im Bundesdurchschnitt bei 7 %. Also haben wir eine weit überdurchschnittliche Steigerung der Erstsemesterzahlen. Wir haben übrigens die höchsten Erstsemesterzahlen, seit die Statistik erstellt wird, und wir haben derzeit auch die höchsten Studierendenzahlen.

Es ist aber völlig richtig, Herr Bachmann, dass wir nicht dem Credo der Grünen folgen: Möglichst schnell möglichst viele Studierende. Denn Hochschulausbildung ist in erster Linie auch eine qualitative Angelegenheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr richtig!)

Wir müssen Quantität und Qualität in eine vernünftige Relation bringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Deshalb schaffen wir zusätzliche Studienplätze für mehr Studierende und öffnen nicht einfach nach dem weihnachtlichen Motto „Macht hoch die Tür, die Tor macht frei“, oder so ähnlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Weit!)

– Weit. Danke. Das war nur der Test, ob auch Sozialdemokraten das Lied kennen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Der Vergleich ist weit weg!)

Wir lassen nicht einfach alle herein ohne Rücksicht auf die Qualität der Ausbildung. Das kann nicht sein, und das wollen wir auch so nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Bei den Vergleichszahlen anderer Länder haben Sie Hessen genannt. Aber, Herr Winkler, Sie haben den richtigen Zwischenruf gemacht: Das Saarland hat noch weit höhere Steigerungen von Anfängerzahlen –

(Abg. Alfred Winkler SPD: Bei weniger Studierenden! – Abg. Johannes Stober SPD: Die haben den doppelten Abiturjahrgang! Da wundert das nicht!)

trotz Studiengebühren. Aber wenn man sieht, dass Rheinland-Pfalz ein Plus von 4 % verzeichnet, dann könnte man ja erwarten, dass wegen der Studiengebühren die Baden-Württemberger nach Rheinland-Pfalz strömen. Aber es ist umgekehrt, und zwar wegen der unterschiedlichen Qualität der Hochschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dieses Ungleichgewicht der Qualität wird durch Studiengebühren noch erhöht. Mir sagte die Mutter von zwei Studieren-

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

den – ein Sohn in Mainz, ein Sohn in Heidelberg –: „Nähmen die in Mainz doch bloß Studiengebühren, damit die Bedingungen dort besser würden“, nämlich so gut, wie sie in Heidelberg sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Man muss auch die Wahrheit vertragen!)

Allerdings müssen wir uns auch unsere Zahlen differenziert anschauen, nämlich bezogen auf die einzelnen Hochschularten und auch innerhalb der einzelnen Hochschularten bezogen auf die einzelnen Standorte. Die Universitäten liegen bei etwa plus 6 %. Die höchste Steigerungsrate hat die Universität Stuttgart mit plus 12 %. Die haben ihre Hausaufgaben gemacht, nachdem wir sie uns auch entsprechend vorgenommen haben, also nachdem wir uns vorgenommen haben, dass sie die Zahlen entsprechend steigern.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die Universität Ulm – leider ist Herr Rivoir jetzt nicht da – ist mit plus 10 % ebenfalls sehr gut. Man könnte heute für Ulm noch weitere gute Botschaften verkünden, wenn die Leibniz-Preise bekannt gegeben werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da kann aber Herr Rivoir nichts dafür!)

– Aber er ist Ulmer. Er freut sich dann mit, und er findet kein Haar in der Suppe.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wissen wir nicht so genau!)

Aber wir haben in Tübingen die einzige Universität mit einer zurückgehenden Erstsemesterzahl.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das liegt aber nicht am OB in Tübingen!)

Das sind Dinge, die wir uns auch ansehen müssen. Denn wenn auch dort eine entsprechende Steigerung gekommen wäre, lägen unsere Zahlen noch deutlich höher. Ich habe gestern mit dem Rektor der Universität Heidelberg gesprochen, der gesagt hat: „Wir hatten einen solchen Ansturm, dass wir so viel überbuchen konnten, dass wir jetzt bei etwa 110 % Auslastung angekommen sind.“ Das heißt, es wäre eigentlich für alle möglich gewesen, die Steigerungsraten von Heidelberg – plus 8 oder 9 % – oder Ulm – plus 10 % – oder Stuttgart – plus 12 % – zu erreichen.

Ein anderes Beispiel höchster Steigerungsrate ist die Hochschule Heilbronn. Diese hatte im letzten Jahr ein Minus. Auch mit der Hochschule Heilbronn haben wir mithilfe unserer Abgeordneten besondere Maßnahmen abgesprochen, und wir sind jetzt bei plus 24 %. Manchmal hilft auch gutes Zureden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist völlig richtig, was Herr Abg. Schüle sagt: Wir bauen konsequent nach dem Programm „Hochschule 2012“ aus. Der Ausbau geschieht nicht zulasten der Qualität an unseren Hoch-

schulen. Wir haben etwa 6 000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen, und diese 6 000 Angebote sind wahrgenommen worden. Das heißt, wir können sagen: Hier sind erheblich mehr Erstsemester, denen wir ein gutes Angebot machen können, denen wir ein gutes Studium bieten können und die wir nicht einfach hereinlassen ohne Rücksicht auf den Output. Denn auf diesen kommt es an: Wie viele Ingenieure und Ingenieurinnen hat das Land?

Es gibt noch eine positive Zahl. Wenn wir im Vergleich der Länder die Frage betrachten, was diese zusätzlichen Erstsemester studieren, so ist festzustellen, dass Baden-Württemberg mit hohen Steigerungsraten bei den Naturwissenschaften, den Ingenieurwissenschaften und den Technikwissenschaften hervorsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist gut so!)

Das gilt neben Baden-Württemberg auch für Bayern, Sachsen und Thüringen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Aber von ganz niedrigem Niveau aus!)

Das heißt, im Süden der Republik geht es in Richtung Naturwissenschaften und Technik, während es im Norden der Republik in Richtung Geistes- und Sozialwissenschaften geht.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das ist für die Zukunft des Südens positiv.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die Zahlen sind zuvor jahrzehntelang gesunken!)

Das heißt nicht, wir brauchten keine Geistes- und Sozialwissenschaftler. Aber wir haben einen solchen Ingenieurmangel, dass diese Tendenz jetzt völlig richtig ist.

Ich danke den Regierungsfractionen, die mich mit ihren ausgezeichneten Abgeordneten so stark unterstützt haben,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

die das Programm „Hochschule 2012“ nachhaltig mitgetragen haben. Ich wünsche mir weiterhin eine so gute Zusammenarbeit und wäre erfreut, wenn wir – wie gestern, als wir den Berufsakademien den Hochschulstatus verliehen haben – auch einmal gemeinsam für die Weiterentwicklung unseres Hochschulsystems eintreten könnten und sich auch einige Abstinenzler der gestrigen Abstimmung noch positiv entscheiden könnten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Jetzt kommt die zweite Runde. Nachdem sich von der Fraktion der CDU bisher niemand gemeldet hat, erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Stober das Wort.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

**Abg. Johannes Stober** SPD: Herr Professor Frankenberg, wenn Sie schon Zahlen nennen, dann hätte ich mich durchaus gefreut, wenn Sie auch die richtigen Zahlen genannt hätten.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Ewiger Nörgler!)

Mir liegen hier die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts vor. Sie zeigen für Baden-Württemberg einen Saldo der Wanderung in andere Bundesländer von minus 10 000 und für Rheinland-Pfalz einen Saldo von plus 10 000 auf. Da frage ich mich schon, auf welche Zahlen sich Ihre Aussagen hier gründen.

Es ist sicherlich richtig: Die „minus 10 000“, die für Baden-Württemberg aufgezeigt wurden, werden sich durch das Gesetz reduzieren, das wir gestern beschlossen haben. Wir haben diesem Gesetz auch zugestimmt, weil wir die Aufwertung der Berufsakademien zur dualen Hochschule als richtig erachtet haben. Dadurch, dass man die Berufsakademien in die Statistiken einbezieht, wird sich dieser negative Saldo natürlich reduzieren. Er wird sich nicht umkehren, aber er wird sich reduzieren.

Ich möchte für die SPD-Fraktion noch einmal ganz klar sagen, dass wir das Programm „Hochschule 2012“ bei allem Streit, den wir über Details führen, gut finden. Denn es ist wirklich notwendig,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Also!)

dass in Baden-Württemberg mehr junge Menschen studieren, gerade in Studiengängen, die auch für unsere Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Das tragen wir natürlich mit, auch wenn wir Kritikpunkte sehen. Insbesondere verlangen wir von Ihnen, diese zusätzlichen Studienplätze voll zu finanzieren und im Vollausbau auf insgesamt 16 000 Studienanfängerplätze 300 Millionen € statt nur 150 Millionen € dazuzugeben – plus der Mittel, die möglicherweise noch aus dem Hochschulpakt des Bundes kommen. Da kommen Mittel. Wie hoch sie sein werden, wissen wir im Augenblick noch nicht. Aber es darf nicht so sein, dass die Hochschulen letztlich noch eigene Gelder dazugeben müssen, damit dieser Ausbau möglich wird.

Bei diesem Programm wurde auch das Thema „Soziale Infrastruktur“ vergessen. Wenn wir mehr Studierende haben, brauchen wir auch mehr Wohnheimplätze, mehr Angebote in den Mensen, mehr Kinderbetreuungsplätze, und wir müssen natürlich auch die räumlichen Voraussetzungen dafür schaffen.

Herr Professor Frankenberg, wir sehen es als sehr kritisch an, dass Raumwünsche, Raumnöte – z. B. an der Fachhochschule Karlsruhe – oft negiert werden, abgewiesen werden mit dem Hinweis, das Ganze sei ja nur temporär im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang 2012. Ich glaube, es geht da um mehr. Man hat an dieser Stelle einen entsprechenden Peak. Wir wollen, dass dieser Ausbau konsequent und dauerhaft ist und wirklich sicherstellt, dass wir an unseren Hochschulen in Baden-Württemberg in Zukunft dauerhaft – nicht nur im Jahr 2012 – mehr Studierende haben. Deswegen geht es uns darum: Diese 16 000 neuen Studienplätze – wir gehen bei der Forderung der Grünen nach 22 000 nicht mit – müssen dauerhaft sein und dürfen nicht durch die Hintertür schließlich wieder abgeschmolzen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hoffe, dass bei den Koalitionsfraktionen in der Diskussion etwas Nachdenklichkeit eingetreten ist, auch was den Umstand betrifft, dass man natürlich schon klar sehen muss: Was haben wir an Abiturienten, was haben wir an Hochschulzugangsberechtigten mehr in Baden-Württemberg? Wie entwickelt sich die Studierendenquote? Eine seriöse Debatte kann nur dann geführt werden, wenn wir diese beiden Zahlen zueinanderbringen.

Es freut mich, dass der Negativtrend wenigstens gestoppt wurde und wir mehr Studierende an den Hochschulen haben bei einer etwa gleichen Studienanfängerquote.

Ich kann Ihnen für die SPD-Fraktion sagen: Wir machen an den entsprechenden Punkten, wo es notwendig und richtig ist und wo entsprechend ausgebaut wird, mit. Wir werden die entsprechenden kritischen Fragen stellen. Wir werden natürlich immer wieder das Thema Studiengebühren ansprechen, denn die Zahlen hier sind ganz offensichtlich. Das Ganze schlägt einmal zu, und zwar dann, wenn die Gebühren eingeführt oder wieder abgeschafft werden – positiv im Augenblick in Hessen, negativ im letzten Jahr in Baden-Württemberg.

Wir haben jetzt die relativ komplexe und nicht einfach zu lesende Studie, die das Bundesbildungsministerium, Frau Schavan, letzten Endes doch herausgerückt hat, der zufolge 4 bis 5 % der Hochschulzugangsberechtigten wegen der Studiengebühren kein Studium aufnehmen oder es möglicherweise verspätet aufnehmen. Auch das sind durch die Studiengebühren verursachte Einschnitte in den jeweiligen Bildungsbiografien. Deswegen kann ich Ihnen versprechen, dass wir auch weiterhin die Debatte über soziale Gerechtigkeit und über die Chancen für Bildung führen werden. Für Menschen mit weniger gut verdienenden Eltern sind diese Chancen natürlich viel schlechter – auch das zeigt diese Studie –, und Frauen sind massiver als Männer von den Studiengebühren betroffen. Dieser Debatte können Sie sich nicht entziehen.

In diesem Sinn wünsche ich aber dem Hochschulstandort Baden-Württemberg weiterhin viel Erfolg.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm  
CDU: Immerhin! Ist ja mehr, als man erwarten darf!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Bauer das Wort.

**Abg. Theresia Bauer** GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bekannt: Die Regierungsfaktionen machen den Job, hier die Erfolge herauszustellen, und wir machen den Job, auf die Defizite hinzuweisen. Das wird dann auch gern einmal diskreditiert.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da bewundere ich Sie, wie Sie das machen! – Heiterkeit)

Wir haben immer wieder den Eindruck, dass Sie nicht die Erfolge herausstellen, sondern nach Kräften gesundbeten, schönreden und vor lauter Schönreden gar nicht mehr die Probleme sehen können. Wir müssen gar nicht so viel in der Suppe stochern, um ein Haar zu finden. Die Probleme haben eher eine andere Dimension, sie haben eher den Charakter von dicken,



(Theresia Bauer)

fetten Mücken, Schmeißfliegen. Daher müssen wir nicht lange rummachen bei der Suche nach den Schwächen der Landespolitik.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oh! Sie sind gemein! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch wirklich abwegig! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Warum hat Baden-Württemberg die Erfolge? Weil wir früh Leistung wollen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ohne jedes Niveau!)

Ich möchte jetzt gern noch zwei Gedanken aussprechen. Der Wissenschaftsminister sagte, er folge nicht dem Credo, möglichst schnell möglichst viele Studierende an die Hochschulen zu holen. In der Tat, den Eindruck muss man haben. Darin liegt ja das Problem. Sie suggerieren ja, wir würden sozusagen Tür und Tor für Hinz und Kunz öffnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt noch andere Berufsfelder, nicht nur universitäre!)

Trotzdem ist doch allseits bekannt: Wir haben ein Defizit an Hochschulabsolventen, auch in Baden-Württemberg.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abg. Bauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Nachher, wenn ich meinen Gedanken zu Ende gebracht habe.

(Zuruf von der CDU)

– Jetzt lassen Sie mich doch einfach einmal einen Satz am Stück sagen. Demnächst, wenn wir die Kurzintervention in der Geschäftsordnung haben, dann wird Ihr Dazwischenreden nicht mehr auf meine Redezeit angerechnet. Dann geht es besser. Jetzt machen Sie es auf meine Kosten.

(Zurufe von der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist ein Zwischenruf und keine Zwischenfrage! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist unglaublich!)

Ich versuche es noch einmal.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie müssen die Vergleichbarkeit der Statistiken herausstellen!)

Wir haben doch das Problem, dass in den letzten Jahren bundesweit 50 000 zusätzliche Abiturienten mit der Schule fertig geworden sind,

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es! Das ist der Punkt!)

aber nur 30 000 einen Platz an der Hochschule gefunden haben. Diese Lücke ist doch nicht damit zu erklären, dass wir nur Qualität, nur die Besten, hereinlassen.

(Beifall des Abg. Alfred Winkler SPD)

Das ist ein Gerechtigkeitsproblem und kein Qualitätsproblem, was wir hier haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: 40 % eines Jahrgangs erreichen einen akademischen Titel!)

– Ja, weil wir ein anderes Übergangsverhalten zu den Gymnasien und weiterführenden Schulen haben als früher. Die OECD sagt uns schon lange, dass wir 50 % anstreben müssen, dass wir mit 40 % nicht bedient sind.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir sind doch auf dem besten Weg dazu! Machen Sie die Zahl nicht so schlecht!)

– Herr Dr. Birk, wenn Ihnen der Anteil der Studienanfänger jetzt schon reicht, müssen Sie früher einschreiten und dafür sorgen, dass die Leute nicht bis zum Abitur kommen. Ich sage Ihnen, wir haben zusätzlich 50 000 junge Menschen, die Abitur machen, und nur 30 000 landen an den Hochschulen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben das durchlässigste Hochschulsystem und damit alle Möglichkeiten, einen Hochschulplatz zu belegen!)

Dann haben wir bei diesen Menschen ein Problem. Ohne Studienplatz drängen die Abiturienten in die berufliche Ausbildung und verdrängen dort andere junge Menschen.

Die Aussage des Wissenschaftsministers ist doppelt falsch, nicht nur von der Quantität her.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie können Ihre Zahlen nicht belegen!)

– Ich komme gleich noch auf Sie zu und gebe Ihnen die Zahlen schriftlich.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gern!)

Der zweite Aspekt: Stimmt es wirklich, dass wir hier nur die teuren Studienplätze schaffen und die Masse woandershin geht? Auch da belegen die Zahlen etwas anderes. Sehen Sie sich einmal die Bewertung des GWK-Berichts zur Aufnahme zusätzlicher Studierender an. Das sind Zahlen, die aus Baden-Württemberg an die Bundesregierung geliefert wurden. Die erfinde ich ja nicht. Wenn Sie schauen, was in den letzten zwei Jahren passiert ist, dann stellen Sie fest, dass in Baden-Württemberg in besonders starkem Ausmaß Studienplätze in den Naturwissenschaften, in Mathematik und in den Ingenieurwissenschaften verloren gegangen sind. Davor können Sie doch die Augen nicht verschließen.

Ich sehe auch, dass es in diesem Semester hier eine Trendwende gegeben hat. Aber das macht zunächst einmal nur das gut, was in den letzten Jahren schiefgelaufen ist. Das muss man sich doch einmal anschauen.

Ich möchte auch zum Thema Innovation noch einen Gedanken in die Runde geben. Wenn wir das Thema „Ingenieur- und Fachkräftemangel“ ernsthaft angehen wollen, dann müssen wir in der Tat sehr viel früher ansetzen. Wir sollten uns dazu die PISA-Ergebnisse noch einmal zu Gemüte führen. Da ist ein Tatbestand, der mich sehr verblüfft hat, offengelegt worden, nämlich die Antwort auf die Frage: Wie haben Mädchen im naturwissenschaftlichen Unterricht in den einzelnen Bundesländern abgeschnitten? Dabei fand ich wirklich auffallend und sehr besorgniserregend, dass in ein paar wenigen Bundes-



(Theresia Bauer)

ländern Mädchen im naturwissenschaftlichen Unterricht signifikant schlechter abschneiden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das waren Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Da fragt man sich doch: Was läuft da schief? Während andere Bundesländer es schaffen, dass es hinsichtlich des Erfolgs im naturwissenschaftlichen Unterricht keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern mehr gibt – Niedersachsen hat es hinbekommen, Sachsen bekommt es hin, Rheinland-Pfalz bekommt es hin, dass das Geschlecht keine Rolle mehr spielt –, gibt es in Baden-Württemberg einen signifikanten Unterschied, und zwar sowohl wenn es darum geht, junge Frauen für solche Studiengänge zu gewinnen, als auch beim schulischen Erfolg.

Wenn wir als Innovationsstandort vorankommen wollen, dann müssen wir die Potenziale der Mädchen und Frauen heben und ernsthaft daran arbeiten, dass wir diese Geschlechterunterschiede ausgemerzt bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Bachmann das Wort.

**Abg. Dietmar Bachmann** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident.

Einige Aspekte sollten doch noch einmal angesprochen werden. Der erste, der bisher gar nicht zur Sprache kam, ist der Umstand, dass es nicht genügt, wenn sich das Wissen an den Hochschulen in einem Elfenbeinturm ansammelt. Denn dann hätten wir zwar ein hohes Maß an Wissen, aber unsere Wirtschaft würde davon nicht profitieren. Die Landesregierung hat auf diese Frage, in der wir ohnehin schon hervorragend dastehen, nämlich die Frage des Wissenstransfers in die Wirtschaft, nochmals dadurch reagiert, dass sie ein Programm für die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute aufgelegt hat.

Wir haben in Baden-Württemberg eine Struktur, die bundesweit einzigartig ist und die den Transfer in fast allen Branchen sicherstellt. Schauen Sie sich den Campus Vaihingen an – die Naturwissenschaften, insbesondere den Automobilbereich und vieles andere. Schauen Sie in die vielen Fraunhofer-Institute. Wir sind in all diesen Technologiebereichen hervorragend aufgestellt, und die Landesregierung hat doch noch einmal zusätzliches Geld in die Hand genommen, um gerade mit Blick auf den Mittelstand den notwendigen und wichtigen Technologietransfer zu verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dafür danken wir ausdrücklich unserem Wirtschaftsminister Ernst Pfister.

Zweiter Aspekt: Ländervergleich. Dazu wurde schon einiges gesagt. Aber wir stehen in Baden-Württemberg eben zu dem, was der Minister betont hat. Wir wollen auf keinen Fall Masse statt Klasse. Das überlassen wir dem rot-rot regierten Berlin mit seinen Massenuniversitäten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da kann man beliebig viele Menschen in den Hörsaal stopfen. Aber was kommt denn dabei heraus? Das sichert doch nur das System „Arm, aber sexy“ als Studienziel.

Bei uns ist es so – ich sagte es bereits –: Wir setzen auf Klasse und Masse, Qualität und Quantität. Beides stimmt bei uns in Baden-Württemberg.

Dann, lieber Kollege Stober, zu den Studiengebühren: Wir tauschen uns dazu ja regelmäßig aus. Aber einen neuen Aspekt gibt es jetzt: Die Hessen haben die Studiengebühren abgeschafft.

(Beifall des Abg. Johannes Stober SPD – Abg. Johannes Stober SPD: Gut so! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Bravo!)

Was ist der Erfolg? Während bei uns diejenigen, die für ihr Studium Geld aufbringen, ihre Zeit mit dem Studium verbringen, hat in Frankfurt der Studiengang „Vermummungswissenschaften“ zugeschlagen und den neu gebauten Campus verwüstet. So etwas gibt es bei uns zum Glück nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Tää, tää, tää!)

Wir bleiben auch deshalb bei den Studiengebühren, weil die Studierenden so davon zu überzeugen sind, dass mit ihrem Geld eine Universität besser ausgestattet wird und dass man dann eben vielleicht einmal keinen Vandalismus begeht, sondern sich auf das Studieren konzentriert. Auch dafür sind Studiengebühren gut.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ein dummes Zeug, was Sie da erzählen! So einen Zusammenhang herzustellen ist doch Unsinn!)

Der entscheidende Punkt – Herr Kollege Gall, Sie werden das ohnehin nie verstehen – ist: Unsere Wissenschaftspolitik setzt auf die Autonomie der Hochschulen. Deshalb danke ich nochmals ausdrücklich an dieser Stelle all den dort Tätigen – von den Professoren über den Mittelbau und die Studierenden bis hin zu den Verwaltungen und auch denen, die in der Mensa für den wichtigen Aspekt „Ohne Mampf kein Kampf“ sorgen – für ihre hervorragende Arbeit.

Wir haben den Hochschulen Autonomie gegeben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei manchen Reden wäre es besser, sie würden nie gehalten!)

Diese Autonomie zahlt sich aus. Autonomie heißt doch letztlich nichts anderes als Freiheit. Forschung und Lehre leben von der Freiheit. Wir als Liberale sind davon überzeugt: Je mehr Freiheit, desto mehr Zukunft. Dieses Land hat Zukunft.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gott sei Dank!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 beendet.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass Tagesordnungspunkt 7 vorgezogen und direkt nach der Fragestunde aufgerufen wird. Ich sage das, damit Sie sich darauf einstellen können.

(Zuruf: Wie lange machen wir Mittagspause?)

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:46 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 14/3680**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE – Staatliche Anerkennung von sozialpädagogisch-erzieherischen Studiengängen an der Hochschule Esslingen

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie ist der aktuelle Planungsstand für die Akkreditierung der sozialpädagogisch-erzieherischen Studiengänge an der Hochschule Esslingen und eine zusätzliche staatliche Anerkennung?
- b) Können den Studienabgängern sozialpädagogisch-erzieherischer Studiengänge an der Hochschule Esslingen wegen der fehlenden staatlichen Anerkennung berufliche Nachteile entstehen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk das Wort.

**Staatssekretär Dr. Dietrich Birk:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Dr. Bernd Murschel wie folgt:

Zu Ihrer ersten Frage: Der Einrichtung des Bachelorstudiengangs „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ wurde vom Wissenschaftsministerium zum Wintersemester 2006/2007 zugestimmt. Der Studiengang wurde zunächst nur befristet genehmigt, und eine kurzfristige Akkreditierung wurde zur Auflage gemacht.

Auf der Grundlage der positiven Akkreditierung durch die Agentur ACQUIN wurde im August 2007 die Einrichtungsgenehmigung des Studiengangs durch das Wissenschaftsministerium bis zum Ende des Wintersemesters 2010/2011 verlängert.

Eine staatliche Anerkennung ist gesetzlich nicht gefordert. Es sind vielmehr berufsständische und nicht hochschulrechtliche Überlegungen, aus denen auf die Einführung einer zusätzlichen staatlichen Anerkennung nach dem Muster der fachschulischen Erzieherinnenausbildung gedrängt wird.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ob die Absolventen dieser Studiengänge von den Kindergartenträgern eingestellt werden und als Leitungskraft tätig sein können, hängt davon ab, ob sie in § 7 Abs. 1 und 3 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz) als Fachkräfte bzw. Leitungskräfte aufgeführt sind. Bisher sind im Kindertagesbetreuungsgesetz in § 7 Abs. 1 unter Nummer 8 nur die Absolventen des Bachelorstudiengangs „Pädagogik der frühen Kindheit“, der an der Evangelischen Hochschule Freiburg angesiedelt ist, aufgeführt.

Das Kindertagesbetreuungsgesetz soll dahin gehend geändert werden, dass künftig alle Absolventen der Bachelorstudiengänge „Frühkindliche Bildung und Betreuung“ in Baden-Württemberg als Fachkräfte und Leitungskräfte in Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden können. Eine entsprechende Änderung soll noch in der heutigen Plenarsitzung unter Tagesordnungspunkt 6 in erster Lesung behandelt werden.

Die hiervon unabhängige Frage der staatlichen Anerkennung wird derzeit in einer bundesweiten Arbeitsgruppe, die von den obersten Landesjugend- und Familienbehörden eingesetzt wurde, diskutiert. Dabei wird eine bundeseinheitliche Lösung angestrebt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Genauere Aussagen zum weiteren Verfahren können daher heute nicht gemacht werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Paul Locherer CDU – Milchfonds zur Unterstützung der Milchproduktion

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Paul Locherer CDU:** Ich frage die Landesregierung:

- a) In welcher Höhe stehen zur Unterstützung der Milchproduktion für das Land Baden-Württemberg Mittel aus dem Milchfonds, der aufgrund der Beschlüsse des europäischen Agrar- und Fischereirates zur Unterstützung der Milchproduktion in Deutschland eingerichtet wurde, aus der zusätzlichen Modulation, aus den Ausgaberesten und möglicherweise auch aus weiteren Finanzierungsmöglichkeiten von EU oder Bund zur Verfügung?
- b) Welche Kriterien haben Milchvieh haltende Betriebe zu erfüllen, um finanzielle Unterstützung aus dem Milchfonds zu erhalten?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zur Antwort erhält Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch das Wort.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei zunächst darauf hingewiesen, dass die EU-Agrarminister keine Einrichtung eines Milchfonds mit „frischem“ Geld beschlossen haben. Man hat sich darauf geeinigt, die Begleitmaßnahmen zum Ausstieg aus der Milchquote in die sogenannten neuen Herausforderungen aufzunehmen. Dies ermöglicht grundsätzlich den Einsatz der zusätzlich modulierten Mittel für Begleitmaßnahmen zum Milchquotenausstieg im Rahmen der zweiten Säule. Außerdem können Restmittel aus der ersten Säule – also nicht aktivierte Zahlungsansprüche – abzüglich einer Sicherheitsmarge in die zweite Säule transferiert werden.

Unter der Bedingung, dass das Land seine Verpflichtung zum Umfang der Maßnahmen für die neuen Herausforderungen mit den bisherigen Maßnahmen voll erfüllt, würden damit Baden-Württemberg erstmalig im Jahr 2010 ca. 9,3 Millionen € in der zweiten Säule für sogenannte Begleitmaßnahmen im Milchsektor zur Verfügung stehen. Bis zum Jahr 2013 wächst diese Summe dann auf 17,8 Millionen € an.

Auch im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen möchte ich deutlich sagen: Dazu ist eine Kofinanzierung von mindestens 25 % durch das Land erforderlich. Laut den Beschlüssen zum Health Check, also zur Gesundheitsüberprüfung der Agrarpolitik, haben die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, über die Anwendung des Artikels 68 der Direktzahlungsverordnung bis zu 10 % der Direktzahlungen – das ist die erste Säule – zu nutzen, um z. B. gezielt bestimmte Sektoren in sogenannten definierten Regionen über gekoppelte Maßnahmen zu unterstützen.

Unter den gegebenen agrarpolitischen Rahmenbedingungen und aufgrund der Verhandlungsergebnisse zum Health Check sehen die Bundesländer und der Bund derzeit kein Erfordernis für die Anwendung des Artikels 68. Für uns ist dies keine Option.

Im Übrigen – das möchte ich in diesem Zusammenhang auch sagen – würde die Einführung neuer gekoppelter produktionsbezogener Beihilfen dem Ziel der Agrarreform von 2005, nämlich der vollständigen Entkopplung der Direktzahlungen, regelrecht zuwiderlaufen. Denn mit der Agrarreform von 2003 wurde von der Europäischen Union ein grundsätzlicher Systemwechsel in der Agrarförderung eingeleitet. Der Leitgedanke bei dem von Deutschland gewählten Kombimodell zur Entkopplung der Direktzahlungen war die Intention, bestehende regionale und sektorale Ungleichgewichte insbesondere zwischen den Ackerlandstandorten und den Grünlandstandorten auszugleichen und gleichzeitig die gesellschaftliche Akzeptanz von Direktzahlungen an die Landwirtschaft für deren Leistungen im Hinblick auf die Erhaltung der Kulturlandschaft nachhaltig zu verbessern.

Die Inanspruchnahme weiterer zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten von EU und Bund für Begleitmaßnahmen ist – das möchte ich an dieser Stelle sagen – von unserer Seite nicht vorgesehen.

Nun möchte ich den zweiten Teil der Anfrage beantworten, der die Kriterien für die Förderung von Milchvieh haltenden

Betrieben abfragt. Auch hier gilt es, vorweg festzustellen: Konkret können die Kriterien erst dann benannt werden, wenn die Maßnahmen in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg endgültig definiert sind. Dazu brauchen wir die endgültigen Rechtstexte von dieser EU-Agrarministerkonferenz. Es ist festzustellen, dass diese noch nicht in deutscher Übersetzung vorliegen. Wir brauchen auch noch einen Abstimmungsprozess innerhalb des Bundes sowie auch hier in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg geht nach dem derzeitigen Stand davon aus, dass die Begleitmaßnahmen, die aus dem sogenannten Milchfonds – es ist ja kein wirklicher Fonds – finanziert werden, in erster Linie über vorhandene Maßnahmen aus der zweiten Säule zielorientiert umgesetzt werden. Dazu gehört vor allem die Investitionsförderung zur Modernisierung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Milchviehbetrieben. Dazu gehört aber auch die Marktstrukturförderung für die Molkereien sowie die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten, um Bewirtschaftungs Nachteile, bedingt durch Höhenlage, Klima, Bodenqualität, auszugleichen.

Als Beispiel sei die Investitionsförderung herausgegriffen. Wenn diese Maßnahme über den sogenannten Milchfonds mit Mitteln gespeist wird, dann werden die begünstigten Betriebe die geltenden Beihilfenvoraussetzungen für den Erhalt der Investitionsförderung aber auch erfüllen müssen. Das bedeutet, dass man eben auch, so möchte ich sagen, eine erfolgreiche Buchführung hat, die eine weitere Investition überhaupt lohnend erscheinen lässt.

Es soll sich bei den Begleitmaßnahmen jedoch auf jeden Fall um gezielte Anpassungsmaßnahmen zur Begleitung des sogenannten Milchquotenausstiegs handeln und nicht um Maßnahmen, die alle Milchviehhalter in der Breite erreichen sollen. Letzteres wäre ja wirklich eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip, und das will ja keiner von uns.

Die Agrarminister haben sich u. a. darauf verständigt, die bisher erforderliche Quotenbindung bei der Investitionsförderung im Milchbereich abzuschaffen. Das wird, denke ich, von jedem begrüßt. Der Zeitpunkt für die Neuregelung ist allerdings in Brüssel noch festzulegen.

Mit dem Verzicht auf den Quotennachweis bei der Investitionsförderung wird einer langjährigen Forderung Baden-Württembergs, insbesondere auch der Forderung der Bauernverbände Rechnung getragen. Dies bringt, so denken wir, Vereinfachungen auch im Förderverfahren, bedingt jedoch eine stärkere unternehmerische Verantwortung des Antragstellers. Das MLR wird sich für eine möglichst zeitnahe Umsetzung des Beschlusses einsetzen, Herr Abg. Locherer.

(Abg. Paul Locherer CDU: Vielen Dank!)

– Gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Frau Staatssekretärin erklärt hat, dass die Kriterien noch nicht festgelegt sind. Es sollten also keine Fragen zu nicht festgelegten Kriterien gestellt werden.

(Heiterkeit)

Bitte, Herr Abg. Winkler, Sie erhalten das Wort für eine Zusatzfrage.



**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Es dreht sich ja nicht um Jagdpolitik.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Ich wusste nicht, dass der Herr Präsident die Fragestunde inhaltlich reglementiert.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Doch, doch, das macht er genau, und das ist auch seine Aufgabe. – Jetzt, bitte.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU:  
Das ist ein guter Präsident!)

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Frau Staatssekretärin, die zusätzliche Stützung der Milchproduktion neben dem Milchfonds wird durch die Kriterien der De-minimis-Regelung begrenzt.

(Zurufe: Was? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/  
DVP: Das ist bestimmt ein Insekt!)

– Das ist ein Fachbegriff. – Ich bitte Sie, zwei Fragen hierzu zu beantworten oder die Antwort schriftlich nachzureichen; denn ich weiß, dass es sicher schwierig wird, das ad hoc zu beantworten.

Erstens: Welche Möglichkeiten der Stützung sind aufgrund der De-minimis-Regelung nicht möglich? Und zweitens: Welche Möglichkeiten zur Stützung der Milchwirtschaft sieht die Landesregierung, die der De-minimis-Regelung nicht widersprechen?

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Ich werde eine generelle Antwort geben: Die De-minimis-Förderung geschieht ja oftmals auch durch die Kommunen, also durch Dritte. Sie hat eine Obergrenze, die, bezogen auf drei Jahre, glaube ich, 6 000 € beträgt. Aber das werde ich Ihnen noch konkret nachliefern.

Es muss im Grundsatz immer das Kriterium erfüllt sein, dass bereits geförderte Tatbestände nicht durch weitere Fördermaßnahmen in der zweiten Säule nochmals gefördert werden. Da könnten Sie dann sämtliche Dinge, die im MEKA und anderen Programmen drinstehen, durchgehen und diese Frage für jeden Einzelfall beantworten.

Aber wenn Sie eine umfängliche fachkundige Antwort wollen, dann lasse ich Ihnen die gern zukommen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Traub.

**Abg. Karl Traub CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie noch Zusatzfragen zulassen.

(Heiterkeit)

Welche neuen Fördermöglichkeiten eröffnen sich durch die Aufnahme des Milchbereichs in die neuen Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik? Wie sieht die Landesregierung insgesamt die Perspektiven für die Milchviehbetriebe in Baden-Württemberg?

(Zuruf von der SPD: Nicht gut! Sehr schlecht!)

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Ob über die bestehenden Förderinstrumente, z. B. über das Agrarinvestiti-

onsförderungsgesetz, über die Marktstrukturförderung oder die bereits erwähnte Ausgleichszulage, hinaus noch neue Instrumente im Rahmen der zweiten Säule zweckmäßig und effizient sind, muss geprüft werden. Da gibt es Ähnlichkeiten zu der Beantwortung der Frage des Herrn Abg. Winkler. Dies muss vor dem Hintergrund eines begrenzten Mittelumfangs – auf jeden Fall muss ja eine Abdeckung durch Kofinanzierungsmittel erfolgen – diskutiert werden. Es spielt auch eine Rolle, dass möglicherweise alles kontrolliert werden muss, was wiederum viel Bürokratie mit sich bringen wird. Da sind wir noch im Anfangsstadium, und da, denken wir, werden Sie im Rahmen der parlamentarischen Einflussnahme auch die eine oder andere Idee einspeisen.

Dazu, wie die Perspektiven für die Milchviehbetriebe aussehen, möchte ich einmal allgemein antworten: Zunächst kann man feststellen, dass die Weltbevölkerung insgesamt wächst. Das Hungerproblem wird immer größer; inzwischen gibt es auf der Welt 920 Millionen Menschen, die Hunger leiden müssen. Hinzu kommt weltweit das Problem der Verstädterung. Die Menschen dort sind keine Selbstversorger. Zudem sind die natürlichen Ressourcen im Bereich der Nahrungsmittelproduktion ja auch stark begrenzt. Vor diesem Hintergrund kann meines Erachtens für die Milchviehhaltung, die in Mitteleuropa, in gemäßigten Gebieten stattfindet, längerfristig gesehen eine optimistische Grundhaltung eingenommen werden.

Angesichts der aktuell schwierigen Marktsituation der Milchviehbetriebe, die ja deutschlandweit, europaweit und weltweit festzustellen ist, bieten sich, meine ich, nur wenige Möglichkeiten, konkrete Vorhersagen für das kommende Jahr zu treffen.

Insgesamt kann man retrospektiv, also im Hinblick auf das abgelaufene Agrarjahr, feststellen, dass die Milchviehhalter überdurchschnittlich gut abgeschlossen haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von welchem Niveau aus?)

Wir haben heute ja schon öfter statistische Aussagen gehört. Alles ist immer relativ, und es kommt immer darauf an, von welchem Niveau man ausgeht. Man kann also nicht konkret sagen, wie die Entwicklung mittelfristig sein wird. Die Milchviehbetriebe haben insgesamt jedoch eine vergleichsweise stabile Entwicklung gehabt, weil das im Großen und Ganzen Familienbetriebe sind, die mehr abfangen können als Großbetriebe, wie sie etwa in Norddeutschland und vor allem in Ostdeutschland vorherrschen. Der Faktor „eigene Arbeit“ – die Arbeit der Familienmitglieder – und der Faktor „eigenes Kapital“ – das vielleicht stärker belastbar ist als Fremdkapital – geben hier durchaus eine gewisse Elastizität.

Ich glaube, dass es längerfristig auch für die baden-württembergischen Betriebe darum gehen muss, dass sie die Produktionskosten im Griff haben und dass ein ausreichender Produktionsumfang gegeben sein muss. Natürlich muss auch eine optimierte Produktionstechnik mit einem entsprechenden Management vorhanden sein. Da gibt es, denke ich, noch sehr viel nachzubessern.

Viele unserer oft kleineren Betriebe haben aber Gott sei Dank mehrere Standbeine. Gerade in Regionen mit vielen Milch er-



(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

zeugenden Betrieben – wenn ich jetzt die Kollegen Haas oder Schüle anschau, fällt mir etwa der Schwarzwald ein –

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Da können Sie mich ruhig auch angucken!)

gibt es über die Direktvermarktung oder den Tourismus noch Diversifizierungen in der Einkommenserzielung. In solchen Fällen gibt es ja auch unsere Ausgleichsleistungen, die in diesen Bereichen oftmals 60 oder 70 % des Einkommens ausmachen. Deswegen denke ich, dass es hier auch in Zukunft eine Perspektive gibt.

Generell ist für die Fachleute festzustellen, dass die Agrarpolitik bis zum Jahr 2013 die sogenannten BIPs abschmilzt und dadurch vor allem die Grünlandstandorte attraktiver werden und im Vergleich zu den Ackerbaustandorten gewinnen können. Deswegen ist hier vor allem darauf zu achten, dass man die Ställe modern und arbeitswirtschaftlich vorteilhaft aufstellen muss, dass man einen größeren Produktionsumfang braucht und dass man den Wettbewerb innerhalb Deutschlands und innerhalb der EU angehen muss. Wir brauchen unternehmerisch denkende Landwirte. Diese werden, glaube ich, im europäischen Wettbewerb eine Chance haben.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Wir sind immer noch bei der Mündlichen Anfrage „Milchfonds zur Unterstützung der Milchproduktion“.

Zusatzfrage des Herrn Abg. Walter.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Bist du vor mir dran?)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Anscheinend, weil ich ja Walter heiße.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Frau Staatssekretärin, was gedenkt die Landesregierung vor dem Hintergrund zu tun, dass wir einerseits zwar eine halbwegs befriedigende Statistik vorlegen können, dass wir aber andererseits derzeit – man muss nur die Anzeigen der großen Discounter anschauen – sinkende Milchpreise haben? Wir stehen in Baden-Württemberg zudem vor der Situation, dass an unseren Standorten die Produktionskosten viel höher sind als anderswo. Gleichzeitig geht die Landesregierung weiterhin den Weg, auf den Weltmarkt zu setzen. Sie leistete auch keinen Widerstand in den Verhandlungen, die in Brüssel stattgefunden haben.

Was gedenkt die Landesregierung vor diesem Hintergrund zu tun, damit die Situation für unsere Milchbauern wieder besser wird, damit es nicht zu einem nächsten Streik kommt? Denn wenn es so weitergeht, steht dieser wieder vor der Tür.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Herr Kollege Walter, Sie alle kennen die Funktionsmechanismen der Marktwirtschaft. Wir haben hier doch sehr ungleiche Partner: Wir haben Oligopolisten im Einzelhandel, und wir haben bei der Zahl der Molkereien, speziell in Süddeutschland, regelrecht einen Polypolismus. Dass es hier keine Gleichwertigkeit in den Wettbewerbsmitteln gibt, lässt sich nachvollziehen.

Auch der Versuch, die Kartellbehörde zum Eingreifen zu bewegen, ist misslungen. Es konnte kein Verstoß gegen das Kartellrecht festgestellt werden. Also muss es darum gehen, die Strukturen mittelfristig zu verändern – die Strukturen bei den Erzeugern, damit deren Produktionskosten niedriger werden, und vor allem die Strukturen bei den Vermarktern, bei den Bündlern, damit nicht jeder das Rad neu erfinden muss, z. B. bei neuen Produktlinien.

Der Verbraucher ist heutzutage sehr anspruchsvoll. Milch ist nicht nur weiß. Der Nachfrager möchte immer wieder neue Milchprodukte. Da kann es nicht weiterhin so sein, dass jede Molkerei mit sehr hohen Forschungsmitteln ihre eigene Produktlinie generiert. Hier wünschen wir uns, dass man mehr zusammenarbeitet. Wir haben jetzt auch ein Projekt der Universität Hohenheim mit unserer Anstalt in Aulendorf angestoßen. Dieses Projekt soll deutlich machen, wie im Bereich der Produktentwicklung zusammengearbeitet werden kann. Ich glaube, dass die Molkereien von sich aus zusammenarbeiten werden, weil sie sich sonst eben nicht am Markt positionieren können.

Darüber hinaus dürfen wir natürlich auch nicht müde werden, auf den Verbraucher einzuwirken. Da weiß ich Sie auch im Boot, Kollege Walter, da Sie auch immer für regionale Lebensmittel werbend unterwegs sind. Wir müssen dem Verbraucher klarmachen: Wenn man eine qualitativ gute Ware haben möchte, dann hat diese Ware auch ihren Preis. Ich denke, wir sollten die Menschen auch weiterhin auf den Gedanken der Nachhaltigkeit im Hinblick auf die Kosten eines Transports durch ganz Europa hinweisen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Frau Staatssekretärin, die Produktionskosten sind gestiegen. Die Preiselastizität kennen wir. Die Nachfrage nach einem Milchprodukt geht sofort zurück, wenn das Milchprodukt teurer wird. Das ist nachgewiesen. Bei der letzten Preissteigerung hat man gesehen, dass man dann mit 10, 15 oder 20 % weniger Absatz rechnen muss.

Weil der Markt so ist, wie er ist, und die Betriebswirtschaft so ist, wie sie ist, frage ich Sie, ob es die Landesregierung – ähnlich wie der neue bayerische Landwirtschaftsminister Brunner – für erforderlich hält, genau jetzt in dieser Situation eine „Beratungsoffensive Milch“ vor allem für die wirtschaftliche Milchviehhaltung anzustoßen und die staatliche Beratung zu beauftragen, an die Praxis zu gehen.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Wir haben eine kontinuierliche Beratung, die vor allem die Betriebe in ihren betriebswirtschaftlichen Entscheidungen immer begleitet. Ich halte wenig davon, zu sagen: Jetzt starten wir, ob es derjenige will oder nicht, eine Beratungsoffensive.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber jetzt kommen die roten Briefe von der Bank!)

– Ja. – Es ist ein immanenter Prozess. Wir sorgen dafür, dass in unseren Ämtern für Landwirtschaft in den Kreisen Beratungskapazitäten vorhanden sind.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Im Übrigen haben Sie völlig recht: Die Anteile, die beim Verbraucher verloren gegangen sind – denken wir allein an die Industrie; bei einigen Eisfabrikationen ist man auf andere Einsatzmittel als Milch ausgewichen –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Pflanzenfett!)

gewinnen wir nicht mehr zurück, wenn sich die Rezepturen verändert haben. Aber ich bin als diejenige, die sich auch für die Ernährung in Schulen verantwortlich fühlt, im Moment dabei, die Schulen bzw. die Schulträger, die Ganztagsverpflegung anbieten, darauf neugierig zu machen, dass es neue Milchprodukte in attraktiven logistischen Systemen gibt, so dass wir hoffentlich neue Milchtrinker, neue Milchkonsumenten gewinnen können.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zweite Zusatzfrage des Herrn Abg. Walter.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Frau Staatssekretärin, Sie suchen neue Märkte. Da haben Sie uns auf Ihrer Seite. Wir hatten in den letzten Jahren das Problem, dass beispielsweise Sennereien in Isny, die wir durch das PLENUM-Programm finanziert haben, in der Schweiz Biomilch zukaufen mussten, weil es in Baden-Württemberg keine Biomilch mehr gab. Es gibt insgesamt zu wenig Biomilch.

(Minister Peter Hauk: Ja, warum?)

Vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung die Umstellung auf die biologische Wirtschaftsweise wesentlich schlechter finanziert, als beispielsweise Bayern oder andere Bundesländer das tun, möchte ich von Ihnen wissen: Was tut die Landesregierung, um die Umstellung auf biologische Landwirtschaft und deren Erhalt zukünftig stärker zu fördern?

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Herr Kollege, ich habe Sie vorhin schon einmal auf den Markt angesprochen. Ich bin eine überzeugte Marktwirtschaftlerin.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Die Bayern auch!)

Ich glaube zwar nicht an die Omnipotenz des Marktes, aber es ist tatsächlich so gewesen – Herr Kollege Pix, Sie interessiert das sicherlich auch –, dass die Produzenten von Biomilch deswegen kein Interesse mehr daran hatten, Biomilch abzuliefern, weil sich der Preis der Biomilch nicht von dem der konventionellen Milch abgesetzt hat. Wenn sie mehr Aufwand haben und mehr Erfordernisse erfüllen müssen als bei der konventionellen Herstellung, zum Schluss aber denselben Preis am Markt bekommen, wie dies vor vier, fünf Jahren der Fall war, dann haben sie kein Interesse mehr daran. Warum soll ich durch Förderung jemanden auf den Markt hieven, der dann später kommt und sagt: „Du hast mich auf die Biomilch gesetzt, jetzt rentiert sich das nicht“? Das muss jeder als selbst verantwortlicher Unternehmer selbst entscheiden.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber wir fördern weniger als andere Bundesländer!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Walter, Sie haben schon zwei Zusatzfragen gestellt. Deshalb kann ich weitere Fragen leider nicht zulassen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich frage auch nichts mehr!)

Es gibt keine weiteren Fragen. – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Rita Haller-Haid SPD – Baumaßnahmen L 372 Rottenburg Sülchenknoten

Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich frage die Landesregierung:

- Welche Planungen mit welchen Zielen gibt es für den sogenannten Sülchenknoten bei Rottenburg am Neckar, also die Kreuzung Osttangente mit der L 372, hinsichtlich des Baues einer zusätzlichen Schleife (Verbindungsrampe) südlich der Osttangente?
- Wie sieht der Zeitplan für die einzelnen Baumaßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele im Einzelnen aus?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erhält Herr Staatssekretär Köberle das Wort.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich beantworte Ihre Mündliche Anfrage, liebe Kollegin Haller-Haid, im Namen der Landesregierung wie folgt:

Da muss ich Ihnen jetzt einiges an Straßenbautechnik zumuten. Die Straßenbauer haben eben ihre eigene Fachsprache. Aber wer wie Sie die Ortskenntnis hat, der versteht das auch und kann es dann auf die konkrete Straßenbausituation beziehen.

Der Sülchenknoten, den Sie ansprechen, verbindet die Sülchenstraße zwischen Rottenburg und Wurmlingen mit der Osttangente, mit der Landesstraße 361. Die Osttangente ist Teil der Straßenverbindung von Tübingen und Rottenburg zur A 81. Eine zweispurige Verbindungsrampe verknüpft bisher die sich kreuzenden Straßen.

Die beiden Einmündungen der Rampe in die stark befahrenen Straßen sind in den Hauptverkehrszeiten überlastet. Es gibt dort keine Ampelanlagen. In der Vergangenheit ist es an den Einmündungen verschiedentlich zu Unfällen gekommen. Verursacht wurden die Probleme durch die in Hauptverkehrszeiten nur langsam abfließenden jeweiligen Linkseinbieger aus der Rampe. Fehlende Abbiegespuren auf der Rampe führen in der Folge auch zur Behinderung der Rechtseinbieger.

Besonders problematisch ist die Verkehrsbeziehung von der A 81 kommend in Richtung Wurmlingen und Tübingen. Hier bildet sich zeitweilig ein Rückstau in der gesamten Rampe bis auf die Osttangente.

Wegen der hohen Verkehrsbelastung von 17 500 Fahrzeugen am Tag auf der Osttangente bzw. 13 900 Fahrzeugen von und

(Staatssekretär Rudolf Köberle)

nach Wurmlingen wird der Bau einer weiteren zweispurigen Rampe südlich der Sülchenstraße am Sülchenfriedhof jeweils mit Linksabbiegespuren in der Osttangente und der Sülchenstraße in Erwägung gezogen. Damit könnten die Leistungsfähigkeit der Einmündungen und die Verkehrssicherheit deutlich verbessert werden. Durch die zusätzliche Rampe würden die Linkseinbieger, durch die heute Probleme bestehen, zu Rechtseinbiegern.

Zur Verbesserung der Verkehrssituation an diesem Knotenpunkt soll nach Vorlage der Ergebnisse einer Straßenverkehrszählung bis zum Frühjahr 2009 mithilfe einer Verkehrsprognose zudem geprüft werden, ob die bestehenden Probleme durch Ampelanlagen verringert werden könnten.

Zum Zeitplan, nach dem Sie fragen, ist Folgendes zu sagen: Nach Festlegung der Art der Verbesserungsmaßnahme – entweder Ampelanlage oder zusätzliche Rampe – ist im Frühjahr 2009 eine Abstimmung mit den maßgeblichen Trägern öffentlicher Belange vorgesehen. Das Baurecht soll im Fall der zusätzlichen Rampe über ein nach Möglichkeit noch im Jahr 2009 einzuleitendes Planfeststellungsverfahren erlangt werden, mit dessen Abschluss dann im Jahr 2010 gerechnet werden kann. Im Anschluss daran wird die Ausführungsplanung erstellt. Ausreichende Haushaltsmittel vorausgesetzt, könnte die Baumaßnahme dann ab dem Jahr 2011 durchgeführt werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage der Frau Abg. Rita Haller-Haid.

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** Ich möchte noch einmal nachfragen. Das Amt für Denkmalschutz leistet da ja noch einige Vorarbeiten. Es gibt Bedenken, an dieser Stelle überhaupt etwas zu machen. Wie sieht es im Moment konkret aus?

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Das ist der Bereich um den Sülchenfriedhof, wo denkmalschützerische Belange zu beachten sind. Deshalb meldet sich das Amt für Denkmalschutz hier zu Recht: Natürlich könnten dort Grabungen notwendig werden. Wenn es zur Rampenlösung kommt, könnten denkmalpflegerische Arbeiten den von mir gerade dargelegten Zeitablauf um vielleicht ein Jahr verzögern, je nachdem, in welchem Umfang Grabungen durchgeführt und Funde gesichert werden müssten.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Danke!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Keine weiteren Zusatzfragen. – Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Reinhold Pix GRÜNE – Verdacht der Benachteiligung von Gemeinden mit Bürgermeisterern ohne Parteimitgliedschaft in der CDU

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD und auf der Zuhörertribüne – Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt aber!)

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Wie beurteilt die Landesregierung die Aussagen des Bürgermeisters von Hartheim, dass seiner Gemeinde im Verhältnis zu Land und Landesregierung Nachteile entstehen, wenn er nicht Parteimitglied in der CDU sei, nachdem dies in der Vergangenheit bereits von der Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach sinngemäß in ihrem Freiburger Wahlkampf als Argument so behauptet wurde?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das wollen wir jetzt einmal genau wissen!)

b) Gibt es aussagekräftige Statistiken, die ausschließen können, dass Gemeinden ohne CDU-Bürgermeister bei Förderanträgen an Land und Landesregierung Nachteile in Höhe und dem Grund nach entstehen?

Vielen Dank.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Wenn Sie die nicht kennen, gibt es die nicht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zur Beantwortung erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle für die Landesregierung das Wort.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ihre Mündliche Anfrage, Herr Kollege Pix, beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Die Aussage des Bürgermeisters von Hartheim entbehrt jeder Grundlage.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Was?)

Die Förderentscheidungen in der Fachförderung des Landes wie auch im Ausgleichstock ergehen nach sachlichen Kriterien, die in den einzelnen Förderrichtlinien normiert sind. Außerdem haben wir sowohl beim Ausgleichstock als auch bei den Fachprogrammen jeweils Verteilerausschüsse, die ganz unterschiedlich zusammengesetzt sind und die Anträge auch nach ausschließlich sachlichen Kriterien beraten und über sie letztlich entscheiden.

Wenn im Freiburger Wahlkampf eine vergleichbare Aussage gefallen ist, wird diese dadurch auch nicht richtiger. Wie das Wahlergebnis zeigte, werden solche Aussagen auch von der Öffentlichkeit nicht überbewertet. Wenn Sie letzte Zweifel haben, dass wir nicht nach Sachkriterien, sondern nach parteipolitischen Kriterien Geld zuteilen würden, dann fragen Sie einmal den Oberbürgermeister der Stadt Freiburg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr guter Mann!)

Meines Wissens hat er gerade in letzter Zeit zu dieser Thematik, die jetzt diskutiert wird, das Gegenteil behauptet, nämlich dass er nur die Erfahrung gemacht hat, dass sehr sachlich mit Landesmitteln und mit Landesprogrammen umgegangen wird.

(Zuruf von der CDU)



(Staatssekretär Rudolf Köberle)

Weil wir nicht nach parteipolitischen Kriterien, sondern ausschließlich nach Sachkriterien verfahren, gibt es selbstverständlich – das ist der zweite Teil Ihrer Frage – auch keine Statistik, die etwas bestätigen könnte, was es überhaupt nicht gibt.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Herzlichen Glückwunsch!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Bayer.

**Abg. Christoph Bayer SPD:** Herr Staatssekretär, halten Sie es wirklich für realistisch, dass ein Bürgermeister, der sieben Jahre im Amt war, seinen beabsichtigten Parteiübertritt ohne jeglichen konkreten Anlass so begründet, wie er das getan hat, oder sind Sie nicht wie ich der Meinung, dass so etwas nur in einem politischen Milieu entstehen kann, das eher als „politische Unkultur“ bezeichnet werden kann?

(Zurufe von der CDU: Oi! – Widerspruch bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Ich habe gerade sowohl das Verfahren der Landesregierung in allen Förderprogrammen als auch meine Meinung dazu dargestellt. Alles andere müssen Sie mit dem betreffenden Bürgermeister diskutieren.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage der Frau Abg. Mielich.

**Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:** Herr Köberle, wie bewerten Sie denn die Aussage des Herrn Staatssekretärs Fleischer, Ihres Kollegen, der, seitdem er für die CDU Landtagsabgeordneter in der Region ist, immer wieder mit der Aussage auftritt, dass er höchstpersönlich dafür sorgt, dass es bestimmten Gemeinden entsprechend gut geht? Spielt dabei das Parteibuch eine Rolle oder nicht?

(Zuruf von der CDU: Das machen alle von der CDU!  
– Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist unsere Pflicht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Ich würde mich außerordentlich wundern, wenn Sie als Landtagsabgeordnete sich nicht für Interessen und für Anträge von Gemeinden aus Ihrem Wahlkreis einsetzen würden. Ich denke, dass es parteiübergreifend zum Selbstverständnis eines Landtagsabgeordneten gehört, dass er sich für das Wohl des gesamten Landes, aber auch speziell für Anliegen, für Interessen, für Problemlösungen in seinem Wahlkreis einsetzt und damit auch immer wieder Erfolg hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Thomas Blenke CDU:** Herr Staatssekretär, wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund der eben gestellten Fragen den

Umstand, dass bei der Förderentscheidung nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft im Frühjahr dieses Jahres für den Kreis Calw zwei Gemeinden zum Zuge kamen, die zum damaligen Zeitpunkt beide ein SPD-Oberhaupt hatten, und ist das eine „Unkultur“ im Sinne der Frage von Herrn Bayer?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unruhe)

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Das könnte natürlich auch zu Interpretationen unter umgekehrtem Vorzeichen Anlass geben, dass gerade die Gemeinden bevorzugt würden, deren Bürgermeister nicht einer der die Regierung tragenden Parteien angehört. Aber nach wie vor gilt auch hier das Gleiche: Hier waren sachliche Gründe für die Entscheidung maßgeblich, nicht die Zugehörigkeit der Bürgermeister zu einer bestimmten Partei.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So sehe ich das auch!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Keine weiteren Fragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen den Anschlusspunkten Titisee-Neustadt und Donaueschingen

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haas, Schwarzwald!)

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Sind Pressemeldungen vom 28. November 2008 zutreffend, wonach es aktuelle Überlegungen des Landes und seiner Nahverkehrsgesellschaft (NVBW) gibt, den 40 km langen nicht elektrifizierten Bereich der Bahnstrecke zwischen Neustadt und Donaueschingen bis zum Jahr 2016 zu elektrifizieren, wie dies bereits 1982 und 1984 aus der Region Schwarzwald und vom Fahrgastverband „Pro Bahn“ gefordert wurde?
- Wer wird heute Kostenträger dieser Elektrifizierungsmaßnahme sein, die damals mit 28 Millionen DM zu veranschlagen war und heute entsprechend kostenmäßig fortgeschrieben werden muss?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erhält Herr Staatssekretär Köberle das Wort.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ihre Anfrage, Herr Kollege Haas, beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Konzepts der Breisgau-S-Bahn 2020 prüft das Land, ob von Freiburg kommend über den bisherigen Endpunkt Neustadt hinaus eine Elektrifizierung der Strecke weitere verkehrliche Vorteile für die Achse Freiburg–Donaueschingen bringt.



(Staatssekretär Rudolf Köberle)

Die Elektrifizierung stellt dabei jedoch nur eine Alternative dar, die mit anderen denkbaren Maßnahmen zur Aktivitätssteigerung wie z. B. der Ertüchtigung der Strecke für den Betrieb mit Neigetechnikfahrzeugen verglichen werden muss. Die Überlegungen stehen noch am Anfang. Insbesondere sind noch keine vertieften Gespräche mit der DB Netz AG geführt worden, weshalb zu den Finanzierungsmöglichkeiten und zur Kostenträgerschaft noch nichts gesagt werden kann. Ein genaues Datum kann demzufolge auch noch nicht genannt werden.

Das ist also ein Thema, das in der Luft liegt und das auch intensiv geprüft werden muss. Wir stehen aber jetzt nicht unter so massivem Zeitdruck, dass wir schon morgen Antworten geben müssten. Denn das Thema Breisgau-S-Bahn 2020 ist jetzt in der ganzen Breite in der ganzen Region Freiburg erst im Anlaufen und hat die Zielmarke 2018.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage des Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas. – Bitte.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, dann ist festzustellen, dass sich gegenüber der Diskussion von 1982 und 1984 eigentlich noch nichts Wesentliches geändert hat, dass nur der Zweckverband Regionalverkehr Freiburg sowie Vertreter aus der Region die ganze Sache wieder aufgegriffen haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wiedervorlage!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** „Sind Sie der gleichen Auffassung?“, lautet wahrscheinlich die Frage.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Die Frage lautet: Sind noch keine Planungsvorbereitungen getroffen?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Rudolf Köberle:** Wenn das Thema Elektrifizierung in den Achtzigerjahren diskutiert und umgesetzt worden wäre, müssten wir es heute nicht mehr diskutieren.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Die Neigetechnik schon damals!)

Heute steht das Thema aber in einem völlig anderen Zusammenhang. Wir sind ja auch schon 20 oder 30 Jahre in der Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs weiter. Da haben wir gerade im Raum Freiburg unglaublich viel erreicht, unglaublich viel an Qualität und Angebot, und gehen jetzt in eine nächste Stufe. Im Zusammenhang mit weiteren Qualitätssteigerungen werden diese Fragen erneut aufgeworfen, jedoch in anderem Zusammenhang, weil dieses Thema in den Achtzigerjahren nicht in der Verantwortung des Landes, sondern ausschließlich in der Verantwortung des Bundes bzw. der Bahn diskutiert worden ist.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gunter Kaufmann SPD – Auswahlverfahren

für die Aufnahme in berufliche Gymnasien

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung zum Auswahlverfahren für die Aufnahme in berufliche Gymnasien:

- a) Beabsichtigt die Landesregierung, das Auswahlverfahren für die Aufnahme in berufliche Gymnasien für die Schülerinnen und Schüler aus dem allgemeinbildenden Gymnasium angesichts des anstehenden doppelten Mittlere-Reife-Jahrgangs zu verändern?
- b) Ist in diesem Zusammenhang geplant, den „Deckel“ von 15 % bei der Vergabe von Schulplätzen an Bewerber aus den allgemeinbildenden Gymnasien aufzuheben?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erhält Herr Staatssekretär Wacker das Wort. – Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Kollegen Kaufmann wie folgt:

Zum Schuljahr 2009/2010 werden sich neben den zahlenmäßig weitaus überwiegenden Schülern mit mittlerer Reife zeitgleich Gymnasiasten aus dem achtjährigen Bildungsgang nach der Klasse 9 sowie auch Gymnasiasten aus dem neunjährigen Bildungsgang nach der Klasse 10 für die Aufnahme in die Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien bewerben. Wegen des doppelten Jahrgangs ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Schulplätzen an beruflichen Gymnasien zum Schuljahr 2009/2010 das bestehende Angebot übersteigt. Dieser doppelte Übergangsjahrgang wird einmalig sein, da wir mit dem Auslaufen von G 9 künftig nur noch G-8-Schüler haben werden.

Wir haben zu verschiedenen parlamentarischen Anfragen bereits Position bezogen. Ich darf aus der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 14/2617 zitieren; diese Antwort gilt auch heute:

*Das Kultusministerium ist sich der besonderen Situation der beruflichen Gymnasien ... bewusst. In den Bedarfsplanungen ist daher vorgesehen, nach Vorlage der konkreten Anmeldezahlen von Schülern an den beruflichen Gymnasien und unter Beachtung der örtlichen Situation den zusätzlichen Bedarf bei der Zuweisung von Lehrerwochenstunden an die beruflichen Gymnasien zu berücksichtigen.*

Verlässliche Aussagen über das Übergangsverhalten von G-8-Schülern nach der Klassenstufe 9 in das berufliche Gymnasium liegen allerdings erst mit den entsprechenden Bewerbungen der Schüler im März des nächsten Jahres vor. Aus heutiger Sicht können daher keine verlässlichen Zahlenangaben zur Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Gymnasien im Schuljahr 2009/2010 gemacht werden.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Schüler des G 8 erst nach Klasse 10 ins berufliche Gymnasium überwechseln können und sich somit der Bewerberandrang nicht nur auf das Schuljahr 2009/2010 konzentriert.

(Staatssekretär Georg Wacker)

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Er hat gerade das Gegenteil gesagt!)

Die weitere Entwicklung und die konkreten Bewerberzahlen im März 2009 bleiben deshalb abzuwarten. Das Kultusministerium wird adäquat reagieren.

Es wird darüber hinaus, Herr Kollege Kaufmann, geprüft, ob angesichts der besonderen Bewerbersituation zum nächsten Schuljahr das Aufnahmeverfahren für die Aufnahme in die beruflichen Gymnasien entsprechend angepasst wird.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zusatzfrage des Herrn Abg. Zeller.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ich habe auch noch eine!)

**Abg. Norbert Zeller SPD:** Herr Staatssekretär, ist Ihnen bewusst, dass schon heute deutlich mehr als 15 % der Schüler in den allgemeinbildenden Gymnasien den Wunsch haben, auf ein berufliches Gymnasium zu wechseln, und dass infolgedessen davon ausgegangen werden kann, dass in beiden Jahrgängen, die nun in das berufliche Gymnasium wechseln können, mindestens wieder 15 % der Schüler diesen Wunsch haben und infolgedessen schon aus heutiger Sicht ein echter Bedarf nachweisbar ist und besteht?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Herr Kollege Zeller, wir wissen natürlich nicht, ob die doppelten Abgängerjahrgänge tatsächlich zu einer doppelten Bewerberzahl führen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Doch! Das ist doch klar!)

– Nein, das wissen wir nicht, weil wir dabei verschiedene Aspekte berücksichtigen müssen.

Zunächst einmal haben bisher die Bewerber, die nach der Jahrgangsstufe 10 auf das berufliche Gymnasium gewechselt sind, eine mittlere Reife, während die Bewerber nach der Jahrgangsstufe 9 ein Versetzungszeugnis haben, das es ihnen ermöglicht, sich für die Eingangsklassen der beruflichen Gymnasien zu bewerben. Inwieweit dies ein Anreiz ist, dies auch zu tun, oder sich zu entscheiden, erst nach der Jahrgangsstufe 10 den Wechsel zu vollziehen, wissen wir nicht. Wir werden die Entwicklung abwarten und in jedem Fall sehr genau beobachten. Die Anmeldezahlen werden wir am 1. März vorliegen haben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Dann ist es zu spät!)

Wir werden dann eine Bereinigung dieser Anmeldezahlen vornehmen, zumal wir mit verschiedenen Doppelbewerbungen zu rechnen haben. Wir werden auch das Anmeldeverfahren dahin gehend optimieren, dass wir auch die Schülerinnen und Schüler fragen, für welche Profildbereiche sie sich interessieren. Dann werden wir relativ zügig die Bestandsaufnahme vornehmen, um die Schulen – angepasst an die Bedarfsmeldungen der Schulen und auch angepasst an die räumlichen Voraussetzungen vor Ort – so auszustatten, dass sie die Möglichkeit haben, diesen Anforderungen auch gerecht zu werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Lehmann.

**Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE:** Herr Staatssekretär, wie wollen Sie erreichen, dass die Lehrerversorgung bei dem Mehrbedarf, der jetzt durch diese Klassen anfallen wird, sichergestellt ist – nachdem schon jetzt an den beruflichen Schulen nur eine Lehrerversorgung von 96 % besteht –, wenn Sie erst zum 1. März die Zahlen haben und dann eine entsprechende Anzahl von Lehrern für diese Poolklassen zur Verfügung stellen müssen?

Die zweite Frage ist: Mit wie vielen Poolklassen, die gebildet werden müssen, rechnet das Kultusministerium mindestens?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Ich darf bei der zweiten Frage beginnen. Die konkrete Anzahl der hierfür erforderlichen Poolklassen können wir erst dann klar und präzise festlegen, wenn wir den rechnerischen Bedarf dafür genau haben.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Zur ersten Frage muss gesagt werden: Wir haben auch in den vergangenen Jahren in diesem Bereich immer sehr flexibel reagieren müssen, denn die Zahlen der Bewerber für die beruflichen Schulen und auch für die beruflichen Gymnasien waren jeweils auch abhängig von der Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Entsprechend haben wir in den letzten Jahren auch reagiert und Umschichtungen für den beruflichen Bereich bedarfsgerecht vorgenommen, um die Schulen mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten. Wir sind auch in diesem Jahr bemüht, das strukturelle Defizit nicht zu verschlechtern, sondern zumindest auf diesem hohen Niveau bei 96 % Unterrichtsversorgung aufrechtzuerhalten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Staatssekretär, mit welchem zusätzlichen Bedarf an Lehrerstellen rechnen Sie denn, wenn den Schülern aus dem G 8 die gleichen Zugangschancen zu beruflichen Gymnasien eröffnet werden, wie es bislang im G 9 der Fall war? Wir hatten ja relativ konstante Zahlen; bisher wurden jährlich immer etwa 2 300 Schüler in die beruflichen Gymnasien aufgenommen. Davon können Sie auch jetzt ausgehen – auch wenn die Bewerberzahlen immer höher lagen. Diese Kapazität müssen Sie schaffen. Deshalb die Frage: Haben Sie diese Stellen vorgesehen? Sind sie im Haushaltsplan enthalten? In welchem Umfang rechnen Sie mit entsprechenden Stellen?

Ich habe noch eine zweite Frage. Sie hatten vorhin angesprochen, dass sich die G-8-Schüler auch nach Klasse 10 für ein berufliches Gymnasium bewerben können. Ist das dann eine Wiederholung der Eingangsklasse der Oberstufe?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Wenn sich Schüler nach Jahrgangsstufe 10 um die Aufnahme an einem beruflichen Gymnasium bewerben, beabsichtigen wir, die Schüler in diesem

(Staatssekretär Georg Wacker)

Fall nicht als Wiederholer zu betrachten. Vielmehr müssen diese Schüler die gleichen Chancen erhalten wie diejenigen, die sich mit dem Abgangszeugnis der jeweiligen Schule nach Jahrgangsstufe 9 bewerben.

Zur ersten Frage: Wir werden sehr sorgfältig und frühzeitig insofern steuern, als wir das Kontingent von 85 % für Realschüler, Fachschüler und Werkrealschüler aufrechterhalten wollen, damit wir keine Prioritätenverlagerung zulasten der Absolventen mit mittlerer Reife vornehmen. Wenn wir zusätzlichen Bedarf an weiteren Plätzen haben, wovon wir im Zuge des doppelten Jahrgangs auch ausgehen

(Abg. Norbert Zeller SPD: Na also!)

– wir wissen heute aber nicht, Herr Kollege Zeller, wie hoch dieser Bedarf konkret ist –, werden wir auf diesen Bedarf mit der Ressourcenzuweisung entsprechend reagieren.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Keine weiteren Fragen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe jetzt den vorgezogenen **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

### **Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Brauchtum und Heimatpflege in Baden-Württemberg – Drucksache 14/965**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, und für das Schlusswort fünf Minuten.

Für die CDU-Fraktion darf ich Frau Abg. Vosschulte das Wort erteilen.

**Abg. Christa Vosschulte** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Brauchtum und zur Heimatpflege in Baden-Württemberg hat eine Antwort aus dem Ministerium erhalten, die eine ungeheure Fleißarbeit ist. Ich danke dem Ministerium sehr herzlich für das, was hier akribisch aufgeführt ist. Auf 35 Seiten bietet sich ein hervorragender Überblick darüber, was sich bei uns im Bereich „Brauchtum und Heimatpflege“ tut. Dargestellt werden Vereine, Verbände, Theater, Museen, Kulturdenkmäler, archäologische Denkmäler, Zünfte, Gärten, Bruderschaften – kurz: Wer immer sich in irgendeiner Weise mit dem Thema befasst, ist hier vertreten.

Die Zuordnung ist nicht immer ganz einfach. Leider haben die Heimatvertriebenenverbände keinen Eingang in die Antwort gefunden. Das ist allerdings mit der Themenstellung zu rechtfertigen, die sich auf Heimatpflege und Brauchtum in Baden-Württemberg bezog. Heimatvertriebene befassen sich ja mit der Kultur ihres Herkunftslandes.

Stattdessen finden wir hier aber den Cannstatter Wasen

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Aha!)

und so manches Faschingsfest. Dabei frage ich mich allerdings, ob dies wirklich dem Brauchtum dient oder ob man dort nicht eher dem Alkoholkonsum frönt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Oh! – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Das ist wirtschaftsschädigend!)

So manche Sängerguppen und auch Jugendchöre, z. B. Gospelgruppen, sind durchaus traditionsgebundene Vereine, die auch die Tradition pflegen. Sie haben aber keinen heimischen Bezug und gehören insofern auch nicht dazu.

Meine Damen und Herren, diese Darstellung sagt allerdings auch sehr viel über die Bürger unseres Landes aus. Denn damit ist unzweifelhaft das Ehrenamt verbunden. Diese Menschen geben nicht nur den Vereinen Leben, sondern sie sind auch Anregung für die Bevölkerung, und sie leisten einen unermüdlichen Einsatz, einmal indem sie Träger dieser Vereine sind und diese aufrechterhalten, zum anderen aber auch, indem sie die Organisation von zumeist öffentlichen Veranstaltungen übernehmen. Bei Festen, bei Feiern, bei Vorführungen aller Art und bei Umzügen stellen sie sich selbst dar. Sie leisten aber auch einen erheblichen Beitrag zur Bildung, indem sie Seminare, Vorträge, Workshops anbieten oder eben auch Veranstaltungen anderer Träger bereichern. In jedem Fall leisten sie einen Beitrag zum Erhalt traditioneller, regionaler oder aber auch überregionaler kultureller Besonderheiten oder tragen gar dazu bei, diese wieder aufleben zu lassen.

Meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg engagieren sich fast 1,5 Millionen Menschen in diesem Bereich. Sie leben Werte vor und setzen sich mit Vergangenheit und Tradition auseinander. Dafür gebührt ihnen ein ganz großes Dankeschön.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

– Das ist einen Applaus wert, würde ich sagen.

Die Einschätzung, die das Ministerium in Bezug auf das Überleben der Vereine und die Rekrutierung des Nachwuchses trifft, teile ich nicht ganz. Sicherlich besteht ein enormes Stadt-Land-Gefälle. Bei einer Reihe von Vereinen ist ein Zuwachs zu verzeichnen, so z. B. bei allen Instrumentalvereinen oder bei den Theatern. Aber wir wissen, dass es in anderen Vereinen auch einen erheblichen Mitgliederverlust gibt.

In den Städten werden diese Veranstaltungen oft belächelt, als spießig und überholt betrachtet. Auch die Reaktion der Presse ist oftmals noch verbesserungswürdig. Meistens schreiben die Schriftführer Artikel und Berichte über Veranstaltungen selbst. Insbesondere besteht aber das Problem: Wie bekommen wir mehr Jugendliche in die Vereine, die diese dann auch weiter tragen?

Die Gründe für den Mangel an Jugendlichen in den Vereinen sind vielfältig. Meist sind in den Vereinen nur Ältere vertreten. Damit sind wenig oder keine Jugendlichen da, die andere Jugendliche nachziehen. Die Jugend braucht zwar Heimat, ist sich dessen aber nicht bewusst. Sie strebt eher nach außen. Je weiter, desto besser. Australien und China sind auf den ersten Blick ganz sicher auch interessanter als ein Heimatmuseum auf der Schwäbischen Alb. Das historische Bewusstsein ist, wenn überhaupt, noch relativ schwach ausgebildet. Häufig fehlt die Förderung durch das Elternhaus. Schließlich gibt es noch eine Separierung: Eine eigene, abgegrenzte Jugendkultur wird nicht nur von der Werbung forciert. Der amerika-



(Christa Vosschulte)

nische Einfluss der „Kultur“ von McDonald's bis Madonna tut ein Übriges.

Andererseits sind Kinder sehr wohl zu begeistern. Die Frage an die Eltern: „Wie war das, als ihr so alt wart wie wir?“ überlebt Generationen und wird auch noch heute gestellt.

Die Schule, insbesondere die Grundschule, und der Kindergarten sind somit eigentlich die Orte der Grundlegung, in denen Heimatgefühl und der Respekt vor dem Brauchtum eingepflanzt werden können – in der Hoffnung, dass man später, wenn diese Kinder älter geworden sind, wieder daran anknüpfen kann.

Dabei spielt die Musik eine sehr große Rolle. Wir können ziemlich sicher sein: Wenn die traditionellen Männerchöre, deren Mitglieder mittlerweile bei einem Durchschnittsalter von bis zu 70 Jahren angelangt sind, ausgestorben sein werden, dann gehen bei uns Volkslieder, Silcherlieder und alle Lieder dieser Sparte verloren.

Ich habe einen Antrag gestellt, in dem ich frage, ob nicht deutschsprachige Lieder im Kindergarten und in der Grundschule wieder verstärkt zu lernen sind. Ich halte das für sehr wesentlich.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Schwäbische Lieder! Und badische Lieder! – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Fränkische!)

– Ja, natürlich. Schwäbische und deutschsprachige Lieder; Volkslieder.

Heimat- und Volksmuseen kommt eine besondere Bedeutung in der Brauchtumpflege zu. Ganz wesentlich ist dabei die didaktisch-pädagogische Ausrichtung, die mittlerweile bei fast allen Museen gegeben ist. Das führt dazu, dass Kinder und vielleicht auch Jugendliche wieder ein Interesse an der Geschichte, besonders aber auch an der Heimatgeschichte und am Brauchtum finden. Hierfür gibt es in Baden-Württemberg eine Reihe von Hilfsinstitutionen, z. B. die Landesstelle für Museumsbetreuung und die Arbeitskreise Heimatpflege in den Regierungsbezirken, die hierbei Unterstützung geben können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Ruhe. Unterhaltungen sollten bitte nach außerhalb des Plenarsaals verlegt werden.

Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Christa Vosschulte** CDU: Danke schön. – Der Vergleich mit den anderen Bundesländern, der in der Antwort der Landesregierung gegeben wird, ist eine wahre Ideenbörse. Auch für die Vereine lohnt es sich, hier einmal nachzuschauen, was man noch tun kann. Beispielsweise ist es in Mecklenburg-Vorpommern gelungen, die Kinder- und Jugendarbeit in den Bereichen Tanz und Trachten erheblich zu verstärken. Da gibt es sicher Möglichkeiten, einmal hinzuhören, was die machen.

Vorbildlich ist auch der ehrenamtliche Kreisheimatpfleger in Thüringen. Ein solcher Kreisheimatpfleger wird auch für Ba-

den-Württemberg von unserem Schwäbischen Albverein gewünscht. Vielleicht ist das ein Vorbild. In Thüringen wird er von der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen und zu einem geringen Teil vom Land finanziert. Hier darf man also durchaus einmal nachlesen, was man tun kann.

Meine Damen und Herren, Brauchtum und Heimatkultur sollten in der Schule intensiv gepflegt werden. Ob dies immer der Fall ist, weiß ich nicht. Seien wir ehrlich: Bei der Verabschiedung von Rektoren klingt das Repertoire an Liedern, die dort gesungen werden, nach allem, nur nicht nach Schwäbisch oder Badisch. Der anschließende Empfang bietet Döner, Gyros oder Ratatouille, aber keine echten schwäbischen Spezialitäten.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Wir haben ja auch viele Schüler aus diesen Ländern!)

Ich habe nichts dagegen. Das sollte auch sein, aber eben nicht nur.

Ich möchte dem Ministerium vorschlagen, dass man gerade im Grundschulbereich einen Wettbewerb für Volkslieder aus schreibt. Die Gewinner sollten dann auch preisgekrönt werden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Norbert Zeller SPD: Stiftung „Singen mit Kindern“!)

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass auch die Lehrer immer wieder über die Institutionen, die helfen, informiert werden müssen. Das wissen sie zwar grundsätzlich, aber man muss es immer wieder ins Bewusstsein zurückrufen.

Erfreulich ist, dass es hier schon eine Reihe von Kooperationen gibt. Das könnte noch ausgedehnt werden. Die außerschulischen Lernorte sollten allerdings zum Teil noch durch Pädagogen verstärkt werden, die ihnen helfen, die pädagogische Ausrichtung dieser Lernorte zu sichern.

Meine Damen und Herren, die Bedeutung von Heimatzugehörigkeit und Verwurzeltheit ist wichtig und ganz wesentlich für die Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Die Notwendigkeit von Heimat erkennt man erst im reiferen Alter. Das beweisen die vielen Rückkehrer aus dem Ausland, die im Alter wieder zurückkommen. Das beweisen die Heimatvertriebenen, die in ihrer alten Heimat Aufbauleistungen tätigen und sich „Heimatvertriebene“ nennen, obwohl sie hier eine neue Heimat gefunden haben. Das beweist das Leiden am Verlust der Heimat, das wir in der Exilliteratur antreffen.

Auch und gerade als Europäer brauchen wir den Heimatort. Man muss ihn kennen, und dazu tragen unsere Brauchtumsvereine bei. Europa kennenzulernen und – im wörtlichen Sinne – zu „er-fahren“, den gemeinsamen religiösen und kulturellen Ursprung aufzuspüren, unterstützt das Gefühl und das Bewusstsein für das Gemeinsame der europäischen Völker.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! Exakt richtig!)



(Christa Vosschulte)

Insofern kann Europa etwas Bekanntes, ja Vertrautes werden. Als Heimat aber ist es überdimensioniert.

Ähnliches gilt für den globalen Raum. Wir müssen lernen, uns darin zu bewegen; das müssen auch unsere Jugendlichen lernen. Heimat aber braucht den begrenzten, überschaubaren Raum und die sichere soziale Bindung, die am ehesten in jungen Jahren wächst.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Nur daraus erwachsen Orientierung, Sicherheit und Halt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Tourismus sagen: Brauchtum darf nicht vom Tourismus vereinnahmt werden, sonst verliert es seine Ursprünglichkeit und seine Echtheit. Mancher Weihnachtsmarkt bei uns im Land hat keine einheimischen Besucher mehr. Um Brauchtum weiterzugeben, muss man es mit Gästen teilen und darf es nicht als Ware vermarkten.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Noch ein Wort zur Finanzierung: Baden-Württemberg tut in finanzieller Hinsicht eine ganze Menge in diesem Bereich. Natürlich wäre mehr wünschenswert. Ich würde mir wünschen, dass wir gerade in diese Sparte noch sehr viel mehr Geld hineinstecken könnten. Aber auch hier muss – zumindest noch für eine Weile – die Priorität der Nullnettoneuverschuldung gelten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Buschle das Wort.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Jetzt kommt der Spezialist!)

**Abg. Fritz Buschle** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Vosschulte, Sie sehen an meiner Jacke das Ehrenzeichen des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Die, die es kennen, wissen: Der Mann weiß, wovon er redet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Deshalb kann ich Ihnen, liebe Frau Kollegin, in vielen Punkten sehr zustimmen, und ich bin froh, dass Sie viele wichtige Themen angesprochen haben. Die Zeit reicht leider nicht aus, um hierüber umfassend zu sprechen.

Allerdings konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie von der CDU-Fraktion für sich in Anspruch nehmen, Sie seien die wahren Kultur- und Brauchtumsträger in diesem Land.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wir wissen doch, wie aufrichtig Sozialdemokraten der Heimat verbunden sind! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich möchte Ihnen sagen: Sie sind kein Brauchtumsverein, sondern Sie sind immer noch eine Partei. Lassen wir also die Vereine ihre Arbeit tun, und mischen wir uns nicht ein. Sie haben es so schon schwer genug.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Alfred Winkler SPD vom Schriftführerplatz aus – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: He! Von hinten kein Beifall!)

Ich schließe mich aber gern dem Dank an diejenigen an, die die vorliegende Antwort der Landesregierung erarbeitet haben. Das ist ein hervorragendes Papier, das sehr ausführlich ist und dessen Lektüre allen zu empfehlen ist, auch denjenigen, die das noch nicht ganz einsehen wollen. Darin kam für mich sehr stark das zum Ausdruck, was Goethe einmal mit folgenden Worten ausgedrückt hat: „Wer seine Heimat nicht kennt, hat keinen Blick für die Welt.“ Cicero sagte dazu: „Wenn du die Welt verstehen willst, schau auf dein Dorf.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist deshalb völlig unangebracht – Frau Vosschulte, Sie haben es angesprochen –, wenn man in diesem Zusammenhang von Heimattümelei oder Vereinsmeierei redet oder die Heimatliebe als spießig oder überholt betrachtet.

Unvergessen bleiben für mich Erfahrungen aus den Sechzigerjahren, als wir mit unserer Landjugendgruppe in Frankreich waren, und zwar in Gemeinden, in denen unsere Väter oder Großväter noch als Soldaten gewesen waren. Fast alle kommunalen Beziehungen und Partnerschaften zu Frankreich oder zu anderen Ländern haben sich aus den Begegnungen der Jugendlichen und der Vereine für Brauchtums- und Heimatpflege entwickelt. Es wäre also wünschenswert, wenn etwas Ähnliches in Bezug auf die Länder des neuen Europas wieder stattfinden könnte, etwa entlang der Donau. Leider hat die Landesregierung die Mittel für solche Fahrten 2003 gestrichen, sodass sie seitdem nicht mehr gewährt werden können.

Auch unter den Vereinen selbst ergibt sich ein gutes Miteinander nur bei gegenseitiger Wertschätzung. Schon mancher Kunstverein war froh, wenn ein örtlicher Kleintierzuchtverein die Bewirtung bei dessen Veranstaltungen übernommen hat. Unsere wunderschönen Freilichtmuseen im Land – das schönste steht übrigens im Kreis Tuttlingen, in Neuhausen ob Eck – erblühen zu neuem Leben, wenn die Heimatvereine, die Brauchtumsvereine diese Museen an ihren Haupttagen mit Leben erfüllen. Die vielen Heimatmuseen in den Kommunen existieren nur durch die Kompetenz und den Einsatz ehrenamtlicher Helfer.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Leistungen der Landesregierung hierzu: Die Museumsmittel wurden leider um fast 1 Million € gekürzt. Wer schon einmal die Heimattage Baden-Württemberg selbst erlebt hat und dort vor allem den anschließenden gemeinsamen Umzug der Teilnehmer, der sieht eindrucksvoll die Kraft und das Potenzial, die diesem Element unserer Kultur innewohnen. Er sieht, wie Brauchtum und Heimatpflege verbinden, wie sie die Grenzen zwischen den unterschiedlichsten Bereichen und unterschiedlichsten Menschen überwinden. Sie verbinden den

(Fritz Buschle)

Lufthansapiloten mit dem Mitarbeiter des städtischen Bauhofs, den Mechaniker mit dem Rechtsanwalt, den Busfahrer mit dem Ingenieur, den Studienrat mit dem Malermeister – dies natürlich auch jeweils in der femininen Form.

Wer bei diesen Umzügen zwischen den historischen Narrenzünften und den Bürgerwehren die wunderbaren Gruppen der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge in ihren heimatlichen Trachten beobachtet, der erkennt, welchen Verlust die Länder, aus denen diese Menschen fliehen mussten, erlitten haben, und welche Kraft unserem Land durch sie zugeflossen ist.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jawohl!)

Zunehmend sieht man erfreut ausländische Gruppen, deren Mitwirkende erst in jüngster Zeit zu uns kamen und nun dabei sind. Man sieht in einem oberschwäbischen Musikverein einen iranischen Fahnenträger und in den badischen Bürgerwehren einen Kanonier aus dem Senegal.

Aus den Reihen des Blasmusikverbands kann ich berichten – Herr Köberle, da können Sie mir sicher zustimmen –: Bei den jetzt wieder anstehenden Weihnachtskonzerten – übrigens alle auf höchstem Niveau – ehren wir wieder viele Musikerinnen und Musiker, die als Kinder der ersten Gastarbeitergeneration zu uns kamen oder hier geboren wurden. Wir ehren sie für eine 30- oder sogar 40-jährige Mitgliedschaft in unseren Orchestern. Viele von ihnen haben führende Funktionen. Geräuschos gelingt hier zum Vorteil aller die gelebte Integration.

Dies sind Werte, die nicht an der Börse gehandelt werden können, die kein Bruttosozialprodukt generieren, die aber die Menschen seit Jahrzehnten und Jahrhunderten durch alle Krisen getragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist die Leistung der Landesregierung auch hierbei nicht gerade glänzend.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja!)

So wurden z. B. die Mittel für die Volkshochschulen gekürzt, und zwar um mehr als 1 Million €.

(Zuruf von der SPD: Bedauerlich!)

Die Mittel für die Amateurtheater und die Brauchtumsvereine wurden um 100 000 € gekürzt.

(Zuruf von der SPD: Kulturfeindlich!)

Die Förderung der sonstigen Kulturpflege wurde um 100 000 € gekürzt, die des Landesarchivs um 1 Million €.

Denkmäler sind die visuelle Brücke in der Kultur und Heimat.

(Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

Die Leistung der Landesregierung hierzu ist erschreckend. Die Mittelkürzung für die Denkmalpflege in den letzten fünf Jahren umfasste 10 Millionen €.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das macht deren Aufgabe fast nicht mehr wahrnehmbar. Die Denkmalpflege kann ihre Arbeit fast nicht mehr ausführen.

Die Landesregierung sieht aufgrund der Mitgliederentwicklung bei den Verbänden und den Vereinen keine Gefahr. Das mag vielleicht so sein, wobei es in den verschiedenen Vereinen sehr unterschiedlich ist.

Es ist aber allemal ein Grund zur Sorge, dass die Vereine zunehmend keine Menschen mehr finden, die bereit sind, Führungspositionen zu übernehmen. Hier können wir direkt etwas tun. Ich spreche da besonders unseren Finanzminister an, der, als er noch Minister für den ländlichen Raum und Staatsminister war, preisend mit viel schönen Reden unserer Vereine Wert und Zahl durch die Lande zog und der nun etwas tun könnte. Entlasten wir die Vereine von dem unseligen Joch des Vereinssteuerrechts in der derzeitigen Form.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Machen wir es möglich, dass ein engagierter Normalbürger noch Kassierer in einem Verein sein kann, ohne dauernd am Rande der Steuerehrlichkeit entlangzuschrammen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nehmen wir den Vorsitzenden das Risiko, persönlich für die Steuerschuld eines Vereins zu haften. Es passt nicht zusammen, mit der Ehrennadel zu loben, Ehrenamtspreise zu verleihen, das Jahr des Ehrenamts auszurufen und gleichzeitig mit den Handschellen zu drohen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Genau! Bravo!)

Wir wissen, dass Geld nötig ist. Aber die Leistung der Ehrenamtlichen kann nicht bezahlt werden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Bringen wir deshalb zum Ausdruck, dass wir diese Leistung im Bund, im Land und in der Kommune hoch schätzen. Der alte schwäbische Ausdruck passt dazu am besten: Man muss Leute, die etwas leisten, auch ästimieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Das ist wichtig!)

In Stadt und Land, hauptsächlich aber in unseren kleineren und mittleren Städten und allen Gemeinden und Ortschaften unseres Landes sind es die Brauchtums- und die kulturellen Vereine, die gewährleisten,

(Unruhe)

dass die Orte, an denen wir wohnen, nicht nur Wohnort, sondern auch Heimat sind.

Nun noch ein Satz zum Schluss. Liebe Frau Vosschulte, liebe stellvertretende Präsidentin, Sie haben die Verfälschung unserer Tradition durch ausländische Einflüsse angesprochen. Ich glaube, so weit brauchen wir gar nicht zu gehen. Wir können uns hier in diesem Hohen Haus umschauen. Brauchtum, Kultur und Tradition brauchen auch Symbole. Alle Jahre aber sehen wir wieder – auch in diesem Hohen Haus –, wie diese Symbole ad absurdum geführt werden. Momentan haben wir

(Fritz Buschle)

Adventszeit. Das Symbol des Advents ist der Adventskranz. Was steht in unserem Haus?

(Abg. Walter Heiler SPD: Weihnachtsbaum!)

Der Weihnachtsbaum. Landauf, landab, schon ab November gibt es derzeit diese glitzernden, leuchtenden Irrlichter.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege, bitte kommen Sie allmählich zum Ende.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Das will der nicht hören, Herr Präsident!)

**Abg. Fritz Buschle** SPD: Mit diesem Rat komme ich zum Ende: Nehmen Sie das kompetente Beispiel der Kirchen zum Anlass und schalten Sie diese Irrlichter der Christbäume aus! Hängen Sie einen Adventskranz auf, und sagen Sie auch den Bürgermeistern draußen im Land: Die Weihnachtszeit beginnt nicht am Totensonntag, sondern am 24. Dezember.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! Jawohl! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat er recht!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Jetzt kommt der Kulturexperte! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt zum Brauchtum! – Zuruf von den Grünen: Jetzt kommt Qualität in die Diskussion! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Unruhe)

**Abg. Jürgen Walter** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme die Vorfreude bei der FDP/DVP ebenfalls mit Vorfreude zur Kenntnis.

Ich beginne mit einem Zitat:

*Hat er*

– der Mensch –

*sich erfasst und das Seine ohne ... Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint ... : Heimat.*

Meine Damen und Herren, so hat Ernst Bloch Heimat definiert.

(Oh-Rufe – Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut!)

Das zeigt, dass dieser Begriff, der in der Zeit des Nationalsozialismus wie viele andere Begriffe in Deutschland missbraucht wurde, mittlerweile in allen Gesellschaftsschichten wieder ernsthaft diskutiert werden kann und auch ernsthaft in den Mund genommen werden kann, ohne dass man gleich der Volkstümelei oder sonst etwas bezichtigt wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist gut so!)

– Ja, das ist gut so. Die Frage ist nur, Herr Kollege Röhm:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Heiterkeit)

Gibt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU irgendeine Antwort auf die drängenden Probleme unserer Gesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Definition von Heimat ergeben? Ich sage: Die Fragen, die die CDU gestellt hat, lassen hierauf erst gar keine Antwort zu. Wenn ich dann die Antwort der Landesregierung lese, muss ich fragen: Wo ist der Erkenntnisgewinn, oder war das nur eine Beschäftigungstherapie? Kollegin Vosschulte hat ja recht: Es war eine Fleißarbeit. Aber auch bei Fleißarbeiten muss man ab und zu die Sinnfrage stellen. Da bekommen wir dann so erwartbare Antworten wie:

*Die Blasmusik gehört zu Baden-Württemberg und seinen Menschen.*

Großartig!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das stimmt doch!)

*Im Landesverband der Fahنشwinger gab es eine jährliche Steigerung ...*

Auch das bringt uns weiter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zustandsbeschreibung!)

Von „Sackpfeifen in Schwaben“ ist auch die Rede.

All das, meine Damen und Herren, gibt uns doch aber keine Antwort darauf, was Menschen in einer globalisierten Welt mit dem Begriff „Heimat“ anfangen sollen. Was bewegt die Menschen? Wie definieren sie ihre Heimat? Was verstehen sie unter Heimat?

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Der Begriff „Heimat“ ist nicht globalisiert!)

Wie empfinden sie Heimat?

Vor Kurzem fand im Stuttgarter Literaturhaus – da gibt es gerade eine Veranstaltungsreihe zum Thema Heimat – eine sehr interessante Diskussion statt – zumindest laut Zeitungsbericht; ich hatte leider keine Zeit, hinzugehen – zwischen dem Tübinger Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger, der ja in Baden-Württemberg überragende Beiträge zu diesem Thema geleistet hat, und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Eine Aussage von Herrn Bausinger war – wir haben diese Woche gehört: fast 30 % der Menschen, die hier leben, haben einen Migrationshintergrund –: Heimat gibt es nicht mehr im Singular, sondern für viele Menschen nur noch im Plural. Auch das von der Kollegin Vosschulte genannte Beispiel der Heimatvertriebenen belegt das. Sie mussten sich ja hier eine neue Heimat aufbauen, eine neue Heimat finden. Auch sie haben mehr als eine Heimat. Deswegen muss man doch auch über das Thema anders sprechen, als nur zu sagen: Hier gibt es verschiedene Bräuche, die wir schon immer gehabt haben.

Auf die Migration wird zwar kurz eingegangen. Ich zitiere:

*Respekt vor ausländischem Brauchtum ist ein notwendiger Schritt der Bevölkerungsmehrheit, um den Menschen mit Migrationshintergrund die Integration zu erleichtern.*



(Jürgen Walter)

Aber was geschieht dazu? Wie können wir diese Menschen tatsächlich mehr in die Vereine einbinden? Was tun wir, damit sie nicht eine eigene Gesellschaft nur mit ihren eigenen Vereinen bilden? Das sollen sie auch haben. Aber wie können wir sie in unsere traditionellen Vereine hineinbringen?

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Einbinden!)

– Und einbinden. So kann man es natürlich auch sagen.

Frau Vossschulze hat zu Recht darauf hingewiesen: Da wir in einer globalisierten Welt leben, gibt es natürlich nicht nur Spätzle und Linsen, sondern es gibt auch McDonald's.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das muss nicht sein!)

– Das muss nicht sein, aber wir müssen uns damit auseinandersetzen. Mir persönlich ist das Erstere auch lieber.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Kartoffel haben wir vor 300 Jahren integriert!)

Es wird leider auch Madonna gehört. Daran kommen wir nicht vorbei.

(Abg. Christa Vossschulze CDU: Nicht nur, sondern auch! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wieso „leider“?)

– Ich höre lieber Musik, als dass ich irgendwelchen Leuten zuschaue, die sich während eines Konzerts achtmal umziehen. Das halte ich nicht für einen besonders gelungenen musikalischen Beitrag. Aber das ist ein anderes Thema.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Katrin Altpeter SPD: Manche finden das schön!)

Wir leben in einer amerikanisierten Gesellschaft. Darum kommen wir nicht herum. Auch diese Musik ist ein Stück Heimat für uns geworden. Das ist selbstverständlich. Schalten Sie das Radio ein. Das hat mit dem realen Leben oft mehr zu tun

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

als traditionelle Brauchtumpflege. Dem müssen wir uns einfach stellen, und darauf gibt die Landesregierung in ihrer Antwort leider überhaupt keine Antworten.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen. Es geht um Veränderung. Frau Vossschulze, Sie sind ja selbst Lehrerin. Ich plädiere jetzt nicht dafür, die Heimatkunde im alten Sinne wieder einzuführen. Aber wir haben jetzt einen Begriff wie MeNuK. Was sollen Kinder mit so einem Begriff anfangen? Das klingt ja schon wie „Hartz IV“.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das sind doch keine Begriffe, mit denen Menschen irgendeine Verbindung herstellen können. Das ist ein inhaltsleeres Wort, und deswegen müssen wir schon in unseren Schulen damit anfangen – es gibt ja nicht nur den Erziehungsauftrag der Eltern –, den Kindern etwas zu vermitteln:

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Begriffe, mit denen tatsächlich so etwas wie ein Heimatgefühl entstehen kann.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

„Heimat“ – da möchte ich ausnahmsweise einmal Erwin Teufel zitieren – „ist ein Ort, wo man keinen Pass braucht“. Ich finde, das ist eine sehr gute Beschreibung, weil es nicht nur darum geht, dass man den Pass, den man aus der Jacke herausholt, nicht braucht, sondern man ist dort orientiert, man fühlt sich zu Hause, man ist in der Umwelt, man ist einfach mit allem vertraut, und deswegen braucht man da keinen Pass.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Heimat ist da, wo man mit offenen Armen erwartet wird!)

Ich glaube, das ist eine wunderschöne Beschreibung dafür.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er spricht heute gut! Er soll weitermachen!)

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Ich könnte noch einiges sagen, komme aber zum Ende. Lassen Sie mich bitte noch ein Zitat von einem schwäbischen Dichter vortragen, Herr Kollege Röhm. Das müssen jetzt auch die badischen Kolleginnen und Kollegen aushalten.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir Schwaben sind ja dafür bekannt, dass wir

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gern Gäste bewirten!)

sehr weltoffen sind

(Vereinzelt Heiterkeit)

– jetzt lachen die Badener wieder –, dass wir in die Welt ziehen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

aber dass wir auch gern wieder nach Hause kommen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Mir ging es persönlich so: Als ich in Amerika studiert hatte, bin ich von Frankfurt mit dem Zug hierher gefahren. Ich wusste eigentlich gar nicht, warum ich nach Hause fahre. Dann habe ich den Hohenasperg und die Umgebung gesehen und wusste: Das ist die Heimat.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

– Ich wusste, dass Sie mit diesem Berg nur ein Gefängnis assoziieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau!)

(Jürgen Walter)

Ich habe es trotzdem gesagt. Denn wir assoziieren mit dem Hohenasperg wesentlich mehr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man kann ja auch von oben auf alle herunterschauen!)

Jetzt komme ich aber zu dem angekündigten Zitat.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende, sonst muss ich jetzt – –

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Ja.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte.

**Abg. Jürgen Walter GRÜNE:** Ich zitiere:

*... reizend hinauszugehn in die vielversprechende Ferne,  
dort, wo die Wunder sind, ...  
dort hinein, durchs helle Gebirg, nach Como zu wandern,  
oder hinab, wie der Tag wandelt, den offenen See;  
aber reizender mir bist du, geweihte Pforte!  
Heimzugehn, wo bekannt blühende Wege mir sind,  
dort zu besuchen das Land und die schönen Tale des  
Neckars, ...*

Meine Damen und Herren, das war nicht Hermann Hesse, das war Hölderlin. Lassen Sie uns in diesem Sinn die schwäbische Kultur weiterhin pflegen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Genießen wir unsere Heimat!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kleinmann das Wort.

**Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei Hohenasperg heißt es ja für gewöhnlich: eine halbe Stunde hinauf und vier Jahre herunter.

(Heiterkeit)

Wir wollen aber, Herr Kollege Walter, nicht verkennen: Der Hohenasperg ist auch der Demokratenbuckel. Ich erinnere an Schubart.

Meine Damen und Herren, wenn man nicht im Heimatkundeunterricht für die kulturelle Vielfalt unseres Landes je begeistert worden ist, dann ist man es spätestens nach der Lektüre der vorliegenden Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion. Deshalb möchte ich mich bei den Urhebern dieses kulturellen Panoptikums von A wie „Archäologische Fundstellen“ bis Z wie „Zünfte“ herzlich bedanken.

Wer von den Kolleginnen und Kollegen die Antwort noch nicht gelesen hat, weil er oder sie vielleicht mit innen- oder finanzpolitischen Fragen befasst war, dem sei die Antwort in der Tat zur Lektüre mehr als empfohlen.

Doch es stellt sich, meine Damen und Herren, nun die Frage, welche politischen Schlussfolgerungen wir aus der Bestandsaufnahme ziehen sollen. Immerhin sind wir ja im Landtag und eben nicht in einem Proseminar „Empirische Kulturwissenschaft“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hauptseminar!)

– Proseminar reicht. – Ich möchte deshalb aus der großen Vielzahl der Erkenntnisse drei Punkte herausgreifen, die mir und unserer Fraktion besonders bedeutsam erscheinen.

Erstens möchte ich den Schutz der Kulturgüter und Kulturdenkmale ansprechen, nicht nur weil uns die Sicherung eines ganz wichtigen Kulturdenkmals im badischen Raum dieser Tage besonders beschäftigt. Ganz gleich, wie man zum Kauf von Schloss Salem steht, eines hat uns die Angelegenheit gelehrt – eigentlich eine banale Erkenntnis –: Der Erhalt eines historischen Gebäudes ist und bleibt eine kostspielige Sache und ist für manchen Privatmann nur schwer zu schultern. Deshalb sollten wir die Mittel für die Denkmalpflege, meine Damen und Herren, auf keinen Fall weiter reduzieren, sondern im Gegenteil aufstocken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion setzt sich im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsberatungen hierfür ein. Wir würden uns freuen, wenn dieser Vorstoß auch in den übrigen Fraktionen Unterstützung fände. Diese Unterstützung erscheint gerechtfertigt, da der Erhalt von historischen Gebäuden und anderen Kulturdenkmälern, auch wenn sie in Privatbesitz sind, der Allgemeinheit zugutekommt.

Zweitens ist mir die Frage wichtig, wie junge Menschen bereits im Kindergartenalter und in der Schule – Frau Voss-schulte, Sie haben es angesprochen – für Kultur und Geschichte ihrer Heimat begeistert werden können. Hier zeichnet die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage ein zunächst pessimistisches Bild. Ich zitiere:

*Die Pflege von Brauchtum und das Thematisieren heimatbezogener Inhalte stoßen bei manchen Schülern auch auf Widerstand. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Keine entsprechenden Familientraditionen mehr;*

– was ja in der Tat stimmt –

*kein Bewusstsein in der Gesellschaft, dass die Pflege und der selbstverständliche Umgang mit kulturellen Traditionen für die kulturelle Identität wichtig sind.*

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ganz so düster, meine Damen und Herren, würde ich die Situation nicht beschreiben wollen. Aber wir müssen uns schon anstrengen, um jungen Menschen einen Bezug zur Kultur unseres Landes zu vermitteln, denn wir können nicht voraussetzen, dass Kinder und Jugendliche dies schon von Haus aus mitbringen.

Aber häufig machen es uns Kinder leichter, als wir denken. Wenn man einmal eine Stunde Geschichtsunterricht bei Zwölfjährigen miterlebt, wird man feststellen, wie begeisterungsfähig junge Menschen gerade für eine Vielzahl von historischen Themen sind. Entscheidend ist hier die Vermittlung. Galt es z. B. lange Zeit als völlig verpönt, dass ein Lehrer von Alexander dem Großen erzählte – das hielt man für viel zu wenig wissenschaftlich –, so hat man heute erkannt, dass gerade bei einer Erzählung der Funke überspringen kann.

Auch bieten die neuen Medien Chancen, Kultur zu vermitteln, anders als manche Kulturpessimisten meinen. Virtuelle Rundgänge durch Museen machen meist erst Lust, sich einmal aufzumachen und das Original zu besuchen. Auch in der Muse-

(Dieter Kleinmann)

umsdidaktik hat sich an manchen Orten schon sehr viel getan. Gehen Sie nur einmal gegenüber in das schöne „Haus der Geschichte“.

In diesem Bereich könnten wir in der Tat auch noch aktiver werden und gerade kleine Museen und kleine Kulturdenkmäler für die neuen Medien erschließen, damit ein Schulausflug gut vorbereitet und interessant durchgeführt werden kann. Das sollte nicht nur für öffentliche Einrichtungen gelten, sondern es sollte in gleicher Weise für die privaten Einrichtungen gelten.

Schließlich möchte ich aus gegebenem Anlass – morgen, am 5. Dezember, ist der internationale Tag des Ehrenamts – die Vereine aufgreifen, die in unserem Land einen wichtigen Rahmen für ehrenamtliches Engagement schaffen. Viele von ihnen klagen über Überalterung und Nachwuchsprobleme. Wie aus den Daten hervorgeht, ist ihre Klage durchaus berechtigt. So lag der Altersdurchschnitt der Stammchöre der Vereine im Schwäbischen Chorverband – vormals Sängerbund – schon vor zehn Jahren bei 57 Jahren.

Doch Klagen allein hilft nicht weiter. Gerade der Badische und der Schwäbische Sängerbund bzw. Chorverband haben deshalb schon vor Jahren begonnen, in den Kindergärten und Schulen mit verschiedenen Angeboten junge Menschen für das Singen zu begeistern. Das Programm FELIX beispielsweise ist speziell für das Singen im Kindergarten entwickelt worden. Dies ist umso wichtiger, da neurobiologische Forschungen ergeben haben, dass eine frühe musikalische Bildung die Ausprägung kognitiver und auch sozialer Kompetenzen fördert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein Großteil dieser Arbeit erfolgt ehrenamtlich. Brauchtum und Heimatpflege wären ohne das Ehrenamt allenfalls Makulatur. Deshalb gebührt den ehrenamtlich Tätigen unser besonderer Respekt und unser besonderer Dank. Eine Gesellschaft, soll sie denn gelingen, muss ihre Wurzeln kennen, muss wissen, wo sie steht und wie sie ihre Zukunft gestalten will. Die Heimat bietet das Fundament, also den Boden für diese Wurzeln. Das Brauchtum zeigt auf, wie sich die Gesellschaft entwickelt hat. Wer die Zukunft gestalten will, kann dies nur, indem er sich des Brauchtums und der Heimatpflege besinnt, sinnvoll tun.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dietmar Bachmann  
FDP/DVP: Herr Präsident, eine Nachfrage!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Ihre Redezeit ist beendet, Herr Kollege.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Fragezeit auch!)

Jetzt hat die Landesregierung das Wort. – Herr Staatssekretär, bitte.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Ich habe auch eine Frage an den Herrn Staatssekretär!)

– Der Herr Staatssekretär hat ja noch gar nicht geredet.

(Heiterkeit)

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Anfang meiner Ansprache bewusst wieder etwas Seriosität in diese Debatte hineinbringen. Ich bedanke mich zunächst einmal sehr herzlich bei der CDU-Landtagsfraktion für diese Große Anfrage, weil es im Besonderen auch darum geht, das große zeitliche Engagement der Ehrenamtlichen, gerade in den traditionellen Strukturen unseres Landes, zu würdigen. Wenn wir gemeinsam darüber sprechen, welche Rahmenbedingungen zu einem erhöhten Engagement dieser Ehrenamtlichen führen, sind wir uns darüber einig, dass alle den Respekt dieses Hohen Hauses und gleichzeitig auch der Landesregierung verdient haben.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund bin ich auch sehr dankbar, dass wir Gelegenheit haben, heute einige Aspekte zu thematisieren.

Es sind nun einmal zum allergrößten Teil Ehrenamtliche, die sich in Vereinen, Klubs und Zünften engagieren, unser Brauchtum erhalten und Heimatpflege betreiben. Es sind viele Menschen – Hunderttausende in Baden-Württemberg –, die sich um das Brauchtum und die Heimatpflege in unserem Land verdient machen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann zu?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist schon ganz aufgeregt! Lasst ihn fragen! – Unruhe)

**Staatssekretär Georg Wacker:** Ich glaube, dass ich diese Frage nicht ablehnen kann.

**Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie wie Kollege Kleinmann und ich der Meinung sind, dass die Volkstanzgruppe in Sulz am Neckar einen wichtigen Beitrag zur Brauchtumspflege leistet.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Ei, ei, ei! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine! – Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, kann sich da jetzt jeder zu Wort melden?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Jeder Einzelne, denke ich, der seinen Beitrag in seinem Verein leistet, leistet Hervorragendes.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das gilt allgemein, ob in Sulz, in Schriesheim oder sonst wo.

Ich darf am Anfang noch einmal hervorheben: Wir hatten im Jahr 2004 eine Umfrage seitens der Bundesregierung – den Freiwilligen survey –, aus der hervorgegangen ist, dass sich 42 % der Baden-Württemberger ehrenamtlich engagieren. Wenn wir die unterschiedlichen Strukturen des ehrenamtlichen Engagements in Baden-Württemberg anschauen, stellen wir fest, Herr Kollege Walter, dass es sehr viele zeitgemäße Strukturen im bürgerschaftlichen Engagement gibt, daneben aber auch viele traditionelle Strukturen, in denen seit



(Staatssekretär Georg Wacker)

vielen Jahrzehnten auch und gerade Heimat und Brauchtum gepflegt werden.

Dies steht überhaupt nicht in einem Widerspruch zueinander, sondern das ist Teil einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte in unserem Land. Wenn sich nahezu jeder Zweite in einer solchen Gruppe engagiert, leistet er einen besonderen Beitrag für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade diese traditionellen Strukturen in den Heimatvereinen und den traditionellen Vereinen haben auch das Fundament gelegt, auf dem es gilt, die Strukturen auszubauen und damit auch das Ehrenamt zukunftsfähig zu gestalten.

Um es gleich zu sagen: Die weitverbreitete Furcht, dass sich auch die Menschen in Baden-Württemberg in Scharen ins Private zurückzögen und ehrenamtlichem Engagement und gemeinschaftlichen Aktivitäten den Rücken kehren würden, ist nicht begründet. Denn was die Gesamtzahl der Mitglieder in allen Vereinen, die sich der Heimatpflege widmen, angeht, so ist diese in etwa gleich geblieben, da abnehmende Mitgliederzahlen in einigen Vereinen und Bereichen durch eine Steigerung der Mitgliederzahl in anderen Bereichen ausgeglichen wurden.

Es gab in den letzten Jahren enorme Steigerungen, auch wenn öffentlich hin und wieder das Gegenteil behauptet wird. Im Bereich der Theatergruppen gab es in den letzten zehn Jahren eine Steigerung um 20 % auf 606 Mitgliedsbühnen des Landesverbands der Amateurtheater. Die Zahl der Freilichtbühnen hat sich in den letzten drei Jahren sogar auf 44 Spielstätten verdoppelt.

589 Museen in unserem Land weisen einen Sammelbestand mit volkskundlichem, heimatkundlichem oder regionalgeschichtlichem Schwerpunkt auf und zählen damit zu den Heimatmuseen. Über zwei Drittel dieser Heimatmuseen sind im ländlichen Raum angesiedelt. Bei den Heimatmuseen handelt es sich in der Regel um kleinere Museen in überwiegend ehrenamtlicher Regie.

Wenn man all dies zusammen nimmt, sind es 1,4 Millionen Personen, die sich direkt oder indirekt gerade für die Pflege des Brauchtums und damit auch für unsere Heimat engagieren. Deswegen nochmals ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Dieses hohe Engagement – sprich diese für unsere Kultur aktiven Menschen – hat unsere Unterstützung verdient. Diese ehrenamtlich tätigen Menschen profitieren nicht nur von den 500 000 €, die wir gerade in diesen Bereichen in die Verbändeförderung investieren, sondern auch von vielen anderen Programmen – von der Jugendarbeit bis zur Laienmusikförderung. Es gibt also verschiedene gewachsene Förderstrukturen in unserem Land, die diese günstige Entwicklung ermöglicht haben.

In Artikel 12 der Landesverfassung steht: „In der Liebe zu Volk und Heimat“ gilt es, die Jugend zu erziehen. Ich glaube, dass dieser Satz nach wie vor hochaktuell ist, auch wenn hier manche meinen, er sei altertümlich.

Deswegen haben wir gerade bei der Umsetzung unserer Bildungsplanreform im Jahr 2004 als erklärtes Ziel in unserem schulischen Unterricht verankert, die Verbundenheit der Kin-

der und Jugendlichen mit dem Heimatraum und seinen Menschen zu fördern. Diese Aufgabe ist schwerpunktmäßig den einzelnen Fächern und auch den Fächerverbänden zugeordnet. Sie hat aber auch Relevanz für den ganzen Fächerkanon der verschiedenen Schularten. Brauchtumpflege findet sich daher ebenso in den Fächern Evangelische und Katholische Religionslehre, Musik, Bildende Kunst, Erdkunde und den entsprechenden Fächerverbänden sowie natürlich auch im Fach Deutsch.

Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule erwerben bereits im Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur“, auch wenn man sich an diesem Begriff zunächst einmal stoßen mag – – Tatsache ist, dass die Heimatpflege, die Verbundenheit zur Region und zur Heimat, wesentlicher Bestandteil der Bildungsplanung gerade im Rahmen des Fächerverbands ist. Insofern hat der Stellenwert der Heimatpflege gerade bei den Grundschulkindern nicht gelitten, sondern sie wurde sogar ausgebaut.

Meine Damen und Herren, dort, wo es aufgrund familiärer Defizite gegenläufige Entwicklungen in Richtung einer Entfremdung von Heimat und Tradition geben mag, kann Schule im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchaus gegensteuern und durch verschiedene Akzente und Impulse neues Interesse an Heimat und Brauchtum wecken.

Ich könnte die einzelnen Bereiche skizzieren. Viele Vorredner haben das bereits getan. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nur, zu erkennen, dass gerade die Traditionsvereine die Zeichen der Zeit sehr wohl erkannt haben. Ein Musikverein im ländlichen Raum, der sich auf traditionelle Blasmusik konzentriert und gegebenenfalls noch Literatur des frühen 20. Jahrhunderts als modern bezeichnet, hat natürlich gerade im Zuge der demografischen Entwicklung verloren.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deswegen weiß jeder Musikverein und jeder Gesangverein, dass es, um die Attraktivität für die Menschen zu steigern, im Grunde darum geht, eine Brücke zwischen den Generationen herzustellen, Heimat- und Brauchtumpflege mit hochmoderner Musik auf einem hohen musikalischen Niveau zu verbinden.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wird auch gemacht!)

Wenn diese Herausforderung vor Ort gestaltet wird, werden diese Vereine nicht nur überleben, sondern sie bieten den Menschen auch Heimat an, Frau Haußmann,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wird gemacht, Herr Staatssekretär! Dafür gibt es ganz viele Beispiele!)

damit auch die jungen Menschen die Motivation haben, sich in diesen Vereinen zu engagieren.

Die Mundart wird im Rahmen der Amateurtheatervereine intensiv gepflegt. Umzüge und Volksfeste sind nicht nur zum Vergnügen gedacht, sondern haben einen ganz klaren Traditionsgehalt. Über die Fastnacht brauche ich in diesem Raum überhaupt nicht zu sprechen. Wir alle kennen den besonderen Wert dieser närrischen Tage.

(Staatssekretär Georg Wacker)

Auch das ausländische Brauchtum gilt es zu pflegen. Ich möchte deswegen mit Respekt auf das ausländische Brauchtum verweisen. Dieser Respekt ist ein notwendiger Schritt der Bevölkerungsmehrheit, um Menschen mit Migrationshintergrund die Integration zu erleichtern.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Er nimmt diesen Menschen die Angst, ihre eigene Identität zu verlieren, und zeigt ihnen auch, dass sie als Menschen und nicht nur als Arbeitskräfte akzeptiert werden.

(Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Der gegenseitige Respekt der Traditionen zueinander ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer gelingenden Integration.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die ehrenamtlichen Strukturen sind sich dieser Herausforderung auch bewusst.

Der Freiwilligensurvey aus dem Jahr 2004 stellt klar, dass das Ehrenamt aus Vielfalt besteht, dass aber gewachsene Strukturen ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Vielfalt sind. Die Vereine der Heimatpflege und des Brauchtums haben diese Strukturen mit entwickelt, die heute zu einem festen Fundament unserer Gesellschaft gehören. Ihnen danken wir im Besonderen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär, lassen Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Kluck zu?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aber jetzt nicht zur Eselzucht!)

**Staatssekretär Georg Wacker:** Ja, selbstverständlich.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Herr Staatssekretär, teilt die Landesregierung meine Auffassung,

(Zurufe von der SPD: Nein!)

dass die im nächsten Jahr in Reutlingen stattfindenden Heimattage ein sehr guter Beitrag zu diesem Thema sein werden?

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nein! – Gegenrufe: Ja!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Georg Wacker:** Die Heimattage in Baden-Württemberg haben eine langjährige Tradition mit einer hohen Akzeptanz in der gesamten Fläche des Landes Baden-Württemberg. Insofern gehören die Heimattage als fester Bestandteil zum kulturellen Angebot unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Die Große Anfrage ist besprochen. Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum präventiven Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg (Kinderschutzgesetz Baden-Württemberg) – Drucksache 14/3587**

Das Präsidium hat nach der Begründung des Gesetzentwurfs durch die Regierung eine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich darf Frau Sozialministerin Dr. Stolz für die Landesregierung das Wort erteilen.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wirksamer Kinderschutz und auch die Prävention, um einer Vernachlässigung von Kindern vorzubeugen, haben in unserem Land hohe Priorität; da sind wir uns einig. Mit dem heute eingebrachten Gesetzentwurf zum präventiven Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, kurz Kinderschutzgesetz, wollen wir einen weiteren Baustein – ich betone: einen weiteren Baustein –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

in unser Kinderschutzkonzept einfügen. Der vorgelegte Entwurf knüpft dabei an die U-Untersuchungen an; das sind die von vielen Eltern bereits auf freiwilliger Basis wahrgenommenen Früherkennungsuntersuchungen. Mit der vorgesehenen gesetzlichen Regelung wird die durchgängige Teilnahme an diesen Untersuchungen zukünftig zur Pflicht gemacht.

Früherkennungsuntersuchungen leisten einen präventiven Beitrag zur Verbesserung der gesundheitlichen Vorsorge für Kinder und Jugendliche. Sie tragen aber auch dazu bei, dass gerade Problemsituationen möglichst früh erkannt werden, z. B. Probleme hinsichtlich eines gesunden und gedeihlichen Aufwachsens. Sie machen es auch möglich, bei einer Gefährdung des Kindeswohls rechtzeitig notwendige Abwehrmaßnahmen einzuleiten.

Die Teilnahmequote in den ersten beiden Lebensjahren des Kindes, bis zur U 7, ist mit 95 % schon jetzt erfreulich hoch. Ab der U 8 sinkt sie allerdings merklich. Deshalb streben wir durch weitere Maßnahmen eine möglichst hohe Quote der Teilnahme an allen Untersuchungen bis zur U 9 und auch an der J 1 an. Hierfür wollen wir die Eltern noch stärker als bisher in die Verantwortung nehmen. Damit sollen zukünftig gerade auch diejenigen Kinder erreicht werden, deren Untersuchung auf freiwilliger Basis bisher unterblieben ist.

Lassen Sie mich kurz auf die geplanten Regelungen eingehen. Der Gesetzentwurf verpflichtet zukünftig alle Eltern, die Teilnahme ihrer Kinder an den Früherkennungsuntersuchungen von der U 1 bis zur J 1 sicherzustellen. Diese Verpflichtung gilt ausnahmslos und ist insbesondere auch vom Versichertenstatus unabhängig. Die Gesundheitsämter sind gehalten, im Rahmen ihrer Aufgaben auf diese Verpflichtung hinzuweisen.

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

Dabei erfolgt eine inhaltliche Verknüpfung mit den bereits bestehenden Regelungen zur ärztlichen Untersuchung vor Eintritt in eine Kindertageseinrichtung und mit den Regelungen zu den Einschulungsuntersuchungen.

Wir wollen mit diesem Entwurf auch eines für die Praxis klarstellen: Stellen sich im Rahmen der Beratung durch das Gesundheitsamt oder einer Untersuchung durch den Arzt gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls heraus, so steht auch den nach § 203 des Strafgesetzbuchs schweigeverpflichteten Personen – etwa Ärzten – die Befugnis zu, dies dem Jugendamt mitzuteilen. Gerade in diesem Punkt besteht in der täglichen Praxis immer noch Verunsicherung.

Was geschieht jetzt, wenn die Pflicht zu dieser Früherkennungsuntersuchung versäumt wurde? Vorrangiges Ziel des Gesetzes ist es, dass alle Kinder innerhalb der vorgesehenen Zeitfenster an der jeweiligen Früherkennungsuntersuchung teilnehmen, denn deren Untersuchungsinhalte sind spezifisch auf die betreffende Altersgruppe ausgerichtet.

In diesen Fällen tragen wie bisher die Krankenkassen die Kosten für die Durchführung der jeweiligen Untersuchung. Wurde ein Untersuchungstermin allerdings versäumt, haben die Eltern entsprechend diesem Gesetzentwurf die Möglichkeit, die letzte versäumte Untersuchung kostenfrei durch den öffentlichen Gesundheitsdienst nachholen zu lassen. Damit wollen wir die staatlich gewünschte Teilnahme möglichst aller Kinder und Jugendlichen an den Früherkennungsuntersuchungen erreichen. Daher auch die Kostenfreiheit. Die zwar zu späte, aber schließlich doch erfolgende Teilnahme darf nicht an fehlenden finanziellen Mitteln der Eltern scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Auf Sanktionen bei einer Nichtteilnahme haben wir ganz bewusst verzichtet. Das mag auf den ersten Blick verwundern, ist aber, wie man bei genauerem Hinschauen erkennt, denke ich, richtig und ausgewogen. Denn wir gehen davon aus, dass gerade jene Kinder oftmals nicht zur Untersuchung vorgestellt werden, die in schwierigen familiären und finanziellen Verhältnissen aufwachsen. Die Nichtteilnahme als Ordnungswidrigkeit zu ahnden oder Geldleistungen, beispielsweise das Landeserziehungsgeld, zu versagen, könnte dazu führen, dass für diese Kinder der Zugang zu nötigen Hilfen weiter erschwert wird. Soziale oder emotionale Problemlagen könnten dadurch sogar noch verschärft werden.

Auch ein teilweise vorgeschlagenes Einladungs- und Mahnsystem sieht der Entwurf ganz bewusst nicht vor. Die Einführung eines solchen bürokratischen Systems würde in ganz erheblichem Umfang einen Austausch und einen Abgleich personenbezogener Daten erfordern. Wir würden mit einem hohen Verwaltungsaufwand und mit hohen Kosten parallele Strukturen etwa zu den Mailingsystemen der gesetzlichen Krankenkassen aufbauen. Stattdessen prüfen wir derzeit, ob und, wenn ja, wie wir im Wege einer Rahmenvereinbarung mit den Krankensicherern die dort bereits gut funktionierenden Systeme auch für die Früherkennungsuntersuchungen nutzbar machen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die dargestellten Regelungen als weiterer Baustein des Kinderschutzkonzepts

wurden im Anhörungsverfahren insgesamt begrüßt. Der Gesetzentwurf baut insoweit auf einem breiten Konsens auf.

Die kommunalen Landesverbände haben in der Anhörung darüber hinaus einen Kostenausgleich für die von den Gesundheitsämtern als neue Aufgabe durchzuführende Nachuntersuchung gefordert. Wir haben diese Forderung sehr eingehend geprüft und sind zu folgendem Ergebnis gekommen:

Neben der landesweiten Betrachtung hat auch die für die Stadtkreise Stuttgart, Mannheim und Heilbronn durchgeführte Einzelanalyse ergeben, dass die zu erwartenden Kosten für durchzuführende Nachuntersuchungen den Konnexitätsmechanismus nicht auslösen, weil die Bagatellgrenze von 10 Cent je Einwohner nicht überschritten wird. Eine Ausgleichspflicht des Landes besteht somit nach unseren Berechnungen nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Punkt ist an dieser Stelle besonders wichtig. Das Kinderschutzgesetz mit seinen angemessenen und ausgewogenen Regelungen ist ein wichtiger Baustein, aber eben nur ein Baustein eines wirkungsvollen Kinderschutzes. Darüber hinaus gibt es im Land eine ganze Reihe bewährter Maßnahmen zur gesundheitlichen Vorsorge und auch zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Wir wollen im kommenden Jahr das Gesamtkonzept „Kinderschutz in Baden-Württemberg“ mit weiteren Maßnahmen ausbauen. Wir wollen die Landkreise und ihre bestehenden hochwertigen Hilfesysteme mit weiteren Maßnahmen begleiten. Dazu möchte ich nur das Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ nennen, dessen Ergebnisse den Landkreisen im kommenden Jahr zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte auch die zusätzlichen Mittel für die Qualifizierung der im Kinderschutz tätigen Fachkräfte nennen. Wir stellen hierfür 600 000 € zur Verfügung. Im kommenden Jahr wollen wir das Konzept der Familienhebammen ebenfalls weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Alle Maßnahmen und Anstrengungen des Landes, der Kommunen, der freien Träger und der vielen ehrenamtlichen Initiativen im Kinderschutz verfolgen letztlich ein Ziel: Kein Kind darf in diesem Land verloren gehen.

(Beifall der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Ich denke, mit diesem Entwurf eines Kinderschutzgesetzes werden wir diesem Ziel ein weiteres Stück näher kommen. Deswegen bitte ich Sie, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Frau Abg. Krueger das Wort.

**Abg. Andrea Krueger** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Dessen sollten



(Andrea Krueger)

wir uns als Eltern, als Familien, aber auch als Gesellschaft, als Politiker immer bewusst sein. Unser aller Sorge muss ihrem Aufwachsen, ihrer gedeihlichen Entwicklung gelten.

Natürlich liegt diese Aufgabe primär bei den Eltern. Als Gesellschaft, als Politiker haben wir die Aufgabe, Eltern bei ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Das heißt, wir müssen sie durch geeignete Rahmenbedingungen, z. B. bei der Kinderbetreuung, begleiten.

Die weit überwiegende Zahl der Eltern müht und sorgt sich redlich und liebevoll, ihren Kindern den Weg ins Leben zu ebnen.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Das ist so. – Doch leider müssen wir in Einzelfällen auch immer wieder feststellen und erleben, dass Eltern ihrer Fürsorgepflicht nicht oder nur unzureichend nachkommen. An dieser Stelle ist die Politik, ist der Gesetzgeber gefragt. Denn die Kinder haben Anspruch auf unseren Schutz und auf unsere Aufmerksamkeit.

Nun verfügen wir in Baden-Württemberg bereits über ein tragfähiges Unterstützungsnetz mit verschiedenen Präventionsmaßnahmen und Hilfestrukturen. Frau Ministerin Dr. Stolz hat bereits darauf hingewiesen und u. a. das Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ genannt. Ich will aber auch noch an das Programm STÄRKE im Rahmen der Landeserziehungsoffensive oder auch an die aufsuchenden Hilfen für Familien in Risikosituationen ebenso wie an die Neukonzeption der Einschulungsuntersuchungen erinnern.

Gleichzeitig sind wir uns sicher darin einig, dass es stets gilt, Belastungssituationen in Familien und Gefährdungssituationen für Kinder möglichst frühzeitig zu erkennen und abzufangen. Früherkennungsuntersuchungen leisten dazu schon heute einen wichtigen Beitrag.

Mit dem nun vorgelegten Kinderschutzgesetz wollen wir die Eltern noch stärker in die Pflicht nehmen, von diesen Früherkennungsuntersuchungen auch tatsächlich Gebrauch zu machen. Die Steigerung der Teilnahme an den Untersuchungen und die Möglichkeit zur nachholenden Untersuchung sind ein weiterer Baustein – die Ministerin hat es bereits benannt – zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und des Kinderschutzes.

Gleichzeitig machen wir aber auch noch einmal sehr deutlich, dass die Schweige- und Geheimhaltungspflicht und der Datenschutz nicht daran hindern dürfen, Kindern und Jugendlichen in Gefährdungssituationen wirksam zu helfen, sei es über Hilfsangebote oder über das Einschreiten des Jugendamts.

Nun gibt es sicher noch weitere Maßnahmen, die geeignet sind, Kinder zu schützen und Familien zu helfen; einige habe ich eingangs genannt. Allerdings bedürfen nicht alle einer gesetzlichen Regelung. Damit die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen jedoch von Staats wegen auch über die reine Freiwilligkeit hinaus eingefordert werden kann, bedarf es der gesetzlichen Verankerung dieser Pflicht.

Ich bin überzeugt: Das Wohl unserer Kinder ist uns allen gemeinsam ein Herzensanliegen. So bitte ich Sie, liebe Kolle-

ginnen und Kollegen, im Interesse unserer Kinder und unserer Jugendlichen sehr herzlich um Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay für die Fraktion der SPD.

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir beraten heute den Entwurf des Gesetzes zum präventiven Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg – kurz Kinderschutzgesetz – in erster Lesung. Dazu möchte ich Ihnen, Frau Ministerin, auch wenn Sie jetzt vieles ergänzend angekündigt haben, eingangs sehr klar und deutlich für unsere Fraktion sagen: Sie versprechen mit diesem Gesetzentwurf mehr, als Sie halten.

Denn es handelt sich bei dem, was Sie mit diesem Gesetzentwurf heute vorlegen, um einen losen Baustein. Dessen Zielsetzung unterstützen wir durchaus. Aber wir sind hier in Baden-Württemberg – im „Kinderland“, wie Sie immer so gern sagen – noch weit weg von einem umfassenden, systematischen Kinderschutzkonzept. Das ist es, was wir brauchen; wir brauchen nicht nur einen losen Baustein.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Für die Kinder, die in ihren Familien keine ausreichende Unterstützung bekommen oder die sogar Gewalt erfahren, hat der Staat eine besondere Verantwortung, sein Wächteramt auszuüben. Deshalb, sehr geehrte Frau Ministerin, teilen wir selbstverständlich die Einschätzung, dass die verpflichtenden Untersuchungen ein notwendiger Schritt sind. Das hätten Sie schon längst einführen können. Andere Bundesländer haben das getan. Diese haben dann allerdings umfassende Kinderschutzgesetze vorgelegt und dabei nicht nur auf die Pflichtuntersuchungen gesetzt, sondern vor allem frühe, aufsuchende, niedrigschwellige Hilfen einbezogen, und sie haben dies zur Grundlage für eine Kinderschutzkonzeption gemacht. Sie kündigen an, das tun zu wollen. Sie hätten es aber schon längst tun können, und Sie hätten es auch schon längst tun müssen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Völlig zu Recht haben im Anhörungsverfahren zu diesem Gesetzentwurf der Landesfamilienrat, der Zusammenschluss aller Familienverbände im Land Baden-Württemberg, die Liga der freien Wohlfahrtsverbände, der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Kinderschutzbund genau dieses umfassende Konzept eingefordert. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, dass Sie hier auf das sogenannte Kinderschutzkonzept verweisen, das wir angeblich schon hätten. Gerade haben Sie eingeräumt, dass vieles in diesem umfassenden Kinderschutzkonzept erst noch kommen muss. Ein Sammelsurium unverbundener Einzelmaßnahmen und Modellprojekte ist eben kein Ersatz für ein umfassendes Kinderschutzkonzept, wie wir es dringend brauchen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Marianne Wonnay)

Ich möchte, weil Sie immer wieder auf das Programm STÄRKE verweisen – Frau Kollegin Krueger hat das eben auch wieder getan –, den Aspekt der aufsuchenden Hilfe schon noch einmal sehr eindringlich ansprechen. Genau dort sind Verlässlichkeit und schnelle Handlungsfähigkeit, die in solch schlimmen Situationen notwendig sind, bisher nicht gegeben. Ich will jetzt gar nicht von den Bildungsgutscheinen reden. Wir wissen, dass wir mit diesen Gutscheinen die Risikofamilien gerade nicht erreichen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das wissen wir schon jetzt!)

Das Programm STÄRKE bietet Möglichkeiten, die ich gar nicht kleinreden will. Aber für den Bereich der Risikofamilien ist der andere Teil dieses Pakets, den Frau Krueger ja auch genannt hat, wichtig. Ich möchte einmal aus der Homepage des Sozialministeriums, Thema „Familien mit Kindern“, Rubrik „Antworten auf häufig gestellte Fragen zu STÄRKE“, zitieren. Eine Frage dort lautet:

*Können Eltern in besonderen Lebenssituationen*

– das ist genau das, wovon wir im Hinblick auf den Kinderschutz sprechen –

*genauso sicher damit rechnen, weitere Zuschüsse zu erhalten, wie Gutscheininhaber auf die Einlösung ihres Gutscheins vertrauen können?*

Die Antwort des Sozialministeriums lautet:

*Leider nicht, da die Jugendämter am Jahresanfang einen bestimmten Anteil der Programmmittel erhalten und diese zunächst für die Gutscheineinlösung verwendet werden müssen. Die Jugendämter bestimmen ...*

die Konditionen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

*Dies wird sich nach den örtlichen Strukturen und Handlungsbedarfen richten. Sobald die jährlich zur Verfügung gestellten Mittel des Programms erschöpft sind, können Zuschüsse aus STÄRKE für Familien in besonderen Lebenssituationen erst wieder im nächsten Jahr gewährt werden.*

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: Familien in einer solchen Notsituation, Kinder in einer solchen Notsituation können nicht bis zum nächsten Jahr warten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:  
So ist es! Unmöglich! Hilfe nach Haushaltslage! –  
Abg. Katrin Altpeter SPD: Genau!)

Deswegen ist das eben kein verlässlicher Baustein.

Wir wollen über das, was Sie heute vorschlagen, Frau Ministerin, hinaus – da werden wir Sie sehr ernst nehmen und prüfen, ob Sie Ihren Worten tatsächlich auch die entsprechenden Taten folgen lassen –, also über den Bereich der Pflichtuntersuchungen hinaus eine Gesamtkonzeption, die vor allem auf die aufsuchende, niederschwellige Arbeit setzt. Wir wollen dazu insbesondere auch die Familienhebammen stärken. Da werden Sie dann schon unter Beweis stellen müssen, wie ernst es dem Land wirklich ist. Das gilt beispielsweise für die Fort-

bildung zur Familienhebamme ebenso wie für die Finanzierung, um die Arbeit der Familienhebamme verlässlich zu regeln.

Noch einmal das Schlussfazit: Ein Baustein allein reicht nicht. Mit dem sind Sie spät genug dran. Wir brauchen endlich ein umfassendes Kinderschutzkonzept.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jährlich sterben nach Angaben der Bundesstiftung Kinderzukunftnetz etwa 150 Kinder in Deutschland an den Folgen anhaltender Vernachlässigung oder Misshandlung. Dabei besteht das größte Risiko im ersten Lebensjahr.

Auch in Baden-Württemberg weist die Kriminalstatistik einen Anstieg der Zahl der Fälle von Kindesmisshandlung um 30 % in den letzten zehn Jahren auf. So waren es im letzten Jahr 333 Fälle, die bekannt geworden sind. Da in vielen Fällen Misshandlungen und Vernachlässigungen von Kindern natürlich nicht bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden, sondern – wenn überhaupt – lediglich Jugendschutzorganisationen und Jugendämter eingeschaltet werden, muss insgesamt von einer weit höheren Zahl ausgegangen werden.

Auch die Zahl der Familien, die Erziehungshilfen in Anspruch genommen haben, ist seit dem Jahr 2000 bundesweit um 54 % gestiegen. In Baden-Württemberg stieg sie laut Aussage des Statistischen Landesamts sogar um knapp 70 %.

Wir haben in Baden-Württemberg bisher viele unterschiedliche Maßnahmen, die dem Kinderschutz dienen. Beispiele sind genannt worden. Wir haben z. B. das Programm STÄRKE, das Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“, wir haben die Neukonzeption der Einschulungsuntersuchung. Das heißt, wir haben ein unverbindliches Sammelsurium von Maßnahmen und Konzepten, die in einem Kinderschutzkonzept gesammelt sind.

Meine Damen und Herren, das sind viele Einzelmaßnahmen, die aber nur Teilbereiche abdecken und die keine Antwort auf die Frage geben, wie ein Gesamtkonzept für Baden-Württemberg aussieht, das auch Kindern in schwierigen Lebensverhältnissen ein gesundes Aufwachsen ermöglicht und das vor allem im ersten Lebensjahr ansetzt.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter und Theresia Bauer GRÜNE – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Landesregierung hat im Sommer als Reaktion auf die verschärfte Problemlage einen Gesetzentwurf zum Kinderschutz vorgelegt, der im Anhörungsverfahren von den meisten Verbänden als völlig unzureichend kritisiert wurde. Diese Einschätzung teilen wir. Auch wir halten diesen „Schmalspurgesetzentwurf“ für komplett untauglich, um den Kinderschutz in Baden-Württemberg wirksam voranzubringen.

(Beifall bei den Grünen)

(Brigitte Lösch)

Der Grund: Nur ein einziger Punkt wird in diesem Gesetzentwurf geregelt. Das sind die Vorsorgeuntersuchungen. Schlanke Gesetzentwürfe sind prinzipiell richtig. Aber einen Gesetzentwurf, der sich wirklich nur auf einen einzigen Punkt reduziert, halte ich hier wirklich für absolut unzureichend. Ich finde, dass sich ein Gesetzentwurf, der den Kinderschutz in Baden-Württemberg regeln soll, nicht nur auf das Thema Vorsorgeuntersuchung reduzieren darf, sondern eigentlich ein Gesamtkonzept zum Kinderschutz enthalten müsste. Da fehlen die wichtigsten Punkte.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer und Franz Untersteller GRÜNE)

Frau Stolz, Sie haben vorhin gesagt: „Das Gesetz ist nur ein Baustein des Kinderschutzkonzepts.“ Ich finde, andersherum wird ein Schuh daraus: Das Kinderschutzkonzept muss Bestandteil des Kinderschutzgesetzes sein, weil ein Gesetz viel weitreichender ist als ein unverbindliches Kinderschutzkonzept. Was hindert Sie daran, was hindert uns daran, die genannten Maßnahmen in das Kinderschutzgesetz einzufügen? Warum müssen wir das Kinderschutzgesetz auf nur einen einzigen Punkt reduzieren, nämlich auf das Thema Vorsorgeuntersuchung?

Sie schreiben in der Begründung zu der Notwendigkeit der normativen Regelung, dass das Gesetz mit den Vorsorgeuntersuchungen keine neuen kommunalen Aufgaben schaffe, dass es aber darauf hinweise, dass die bereits bestehenden Pflichten verstärkt wahrgenommen werden müssten. Dazu gehören auch noch andere Bereiche.

Ein weiterer Punkt, den ich hierbei noch ansprechen möchte und den ich wichtig finde, sind Kooperation und Vernetzung der frühen Hilfen. Das ist der Hauptbestandteil des Modellprojekts „Guter Start ins Kinderleben“. Dazu ist als Ergebnis ein Vernetzungshandbuch geplant. Das ist uns zu wenig. Wir möchten, dass die Vernetzung der frühen Hilfen auch im Kinderschutzgesetz geregelt wird. Da kann man mit der gleichen Begründung vorgehen und sagen: Es sind zwar keine neuen Aufgaben, weil die Kinder- und Jugendämter diese Aufgabe haben; aber es ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass diese bereits bestehenden Pflichten auch verstärkt wahrgenommen werden müssen.

Sie alle kennen wahrscheinlich die Aufgaben der Jugendämter und wissen, dass Kooperation und Vernetzung unglaublich schwierig sind und dass vor allem Kooperation und Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Gesundheitshilfe im Augenblick noch kaum funktionieren. Deshalb muss die Vernetzung der frühen Hilfen Bestandteil eines wirksamen Kinderschutzgesetzes sein.

Unser „Kinderland“ braucht einen präventiven Kinderschutz. Aber um Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern wirksam vorzubeugen taugt dieser „Schmalspurgesetzentwurf“ nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht hat die Ministerin gesagt: Dieser Gesetzentwurf ist ein weiterer Baustein in unserem Gesamtkonzept zum besseren Schutz von Kindern vor Gefahren für Leib und Leben, vor körperlicher, geistiger, seelischer Beeinträchtigung und Misshandlungen – bis hin zu den Fällen, die dann auch immer wieder zu Schlagzeilen führen. Erst jetzt ist wieder eine Verurteilung wegen Kindestötung in einem sehr frühen Stadium ausgesprochen worden. Es nützt nichts und es reicht nicht, wenn bei einzelnen krassen Fällen plötzlich eine große Empörung durchs Land geht und man dann sagt: „Wir müssen etwas tun“, und sich das am Ende wieder in Luft auflöst.

Daher waren der Ausgangspunkt nicht nur diese extremen Fälle, sondern war die traurige Tatsache, dass wirklich das erste Lebensjahr statistisch das gefährlichste Lebensjahr für Kinder ist. Unmittelbar nach der Geburt und im ersten Lebensjahr sollten Kinder im familiären Kontext aufgehoben sein. Deshalb werden wir das, selbstverständlich unter Wahrung der grundgesetzlich garantierten Elternrechte – Artikel 6 des Grundgesetzes –, aber auch in Ausübung des im selben Artikel genannten Wächteramts des Staates, das die Kollegin Krueger deutlich angesprochen hat, in einer vernünftigen Abwägung in einen wirklich effektiven, stärkeren Schutz von Kindern in dieser frühen Phase einmünden lassen.

Nun lautet die Kritik, die ich gerade gehört habe, dass wir nicht alle Maßnahmen, die in dem Gesamtkonzept schon vorhanden sind, in das Gesetz hineinschreiben. Da unterscheiden wir uns wirklich ein bisschen. Da, wo gesetzliche Verpflichtungen und Zuordnungen schon vorhanden sind, wollen wir nicht noch einmal ein Gesetz darüberstülpen, sozusagen ein Gesetz über die Gesetze. Daher halte ich es für richtig, klarzumachen, dass diese zusätzliche Normierung, die wir jetzt mit diesem Gesetz schaffen, selbstverständlich auf dem aufbaut, was im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe schon gesetzlich vorgegeben ist. Es ist ein Schlüssel. Darin sind wir uns alle einig.

Wir hatten einen großen Kongress aller FDP-Fraktionen hier an dieser Stelle,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist aber gewaltig!)

an der genau diese Abwägung getroffen wurde. Die Erkenntnis war, dass nicht in erster Linie gesetzgeberische Maßnahmen, sondern Bündelung und Vernetzung der vorhandenen Angebote der Weg sind. Da passiert inzwischen auch vergleichsweise viel.

Wir müssen doch auf diejenigen setzen, die im Umfeld der Geburt sehr früh mit den Familien Kontakt haben. Das sind eben nun einmal die Ärzte, die Geburtskliniken, die Hebammen. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir, die beiden Regierungsfractionen, uns darauf geeinigt haben, den Part der Hebammen über das rein Medizinische hinaus erweitern zu wollen. Es steht ja auch schon im Haushaltsentwurf drin, dass wir hier für die Familienhebammen mit der Funktion früher aufsuchender Hilfen und der Wahrnehmung von Warnsignalen einen An Schub geben wollen, um Hilfen zu organisieren und wirklich über die Möglichkeit eines niederschweligen Zugangs letztendlich mehr zu erreichen als mit gesetzlichem



(Dr. Ulrich Noll)

Zwang, als mit irgendwelchen zusätzlichen gesetzlichen Normierungen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was ich auch sagen will: Wer glaubt, wir würden dieses Problem nur durch gesetzliche Maßnahmen regeln, der irrt. Vielmehr brauchen wir meines Erachtens eine neue Kultur oder eine revitalisierte Kultur des wechselseitigen Hinschauens:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nicht bloß hinschauen, auch helfen!)

Hinschauen, Signale aufnehmen, Hilfen organisieren – genau in dieser Reihenfolge. Ich weiß wohl, dass sich dabei immer auch die Frage stellt: Öffnen wir da möglicherweise nicht dem Denunziantentum Tür und Tor? Wir sollten in dieser Abwägung die Menschen aber durchaus dazu ermutigen, glaube ich, dass man dann, wenn bei Kindern in diesem sehr frühen Stadium Hinweise auf Gefährdungen und Misshandlungen wahrzunehmen sind, wirklich hinschaut, Hilfen organisiert und damit in einem sehr frühen Stadium dafür sorgt, dass das Kind „nicht in den Brunnen fällt“.

Zu diesen Maßnahmen zählen ja die Vorsorgeuntersuchungen, die bei der Geburt und in den ersten Lebensjahren stattfinden, die sogenannten U-Untersuchungen. Sie waren bisher freiwillig und wurden sehr gut angenommen. In den ersten zwei Lebensjahren der Kinder haben 95 % aller Eltern diese Untersuchungen angenommen, übrigens auch deswegen, weil die Krankenkassen schon jetzt sogenannte Mailings machen. Das heißt, sie weisen die Eltern darauf hin. Auch deswegen haben wir gesagt: Wir machen nicht noch einmal ein zusätzliches Verfahren, sondern wir nutzen das, was schon vorhanden ist.

Aber – das ist der entscheidende Punkt – wir haben gesagt: Um die Wahrnehmung dieser Untersuchungen noch zu verstärken, machen wir es für die Personensorgeberechtigten mit diesem Gesetz zur Pflicht, mit ihren Kindern an den U-Untersuchungen teilzunehmen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: Ja, ich komme zum Schluss. – Wir haben bewusst keine Sanktionen vorgesehen. Denn genau in dieser sensiblen Phase ist die Strafandrohung wahrscheinlich das falsche Signal. Vielmehr muss das Hilfeangebot ganz im Vordergrund stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Daher glaube ich, dass wir mit diesem Gesetz tatsächlich einen neuen, zusätzlichen Baustein zu einem umfassenden Schutzkonzept für die Kinder in diesem Land finden werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 14/3587 zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Sie stimmen der Überweisung zu. – Es ist so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes – Drucksache 14/3659**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Finanzierung der Kleinkindbetreuung – Drucksache 14/2302**

**c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Übertragung der Aufsicht über Kindertageseinrichtungen auf die Stadt- und Landkreise? – Drucksache 14/2654**

Das Präsidium hat für die Aussprache über die Buchstaben a bis c nach der Begründung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Familien- und Kinderpolitik steht im Mittelpunkt auch der Gesellschaftspolitik der Landesregierung. Eltern und Kinder sollen gute Rahmenbedingungen in unserem Land vorfinden. Bei diesen guten Rahmenbedingungen spielt die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle.

Das Land setzt dabei primär auf den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung. Nachdem wir ja bei den Kindergärten schon lange die Vollversorgung haben, geht es vor allem um bedarfsgerechte Öffnungszeiten und die Ausweitung der Ganztagsbetreuung. Vor allem aber geht es um die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren, bei denen wir noch Ausbaubedarf haben. Die Entwicklung ist allerdings sehr dynamisch. Ich darf auch die heute Morgen aufgestellte Behauptung korrigieren: Das Land ist nicht Schlusslicht, sondern ist, gerade was den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren betrifft, an der Spitze der westlichen Flächenländer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Das zeigt, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Unser Ziel ist es, im Land bis 2013 im Durchschnitt ein Betreuungsangebot für 34 % der Kleinkinder zu erreichen. Das heißt, dass wir in Krippen, in altersgemischten Gruppen, in der Tagespflege noch etwa 50 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren aufbauen müssen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wonnay?

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Nein, ich würde jetzt gern den Gesetzentwurf vorstellen.

Dieser Aufbau von Betreuungsplätzen ist eine enorme Herausforderung für das Land, aber vor allem auch für die Kommunen, die ja in erster Linie für die Bereitstellung dieser Plätze

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

verantwortlich sind. Wir lassen die Kommunen und die freien Träger bei dieser Aufgabe nicht allein. Wir können die Kommunen und die freien Träger zum einen mit den Mitteln aus dem „Bundesinvestitionsprogramm Kinderbetreuung“ für die Jahre 2008 bis 2013 mit insgesamt 297 Millionen € unterstützen. Da geht es um die Investitionen. Das Land konzentriert sich auf die zielgerichtete Förderung des laufenden Betriebs der Einrichtungen.

Damit sind wir beim heutigen Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes, den wir heute in erster Lesung beraten. Ausgangspunkt für diesen Gesetzentwurf waren die Verhandlungen der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden über den Bereich Bildung, Betreuung und Erziehung Ende 2007. Als Ergebnis dieser Verhandlungen hat die Landesregierung zugesagt, die Landeszuschüsse zu den Betriebskosten der Kleinkindbetreuung deutlich zu erhöhen. Sind im laufenden Haushalt noch 16,2 Millionen € für die Betriebskostenförderung veranschlagt, sollen es 2009, also nächstes Jahr, bereits 60 Millionen € sein. Wir wollen den Umfang der Landesförderung also mehr als verdreifachen.

Die Landesmittel werden bis 2014 kontinuierlich auf 175 Millionen € ansteigen. Die Bundes- und die Landesmittel insgesamt werden von 73 Millionen € im Jahr 2009 innerhalb von sechs Jahren auf dann 274 Millionen € anwachsen. Ab 2014 wird diese Summe dann jährlich zur Förderung der Kleinkindbetreuung zur Verfügung stehen.

Ich denke, diese Summen machen deutlich, welch hohen Stellenwert wir dieser Aufgabe beimessen.

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Landesmittel wird das Land auch die Förderung der Kleinkindbetreuung auf eine neue Grundlage stellen. Lassen Sie mich diese Neuregelungen des Gesetzentwurfs kurz darstellen.

Für die künftige Landesförderung und die neuen Regelungen gilt der Leitsatz: Das Geld fließt den Kindern.

(Beifall der Abg. Wilfried Klenk CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Das bedeutet, dass die Mittel im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes künftig dorthin fließen sollen, wo die Kinder tatsächlich betreut werden, nämlich zu den Standortgemeinden der Einrichtungen. Die Verteilung der Bundes- und der Landesmittel an die Standortgemeinden erfolgt nach der Zahl der tatsächlich betreuten Kinder des Vorjahres

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

und gestaffelt nach der jeweiligen Betreuungszeit. Also dort, wo viele Kinder betreut und lange betreut werden,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Fließt das Geld hin!)

fließt das Geld entsprechend hin. Die erforderlichen Daten hierzu liefert uns dann die jährliche Jugendhilfestatistik.

Die Förderung des Landes für Krippen und Kindergärten wollen wir künftig nach möglichst einheitlichen Grundsätzen im Finanzausgleichsgesetz regeln. Allerdings soll es auf Wunsch

der kommunalen Landesverbände für die Kindergartenförderung bis zum Jahr 2012 eine stufenweise Übergangsregelung geben. Ich denke, das ist gerade im Kindergartenbereich auch nötig.

Auch privatgewerbliche Träger werden in den Geltungsbereich des Kindertagesbetreuungsgesetzes einbezogen, dies allerdings nur dann, wenn sie die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für den Betrieb der Einrichtung erfüllen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit!)

– Eigentlich schon, aber es muss dazugesagt werden. – Wir machen damit von der Möglichkeit des § 74 a des Kinderförderungsgesetzes Gebrauch, der die Förderung privatgewerblicher Träger ausdrücklich zulässt. Diese Regelung erleichtert insbesondere Betrieben, selbst in die Kinderbetreuung einzusteigen. Ich bin der Überzeugung, dass wir beim Ausbau der Kleinkindbetreuung auch das Engagement der Wirtschaft brauchen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn viele Betriebe wollen ihren Beschäftigten eine auf deren spezielle Bedürfnisse zugeschnittene Kinderbetreuung anbieten.

Jetzt komme ich zur Bedarfsplanung. Der Bedarfsplanung und damit der Planungshoheit der Gemeinden muss auch im neuen Fördersystem entscheidende Bedeutung zukommen. Die Gemeinden haben hierbei jedoch sowohl den Vorrang freier Träger als auch das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern zu beachten. Bei einem bedarfsgerechten Platzangebot geht es vor allem auch um den qualitativen Bedarf. Das Wahlrecht der Eltern gilt insbesondere auch dann, wenn sich Eltern für eine Betreuung ihres Kindes außerhalb ihres Wohnorts entscheiden. In solchen Fällen muss die Wohnsitzgemeinde dieses Kind für die Dauer der auswärtigen Betreuung in ihrer eigenen Bedarfsplanung nicht berücksichtigen. Ferner haben wir im Gesetzentwurf klargestellt, dass sich die Bedarfsplanung auch auf die integrative Betreuung behinderter Kinder erstrecken muss.

Wie bisher soll die Aufnahme der Einrichtung in die gemeindliche Bedarfsplanung Voraussetzung für die kommunale Mitfinanzierung sein. Für Kinderkrippen erhalten freie Träger, deren Einrichtungen in die gemeindliche Bedarfsplanung aufgenommen sind, einen Rechtsanspruch gegenüber der Standortgemeinde auf einen Zuschuss in Höhe von mindestens 68 % der Betriebsausgaben. Für Kindergärten bleibt es bei der bisherigen Förderhöhe von mindestens 63 %.

Träger und Standortgemeinde können jedoch auch andere Vereinbarungen treffen. Einrichtungen, die nicht in die gemeindliche Bedarfsplanung aufgenommen sind, sollen einen Mindestzuschuss in Höhe der jeweiligen Finanzausgleichszuweisung des Landes erhalten.

Für die Kosten der Betreuung auswärtiger Kinder erhält die Standortgemeinde einen Refinanzierungsanspruch gegenüber der Wohnsitzgemeinde. Die Höhe des Kostenausgleichs orientiert sich dabei an den Kosten, die für die Betreuung des auswärtigen Kindes tatsächlich entstehen. Nach einem pau-

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

schalen Abzug von 25 % für Elternbeiträge und den Eigenanteil des Trägers sind bei der Berechnung des Kostenausgleichs 75 % der jeweiligen Betriebskosten zugrunde zu legen. Davon abzuziehen ist die der Standortgemeinde für die Einrichtung gewährte FAG-Zuweisung.

Damit liegt der Kostenausgleich möglichst nah an den durch die Betreuung der auswärtigen Kinder tatsächlich entstehenden Kosten, und das erhöht die Bereitschaft der Standortgemeinden zur Berücksichtigung auswärtiger Kinder in ihrer Bedarfsplanung.

Ein maßgeblicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht durch die Berechnung des Ausgleichsanspruchs nicht.

Ich denke, damit haben wir ein Problem, das uns alle ja lange Zeit gerade bei den überregionalen Betreuungseinrichtungen geplagt hat, ganz klar gelöst.

Das Gesetz lässt jedoch auch zu, dass Gemeinden Kostenausgleichsregelungen vereinbaren, die auf ihre besonderen Verhältnisse ausgerichtet sind. Sie können sich aber auch auf pauschale Ausgleichsbeträge einigen, die in gemeinsamen Empfehlungen des Städtetags und des Gemeindetags festgelegt werden. Das können die Kommunen in ihrer eigenen Verantwortung entscheiden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wilfried Klenk CDU)

Die gesetzliche Regelung ist also flexibel und trägt den vielschichtigen Interessenlagen Rechnung.

Ganz wichtig ist mir, dass die Wohnsitzgemeinden künftig unabhängig davon, ob sie vergleichbare Plätze vorweisen können, zu Ausgleichszahlungen verpflichtet sein sollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gerade dadurch stärken wir das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern. Zudem hat diese Regelung den Vorteil, dass sich die freien Träger nicht mehr selbst mit den einzelnen Wohnsitzgemeinden wegen einer Mitfinanzierung auseinandersetzen müssen. Sie haben in der Standortgemeinde künftig nur noch einen Ansprechpartner.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Jetzt komme ich noch zur Förderung der Kindertagespflege. Der Gesetzentwurf stellt auch die Förderung der Kindertagespflege auf eine neue Grundlage. Zuständig hierfür sind auch entsprechend der Vorgabe des Bundesgesetzes – SGB VIII – die Stadt- und Landkreise als Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Diese zahlen an die Tagespflegeperson für ein von ihr betreutes Kind, für das ein Betreuungsbedarf festgestellt ist, eine laufende Geldleistung. Maßgebend für die Höhe sind die Beträge, die in den jeweils geltenden Empfehlungen des Städtetags und des Landkreistags und des Kommunalverbands für Jugend und Soziales festgesetzt sind.

Wichtig ist auch, dass bei der Bemessung der Kostenbeteiligung der Eltern für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren die Zuweisungen nach dem FAG zu berücksichtigen sind. Das wird zu einer deutlichen finanziellen Entlastung der Eltern führen, die Tagespflege in Anspruch nehmen.

Lassen Sie mich zur Kindertagespflege noch auf Folgendes hinweisen: Wir haben die Zuständigkeit ganz bewusst bei den schon bisher hierfür zuständigen Stadt- und Landkreisen belassen, denn wir wollen, dass die hier gewonnenen und vorgehaltenen Erfahrungen auch im neuen Finanzierungssystem genutzt werden. Dies schließt allerdings nicht aus, dass auch zukünftig Absprachen und Vereinbarungen zwischen den Kreisen und den kreisangehörigen Gemeinden getroffen werden können.

(Beifall der Abg. Wilfried Klenk CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz:** Das neue Gesetz soll also Regelungen ermöglichen, die sich vor Ort entwickelt haben und den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepasst sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den dargestellten gesetzlichen Änderungen schaffen wir die Voraussetzungen, um bis 2013 auch für Kinder unter drei Jahren ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu erreichen. Dafür spricht auch die gute Inanspruchnahme des Investitionsprogramms des Bundes zum Ausbau der Kleinkindbetreuung in Baden-Württemberg. Die Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung dieses Investitionsprogramms wurde bereits im März 2008 vom Ministerrat verabschiedet. Damit, vor allem aber mit der deutlich erhöhten Landesförderung für den laufenden Betrieb der Einrichtungen haben wir die Weichen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung in Baden-Württemberg gestellt.

Das Anhörungsverfahren hat gezeigt, dass die Grundlinie des Gesetzentwurfs von allen Beteiligten, insbesondere auch von den Trägerverbänden, begrüßt wird. Ich denke, das positive Signal, das von dem Gesetzentwurf ausgeht, zeigt sich nicht zuletzt auch an der sehr positiven Entwicklung der Platzzahlen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Klenk für die Fraktion der CDU.

**Abg. Wilfried Klenk CDU:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass wir mit dem heute von der Regierung eingebrachten Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes einen großen Schritt nach vorn gehen, dabei aber auch neue Wege einschlagen: zum einen, weil uns bestimmte Punkte, auf die ich gleich zu sprechen komme, wichtig sind, und zum anderen aufgrund der Erfahrungen, die wir bei der bisherigen Kindergartenförderung gemacht haben.

Wir beraten heute nicht über einzelne Summen. Wer wie viel bezahlt und sich mit wie viel an was beteiligt, darüber war man sich schon vor einem Jahr weitestgehend einig, wohl wissend, dass man immer auch gern etwas mehr hätte. Um was es uns und, wie wir von der Ministerin schon gehört haben,



(Wilfried Klenk)

auch der Regierung bei diesem Gesetzentwurf insbesondere ging, waren folgende Punkte.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

**Abg. Wilfried Klenk** CDU: Erstens: Wie können wir dafür sorgen, dass die Gelder zielgerichtet und zeitnah genau dort ankommen, wo sie gebraucht werden? Mit anderen Worten ausgedrückt: Das Geld soll den Kindern folgen.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich mache dabei auch keinen Hehl daraus, dass wir am liebsten ein eigenes Landesprogramm aufgelegt hätten,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh! Kein Beifall!)

damit wir uns nicht dauernd anhören müssen, das Land würde viel zu wenig beisteuern, und damit auch von den Eltern sehr wohl bewusst wahrgenommen wird, welchen Beitrag das Land hier leistet. 175 Millionen €, liebe Kolleginnen und Kollegen, ab dem Jahr 2014 sind auch für das Land kein Pappentstiel. Es gibt auch noch andere Entwicklungen – das Thema wurde schon vorhin vom Kollegen angesprochen; ich meine z. B. Familienhebammen –, bei denen wir uns von Landesseite aus in Bezug auf das „Kinderland“ sehr wohl auch einbringen.

Jetzt haben wir uns ja davon überzeugen lassen, dass ein solches Landesprogramm mit bürokratischem Aufwand und auch zusätzlichen Personalstellen verbunden gewesen wäre. Deshalb sind wir auch bereit, die Beteiligung des Landes an den Betriebskosten über Zuweisungen nach dem FAG zu verteilen.

Zweitens: Es ist uns wichtig, einen Anreiz zur Verbesserung der Qualität zu schaffen. Dies halten wir nicht für „bürokratischen Unsinn“, wie manche sich äußern, sondern für einen Anreiz, nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Verbesserung der Betreuungsangebote zu erhalten.

Dabei haben wir kein Problem damit, wenn es auf kommunaler Ebene zu einer Einigung auf der Grundlage einer gemeinsamen Empfehlung von Städte- und Gemeindetag kommt, wie auch die Ministerin erwähnt hat.

Deshalb lautet unsere Empfehlung an die Landesverbände, nicht alles aufzubieten, um diese Regelung zu Fall zu bringen, sondern den Beweis anzutreten, dass man selbst um noch mehr Qualität bemüht ist und eine starke Selbstverwaltung darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dieter Hillebrand und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Drittens: Die Förderung der Kindertagespflege ist uns sehr wichtig, und zwar nicht nur in der Strukturförderung, sondern auch bei den Betriebskosten. Wir halten diese Art der Betreuung für die den Familienstrukturen am nächsten kommende,

aber auch für eine sehr flexible Betreuungsform. Wir wollen auch, dass 15 % der Mittel für die fachliche Begleitung der Tagespflegepersonen verwendet werden.

Weiter haben wir Verständnis dafür, dass die Wohnsitzgemeinde – da sind wir bei den Kommunen – ein Kind so lange nicht in ihrer Bedarfsplanung berücksichtigen muss, solange es in einer anderen Gemeinde betreut wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns auf dieser Basis in die weiteren Beratungen in den Ausschüssen eintreten. Unser Wunsch bei der späteren Umsetzung wäre, dass jeder in seinem Zuständigkeitsbereich alles unternimmt, um daraus insgesamt ein gemeinsames Erfolgsmodell werden zu lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay für die Fraktion der SPD.

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte heute zu unserem Antrag, den wir zum Thema Aufsicht eingebracht haben, nicht viel sagen, da ich bei den Regierungsfractionen Bewegung in die richtige Richtung erkenne, nämlich die Aufsicht nicht auf die Stadt- und Landkreise zu übertragen. Da haben Sie selbst für Verwirrung gesorgt, sind aber offensichtlich zur Korrektur bereit. Damit sind wir zufrieden und freuen uns, wenn wir im Herbst zum Ergebnis kommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir sind lernfähig!)

– Diese Lernfähigkeit wünschte ich mir auch in anderen Punkten, Herr Kollege Noll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Lebenslanges Lernen! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber nachhaltig!)

Ich möchte deshalb zum Kern der heutigen Debatte kommen. Die Frau Ministerin hat den Gesetzentwurf vorgestellt. Schon heute Morgen bei der Aussprache über die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ haben wir von allen sehr viel verbale Zustimmung gehört und vernommen, wie wichtig das Thema „Kinderland“ und die frühen Jahre sind. Für uns in der SPD gilt ganz klar: Wir brauchen dazu eine Trias bestehend aus mehr Plätzen für Kleinkinder und mehr Ganztagesplätzen, aus mehr Qualität und aus der Beitragsfreiheit. Nur diese Trias ist sinnvoll.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt muss ich sagen: Das Thema Qualität hat zwar eine große Rolle gespielt – davon haben wir auch gestern viel gehört –, aber dieser Gesetzentwurf lässt überhaupt nicht erkennen, in welchen Bereichen Sie dem gerecht werden wollen. Ich will Ihnen schon noch einmal sehr klar sagen: Eine Qualitätsoffensive, eine Bildungsoffensive, die bis auf einen winzigen Bereich die ersten sechs Lebensjahre völlig außer Acht lässt,

(Marianne Wonnay)

lässt nicht im Geringsten erkennen, dass Sie die Bedeutung der frühkindlichen Bildung wirklich erkannt haben und ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/  
DVP: An anderer Stelle!)

Jetzt komme ich zum Kern. Mit diesem Gesetzentwurf wird wieder einmal auf Nachhilfeunterricht des Bundes reagiert. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde es traurig, dass ein Bundesland mit dem Anspruch, „Kinderland“ zu sein, immer wieder der maßgeblichen Nachhilfe des Bundes bedarf, um wirklich in die Gänge zu kommen. Was Sie jetzt von dem, was auf dem Gipfel besprochen wurde, nachvollziehen, ist wieder symptomatisch, Frau Ministerin.

Ich wollte Sie fragen, wie Sie denn überhaupt erklären können, dass alle anderen Bundesländer die Zielmarke haben, bis zum Jahr 2013 auf 35 % zu kommen, während sich ausgerechnet das „Kinderland“ Baden-Württemberg mit 34 % begnügt und darauf sogar noch stolz ist. Da klaffen Anspruch und Wirklichkeit doch sehr auseinander.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das hat weder etwas mit dem Haar in der Suppe noch mit Erbsenzählerei zu tun, sondern das ist symptomatisch.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Doch! Das ist Erbsenzählerei!)

Auch wenn Sie jetzt den Ausbau in den Blick nehmen, so nehmen Sie einfach nicht zur Kenntnis, dass der Städtetag sagt, diesen Ausbau bis zum Jahr 2013 vorzunehmen sei zu kurz gesprungen, sei zu langsam. Wir brauchen diesen Ausbau viel rascher. Das heißt auch: Das Land muss mehr Geld in die Hand nehmen. Das schlägt die SPD Ihnen vor.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Woher? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Klar! Was denn sonst?)

Denn wir können die Eltern, die dringend auf einen Betreuungsplatz warten, nicht noch länger warten lassen. Tun Sie also das Richtige, tun Sie es schneller, und unterstützen Sie Kommunen und Eltern stärker als bisher geplant!

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, wenn man sich die Landeszahlen einmal ganz genau anschaut, dann zeigt sich: Das, was Sie als Kraftakt bezeichnen, ist weit von einem Kraftakt entfernt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie haben doch keine Gegenfinanzierung!)

Alle miteinander wiederholen Sie es wie ein Mantra: „Wir sind spitze, wir sind auf dem richtigen Weg.“ Das wiederholen Sie doch gebetsmühlenartig. Aber Sie bleiben den Beweis schuldig.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist unredlich!)

Das, was Sie machen, bedeutet bis zum Jahr 2013 gerade einmal eine Verdopplung des Landesanteils. Sie gehen dann von

10 auf 20 %. Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit bleiben Sie auch in diesem Bereich weit unter den Möglichkeiten und weit unter den Notwendigkeiten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wie finanzieren Sie Ihre Vorschläge? Das ist doch unseriös! Peinlich!)

– Ach, Herr Kollege, manteln Sie sich doch nicht so auf!

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sagen Sie doch einmal ganz konkret, wie Sie es finanzieren wollen! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Seien Sie doch einmal ruhig!)

Der Grundsatz „Geld folgt Kind“ ist ja richtig. Das ist eine richtige Entscheidung.

(Beifall)

Aber Sie haben viel zu lange dafür gebraucht. Das hätten wir schon vor vier Jahren gebraucht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Besser spät als nie! – Zuruf von der FDP/DVP: Sie hätten länger gebraucht!)

Fragen Sie doch einmal die Betriebe, die Ihnen so wichtig sind, seit wann sie um diese Regelung ringen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er stört ja permanent! Das muss man abziehen!)

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Ich bin bei den Schlussätzen, Frau Präsidentin. – Zu nennen bei den Einzelregelungen ist die Frage der Aufsicht für die Tagespflege. Es gibt eine Reihe von Regelungen, bei denen es ernst zu nehmende Bedenken gibt. Hierüber werden wir im Sozialausschuss beraten. Aber ich will Ihnen schon jetzt deutlich sagen: Sie belegen auch mit diesem Gesetzentwurf, dass Sie einen hohen Anspruch an sich selbst richten, aber dass Sie in den Taten weit unter den Zielen bleiben, die Sie sich in Worten immer selbst setzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu spät und zu wenig! Das ist die Analyse! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist unredlich und überheblich!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch das Wort.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jetzt kommt das Lob!)

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Man kann nicht jeden Tag loben.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Bundesrat im letzten Monat das Kinderförderungsgesetz verabschiedet hat, legt nun auch die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes vor, aber leider nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben.

(Brigitte Lösch)

Was sind die Kernpunkte? Mit dem Gesetzentwurf soll nun die Betriebskostenförderung für die Kleinkindbetreuung geregelt werden. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Betriebskostenförderung für die Kleinkindbetreuung endlich auch gesetzlich geregelt wird. Aber unserer Meinung nach bleibt sie weit hinter dem Notwendigen zurück.

Insoweit schließe ich auch an die gestrige Diskussion zum Thema „Beitragsfreier Kindergarten“ an. Wenn wir tatsächlich eine Priorisierung von Ausbau und Qualität wollen, dann darf sich das nicht nur in Lippenbekenntnissen darstellen, sondern muss sich auch in Euro und Cent niederschlagen. Der Ausbau der Kleinkindbetreuung ist nur mit einem enormen finanziellen Kraftakt zu schultern, zu dem Bund und Land beitragen. Aber die Hauptlast werden die Kommunen tragen müssen. Da ist das Land in der Pflicht, sich an die versprochene Drittfinanzierung zu halten,

(Abg. Wilfried Klenk CDU: Machen wir doch!)

aber nicht erst 2013/2014, wie es in dem Entwurf vorgesehen ist, sondern schon ab dem nächsten Jahr.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Der Ausbau ist doch jetzt schon in vollem Gange. 2013 soll ja schon der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahrs kommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wann? Nächstes Jahr?)

– 2013, Kollege Noll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: 2013! Drum! Ich bin gerade erschrocken!)

2013 soll der Rechtsanspruch ja schon gelten. Deshalb findet der Ausbau jetzt statt. Das heißt, die finanziellen Kosten für die Kommunen stehen jetzt an. Deshalb ist das Land in der Pflicht, sich an der Drittfinanzierung zu beteiligen, und zwar schon ab dem Jahr 2009.

(Beifall bei den Grünen)

Ein zweiter Punkt in dem Gesetzentwurf ist die Neuregelung der Betriebskostenzuschüsse in der Kleinkindbetreuung im Rahmen der FAG-Lösung. Das ist positiv, weil dies genau unseren grünen Vorschlägen entspricht, die wir schon bei der letzten Novellierung des Kindergartengesetzes gemacht haben: Das Geld folgt den Kindern.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Also!)

Das ist der richtige Ansatz, um Einrichtungen auch mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet gerecht zu werden und damit auch dem Wunsch und Wahlrecht der Eltern entsprechen zu können. Diesen Systemwechsel befürworten wir.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Aber stringent ist dabei die Regelung im vorliegenden Gesetzentwurf natürlich nicht.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Warum?)

Während die FAG-Zuweisung den belegten Plätzen folgt, ist die kommunale Förderung gruppenbezogen vorgesehen. Da hätte ich mir von der Landesregierung mehr Klarheit erhofft, wie tatsächlich mehr Nachfrageorientierung im Kindergartenwesen erfolgen kann. Die vorgesehene Lösung löst nicht den Konflikt zwischen möglichst bedarfsgerechter und wirtschaftlicher Versorgung einerseits und möglichst wohnortnaher Versorgung andererseits.

Ein dritter Punkt, der vorhin auch schon angesprochen wurde, betrifft die Erweiterung des Geltungsbereichs privatrechtlicher Träger. Der Bundestag hat im Kinder- und Jugendhilfegesetz im SGB VIII insofern eine neue Formulierung eingeführt, als die Förderung der privatgewerblichen Träger als Kannbestimmung aufgenommen wurde. Nun können die Länder entsprechende Regelungen erlassen. Wir teilen die Ansicht der kommunalen Landesverbände, dass für die Gleichstellung der privatgewerblichen Träger die Erfüllung gewisser Kriterien gelten muss. Vorhin ist ja angesprochen worden: Wenn das eine Selbstverständlichkeit ist, dann ist es wohl auch kein Problem, das so ins Gesetz hineinzuschreiben.

Der vierte Punkt – es sind ja unglaublich viele Punkte, die in diesem Gesetz geregelt werden sollen –, den ich noch ansprechen möchte, ist die Zuständigkeit für die Kindertagespflege. Im Unterschied zur Förderung der institutionellen Kindertagesbetreuung soll die Zuständigkeit für die Kindertagespflege zukünftig beim örtlichen Jugendhilfeträger, also bei den Stadt- und Landkreisen liegen.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist Bundesrecht!)

Wir haben eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt. Alle Träger bzw. Verantwortlichen, die daran teilgenommen haben, halten dies unisono für falsch,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist auch falsch! –  
Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das ist Bundesrecht!)

da es nicht konsequent und praxisgerecht ist, da auch die Kindertagespflege ja Teil der örtlichen Bedarfsplanung ist und viele Städte bereits ein gut funktionierendes Konzept für die Kindertagespflege entwickelt haben.

Auch der Landkreistag lehnt dies übrigens in seiner Stellungnahme ab und weist darauf hin, dass eine gemeindliche Zuständigkeit aus einem Guss viel besser geeignet ist, auf die örtlichen Gegebenheiten und Bedarfslagen Rücksicht zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

Abschließend, Frau Präsidentin: Der Gesetzentwurf regelt nur die Verteilung der Mittel von Bund und Land. Was er nicht macht, was aber dringend notwendig wäre, ist eine Verbesserung der Qualität, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege. Seit Jahrzehnten haben wir die gleichen Rahmenbedingungen für die Kindergärten. Die Ansprüche an Kindertageseinrichtungen und deren Aufgaben haben sich verändert. Aber die Rahmenbedingungen, die die Qualität der Arbeit bestimmen – bestehende Gruppengröße, Personalschlüssel –, sind seit zig Jahren die gleichen.



(Brigitte Lösch)

Wenn wir eine Novellierung des Kindertagesbetreuungsgesetzes vornehmen, dann wäre es auch richtig, das Kindertagesbetreuungsgesetz in allen Bereichen zu novellieren, vor allem auch in dem Bereich, der eine Qualitätsverbesserung für die Einrichtungen mit sich bringt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um das gemeinsame Ziel von Bund, Ländern und Kommunen, für 35 % aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze einzurichten, zu erreichen, sind viele Eckpunkte vereinbart, Beratungsrunden durchgeführt und Finanzvereinbarungen geschlossen worden.

Ich glaube, heute ist ein wichtiger Tag, um das, was zwischen Land und Kommunen vereinbart ist, umzusetzen. Ich weise schon noch einmal darauf hin, dass die Summen, die jetzt fließen werden, zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden vereinbart sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mit der Pistole auf der Brust!)

Sie sollten nicht immer so tun, als würden wir hier gegen die Kommunen handeln.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr habt sie ja gezwungen!)

Das ist so vereinbart worden.

(Unruhe)

– Langsam. – Nun zu der Frage, warum das nicht schneller gehen konnte. Auch die Mittel des Bundes, die mit drinstecken, nämlich die 99 Millionen €, werden nicht schon ab dem nächsten Jahr in vollem Umfang fließen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Vielmehr wird uns auch der Bund – wo Sie von der SPD Verantwortung tragen – diesen Anteil aus dem Umsatzsteueraufkommen in Schritten bringen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wie heißt der Bundesfinanzminister?)

Letzte Bemerkung: Wer glaubt, dass die Kommunen faktisch überhaupt in der Lage wären, auf einen Schlag so viele Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die sind schneller! Die warten doch nicht auf den Herrn Schüle, die legen los!)

– Lieber Herr Kollege Schmiedel, das ist ein Rahmen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn es da tatsächlich Verschiebungen geben sollte, wir aber insgesamt im Kostenrahmen bleiben, dann, glaube ich, wird

das nicht das Problem sein. Wir sollten nur nicht so tun, als könnten wir tatsächlich schon im nächsten Jahr die 99 Millionen € des Bundes – die vom Bund ja noch nicht fließen – und die 165 Millionen € des Landes mit einem Schlag umsetzen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Also gemacht! Wir werden das mit allen Beteiligten vernünftig umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gab tatsächlich einen kleinen Dissens. Ich kann alles bestätigen, was die Frau Ministerin gesagt hat und was der Kollege Klenk gesagt hat. Ich kann und will das auch nicht alles wiederholen. Vielleicht ist es auch noch nicht einmal ein Dissens, aber eine abweichende Bewertung. Das Gesetz heißt ja jetzt zu Recht „Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes“. Darauf hat ja Kollege Klenk deutlich hingewiesen und gesagt, er hätte für die Kinder unter drei Jahren gern ein eigenes Landesprogramm gehabt, innerhalb dessen die Gelder des Bundes und des Landes weitergegeben werden sollten. Aber die Einsicht ist ja bei allen gereift, dass wir das lieber über den kommunalen Finanzausgleich machen und damit denen, die es hinterher umsetzen sollen, das Geld mehr oder weniger pauschal – natürlich gemäß bestimmter Kriterien – in die Hände geben und damit auch kommunalfreundlich handeln.

(Abg. Wilfried Klenk CDU: So ist es!)

In Folgendem gebe ich dem Kollegen Klenk recht: Auch ich habe manchmal das Gefühl, dass vor Ort häufig das alte Jammertlied, das Land helfe nicht, angestimmt wird, obwohl man doch eigentlich wissen müsste, dass das genau so mit den Kommunen vereinbart worden ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mit der Pistole auf der Brust! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist eine Unverschämtheit! Das ist unseriös!)

Es ist ja vereinbart worden, dass sie dieses Geld quasi als eigenes Geld einsetzen. Da müssen wir einfach auch aufklären. Hier stecken Gelder des Landes

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gelder vom Bund!)

und Gelder des Bundes drin, und da kann man immer sagen: Das eine ist zu viel, das andere ist zu wenig. Ich glaube, wir gestalten entlang der Vereinbarung eine vernünftige Regelung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Weil wir den Kommunen da auch ein Stück weit entgegengekommen sind – wir wollten das –, konnten wir auch den Kindergartenbereich umstellen und ein paar leidige Themen der Vergangenheit – interkommunaler Ausgleich, Förderung von Betriebskindergärten – in diesem Zusammenhang so regeln, wie wir das immer wollten.

Punkt 1: Geld folgt Kind; das ist hier mehrfach gesagt worden. Entscheidend ist nicht mehr die Anzahl der in einer Gemeinde lebenden Kinder, sondern das Prinzip lautet: Da, wo

(Dr. Ulrich Noll)

Betreuungsplätze vorgehalten werden, da muss das Geld hinfließen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat auch lange genug gedauert!)

Kollege Scheffold hat gerade gesagt: „Wo viel los ist, soll viel Moos hin.“ Genau so werden wir es machen. Das Geld geht also da hin.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ohne Moos nix los!)

Beim Kindergarten wird es Übergangsregelungen geben müssen.

Nun zum nächsten Thema – und da glaube ich, dass Gott sei Dank auch Sie auf der linken Seite des Parlaments lernfähig waren –: Wir wollen die Tagespflege, also die Pflege durch Tagesmütter, als sehr flexible Möglichkeit

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das wird nicht wahrer, wenn man es immer wiederholt!)

der Betreuung von Kindern unter drei Jahren genauso gleichwertig fördern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso soll der Landrat dafür zuständig sein?)

– Das wollte ich Ihnen gerade erklären, Herr Schmiedel. Denn Sie sind vielleicht doch nicht so tief drin in der Materie.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich bin ich tief drin! – Gegenruf des Abg. Jörg Döpper CDU: Zuhören, Herr Schmiedel!)

Tagespflege ist klassisch per Bundesgesetz – SGB VIII – bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe – das sind nun einmal die Landkreise und die kreisfreien Städte – angesiedelt.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Das heißt, das ist bundesgesetzlich so vorgegeben. Jetzt erkläre ich Ihnen einmal, warum das auch sinnvoll ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Unsinn!)

Es ist sinnvoll, weil man unter Tagespflege, lieber Herr Schmiedel, nicht nur das versteht, was Sie jetzt wahrscheinlich gerade wahrnehmen, nämlich den Fall, dass Eltern ihre Kinder von einer Tagesmutter betreuen lassen, sondern weil dazu auch die Fälle gehören, in denen die Kinder durch das Jugendamt aus den Familien genommen und an Tageseltern gegeben werden müssen. Das bleibt zu Recht bei den Landkreisen, weil da die Kompetenzen vorhanden sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Davon reden wir ja nicht! Nicht Äpfel mit Birnen vergleichen! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das sind unterschiedliche Sachen!)

Um es kurz zu machen: Obwohl es de jure tatsächlich über die Landkreise abgewickelt wird, ermöglicht das Gesetz de

facto – das müssen Sie jetzt einfach einmal zur Kenntnis nehmen –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bürokratie!)

auch künftig all die Lösungen, bei denen aus einer Hand Tagespflege und Krippenbetreuung oder andere Betreuung organisiert sind. Das Gesetz eröffnet diese Möglichkeit.

Solche Modelle wie in meiner Fast-Heimatstadt Leinfelden-Echterdingen werden problemlos trotz der juristischen Zuständigkeit ...

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: ... der Landkreise weiter möglich sein. Also auch das haben wir abgeräumt.

Zum Thema „Wechselseitige Kostenerstattung“: Im Gesetz steht zwar drin, dass die Spitzabrechnung Grundlage ist. Es ist aber auch die Möglichkeit eröffnet worden, pauschal untereinander abzurechnen. Diese Pauschalabrechnung haben alle kommunalen Landesverbände miteinander beschlossen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ohne Schmiedel! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das haben wir auch schon fünf Jahre lang gehabt, und es hat nicht funktioniert!)

Wenn Sie es ernst damit meinen, das nutzen zu wollen, dann brauchen wir keinen gesetzlichen Zwang. Wir geben die Möglichkeit der pauschalen Abrechnung dieser wechselseitig allen zustehenden Förderzuschüsse.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Über weitere Details können wir uns mit Sicherheit bei den Ausschussberatungen noch einmal unterhalten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Ich glaube, es ist ein guter, ein großer Tag für den Ausbau ...

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, bitte fassen Sie sich kurz!

**Abg. Dr. Ulrich Noll** FDP/DVP: ... der Kinderbetreuungseinrichtungen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gut! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt hat er die Redezeit aber kräftig überzogen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf und die Anträge zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss und wegen der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes federführend an den Finanzaus-

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

schuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**a) Beschlussempfehlungen und Berichte des Finanzausschusses zu den Mitteilungen des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008 – Denkschrift 2008 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 – Drucksachen 14/2950, 14/3401 bis 14/3426 und 14/3501 bis 14/3526**

**Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazarus**

**b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 19. September 2008 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2006 durch den Landtag – Drucksachen 14/3286, 14/3629**

**Berichterstatter: Abg. Ingo Rust**

**c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 7. Dezember 2007 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006 – Drucksachen 14/1216, 14/3630**

**Berichterstatter: Abg. Eugen Schlachter**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

(Zuruf: Das ist aber lang!)

In der Aussprache erteile ich Frau Abg. Lazarus für die Fraktion der CDU das Wort.

**Abg. Ursula Lazarus** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident Frank! Man sollte sich nicht selbst loben, aber ausnahmsweise tue ich es doch. Ich lobe nämlich den Fleiß und die effiziente Arbeit des Finanzausschusses.

Im Juli wurde die Denkschrift der Öffentlichkeit vorgestellt. Danach gab es drei sehr lange Ausschusssitzungen. Heute sind wir, nachdem wir die 26 Beiträge durchgearbeitet haben, in der Lage, Beschlussempfehlungen zu geben. Das war schon eine disziplinierte Arbeit.

Ob ein solches enormes Arbeitspensum auch effizient ist, war bisher nicht immer nachvollziehbar. Auch dieser Mangel ist zukünftig behoben. Erstmals liegt nämlich ein Ergebnisbericht vor. Es wird für alle interessant sein, anschließend zu erfahren, ob die gesteckten Ziele auch erreicht wurden.

Wenn man die Denkschrift 2008 in die Hand nimmt, fühlt sie sich um einiges dünner an als ihre Vorgängerinnen.

(Zuruf: Das ist gut!)

Immerhin hat sie 126 Seiten weniger als die Denkschrift 2007. Aber ich stelle fest: Der Stoff ist dem Rechnungshof nicht ausgegangen.

Mit der Denkschrift 2008 wurde uns ein neues Paket mit Anregungen und Empfehlungen zur Entlastung des Landeshaushalts präsentiert. Wenn diese Vorschläge realisiert würden, könnten aus Sicht des Rechnungshofs 55 Millionen € eingespart oder anderweitig eingesetzt werden.

Dauerthema für den Rechnungshof ist der Schuldenabbau. Hätte man darauf verzichtet, überschüssige Liquidität vorzuhalten, wäre es schon 2007 möglich gewesen, einen Haushalt ohne neue Schulden zu verabschieden. So moniert jedenfalls der Rechnungshof. Angesichts ansteigender Versorgungsausgaben müsse das Land weitere strukturelle Sparmaßnahmen ergreifen und Überschüsse zum Schuldenabbau verwenden, was ja schließlich 2008 zum ersten Mal auch tatsächlich getan wird. Denn trotz steigender Steuereinnahmen bleibt die finanzielle Lage unseres Landes angespannt. Diese Feststellung des Rechnungshofs hat inzwischen durch die Finanzkrise, die finanzpolitisches Krisenmanagement an wechselnden Stellen erfordert, an Brisanz und Aktualität gewonnen.

Der Rechnungshof empfiehlt erneut, das Verschuldungsverbot in der Landesverfassung zu verankern. Diesem Rat sind wir auch mit Blick auf die Unwägbarkeiten der Finanzkrise nicht gefolgt. Trotzdem: Es bleibt die Nullverschuldung nicht nur das Ziel des Rechnungshofs, sondern – davon gehe ich aus – des gesamten Landtags.

Ein Ziel, das der Rechnungshof vorgibt, ist, Ressourcen besser zu nutzen. Aufgrund der Kritik des Rechnungshofs hat die Verwaltung den Wettbewerbsentwurf zur Modernisierung der Universitätsbibliothek Freiburg überarbeitet. Weitere Baukosten von immerhin 8 Millionen € könnten noch eingespart werden.

Bei der Stiftung Orthopädie in Heidelberg seien dem Land Nachteile von 1,2 Millionen € entstanden. Das Wissenschaftsministerium wird uns berichten, wie viel davon zurückzuholen ist, vor allem aber, wie Wiederholungen solcher Fälle durch besseres Management vermieden werden können.

Weitere 1,2 Millionen € könne das Land sparen, wenn es eine Abrechnungspauschale für die Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen vereinbaren würde.

Bei den landeseigenen Immobilien seien erhebliche Einsparpotenziale zu erschließen, wenn der Landesbetrieb dem technischen Gebäudemanagement einen höheren Stellenwert einräume – so der Rechnungshof.

Die Landesregierung ist der Anregung, die energetische Sanierung zu verbessern, bereits gefolgt und will ab 2010 die Sanierungsmittel um 25 Millionen € erhöhen.

Ziel des Landesrechnungshofs und auch von uns ist es, Fördermittel des Bundes und der EU so sorgfältig zu behandeln wie Landesmittel. Der bürokratische Aufwand für das Förderprogramm „Ausgleichszulage Landwirtschaft“ stehe oft nicht in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen für die Landwirte. Die Förderung solle stärker auf besonders benachteiligte Gebiete konzentriert werden.



(Ursula Lazarus)

Auch beim Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem müsse die Kontrolle nicht komplizierter und aufwendiger sein als schon von Brüssel vorgegeben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Die Kontrollkosten von jährlich 55 Millionen € seien nicht unveränderlich. Wir haben deshalb die Landesregierung gebeten, die Richtlinie für die Ausgleichszulage neu zu konzipieren.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Oh!)

Beim Investitionsprogramm zur Förderung von Ganztagschulen – unser berühmtes IZBB – geht es um wirklich viel Geld. Baden-Württemberg erhielt immerhin 528 Millionen € aus dem Bundesprogramm. Der Rechnungshof bemängelt die Bewilligungspraxis. Ein Beispiel: Eine Sportplatztribüne sei zum „grünen Klassenzimmer“ erklärt worden. Also ich muss sagen: Die Fantasie der Antragsteller ist bemerkenswert.

Den Vorschlag des Rechnungshofs, alle Fördermaßnahmen ab 1,5 Millionen € zu überprüfen, haben wir beschränkt auf alle abgeschlossenen Maßnahmen, um das Geld gegebenenfalls auch noch bis Ende 2009 – wenn es zurückgefordert wird – anderweitig verwenden zu können.

Wenn das Land als Treuhänder kommunaler Fördergelder auftritt, wie etwa bei der Förderung von kommunalen Tourismuseinrichtungen, müsse es diese Verantwortung auch ernsthaft wahrnehmen – so der Rechnungshof. Seine Empfehlungen hierzu sollen bei der Neufassung der Förderrichtlinie berücksichtigt werden. Außerdem haben wir die Landesregierung gebeten, eine Bäderkonzeption zu erarbeiten.

Der Rechnungshof hat empfohlen, sich eine Bündelung von Kompetenzen zum Ziel zu setzen. Die vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern sei für das Land und die Kommunen kostengünstiger, wenn Stadt- und Landkreise die Aufgabe gemeinsam wahrnehmen. So paradox es klingt: Der einzelne Kreis würde sogar mehr Geld erhalten, und dennoch könnte das Land unter dem Strich sparen. Die Landesregierung wird uns darüber noch berichten. Die übrigen Anregungen des Rechnungshofs zur Ausgabepauschale sind bereits umgesetzt.

Ein weiteres Einsparpotenzial liegt in der Öffentlichkeitsarbeit der Ministerien. Operative Aufgaben könnten organisatorisch ausgegliedert und auf ein Servicezentrum übertragen werden.

So weit aus den 26 Beiträgen der Rechnungshofdenkschrift stichwortartig nur einige herausgegriffen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Präsident Frank, sehr geehrte Damen und Herren, es ist eine gute Tradition, bei der Beschlussfassung über die Denkschrift dem Rechnungshof für die umfassende Arbeit zu danken. Dieses Mal hat der Dank eine besondere Qualität, ist er doch mit einem Abschied verknüpft. Es war die letzte Denkschrift, die Herr Präsident Frank vorzustellen, zu vertreten und zu verantworten hatte.

Am 28. Januar 1999 konnte Herr Präsident Frank zum ersten Mal den Platz am Ende der Regierungsbank einnehmen. Da-

mals habe ich als Berichterstatterin positiv erwähnt, dass er als eine seiner ersten Taten die Kosten- und Leistungsrechnung im eigenen Haus modellhaft eingeführt hat. Das ist jetzt schon Geschichte und zehn Jahre her.

Sehr geehrter Herr Präsident Frank, da bei Ihrer offiziellen Verabschiedung am 17. Dezember die einzelnen Fraktionen des Landtags sicher nicht zu Wort kommen werden, ergreife ich die Chance heute und spreche den Dank aus für eine immer sachliche Zusammenarbeit in dem gemeinsamen Bemühen, durch kritische Begleitung der Arbeit der Landesregierung effiziente Verbesserungen und Einsparungen zu erzielen. Vielen Dank und alle guten Wünsche für Sie persönlich!

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust für die Fraktion der SPD.

**Abg. Ingo Rust SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Jahre wieder, sozusagen passend zur Jahreszeit, zum Advent, beraten wir im Parlament ein Geschenk, das uns der Rechnungshof macht. Frau Kollegin Lazarus, diesmal können wir tatsächlich von einem Abschiedsgeschenk reden, das uns Herr Präsident Frank übermittelt hat.

Ich möchte Ihnen, Herr Präsident Frank, auch im Namen der SPD-Fraktion für die Zusammenarbeit sehr herzlich danken. Sie sind jetzt seit zehn Jahren Präsident des Rechnungshofs von Baden-Württemberg. In diesen zehn Jahren haben wir immer sehr gut und auf sehr angenehme Weise zusammengearbeitet. Es war ein faires Miteinander im Ausschuss und eine sehr gute Zusammenarbeit für uns als Parlament, als das wir ja die Regierung zu kontrollieren haben. Ich danke Ihnen auch für die Geduld mit uns, wenn einmal nicht alles von dem, was Sie vorgeschlagen haben, umgesetzt wurde oder wir nicht alle Vorschläge des Rechnungshofs teilen konnten. Vielen herzlichen Dank im Namen der SPD-Fraktion für Ihre Arbeit im Rechnungshof!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Doch nun zum Inhalt des Geschenks. Ich greife auch einige Punkte heraus und komme zunächst auf den Beitrag Nummer 13 – Investitionsprogramm des Bundes für Ganztagschulen – zu sprechen.

Wir haben hier im Landtag schon öfter über dieses Programm, das in Baden-Württemberg mit „Pleiten, Pech und Pannen“ durch die Landesregierung umgesetzt wurde, gesprochen. Ich kann es Ihnen aber leider nicht ersparen, die Zahlen, die uns der Rechnungshof ja belegt hat, noch einmal vorzutragen.

Ich verweise zum einen auf die eigentlich skandalöse regionale Verteilung der Bundesmittel im Land. Hier noch einmal die Zahlen – zunächst für die Regierungsbezirke im württembergischen Landesteil –: Regierungsbezirk Tübingen 270 Millionen € und Regierungsbezirk Stuttgart 140 Millionen €. Jetzt die Zahlen für die Regierungsbezirke im badischen Landesteil: Regierungsbezirk Karlsruhe 52 Millionen € und Regierungsbezirk Freiburg 66 Millionen €.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Unglaublich!)

(Ingo Rust)

Daran sieht man, dass es in den Regierungspräsidien unterschiedliche Maßstäbe gab. Die Verteilung wurde nicht konsequent organisiert. Das Ganze war unkoordiniert, unstrukturiert und unsinnig.

Zweitens zu den unterschiedlichen Förderungen, die es bei diesem Programm gab. Es gab keine Höchstbeträge pro gefördertem Ganztagsplatz. Diese Förderung schwankte zwischen 230 € im günstigsten Fall und 33 340 € im teuersten Fall. Auch da gilt für die Umsetzung des Programms wieder: unkoordiniert, unstrukturiert, unsinnig.

Dann die Bewilligungspraxis: Ein Regierungspräsidium hat sogar eine Sporthalle gefördert. Ein anderes Regierungspräsidium hat gesagt, Sporthallen seien gar nicht förderfähig. Das ist eine völlig unkontrollierte Bewilligungspraxis.

Ein Beispiel sind die Kleinspielfelder, die gefördert wurden. Da wurden Pauschalen angesetzt. Man hat in drei Regierungsbezirken drei unterschiedliche Fördersätze für die pauschale Förderung: Für ein Kleinspielfeld hat ein Regierungspräsidium 70 000 €, das zweite 110 000 € und das dritte 123 000 € gegeben. Völlig unkoordiniert und völlig ineffizient! Man hätte mit diesem Geld sehr viel mehr machen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dieter Kleinmann FDP/  
DVP: Sehr richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ein  
Kuddelmuddel!)

Es wurden nicht förderfähige Maßnahmen bewilligt. Lehrerzimmer, normale Klassenräume, ein SMV-Zimmer und sogar ein VW-Bus wurden über dieses IZBB-Programm gefördert. Auch das völlig unsinnig!

Besonders interessant fand ich, dass ein Regierungspräsidium einem Schulträger 228 000 € bewilligt hat, obwohl er nur 124 000 € wollte und beantragt hatte. Auch das spricht für sich. Der Rechnungshof schreibt dann – das fand ich einen knackigen Schlusssatz – dazu:

*Mit dieser Vorgehensweise vergab das Land die Chance, Fördermittel von weit mehr als einer halben Milliarde Euro ... bedarfsgerecht, zielgenau und wirtschaftlich einzusetzen.*

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mein Gott!)

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Zweitens: Zum Beitrag Nummer 16 der Denkschrift des Rechnungshofs: Zuwendungen nach der Richtlinie Ausgleichszulage Landwirtschaft. Bei uns im Land gelten nach dieser Ausgleichszulage 62 % der landwirtschaftlichen Fläche als benachteiligte Gebiete. 62 % unserer landwirtschaftlichen Fläche sind benachteiligt. Wir haben 25 000 Antragsteller in diesem Programm, und wir haben eine stark reduzierte Förder-summe. Sie betrug ursprünglich 53 Millionen € im Jahr 2005 und wurde auf 36 Millionen € reduziert. Das heißt, wir haben weniger Geld, und deswegen muss man viel zielgerichteter verteilen.

Aber was passiert? Wenn von der Gesamtsumme 62 % auf benachteiligte Gebiete entfallen, dann kann das nicht effizient sein. Die Forderung, diese Förderung auf wirklich benachtei-

ligte Gebiete zu konzentrieren, wurde im Finanzausschuss einstimmig verabschiedet. Ich hoffe, es wird jetzt auch endlich so gemacht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das glaube ich erst,  
wenn ich es sehe!)

dass man nicht mit der Gießkanne übers Land geht, sondern dort, wo es wirklich Benachteiligungen gibt, tatsächlich fördert.

Ein zweiter Punkt konnte leider nicht einvernehmlich beschlossen werden. Wir von der SPD haben gefordert, dann, wenn durch ein anderes Programm im Bereich der Landwirtschaft eine bestimmte Fläche schon so gefördert wird, dass man von einem auskömmlichen Einkommen aus dieser Fläche sprechen kann – das heißt, wenn es schon durch andere Programme Ausgleichszulagen gibt –, auf diese Ausgleichszulage zu verzichten, also quasi eine Doppelförderung auszuschließen. Das konnte leider nicht von allen mitgetragen werden. Wir fordern nach wie vor, nicht doppelt zu fördern, sondern das Geld effizienter – gern auch im Bereich der Landwirtschaft, aber effizienter und woanders, dort, wo es wirklich gebraucht wird – einzusetzen.

Ein sehr wichtiges Thema gerade für uns als Finanzpolitiker sind Organisation und Arbeitsweise der Amtsbetriebsprüfung. Wir haben die Finanzverwaltung hier schon öfter zum Gegenstand von Beratungen gemacht. Gerade der Finanzausschuss beschäftigt sich sehr intensiv mit diesem Thema. Hier geht es jetzt um die Amtsbetriebsprüfung, das heißt um die Betriebsprüfungen von Klein- und Kleinstunternehmen.

Wieder müssen wir hier feststellen, dass eine völlig unsinnige Personalpolitik der Landesregierung dazu führt, dass uns Geld, das dem Land zusteht – also keine irgendwie übermäßige Belastung der Steuerzahler –, verloren geht. Für die Jahre 2004 und 2005 stellt der Rechnungshof eine Unterbesetzung von rund 100 Stellen – das sind etwa 20 % – bei den für die Amtsbetriebsprüfung zuständigen Prüfern fest.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Meine Güte!)

2006 haben wir dann eine rechnerische Überbesetzung. Jetzt könnten wir sagen: Das ist ja prima. Wenn man von einem Minus in ein Plus kommt, ist das ja toll. Nur war das Problem, dass man in diesem Jahr nicht die Stellenzahl angehoben, sondern das Soll abgesenkt hat. Das heißt, man hat das Soll um 120 Stellen reduziert. So ist man mit dem Ist jetzt sozusagen über dem Soll. So einfach macht man aus einer schlechten Bilanz eine gute Bilanz.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mein Gott, so machen  
die Politik in diesem Land!)

Obwohl die Anzahl der zu prüfenden Betriebe in diesem Zeitraum um 44 000 zugenommen hat – das sind 5,5 % mehr Betriebe, die zu prüfen sind –, hat man die Stellenzahl drastisch reduziert, und auch der Turnus der Prüfungen wurde verlängert. Früher, in den Neunzigerjahren, waren 17 Jahre der Turnus, bis ein Unternehmen in dieser Größenordnung wieder geprüft wurde. Jetzt sind es 26 Jahre. Wir haben also im Durchschnitt einen 26-Jahre-Turnus, bis ein Unternehmen wieder geprüft wird.

(Ingo Rust)

Das hat einfach massive fiskalische Auswirkungen für das Land. Denn jeder Betriebsprüfer, den wir einstellen, holt das Zweieinhalbfache dessen, was er kostet, wieder herein. Das heißt, wenn man die ganzen Kosten der Amtsbetriebsprüfung heranzieht und mit dem vergleicht, was sie an Steuermehreinnahmen erzeugt, kommt man darauf, dass die Steuermehreinnahmen die zweieinhalbfache Summe der Prüfungskosten ausmachen. Das heißt, das rechnet sich selbst dann noch, wenn ein Teil der Steuermehreinnahmen an die Kommunen und an den Bund geht. Wir haben schließlich die Verantwortung dafür, dass die Steuern im Sinne der Steuergerechtigkeit gerecht eingetrieben werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern in diesem Bereich also nicht nur einen Stopp des Personalabbaus – wir haben die Landesregierung jetzt allmählich davon überzeugen können, dass es auch rechnerisch keinen Sinn macht, da weiter zu kürzen –, sondern wir fordern einen weiteren Ausbau im Sinne der Steuergerechtigkeit und im Sinne der Einnahmen der öffentlichen Haushalte.

Alles in allem möchte ich nochmals sehr herzlich danken und möchte Sie, Herr Präsident Frank, bitten, diesen Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Prüfer, aber auch die Mitglieder des Rechnungshofs weiterzuleiten. Wir danken Ihnen für Ihre Arbeit. Gerade wir als Opposition sind darauf angewiesen, dass wir einen Blick hinter die Kulissen bekommen, den wir sonst nicht haben, um die Regierung gründlich und effizient kontrollieren zu können.

Nun zur Rechnung des Rechnungshofs: Ich habe wie jedes Jahr die Rechnung des Rechnungshofs geprüft und habe dem Finanzausschuss empfohlen, den Präsidenten des Rechnungshofs zu entlasten. In diesem Jahr haben wir speziell das Thema „Beschaffungen des Rechnungshofs“ geprüft, uns also angesehen, wie ordentlich und wie wirtschaftlich der Rechnungshof seine Beschaffungen durchführt. Auch dort konnte ich keine Beanstandungen feststellen und kann deswegen auch jetzt dem Landtag die Entlastung des Präsidenten des Rechnungshofs empfehlen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Schlachter von der Fraktion GRÜNE.

**Abg. Eugen Schlachter** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Denkschrift ist für mich als Parlamentsneuling und auch für den Finanzausschuss so etwas wie das Stethoskop für den Arzt. Wir bekommen hier Einblicke in die Innenbereiche der Verwaltung. Der Rechnungshof zeigt uns Symptome auf, wo es Fehlfunktionen gibt, und macht auch Vorschläge für eine effizientere und sparsamere Landesverwaltung. Daher ist die unabhängige Berichterstattung des Rechnungshofs wertvoll und für unsere parlamentarische Arbeit unverzichtbar, nachdem wir ja die Hoheit für Haushalts- und Finanzthemen haben.

Ihnen, Herr Präsident, und Ihren Mitarbeitern herzlichen Dank für Ihre sehr wertvolle Arbeit. Neben der sehr engagierten Arbeit danke ich Ihnen auch für das gute kommunikative Mitei-

einander. Das Miteinander war auch gut, wenn wir uns – in seltenen Fällen – in der Bewertung nicht immer einig waren.

Es ist schon mehrfach angesprochen worden: Sie, Herr Frank, treten nach vielen, sehr erfolgreichen Jahren als Chef des Rechnungshofs in den Ruhestand. Dafür haben Sie auch von unserer Fraktion alle guten Wünsche. Wir werden uns ja in wenigen Tagen noch einmal sehen.

Nun zum Sachstand: Werte Kolleginnen und Kollegen, auch ich möchte ein paar wenige Punkte aufgreifen, die meines Erachtens von grundsätzlicher Bedeutung sind. Das Thema Steuerprüfung hat dankenswerterweise Kollege Rust schon abgehandelt. Dadurch wird meine Rede jetzt etwas kürzer.

Zunächst zu dem Programm, das wir alle so drauf haben, zum Ausbau der Ganztagschulen. Es geht um den Denkschriftbeitrag Nummer 13. Bei diesem Programm handelte es sich von vornherein um eines, das die Landesregierung wie ein ungeliebtes Kind behandelte, weil man das mit den Ganztagschulen eigentlich nicht machen wollte. Es war eine Zumutung. Deshalb hat man daraus ganz schnell sozusagen ein Bauprogramm gemacht. Entsprechend fiel auch die Beurteilung aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Als solches war es auch beabsichtigt! Das war ein Bauprogramm!)

Die erste Beurteilung des Rechnungshofs fiel so aus – ich zitiere aus der Denkschrift 2005 –:

*Die Verteilung der ... Mittel ... war weder problemorientiert noch sachgerecht.*

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vernichtender geht es nicht mehr, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was hätten Sie gesagt, wenn wir die Anträge nicht nach Eingang genehmigt hätten? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Rechnungshof! Da würde ich einmal ganz genau zuhören! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unsinn!)

Das ist eigentlich bei ernsthafter Bewertung ein mangelhafter Einsatz von Steuergeldern wegen ideologischer Blockade gegen die Ganztagschule.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: So war's! – Abg. Claus Schmiedel SPD: So war's! So sieht es im Land aus! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die sind so genehmigt worden, wie sie reingekommen sind!)

Der Rechnungshof hat erneut geprüft. Leider fällt die Kritik wiederum heftig aus, Herr Kollege Röhm:

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Der glaubt es heute noch!)

Die Fördermittel seien zu großzügig und fehlerhaft bewilligt worden.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)



(Eugen Schlachter)

Der Rechnungshof stellt fest: Das Kultusministerium verfolgte weder ein eigenständiges Konzept, noch setzte es inhaltliche Schwerpunkte bei der Förderung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Offenbar ging es nur darum, möglichst viel Baugeld möglichst schnell im Windhundverfahren unter die Kommunen zu bringen. Was pädagogisch dabei herauskam, war egal.

Ich muss an diesem Punkt aufgreifen, was Frau Kollegin Lazarus zu dem „grünen Klassenzimmer“ gesagt hat. Das habe ich selbst besichtigt, nicht weil es „grün“ heißt, sondern weil mich das pädagogische Konzept interessiert hat. Da bin ich anderer Meinung als der Rechnungshof. Das war eines der wenigen Projekte, die inhaltlich, fachlich und pädagogisch Sinn gemacht haben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha! – Abg. Ursula Lazarus CDU: Also doch grün!)

Also an diesem Punkt widerspreche ich Ihnen einmal.

In dem Bericht über die Beratungen des Finanzausschusses, Drucksache 14/3513, der Ihnen heute vorliegt, heißt es auch – Zitat –:

*Eine Abgeordnete der CDU erklärte, das Windhundverfahren führe nicht unbedingt immer zu sachgerechten Ergebnissen.*

Das ist eine richtige, aber leider sehr späte Erkenntnis; denn die 528 Millionen € sind jetzt nun einmal draußen.

Als von uns – auch vom Rechnungshof – in der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 20. November der Vorschlag kam, man solle auch die Praxis der Bewilligungsstellen überprüfen, wurde unser Wunsch leider abgelehnt. Nach dem Willen von CDU und FDP/DVP sollte also nur geprüft werden, wie die Verteilung in den Kommunen stattfand. Aber man wollte nicht dort prüfen, wo bewilligt wurde, nämlich bei den Regierungspräsidien, und das, obwohl Stichproben des Rechnungshofs ergaben, dass es auch da millionenschwere Verfehlungen zu heben gäbe. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass bei der Behandlung der Vorschläge des Rechnungshofs und auch der Oppositionsfractionen die Macht der Mehrheit leider etwas mehr wiegt als die Macht der Argumente.

Ich möchte ein zweites Beispiel aus der Denkschrift ansprechen. Es zeigt die Notwendigkeit der Prüfung des Rechnungshofs in einem Grenzbereich, in dem wir Aufgaben privatisieren oder als Land teilweise an Gesellschaften beteiligt sind. Das ist der Beitrag Nummer 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens. Dieser Titel kommt vergleichsweise lässig daher. Er birgt aber unwahrscheinlich viel Sprengstoff in sich. Es handelt sich, wie allgemein bekannt ist, um die Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg. Hier hatte der Rechnungshof kriminelle Machenschaften der kaufmännischen Geschäftsführung aufgedeckt, die vorher sowohl vom Aufsichtsrat als auch vom zuständigen Wirtschaftsprüfer nicht festgestellt wurden. Nachdem der Rechnungshof seine Feststellungen getroffen hatte, sind einige Mitglieder der Geschäftsleitung fristlos entlassen worden.

Natürlich ist und war die Landesregierung im Aufsichtsrat vertreten. Aber ich habe – jetzt auch bei der Landesbank – festgestellt: Leider ist das Aufsicht nach dem Prinzip Wegsicht.

In der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 14/2207, den meine Kollegin Bauer zu diesem Thema initiiert hat, räumt die Landesregierung dann auch ein, dass es bei der Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat Mängel gab. Wenn nun der Rechnungshof in der Denkschrift feststellt, dass bei der Stiftung de facto keine interne Revision stattfand, dann muss man in dieser Frage zweierlei feststellen:

Erstens: Angesichts der erweiterten Möglichkeiten, Aufgaben des Landes in private Hände zu geben oder in Unternehmen, an denen wir beteiligt sind, muss es doch eine Möglichkeit geben, auch in diesem Bereich durch den Rechnungshof verstärkt tätig werden zu können. Hierzu hat der Finanzausschuss vorgeschlagen, das Quorum der Beteiligung von 50 auf 25 % abzusenken. Das ist ein Anliegen, dem wir von der Fraktion GRÜNE grundsätzlich zustimmen.

Das Zweite, worüber wir verstärkt nachdenken müssen, ist der Umgang mit unseren Aufsichtsratsmandaten. Wir brauchen auch für die Aufgabe der Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten seitens der Landesregierung eine vernünftige Regelung für ein Corporate Governance, damit wir das, was wir überwachen müssen, endlich einmal vernünftig überwachen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dann gibt es ein weiteres Beispiel, das ich anführen möchte. Das ist der Beitrag Nummer 21: Technisches Gebäudemanagement bei landeseigenen Immobilien. Das Bemerkenswerte an diesem Beitrag ist, dass der Rechnungshof, der uns ja sonst immer zum Sparen anleitet, hier einmal sagt: Ihr sollt mehr Geld ausgeben für die energetische Sanierung und mehr Sondermittel dafür bereitstellen. Man möchte fragen: Verkehrte Politik? Aber das ist keineswegs verkehrte Politik. Der Rechnungshof hat eben erkannt, dass es sich bei den landeseigenen Gebäuden teilweise wirklich um marode Stücke handelt, in denen es durch die Ritzen pfeift. Deshalb wird sehr viel Geld für einen Energieverbrauch hinausgeschmissen, der so nicht mehr tragbar ist. Im Prüfungsbericht heißt es – ich zitiere –, beachtliche Energieeinsparpotenziale seien vorhanden.

Diese Sondermittel, so heißt es, sollten außerhalb der regulären Baumittel bereitgestellt werden. Im Klartext heißt das, an die Adresse der Landesregierung gerichtet: Beim Land wird bisher zu wenig ins Energiesparen investiert, zu wenig sogar aus fiskalischer Sicht.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das haben wir schon beschlossen, bevor Sie hier drin waren!)

In diesem Fall sind Investitionen auch ein Beitrag zum Geldsparen. Dies sagen wir schon immer. Was bisher aber von der Landesregierung kam, war nicht genug. Jetzt wird es langsam besser. Wir haben gehört, Herr Minister Stächele, dass Sie jetzt in dieser Richtung etwas tun wollen. Wir meinen, Sie müssten noch mehr tun. Klimaschutz entlastet den Haushalt nachhaltig. Deshalb müssen wir da etwas mehr tun.

Sicherlich ist es ein Verdienst des Rechnungshofs, auch darauf hingewiesen zu haben. Wir als Fraktion GRÜNE sind

(Eugen Schlachter)

dankbar, dass sich der Rechnungshof auch in dieser Frage äußert.

Denken Sie daran – jetzt meine ich die CDU-Fraktion –: Auch der Vatikan hat heuer schon in Solarenergie investiert. Deshalb: Folgen Sie ihm nach! Ich weiß nicht mehr, ob das ein Hinweis unseres Kollegen Winfried Kretschmann war; er hat sich nicht dazu geäußert. Aber vielleicht konnten auch wir dazu beitragen. Auch Sie können das mit Ihren Entscheidungen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Gestaltung der Tagesordnung anschaut, hat man manchmal den Eindruck, dass wir uns in diesem Hohen Haus lieber darüber unterhalten, wie man Geld ausgibt, aber weniger über die Frage, wie man Geld einspart.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Der Bericht des Rechnungshofs müsste eigentlich an den Anfang unserer Beratung gestellt werden, weil er die Sachverhalte komprimiert. Frau Kollegin Lazarus hat das bereits sehr gut zum Ausdruck gebracht. In ihm steckt sehr viel Arbeit. Der Rechnungshof weist zu Recht darauf hin, dass das Volumen der von der Finanzkontrolle empfohlenen Einsparungen oder Umschichtungen 45 Millionen € im Jahr 2006, 65 Millionen € im Jahr 2007 und 55 Millionen € im Jahr 2008 beträgt.

Bei einem Haushaltsvolumen von 35 Milliarden € könnte man natürlich sagen: Das ist ja gar keine so große Summe. Wenn man aber umgekehrt einmal schaut, wie lange wir ringen und diskutieren, um kleinere Summen im Landeshaushalt zu finanzieren, wenn Dinge gefordert werden, die den Menschen direkt zugutekommen sollen – sei es Schulsozialarbeit, eine bessere Betreuung für Kinder oder seien es Hilfen für ältere Menschen –, dann stellt man fest, dass solche Millionenbeträge sehr wohl schwierig zu erhalten sind. Deshalb ist es eine gute Sache, dass der Rechnungshof als Partner des Landtags das Parlament immer wieder darauf aufmerksam macht, wo noch Geld eingespart werden kann. Er bringt Vorschläge, wie man mit den Geldern der Steuerzahler besser umgehen kann.

Das Thema Verschuldungsverbot ist angesprochen worden. Im Jahr 2007, also vor einem Jahr – ich fand, das war ein herausragendes Ereignis in unserem Parlament –, haben wir zum ersten Mal seit über 30 Jahren wieder einen Haushalt ohne neue Schuldenaufnahme vorlegen können. Das war eine denkwürdige Situation. Vor diesem Hintergrund erscheint es erreichbar, auch in Zukunft Haushalte ohne neue Schulden aufzustellen, es sei denn, dass schwierigste, krisenhafte Situationen eintreten – möglicherweise im Zusammenhang mit der Finanzkrise –, die es rechtfertigen, Schulden zu machen. In normalen Zeiten muss es aber das Ziel sein, dass wir im Landeshaushalt nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insofern freuen wir uns, dass es gelungen ist, in der Landeshaushaltsordnung durch die Veränderung von § 18 eine präzisere Schuldengrenze einzuziehen. Diese Veränderung der Landeshaushaltsordnung, die auch Bestandteil der Koalitionsvereinbarung ist und die für die FDP/DVP eine ganz wichtige Sache darstellt, an deren Umsetzung wir jahrelang gearbeitet haben, bezeichnet der Landesrechnungshof als einen der größten Erfolge, die er in seiner Arbeit vorzuweisen hat.

Der Rechnungshof empfiehlt uns und ermutigt uns dazu, das Verschuldungsverbot auch in die Landesverfassung aufzunehmen. Ich denke, wir sollten über die Fraktionsgrenzen hinweg schauen, wie wir das Verschuldungsverbot in die Landesverfassung aufnehmen. Denn in normalen Zeiten dürfen wir den künftigen Generationen keine zusätzlichen Schulden mehr auflasten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auf einige kleinere und auch größere Punkte möchte ich jetzt noch eingehen.

Auf Anregung des Rechnungshofs konnte die Prozesskostenhilfe neu gefasst werden. Eine Änderung des Bundesgesetzes wurde angestrebt und dann auch umgesetzt. Dies konnte eine Kostenexplosion verhindern.

Außerdem hat der Rechnungshof empfohlen, kleinere Justizvollzugsanstalten aufzugeben, weil sie unwirtschaftlich sind, und durch den Neubau größerer, wirtschaftlicherer Gefängnisse Geld einzusparen. Das hat die Landesregierung ebenfalls aufgenommen und setzt es im Moment durch den Neubau der Justizvollzugsanstalt in Offenburg um. Hier äußerte sich der Rechnungshof skeptisch, was die Teilprivatisierung des Betriebs angeht. Wir teilen diese Kritik nicht. Aber das ist ein Beispiel dafür, dass der Rechnungshof Regierungshandeln kritisch überprüft und man die Argumente dann noch einmal genauer abwägen kann.

Vollständig auf der Seite des Rechnungshofs steht die FDP/DVP-Fraktion bei der Forderung, die Kfz-Steuer abzuschaffen und auf die Mineralölsteuer umzulegen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Leider haben wir das auf Bundesebene immer noch nicht erreichen können. Wenn man sich vor Augen hält, dass allein durch die Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer 400 Personalstellen in der baden-württembergischen Steuerverwaltung eingespart werden könnten – das entspricht einem Betrag von 21 Millionen €, ohne dass dem Staat Einnahmen verloren gehen würden –, kann niemand nachvollziehen, warum dieser sinnvolle Vorschlag, den die FDP/DVP seit vielen Jahren unterbreitet, nicht längst umgesetzt worden ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Durch ein besseres Reinigungscontrolling bei der Fremd- und Eigenreinigung konnten in Diensträumen insgesamt 15 Millionen € eingespart werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das macht man jetzt hier im Landtag zunichte! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wird die Landtagsverwaltung bestimmt sehr günstig hinbekommen! Da habe ich Vertrauen!)

(Michael Theurer)

Die intensive und erneute Diskussion über die Umsetzung des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ ist bereits an dieser Stelle angesprochen worden. Schon früher gab es Kritik des Rechnungshofs an der Umsetzung des Programms durch das Land, insbesondere am Windhundverfahren. In der Tat gibt es große Fragezeichen hinsichtlich der Verteilung der Mittel auf die einzelnen Landesteile. Jetzt steht die Frage im Vordergrund, inwieweit stets korrekt gefördert wurde, ob Bewilligungsbescheide stets korrekt umgesetzt worden sind und wie es zu bewerkstelligen ist, Fördergelder gegebenenfalls zurückzufordern und im Rahmen des IZBB erneut in Baden-Württemberg zu vergeben.

In diesen Einzelfällen, in denen es offensichtlich eine Fehlförderung gegeben hat, ist die Kritik berechtigt. Wo falsch gefördert wurde, muss zurückgefordert werden. Insgesamt kann man aber feststellen, dass der Rechnungshof das Programm nicht für komplett schlecht umgesetzt hält. Vielmehr sind es wie so oft Einzelfälle, die hoffentlich noch korrigiert werden können.

Zu nennen ist auch die freie Heilfürsorge für Polizeibeamte. Wir haben im Finanzausschuss die Empfehlung des Rechnungshofs beraten, das System der freien Heilfürsorge möglicherweise umzustellen, also abzuschaffen. Allerdings waren alle Fraktionen im Finanzausschuss einstimmig der Meinung, dass man dieser Empfehlung des Rechnungshofs nicht folgen solle.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Freie Heilfürsorge ist sehr sinnvoll!)

Presseberichte, die etwas anderes behaupten, nämlich dass die freie Heilfürsorge infrage gestellt worden sei, entbehren jeglicher realen Grundlage. Im Finanzausschuss wollten alle Fraktionen an der freien Heilfürsorge für Polizeibeamte festhalten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eine sehr weise Entscheidung!)

Nun ein Wort zu den Pädagogischen Tagen. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass bei den untersuchten Schulen immer noch 52 % der Pädagogischen Tage während der Unterrichtszeit stattfinden, obwohl das Kultusministerium die klare Leitlinie herausgegeben hat, dass dafür die unterrichtsfreie Zeit genommen werden soll, um keinen Unterrichtsausfall zu produzieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da fragt man sich, wo der Unterrichtsausfall herkommt!)

Da es im Jahr 55 bis 60 unterrichtsfreie Tage gibt, ist, so glaube ich, mit Fug und Recht zu fordern, die Pädagogischen Tage in der unterrichtsfreien Zeit abzuhalten, um zu verhindern, dass es Unterrichtsausfall gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein Wort zur Finanzierung der Staatlichen Heimsonderschulen. An Heimsonderschulen in freier Trägerschaft sind Leistungen, die eindeutig der Eingliederungshilfe für Men-

schen mit Behinderungen zuzurechnen sind, mit den Stadt- und Landkreisen als zuständigen Sozialhilfeträgern abzurechnen. Die Staatlichen Heimsonderschulen haben bisher darauf verzichtet, ebenso vorzugehen. Dies ist falsch und sollte umgehend geändert werden. Wir als FDP/DVP haben den Vorschlag gemacht, die entsprechenden Mittel dafür einzusetzen, endlich einen Einstieg in angemessene Beförderungsmöglichkeiten für Fachlehrer und technische Lehrer schaffen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist dringend erforderlich, um diesen Lehrern eine berufliche Perspektive zu geben.

Schließlich zum technischen Gebäudemanagement bei landeseigenen Immobilien. Das technische Gebäudemanagement und die energetische Optimierung landeseigener Gebäude sind natürlich immer auch eine Frage des Geldes, aber eben nicht nur eine Frage des Geldes. Der Rechnungshof spricht von der Notwendigkeit eines Mentalitätswechsels, von der Notwendigkeit, davon wegzukommen, das Ansehen der Mitarbeiter vornehmlich an ihren Erfolg auf baulichem Gebiet zu knüpfen. Er fordert eine stärkere Gewichtung der Aufgabe der energetischen Optimierung. Das ist aus Sicht der FDP/DVP absolut sinnvoll und notwendig, weil dies auch im Interesse des Klimaschutzes wirkt.

Deshalb fordern wir hier die Landesregierung auf, ein Konzept zu erstellen, wie die landeseigenen Gebäude energetisch optimiert werden können. Der Vorschlag des Rechnungshofs ist nach unserem Dafürhalten dringend schnell umzusetzen, weil dadurch nicht nur Geld eingespart werden kann, sondern auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich mich im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit mit dem Rechnungshof bedanken. Der Rechnungshof als Partner des Landtags hat viele wichtige Anregungen gegeben.

Ich möchte mich dem Dank, den Frau Lazarus für alle Fraktionen hier an Sie, sehr geehrter Herr Präsident Frank, ausgesprochen hat, auch im Namen der FDP/DVP-Fraktion anschließen. Wir wünschen Ihnen für Ihren weiteren Lebensweg viel Glück und Gesundheit.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

**Finanzminister Willi Stächele:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wir sind uns wirklich alle einig, dass die Begleitung der umfangreichen Landesverwaltungstätigkeit durch den Rechnungshof wichtig und konstruktiv und gar nicht wegzudenken ist. Insofern Dank dem Rechnungshof, Herr Frank. Es wird sicher in den nächsten Wochen noch überschwänglich gedankt. Ich will mich dem Dank der Fraktionssprecher gern anschließen.



(Minister Willi Stächele)

Ich will aber auch dem Finanzausschuss danken. Man lernt schon ganz schnell, wo Schwerpunkte des Finanzausschusses liegen. Es ist ein fleißiger Ausschuss. Ich will sagen: Es ist der fleißigste Finanzausschuss in Baden-Württemberg, den ich kenne.

(Heiterkeit – Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Es gibt ja auch bloß einen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will mir ersparen, auf vieles einzugehen, und vielleicht nur zwei, drei Punkte ansprechen.

Sicher war es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Personalkosten natürlich zentrale Ausgabeblöcke des Landeshaushalts darstellen. Für uns, die wir gemeinsam gespart haben, ist es wichtig, wenn bis 2011 in der Tat weitere 1 500 Stellen abgebaut werden. Es sind immerhin 15 000 Stellen, die in den letzten Jahren eingespart wurden. Das geht nicht ohne Blessuren; denn der Kern der Stelleneinsparungen betraf die allgemeine Verwaltung.

Wenn das größtenteils ein Nullsummenspiel geblieben ist, dann liegt das einfach daran, dass vor allem im Bereich Bildung, aber auch in den Bereichen innere Sicherheit und Justiz im gleichen Maß wieder aufgestockt wurde. Das muss man wissen.

Trotzdem kann man sagen: Insgesamt sind um die 600 Millionen € an Personalkosten eingespart worden.

Das Zweite: Energetische Gebäudesanierung ist ein Auftrag. Wir werden uns damit demnächst beschäftigen. Der Bericht an den Landtag ist ja in Vorbereitung.

Klar ist: 80 % unserer Gebäude sind vor 1978, also vor Inkrafttreten der Wärmeschutzverordnung, errichtet worden. Demzufolge besteht hier ein gewaltiger Investitionsbedarf. Wenn wir die genannten 25 Millionen € pro Jahr ab 2012 in die Hand nehmen, dann können wir zumindest erreichen, was die EU und der Bund sich zur Vorgabe gemacht haben, nämlich eine CO<sub>2</sub>-Minderung bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 – konkret werden es wahrscheinlich 43 %.

Diese 25 Millionen € kann man aus dem Hochbauhaushalt nehmen – dann lügen wir uns in die Tasche –, oder aber wir haben die Kraft, diesen Betrag obendrauf einzusetzen. Das werden die weiteren Haushaltsjahre, die natürlich von einer gewissen Unsicherheit geprägt sind, zeigen müssen.

Ansonsten danke ich natürlich für jedwede Begleitung auf dem Weg zur Nullneuerschuldung. Ich habe die Bitte, dass diese Begleitung anhält, denn manchmal hatten wir den Eindruck, dass die Forderung, null neue Schulden zu machen, nicht immer beliebt war, und im Moment habe ich wieder den Eindruck, dass manche geradezu als altmodisch gelten, wenn sie dies fordern. Wir müssen höllisch aufpassen, dass das Gebot, ohne neue Schulden auszukommen und nur das auszugeben, was eingenommen wird, eingehalten wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich weiß, dass manche es nicht mehr hören können, aber bei diesem Prinzip müssen wir bleiben; das ist gar keine Frage.

Wir müssen das wirklich zu einem politischen Gebot machen – ob man das nun in die Landesverfassung aufnimmt oder nicht. Hier müssen wir jedoch die politische Kraft aufbringen, das durchzuhalten.

In diesem Sinne nochmals Dank und Ihnen persönlich, Herr Präsident Frank, Wohlergehen und alles Gute.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses.

Zur Denkschrift 2008 des Rechnungshofs – Punkt 8 a der Tagesordnung – liegen insgesamt 26 Beschlussempfehlungen vor, von denen im Finanzausschuss 22 einstimmig und vier mehrheitlich verabschiedet wurden. Wenn Sie damit einverstanden sind, stelle ich die 22 einstimmig verabschiedeten Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses, Drucksachen 14/3501 bis 14/3508, 14/3511 bis 14/3514 und 14/3517 bis 14/3526, gemeinsam zur Abstimmung.

Wer diesen Beschlussempfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind diese 22 Beschlussempfehlungen einstimmig angenommen.

Über die restlichen vier Beschlussempfehlungen, die vom Finanzausschuss mehrheitlich verabschiedet wurden, lasse ich jeweils getrennt abstimmen. Es handelt sich dabei um die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/3509, 14/3510, 14/3515 und 14/3516.

(Abg. Ingo Rust SPD: Frau Präsidentin, können wir zur Vereinfachung des Abstimmungsverfahrens die Beschlussfassung pauschal gemäß dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss feststellen?)

– Darf ich das für alle vier Beschlussempfehlungen so feststellen? – Es ist so beschlossen. Dann sind diese Beschlussempfehlungen mehrheitlich angenommen.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Ein Beitrag zur schlanken Verwaltung!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses unter Punkt 8 b, Drucksache 14/3629. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses unter Punkt 8 c, Drucksache 14/3630. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Beschlussempfehlung ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. November 2008 – Ergebnisbericht 2008 – Drucksachen 14/3532, 14/3631**

**Berichterstatter: Abg. Ingo Rust**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort in der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Herrmann für die Fraktion der CDU.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Klaus, zwei Minuten!)

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Frau Präsidentin, Herr Präsident Frank, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum ersten Mal wird uns vom Rechnungshof nun ein Ergebnisbericht vorgelegt. Dieser Ergebnisbericht ist Ausfluss der Nachbereitung der Kanadareise des Finanzausschusses. Bei dieser Gelegenheit kann man zum wiederholten Mal feststellen, dass Reisen von Ausschüssen Erkenntnisse für die politische Arbeit im Land erbringen und dass deren Ergebnisse auch konkret in die Arbeit des Landtags einfließen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber nicht bei allen! – Gegenruf des Abg. Ingo Rust SPD: Bei welchen denn nicht?)

– Herr Kollege Dr. Birk, wenn das in anderen Ausschüssen nicht so sichtbar ist, dann sind aber auch dort Ergebnisse vorhanden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! Auch wenn sie im Dunkeln bleiben!)

Für unseren Ausschuss kann ich hier ganz besonders dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Rust, danken, der mit Nachdruck und sehr zielorientiert eine Nachbereitung dieser Ausschussreise durchgeführt hat.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bitte keine Lobhudeleien!)

Der Ergebnisbericht wird künftig in zwei- bis dreijährigem Rhythmus herausgegeben. Darin werden die Denkschriftbeiträge und deren Folgewirkungen nach einer Überprüfung dokumentiert. Irgendjemand hat in einer der Beratungen gesagt, dass man damit eine „hirngerechte Dokumentenarchitektur“ vorlegt und darlegt.

(Heiterkeit des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das trifft durchaus den Kern.

Bisher war auch unbefriedigend, dass der Verlauf der Denkschriftberatungen in der Öffentlichkeit nicht vollständig nachgelesen werden konnte, obwohl die Beratungen protokolliert wurden. Aber die Protokolle über die abschließende Behandlung eines Denkschriftbeitrags wurden nicht veröffentlicht. Auch das wurde inzwischen geändert. Zu allen Denkschriftberatungen im Finanzausschuss erscheint jetzt eine öffentlich zugängliche Landtagsdrucksache, die den Beratungsverlauf

wiedergibt. Da das Ganze auch elektronisch zur Verfügung steht und mit Links versehen ist, sind die Arbeit der Finanzkontrolle und deren Ergebnisse transparenter und nachvollziehbarer.

Lassen Sie mich aber noch eine grundsätzliche Bemerkung zum Rechnungshof und zur Finanzkontrolle machen. Für die Regierungsfractionen im Landtag und die Landesregierung spielen finanzielle, aber auch fachliche Interessen und politische Grundentscheidungen eine Rolle. Die Entscheidungen der CDU im Finanzausschuss werden von der gesamten CDU-Landtagsfraktion mitgetragen, insbesondere auch von den Mitgliedern des zuständigen Fachausschusses. Deshalb dauert der Abstimmungsprozess bei uns hier und da auch etwas länger. Aber Finanzkontrolle, wirtschaftliches Verhalten muss ein Anliegen aller sein, nicht nur der Mitglieder des Finanzausschusses. In der CDU-Fraktion ist das ein Anliegen aller Abgeordneten.

(Beifall der Abg. Werner Raab und Karl-Wolfgang Jägel CDU – Abg. Werner Raab CDU: Das muss einmal gesagt werden!)

Meine Damen und Herren, ich danke dem Rechnungshof für die umfangreiche Arbeit, die mit der Erstellung des Ergebnisberichts verbunden war. Herr Frank, als Sie im Jahr 1999 Ihr Amt angetreten haben, hat die Denkschrift des Rechnungshofs ein neues Gesicht bekommen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

**Abg. Klaus Herrmann** CDU: Sie verabschieden sich jetzt mit der ersten Ausgabe des Ergebnisberichts. Diese Neuerung, die Sie eingeführt haben, wird auch künftig mit Ihrem Namen verbunden sein und verbunden bleiben. Ich darf mich den Dankesworten der Kollegin Lazarus, die vorhin für alle Fraktionen des Landtags gesprochen hat, vollumfänglich anschließen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

**Abg. Ingo Rust** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ergebnisbericht des Rechnungshofs ist in der Tat eine Darstellung der Arbeit des Rechnungshofs, wobei es keine umfängliche Darstellung der Arbeit des Rechnungshofs ist. Nur 10 bis 20 % der über die Jahre hinweg geleisteten Arbeit werden tatsächlich veröffentlicht. Das heißt, es ist nur der Teil, der tatsächlich veröffentlicht wird, der hier nachträglich noch einmal aufbereitet wird.

Der Ergebnisbericht gibt aber auch einen Überblick über die Arbeit des Landtags und hier natürlich vor allem des Finanzausschusses, der die Denkschriftbeiträge berät.

Der Bericht besteht aus drei Teilen. In Teil A stellt der Rechnungshof selbst seine Arbeit, seine Prüfungstätigkeit dar. In Teil B werden die für uns wichtigen Beratenden Äußerungen, Denkschriftbeiträge und Sonderberichte der letzten beiden

(Ingo Rust)

Jahre dargestellt. Dieser Teil ist damit der wichtigste, weil hier zum einen die parlamentarische Behandlung dargestellt wird, also das, was mit den einzelnen Denkschriftbeiträgen passiert, weil die Reaktion der Landesregierung darauf dargestellt wird und weil drittens auch eine Bewertung stattfindet. Das heißt: Wie sieht es mit der Zielerreichung aus? Hat der Rechnungshof sein Ziel erreicht? Wurde das, was er gefordert hat, tatsächlich umgesetzt?

Dieser Ergebnisbericht ist deshalb wichtig, weil er in Zukunft hoffentlich eine gewisse pädagogische Wirkung entfaltet. Wenn bekannt ist, dass jeder Denkschriftbeitrag zukünftig abschließend dokumentiert und bewertet wird, dann wird dies bei der Landesregierung und den nachgeordneten Behörden eine gewisse pädagogische Wirkung entfalten. Das hoffe ich zumindest.

Es gibt dann noch einen Teil C. Er ist mit der eigentlich relativ technokratischen Bezeichnung „Fundstellenverzeichnis“ überschrieben. Dort ist aber die ganze Arbeit der Landesregierung mit ihren Mitteilungen und des Finanzausschusses mit all seinen Sitzungen abgebildet.

Ich darf das Lob durch Herrn Minister Stächele ganz kurz erwidern. Sie haben den Finanzausschuss als fleißigsten Finanzausschuss in Baden-Württemberg gelobt. Ich darf sagen: Sie sind der fleißigste amtierende Finanzminister in Baden-Württemberg.

(Heiterkeit – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hoi!)

Ich darf das Lob ausdrücklich an Sie zurückgeben.

Eigentlich sind wir ja – das darf ich ausdrücklich noch einmal darstellen – als Finanzausschuss des Landtags von Baden-Württemberg zwei Ausschüsse in einem. Wir sind nämlich Haushaltsausschuss, und wir sind gleichzeitig Rechnungsprüfungsausschuss.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wollt ihr jetzt doppelte Diäten, oder was?)

– Es gibt Ausschüsse, bei denen das so ist, Herr Dr. Birk. Die bekommen mehr. Aber das fordere ich gar nicht. Wir sind ja Finanzpolitiker und wollen auch sparsam haushalten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr vernünftig!)

Ebenso effizient beraten wir auch. Aber wir sind eigentlich von der Anzahl der Sitzungen, von der Dauer der Sitzungen und von den Inhalten her zwei Ausschüsse.

(Abg. Manfred Groh CDU: Wo er recht hat, hat er recht!)

Alle Beschlüsse des Finanzausschusses zu Denkschriftberatungen werden jetzt in Form einer Beschlussempfehlung auch noch an das Plenum überwiesen. Das haben Sie schon an den Tagesordnungen des Plenums gemerkt. Diese sind nämlich länger geworden. Das machen wir nicht, um allen anderen Ausschüssen zu zeigen, wie viel wir arbeiten, sondern das ist notwendig, damit die abschließenden Beratungen des Finanzausschusses auch öffentlich werden und öffentlich abgebildet werden können. Sie sehen in dem jetzt vorgelegten Ergebnisbericht, dass der Verlauf einiger Beratungen nicht veröffent-

licht worden ist. Da steht dann hinten in Teil C: „Finanzausschuss: Nicht veröffentlicht“. Das wird zukünftig abgestellt sein.

Ich danke Ihnen sehr herzlich, Herr Präsident Frank, dass Sie dieses Instrument des Ergebnisberichts hier eingeführt haben und dass wir es als wichtiges und wertvolles Arbeitsinstrument zukünftig zur Verfügung haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schlachter für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Eugen Schlachter** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Prinzip „Es ist schon vieles gesagt, nur nicht von mir“ jetzt auch noch ein paar Worte zum Ergebnisbericht des Rechnungshofs. Er stellt wirklich heraus: Der Finanzausschuss ist eigentlich der wichtigste Ausschuss,

(Abg. Werner Raab CDU: Dann können wir ja gehen!  
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er ist auch der effektivste Ausschuss!)

auch wenn sich der Kollege Groh gern mit seiner Nachbarin unterhält. Er wird das auch so sehen.

Für uns Grüne sind das Prinzip der Nachhaltigkeit und der Umgang mit Ressourcen ganz zentrale Kriterien unseres Politikverständnisses. Das steckt auch in der Arbeit des Rechnungshofs drin. Die Ergebnisse, die Erkenntnisse seiner Prüfungen gehören in der Tat zu den wertvollsten Quellen und Ressourcen, um das Ziel zu erreichen, die staatlichen Aufgaben noch effizienter und noch besser zu erfüllen.

Wir begrüßen es daher sehr, Herr Präsident Frank, dass der Rechnungshof dem Parlament die Nachverfolgung seiner Initiativen jetzt in Form dieser gesammelten Fassung vorgelegt hat. Ich glaube, nicht nur für die Grünen, sondern für alle Fraktionen ist das ein wertvolles Kompendium und eine wertvolle Arbeitsgrundlage.

Ich sage Ihnen, Herr Präsident, dem ganzen Senat sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank für die Erstellung dieses Berichts. Ich gehe davon aus, dass wir hieraus wie gehabt wieder wesentliche Schlüsse ziehen können und dass wir die Ergebnisse im Finanzausschuss wieder sauber abarbeiten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Michael Theurer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des neu eingeführten Ergebnisberichts wurde bereits von allen meinen Vordnern ausdrücklich hervorgehoben. Ich darf mich dem anschließen und möchte an dieser Stelle zitieren, was uns Rech-



(Michael Theurer)

nungshofpräsident Frank im Finanzausschuss ins Stammbuch geschrieben hat. Er hat dort auf den Vorwurf reagiert, „die Vorlagen des Rechnungshofs würden im ‚Bermudadreieck des Landtags versinken‘“, und hat dem klar entgegengehalten:

*Dies treffe nicht zu. Vielmehr spreche er dem Ausschuss ein Kompliment dafür aus, dass er sich intensiv um eine zeitnahe Abwicklung bemühe.*

Ich finde, das ist eine interessante und positive Rückmeldung.

Das wird jetzt noch durch den Ergebnisbericht erleichtert, der uns als Finanzausschuss wertvolle Einblicke in die Arbeit des Rechnungshofs liefert, sodass wir gegebenenfalls auch noch einmal nachhaken können. Immerhin ist es uns gelungen, eine große Zahl von Denkschriftbeiträgen des Rechnungshofs abzuarbeiten. Dabei stellen wir in der Praxis fest, dass man die Beratung immer wieder verlängern muss, weil sich die Landesverwaltung in der Umsetzung dann doch schwertut. Gleichzeitig haben wir den Eindruck, dass der Rechnungshof seine Prüfungstätigkeit zunehmend in dem Sinn verändert hat, dass er sich auch als Berater für die Landesministerien und die nachgeordneten Behörden versteht.

Ich meine, über dieses Selbstverständnis sollte man hier noch ein paar Worte verlieren. Denn bei der Frage, ob man den Rechnungshof eher als einen störenden Faktor ansieht oder ihn vielleicht als große Chance begreift, sind das „alte Denken“ und das „neue Denken“ klar ersichtlich. Das „neue Denken“ begreift den Rechnungshof als Partner vor dem Hintergrund, dass entsprechende Ressourcenströme zu verwalten sind, und in einem Organisationsapparat ist nie auszuschließen, dass sich Verschwendung einschleicht.

Schauen Sie sich einmal die neuen Ansätze an, die beispielsweise in Firmen wie Toyota oder den Fischerwerken in Tümmingen, aber auch bei Porsche umgesetzt werden. Dabei handelt es sich um moderne Prozessmanagementsysteme, die ganz gezielt darauf ausgerichtet sind, Verschwendung zu entdecken und zu beseitigen. Das wäre ein Arbeitsfeld. Der Rechnungshof könnte vielleicht einmal untersuchen, ob sich solche Systeme auch in die öffentliche Verwaltung übertragen lassen. Wenn wir die Einspareffekte, die durch solche Ansätze in der Privatwirtschaft erzielt werden konnten – zugegebenermaßen vor allem in Produktionsbereichen –, nur annähernd auf die öffentliche Verwaltung übertragen könnten, könnten wir hier in ordentlichem Umfang Mittel für andere Bereiche freisetzen, für die wir dringend nach Geldern suchen, oder auch dafür einsetzen, um die Bürgerinnen und Bürger von einer noch immer zu hohen Steuerlast zu entlasten. Ich meine, dass sich das Selbstverständnis des Rechnungshofs in diesem Sinne gewandelt hat hin zu einem Begleiter, zu einem Partner der Verwaltung.

Ich möchte an dieser Stelle auch im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion den Rechnungshof dazu ermutigen – und ich fordere die Landesregierung auf, das auch in die Ministerien hineinzutragen –, das Einsparen, das Bekämpfen von Verschwendung als positiven, als kreativen Prozess zu sehen, der nie zum Ende kommt. Zum anderen stellt es auch keine Schande dar, wenn man an Punkte gelangt, bei denen man noch Einsparungen erzielen kann. Dann sollte man einfach die Ärmel hochkrempeln und versuchen, diese Steuerzahlergelder ein-

zusparen, um sie für andere Verwendungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir müssen nun noch über die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3631 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Herr Präsident Frank, es ist ja schon gesagt worden: Sie sind heute in Ihrer Eigenschaft als Präsident des Rechnungshofs zum letzten Mal hier im Haus. Im Namen des Hohen Hauses möchte ich Ihnen für die engagierte Arbeit, für die Wahrnehmung der sicher nicht immer ganz leichten Aufgabe, Mahner für eine sparsame Verwendung von Haushaltsmitteln zu sein, sehr herzlich danken. Ganz herzlichen Dank auch an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und für Sie persönlich alles Gute!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. August 2008 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2009 bis 2012 – Drucksachen 14/3158, 14/3632**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Nils Schmid**

Das Präsidium hat keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 31. Oktober 2008 – Karlsruhe, Verkauf von landeseigenen Erbbaugrundstücken an die Hardtwaldsiedlung Karlsruhe eG – Drucksachen 14/3492, 14/3633**

**Berichterstatter: Abg. Eugen Schlachter**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. Juni 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Nr. 20) – Landesbibliotheken Karlsruhe und Stuttgart – Drucksachen 14/2933, 14/3634**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 12 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Oktober 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 29. Oktober 2004 zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude – Drucksachen 14/3464, 14/3635**

**Berichterstatter: Abg. Michael Theurer**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 26. August 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2005 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 (Nr. 27) – Wahrnehmung der Lehre an den Universitäten – Drucksachen 14/3171, 14/3636**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 14 erledigt.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Juni 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 30) – Organisation und Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung bei der Universität Karlsruhe – Drucksachen 14/2935, 14/3637**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. September 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 24) – Steuerprüfungen bei den Veranlagungsstellen der Finanzämter – Drucksachen 14/3290, 14/3638**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 16 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 22. September 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 7) – Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ – Drucksachen 14/3287, 14/3639**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. September 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2007 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2005 (Nr. 17) – Allgemeines Entlastungskontingent an öffentlichen Realschulen – Drucksachen 14/3288, 14/3640**

**Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 3. November 2008 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 14/3474, 14/3670**

**Berichterstatter: Abg. Winfried Mack**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 19 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 20** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. November 2008 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zwölften Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksachen 14/3560, 14/3691**

**Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 21** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit und Soziales vom 16. Oktober 2008 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ausdehnung der Mutterschutzzeiten – Drucksachen 14/3350, 14/3643**

**Berichterstatlerin: Abg. Andrea Krueger**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 27. Oktober 2008 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Vorgehen zur Versicherungsproblematik deutscher Handwerksunternehmen in Frankreich – Drucksachen 14/3460, 14/3662**

**Berichterstatter: Abg. Ulrich Lusche**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 23** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Europaausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. Oktober 2008 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt – Drucksachen 14/3349, 14/3663**

**Berichterstatter: Abg. Ulrich Lusche**

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 24** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 14/3644, 14/3645, 14/3646, 14/3647, 14/3648, 14/3649**

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 25** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 14/3575**

Ebenfalls gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 18. Dezember 2008, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen herzlich, wünsche Ihnen einen schönen Abend

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ebenfalls, Frau Präsidentin!)

und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:00 Uhr**